

Termine:

Bd. XXXIV

Justizprüfungsamt?

Ja - nein

Falls ja: P - K - V - R

Unterschrift:

zu a)tc

Haft

Mitteilungspflicht

Mitteilungen nach Nrn.

MiStra.

Benötigt werden Abschriften von:

Staatsanwaltschaft

Kammer-  
bei dem Landgericht Berlin

Strafsache

bei de — Strafkammer des — gericht

Verteidiger:

zu a) { RA. v. Heynitz Vollmacht Bl. 34<sup>xxxv</sup>  
" Möller 123<sup>lxiii</sup>  
zu c) " Weimann 34<sup>xxxiv</sup>

gegen a) Boßhammer, Friedrich

b) Hartmann, Richard

c) Hunsche, Otto

d) Järich, Rudolf

e) Pachow, Max

f) Wöhrn, Fritz

1 - 10 - 11/71

wegen Mordes

a) 245<sup>lxii</sup>

Haftbefehl Bl.

— aufgehoben Bl.

Anklage Bl.

411<sup>xxxiv</sup>

Eröffnungsbeschluß Bl.

Hauptverhandlung Bl.

Urteil des I. Rechtszugs Bl.

Berufung Bl.

Entscheidung über die Berufung Bl.

Revision Bl.

Entscheidung über die Revision Bl.

Strafvollstreckung im

Landesarchiv Berlin

B Rep. 057-01

Nr.:

4878

Ss 5 Si R 527/72

Ks Ls Ms

1 Is 1/65 (RSHA)

Weggelegt

Aufzubewahren: — bis 19

3 ARs 6/67/1 — dauernd

Geschichtlich wertvoll? — Ja — nein —

AU 57

508 AR 6/68



[illegible]



F e h l b l a t t

Bl. 145 - 150 entnommen

lt. Verfügung vom 2.7.69 (Bl.155)

3.7.69  
Berg

wieder einsortiert  
Grae 25/8



(1) 1 Js 1.65 (RSHA) (94.68)

B e s c h l u ß

In der Strafsache gegen Boßhammer und andere,  
hier nur gegen

den Rechtsanwalt und Versicherungsangestellten  
Otto Heinrich H u n s c h e,  
geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen,  
wohnhaft in Datteln/Westfalen, Körting 14,  
z.Zt. in der Untersuchungshaftanstalt  
Frankfurt/Main, Hammelgasse,

wegen Mordes

hat der 1. Strafsenat des Kammergerichts in Berlin  
nach Anhörung des Generalstaatsanwalts bei dem Kam-  
mergericht in der Sitzung vom 19. Juli 1968 beschlossen:

1. Die Untersuchungshaft des Beschuldigten  
dauert fort.
2. Bis zum 18. Oktober 1968 wird die Haft-  
prüfung dem nach den allgemeinen Vor-  
schriften zuständigen Gericht übertragen.

G r ü n d e :

Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den Beschuldigten  
wegen Beihilfe zum Mord in einer Vielzahl von Fällen.  
Ihm wird zur Last gelegt, den nationalsozialistischen  
Machthabern Hitler, Göring, Goebbels und Himmler,  
sowie seinen Vorgesetzten im ehemaligen Reichssicher-  
heitshauptamt (RSHA) Heydrich, Dr. Kaltenbrunner,  
Müller, Eichmann und Rolf Günther durch Rat und Tat  
wissentlich Hilfe dazu geleistet zu haben, aus  
niedrigen Beweggründen eine noch unbestimmte Zahl  
von Menschen, mindestens jedoch 50.000 Juden, zu töten.



Das Amtsgericht Tiergarten hält die Aufrechterhaltung der seit dem 10. Januar 1968 bestehenden Untersuchungshaft für erforderlich und hat daher die Akten dem Senat nach § 122 Abs. 1 StPO zur Entscheidung vorgelegt. Die Haftfortdauer war anzuordnen.

1. Der Beschuldigte ist des ihm zur Last gelegten Verbrechens der Beihilfe zum Mord nach §§ 211, 49 StGB, § 4 der Verordnung gegen Gewaltverbrecher vom 5. Dezember 1939 (RGBl I S. 2378) dringend verdächtig. Der Beschuldigte ist, wie er in der Strafsache gegen Bovensiepen erklärt hat, von November 1941 bis zum Zusammenbruch 1945 Angehöriger des RSHA und bis auf Unterbrechungen von März bis August und im November, Dezember 1944 im Referat für Judenangelegenheiten (IV B 4) zunächst als Sachbearbeiter eingesetzt und später als Unterabteilungsleiter unmittelbar dem Referatsleiter Eichmann und dessen Stellvertreter Günther unterstellt gewesen. Aufgabengebiet des Referats teils, zu dem der Beschuldigte gehörte, war nach den Angaben des Mitbeschuldigten Jänisch und des inzwischen verstorbenen Mitbeschuldigten Pachow allgemein die Bearbeitung der im Zusammenhang mit der Lösung der Judenfrage anfallenden rechtlichen Angelegenheiten, insbesondere auch die Behandlung der Juden mit ausländischer Staatsangehörigkeit im deutschen Macht- und Einflußbereich. Allein schon dieser Aufgabenkreis des Beschuldigten in der Zentrale der Judenverfolgung belegt den dringenden Verdacht, daß er über das Ziel der nationalsozialistischen Machthaber, die Judenfrage durch planmäßige Ausrottung der Juden endgültig zu lösen, unterrichtet gewesen ist und an der Durchführung dieses Vorhabens verantwortlich mitgewirkt hat. Die bisherigen Ermittlungen haben dies in zahlreichen Einzelheiten bestätigt.

So hat z.B. der in der Tschechoslowakei hingerichtete RSHA-Angehörige Wisliceny vor einer Kommission des



Internationalen Militärgerichtshofs am 5. Juni 1946 ausgesagt, daß dem Begriff "Endlösung der Judenfrage" ein Befehl Hitlers zur biologischen Vernichtung der Juden zugrunde lag und daß Eichmann auch den Beschuldigten in diesen der Geheimhaltung unterliegenden Befehl eingeweiht hatte. Tatsachen, die diese Aussage stützen, hat der Mitbeschuldigte Jänisch angeführt. Aus der Bekundung der Zeugin Reichert, die für den Beschuldigten geschrieben hatte, ist ebenfalls zu entnehmen, daß der Beschuldigte über den geheimen Führerbefehl unterrichtet gewesen ist und gewußt hat, welchem Zweck die Deportationen dienten und welches Schicksal die Juden in den Konzentrationslagern in den besetzten Ostgebieten zu erwarten hatten.

Was den objektiven Tatbeitrag des Beschuldigten anlangt, so ergibt sich aus zahlreichen Schriftstücken, insbesondere aus den Vorgängen 2314/43 g (82) und 2686/42 des RSHA, daß der Beschuldigte daran mitgearbeitet hat, staatenlose Juden im deutschen Machtbereich und jüdische Angehörige besetzter oder verbündeter Staaten in die Deportationsmaßnahmen einzubeziehen.

Rechtfertigungs- oder Schuldausschließungsgründe sind nicht ersichtlich. Insbesondere sind bei SS-Offizieren, die in der Zentrale zur Ausrottung der Juden und dort im engsten Führungsstab sachlich daran mitgearbeitet haben, Methoden zur Ausrottung der Juden zu entwickeln und anzuwenden, keine Anhaltspunkte für einen subjektiven oder objektiven Befehlsnotstand vorhanden.

2. Der Beschuldigte muß zum mindesten mit einer mehrjährigen Zuchthausstrafe rechnen. Darüber hinaus ist gegen ihn bei dem Schwurgericht in Frankfurt ein Strafverfahren wegen seiner Tätigkeit als Angehöriger des sogenannten "Sonderkommandos Eichmann" in Ungarn im Jahre 1944 anhängig. Es besteht daher Fluchtgefahr. Selbst die Aufgabe



seiner jetzigen Tätigkeit als Rechtsanwalt und Versicherungsangestellter und eine längere Trennung von seiner Ehefrau würden in keinem Verhältnis zu den Folgen einer Verurteilung wegen Beihilfe zum Mord in der bisher ersichtlichen Vielzahl von Fällen stehen. Der Zweck der Untersuchungshaft kann demgemäß durch weniger einschneidende Maßnahmen nicht erreicht werden, so daß eine Aussetzung des Haftvollzugs nicht in Betracht kommt.

3. Die Untersuchungshaft muß über sechs Monate hinaus aufrechterhalten bleiben. Diese Dauer steht zu dem zu erwartenden Freiheitsentzug nicht außer Verhältnis. Das Verfahren richtet sich gegen fünf Beschuldigte, die im RSHA tätig gewesen sind. Die Ermittlungen sind jedoch nicht nur deshalb und wegen des Ausmaßes des dem Beschuldigten zur Last gelegten Verbrechens umfangreich, sondern wegen der organisatorischen Teilung der Aufgabengebiete im Judenreferat auch außerordentlich schwierig, zumal die Straftaten über zwanzig Jahre zurückliegen. Diese sachlichen Gründe lassen ein Urteil noch nicht zu. Sie rechtfertigen zugleich die Fortdauer der Untersuchungshaft, um die Bestrafung des Beschuldigten wegen der schweren Rechtsbrüche zu sichern.

4. Die in den nächsten drei Monaten etwa zu treffenden Haftentscheidungen hat der Senat nach § 122 Abs. 3 Satz 3 StPO dem nach den allgemeinen Vorschriften zuständigen Gericht übertragen.

Dr. Freund

Selle

Zelle

co

Ausgefertigt:  
*Lorrad*  
Justizangestellte  
als Urkundsbeamter  
der Geschäftsstelle





(1) 1 Js 1.65 (RSHA) (157.68)

B e s c h l u ß

In der Strafsache gegen Boßhammer und andere,  
hier nur gegen

den Rechtsanwalt und Versicherungsangestellten  
Otto Heinrich H u n s c h e,  
geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen,  
wohnhaft in Datteln/Westfalen, Körting 14,  
z.Zt. in der Untersuchungshaftanstalt  
Frankfurt/Main, Hammelgasse, Gef.B.Nr. 1637,

wegen Mordes

hat der 1. Strafsenat des Kammergerichts in Berlin  
nach Anhörung des Generalstaatsanwalts bei dem Kam-  
mergericht in der Sitzung vom 23. Oktober 1968 be-  
schlossen:

1. Die Untersuchungshaft des Beschuldigten  
dauert fort.
2. Bis zum 6. Januar 1969 wird die Haft-  
prüfung dem nach den allgemeinen Vor-  
schriften zuständigen Gericht übertragen.

G r ü n d e :

Nach § 122 Abs.4 Satz 2 StPO hatte der Senat erneut  
zu prüfen, ob die Untersuchungshaft des Beschuldigten  
aufrechtzuerhalten ist. Die Haftfortdauer war anzu-  
ordnen.

Der dringende Tatverdacht ist aus den weiterhin zu-  
treffenden Gründen des Senatsbeschlusses vom 19. Juli  
1968 gegeben. Die inzwischen durchgeführten Ermittlungen  
haben, wie insbesondere die Aussagen der Zeugen Rademacher



und Dr. Knochen aufzeigen, den dringenden Tatverdacht verstärkt. Vor allem ergeben sie, daß der Beschuldigte den Erlaß des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 5. März 1943 - IV B 4 b - 2314/43 g (82) - , der die Einbeziehung ausländischer und staatenloser Juden in die Deportationsmaßnahmen betraf, zum mindestens mitverfaßt hat.

Aus den im Senatsbeschluß vom 9. Juli 1968 dargelegten Gründen besteht auch die Fluchtgefahr fort. Ob die Internierungshaft des Beschuldigten von rund zwei Jahren und drei Monaten im Zusammenhang mit den Taten steht, die dem Beschuldigten im vorliegenden Verfahren und in dem beim Schwurgericht in Frankfurt anhängigen Strafverfahren vorgeworfen werden, und ob diese Haft daher auf die zu erwartenden Strafen angerechnet werden kann, ist zweifelhaft. Bei Internierungshaft, die wegen der Zugehörigkeit des Betroffenen zu einer für verboten erklärten Organisation automatisch verhängt worden ist, kann eine solche enge Beziehung zu den Taten, die hier in Rede stehen, nicht ohne weiteres angenommen werden.

Auch die Tatsache, daß sich der Beschuldigte in dem Frankfurter Strafverfahren rund vier Jahre und drei Wochen sowie im vorliegenden Verfahren rund neun Monate und zwei Wochen in Untersuchungshaft befunden hat, vermindert die Fluchtgefahr nicht so weit, daß der Zweck der Untersuchungshaft durch die hier in Betracht kommenden weniger einschneidenden Maßnahmen erreicht werden könnte.

Sollte der Beschuldigte in beiden Verfahren zu zeitlichen Freiheitsstrafen verurteilt werden, würde zwar aus beiden Strafen eine Gesamtstrafe gebildet



werden müssen und damit auch eine Anrechnung der gesamten Untersuchungshaft auf die Gesamtstrafe in Betracht kommen. Unter dem Gesichtspunkt des Sühnezwecks der Strafe ist jedoch bei dem Ausmaß der dem Beschuldigten zur Last gelegten Verbrechen nicht zu erwarten, daß eine Gesamtstrafe gebildet wird, die sich der gesetzlich bestimmten unteren Grenze nähert. Es ist vielmehr damit zu rechnen, daß trotz Anrechnung der gesamten Untersuchungshaft ein Strafreist zu verbüßen bleibt, dessen Höhe allein weiterhin die Fluchtgefahr begründet.

Die Untersuchungshaft muß, da ihre Dauer zu dem zu erwartenden Freiheitsentzug nicht außer Verhältnis steht, weiter aufrechterhalten bleiben. Wie bereits im Senatsbeschuß vom 19. Juli 1968 dargetan, liegen wegen des außerordentlichen Umfangs und der ungewöhnlichen Schwierigkeiten der Ermittlungen wichtige Gründe vor, die die Haftfortdauer rechtfertigen.

Die in der Zeit bis zum 6. Januar 1969 etwa zu treffenden Haftentscheidungen hat der Senat wiederum dem nach den allgemeinen Vorschriften zuständigen Gericht übertragen. Hierbei ist für die nächste Haftprüfung ein Zeitpunkt gewählt worden, der vor Ablauf der nach § 122 Abs. 2 Satz 2 StPO zulässigen Dreimonatsfrist liegt, um über die Fortdauer der Haft des Beschuldigten gleichzeitig mit der Haftprüfung für zwei andere Beschuldigte desselben Ermittlungsverfahrens entscheiden zu können und dadurch zur Verfahrensbeschleunigung beizutragen.

Dr. Freund

Poelchau, AGRat

Zelle



Für die Richtigkeit der Abschrift:

*Conrad*

Justizangestellte

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle



<del>11</del> Br. 8.7.68	11	A. 40, 74	
Fr. 10.1.68	76	Lakener 4.8.69	163
Pen.	(19)	Justizial H. Meier	169
e 11.1.68	12	Kfr. 25.8.69	178
Vierdring	34	Widerstand	185
nach H/Unat 15.1.68	66	Lakener	
Kfr. 19.7.68	73	Kfr. Meierwede	190
Grundriss	94	Antaly STA	193
Hafzeiken	104	Lakener 10.9.69	195
Kfr. 23.10.68	108	STA	202
Kfr. 20.1.69	130	<u>Off v. 12.9.69</u>	206
Kfr. 30.4.69	139	<u>Bleibende</u>	210



Clont®

wirkt  
trichomonasid

Tadip®

Antihypertonikum  
Ergänzung-Basis-  
●

Do 18

September

Fr 19

September



# Begleitumschlag für abgehende Briefe

Untersuchungshaftanstalt Moabit  
Berlin 21, Alt Moabit 12a



2.4.68

(Tag)

Haus: \_\_\_\_\_ Abt: \_\_\_\_\_ Zelle: \_\_\_\_\_

Staatsanwaltschaft — Landgericht — Untersuchungsrichter — Amtsgericht\*)

zu Geschäftsnummer

Inhalt: 1. Sendung (en) des/der Untersuchungsgefangenen

Hausche, Otto 15.9.11

(Name, Vorname, Geburtstag)

104/68

(Gefangenenbuch-Nr)

an Haftstrafe 348 Gs 12/68 in

Berlin-Tiergarten

\*) Nichtzutreffendes streichen

Beförderung wird genehmigt

Zur Post gegeben am

3/4

(Tag)

Hölsner

(Unterschrift)

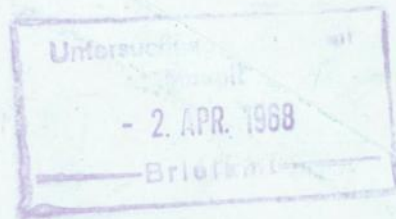
(Unterschrift)

VG 86 Begleitumschlag für abgehende Briefe  
StAT

Vom Gefangenen auszufüllen!

2. APR. 1968







17p 1/65 (RS47)

Sofort!

30

V.

1/ Termin zur Vorführung des Beschuldigten

Otto Hunsche,  
geb. am 15. Sept. 1911  
in Becklinghausen,  
gef. B.Nr. 104 / 68

am 16. Jan. 1968 um 13<sup>15</sup> h

Zimmer 119/20 Wilschauer Str. 6

2/ Vorführungsmachen 2fach fertigen  
u. sofort d. bes. Wachmeister zum A-Flügel

3/ Besch. vorführen

4/ z.d.A

16/1. 1968

gef. 16.1.68 Sch  
zu 2/ G 13 2x + ab



17p 1/65 (RSHA)

Wart  
notant

V.

1/ Termin zur Vorführung des Besch.

Otto Heinrich Hunsche

geb. am 15. 9. 1911 in Ricklinghausen,

gef. B.Nr. 104/68

am ~~Montag~~ <sup>Dienstag</sup>, dem 23. 1. 1968

9<sup>30</sup> Uhr, Zi. 119/20

Wilmacher St. 6

✓ 2/ Vorführungsmachen 2-fach foliger  
u. ref. d. bes. Wilmacher zum A-Fängel

3/ Besch. vorführen

4/ z.T.

19/1. H<sub>o</sub>

gef. 22. 1. 68 Sch  
H. 2) 613 2x + ab



B e s c h l u ß

In der Strafsache gegen Boßhammer u.a.,  
hier nur gegen  
Rechtsanwalt und Versicherungsangestellten  
Otto Heinrich H u n s c h e,  
geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen,  
z.Zt. in der U-Haftanstalt Frankfurt/Main, Hammelgasse,  
Gef.B.Nr. 1637,

wegen Mordes

wird auf Antrag des Generalstaatsanwaltes bei dem Landgericht  
Berlin vom 24. Juni 1969

Herr Obermedizinalrat Spengler  
beim Landesinstitut für gerichtliche  
und soziale Medizin,  
1 B e r l i n 21.  
Invalidenstrasse 52,

mit der Begutachtung des Beschuldigten gemäß der Verfügung  
des Generalstaatsanwaltes bei dem Landgericht Berlin (Bl. 145 d.A.)  
beauftragt.

Der Gutachter wird angewiesen, den Inhaftierten in der  
Strafanstalt in Frankfurt/Main zu untersuchen.

Berlin 21, den 25. Juni 1969  
Turmstrasse 91  
Amtsgericht Tiergarten, Abt. 351

W u m m e l  
(Wummel)  
Amtsgerichtsrat

Ausgefertigt  
*Kurtz*  
(Kurtz)  
Justizangestellte  
als Urkundsbeamter  
der Geschäftsstelle





B e s c h l u ß

In der Strafsache gegen Boßhammer u.a.,  
hier nur gegen  
Rechtsanwalt und Versicherungsangestellten  
Otto Heinrich H u n s c h e,  
geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen,  
z.Zt. in der U-Haftanstalt Frankfurt/Main, Hammelgasse,  
Gef.B.Nr. 1637,

wegen Mordes

wird auf Antrag des Generalstaatsanwaltes bei dem Landgericht  
Berlin vom 24. Juni 1969

Herr Obermedizinalrat Spengler  
beim Landesinstitut für gerichtliche  
und soziale Medizin,  
1 B e r l i n 21.  
Invalidenstrasse 52,

mit der Begutachtung des Beschuldigten gemäß der Verfügung  
des Generalstaatsanwaltes bei dem Landgericht Berlin (Bl. 145 d.A.)  
beauftragt.

Der Gutachter wird angewiesen, den Inhaftierten in der  
Strafanstalt in Frankfurt/Main zu untersuchen.

Berlin 21, den 25. Juni 1969  
Turmstrasse 91  
Amtsgericht Tiergarten, Abt. 351

W u m m e l  
(Wummel)  
Amtsgerichtsrat



Ausgefertigt  
*Kurtz*  
(Kurtz)  
Justizangestellte  
als Urkundsbeamter  
der Geschäftsstelle



Ausfertigung

Amtsgericht Tiergarten

1 Berlin 21, den 2. Juli 1969  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11 - App. 310

Geschäftsnummer:

- 348 Gs 149.69 -

B e s c h l u s s

In dem Ermittlungsverfahren gegen Boßhammer u.a.,

hier nur gegen den  
Rechtsanwalt und Versicherungsangestellten  
Otto Heinrich H u n s c h e ,  
geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen,  
z.Zt. in der U-Haftanstalt Frankfurt/Main, Hammel-  
gasse, Gef.B.Nr. 1637,

wegen Mordes

wird der Beschluss des Amtsgerichts Tiergarten  
vom 25. Juni 1969 aufgehoben.

W u n n e l  
Amtsgerichtsrat

Ausgefertigt:

*Berg* (Berg)

Justizangestellte als  
Urkundsbeamter  
der Geschäftsstelle





Ausfertigung

Amtsgericht Tiergarten

1 Berlin 21, den 2. Juli 1969  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11 - App. 310

Geschäftsnummer:

- 348 Gs 149.69 -

B e s c h l u s s

In dem Ermittlungsverfahren gegen Boßhammer u.a.,

hier nur gegen den  
Rechtsanwalt und Versicherungsangestellten  
Otto Heinrich H u n s c h e ,  
geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen,  
z.Zt. in der U-Haftanstalt Frankfurt/Main, Hammel-  
gasse, Gef.B.Nr. 1637,

wegen Mordes

wird der Beschluss des Amtsgerichts Tiergarten  
vom 25. Juni 1969 aufgehoben.

W u m m e l  
Amtsgerichtsrat

Ausgefertigt:

*Berg* (Berg)

Justizangestellte als  
Urkundsbeamter  
der Geschäftsstelle





Ausfertigung

Amtsgericht Tiergarten

1 Berlin 21, den 2. Juli 1969  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11 - App. 310

Geschäftsnummer:

- 348 Gs 149.69 -

B e s c h l u s s

In dem Ermittlungsverfahren gegen BoShammer u.a.,

hier nur gegen den  
Rechtsanwalt und Versicherungsangestellten  
Otto Heinrich H u n s c h e ,  
geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen,  
z.Zt. in der U-Haftanstalt Frankfurt/Main, Hammel-  
gasse, Gef.B.Nr. 1637,

wegen Mordes

wird der Beschluss des Amtsgerichts Tiergarten  
vom 25. Juni 1969 aufgehoben.

W u n n e l  
Amtsgerichtsrat

Ausgefertigt:

*Berg* (Berg)

Justizangestellte als  
Urkundsbeamtin  
der Geschäftsstelle





348 Gs 149/68

B e s c h l u s s

In der Strafsache gegen B o ß h a m m e r u.a.

h i e r : gegen den Rechtsanwalt Otto H u n s c h e  
aus Recklinghausen

werden die Anträge der Verteidigung vom 22. 8. 1968  
a b g e l e h n t ,

die Zuständigkeit für die weiteren Haftentscheidungen  
dem Amtsgericht in Frankfurt am Main zu übertragen und die  
ärztliche Prüfung der Haftfähigkeit anzuordnen.

G r ü n d e :

Nach § 126 Abs.1 Satz 3 StPO kann, wenn die Untersuchungs-  
haft an einem anderen Ort vollzogen wird, die Zuständigkeit  
für die weiteren Haftentscheidungen dem Amtsrichter dieses  
Ortes nur übertragen werden, sofern die Staatsanwaltschaft  
es beantragt.

Der Generalstaatsanwalt bei dem Kammergericht hat von einem  
derartigen Antrag jedoch ausdrücklich Abstand genommen,  
so dass diese gesetzliche Voraussetzung für eine Übertragung  
nicht gegeben ist.

Anhaltspunkte dafür, dass Veranlassung für eine besondere  
richterliche Anordnung der Prüfung der Haftfähigkeit bestün-  
de, sind nicht ersichtlich. Eine Begutachtung ist ohnehin  
seitens des Landgerichts Frankfurt am Main vorgesehen ; es  
ist davon auszugehen, dass die Frage der Haftfähigkeit  
angeschnitten wird, sollten sich insoweit Bedenken und  
Zweifel für den medizinischen Gutachter ergeben.

Berlin, den 3. September 1968  
Amtsgericht Tiergarten, Abteilung 348

K i t t e l  
Amtsgerichtsrat

A u s g e f e r t i g t :

(Schürhoff) Justizangestellte

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle





(1) 1 Js 1.65 (RSHA) (4.69)

B e s c h l u ß

In der Strafsache gegen Boßhammer und andere,  
hier nur gegen

den Rechtsanwalt und Versicherungsangestellten  
Otto Heinrich H u n s c h e,  
geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen,  
wohnhaft in Datteln/Westfalen, Körtling 14,  
z.Zt. in der Untersuchungshaftanstalt  
Frankfurt/Main, Hammelgasse, Gef.B.Nr. 1637,

wegen Mordes

hat der 1. Strafsenat des Kammergerichts in Berlin  
nach Anhörung des Generalstaatsanwalts bei dem  
Kammergericht in der Sitzung vom 20. Januar 1969  
beschlossen:

1. Die Untersuchungshaft des Beschuldigten  
dauert fort.
2. Bis zum 19. April 1969 wird die Haft-  
prüfung dem nach den allgemeinen Vor-  
schriften zuständigen Gericht übertragen.
3. Der Haftbefehl des Amtsgerichts Tiergarten  
vom 8. Januar 1968 - 348 Gs 297.67 -  
wird dahin ergänzt, daß der Beschuldigte  
aus niedrigen Beweggründen, insbesondere  
aus Rassenhaß, die Beihilfe zum Mord ge-  
leistet hat.

G r ü n d e :

Aufgrund der nach § 122 Abs. 4 Satz 2 StPO erneut vorge-



nommenen Haftprüfung war die Fortdauer der Untersuchungshaft anzuordnen.

Der dringende Tatverdacht der Beihilfe zum Mord und die Fluchtgefahr sind aus den unverändert zutreffenden Gründen der Senatsbeschlüsse vom 19. Juli und 23. Oktober 1968 weiterhin gegeben. Die in den früheren Beschlüssen näher dargelegten Voraussetzungen der Untersuchungshaft werden auch von der derzeitigen Auseinandersetzung über die Auslegung des § 50 Abs. 2 StGB n.F. nicht berührt. Der Beschuldigte ist nämlich dringend verdächtig, auch selbst aus niedrigen Beweggründen, und zwar aus Rassenhaß, gehandelt zu haben.

Hierfür spricht bereits die Tatsache, daß er nach seiner Tätigkeit bei der Stapoleitstelle Berlin und als zeitweiliger Vertreter des Behördenleiters bei der Stapoleitstelle Düsseldorf vom 28. November 1941 an bis zum Kriegsende dem Judenreferat des Reichssicherheitshauptamtes zunächst als Sachbearbeiter und später als Unterabteilungsleiter angehört hat und während dieser Zeit Beamter auf Lebenszeit geworden, zum Regierungsrat ernannt und zum SS-Obersturm- sowie SS-Hauptsturmführer befördert worden ist.

Darüber hinaus hat die Zeugin Marks in ihrer Vernehmung vom 8. Dezember 1966 (S. 7) bekundet, daß der Beschuldigte sich den im Dienstgebäude zur Arbeit eingesetzten Juden gegenüber sehr unfair und äußerst rabiät benommen und auch Ohrfeigen ausgeteilt hat. Der Beschuldigte hat ferner dem Zeugen Anders (Vernehmung des Zeugen vom 15. Juni 1967, S. 40), als dieser einem jüdischen Hausarbeiter einmal ein freundliches Wort gesagt hatte, ernsthaft verwiesen, sich mit Juden zu unterhalten oder sie auch nur anzusprechen, da man dies nicht tue. Die Zeugin Grothe (Vernehmung vom 7. Juli 1966 und 25. Oktober 1967), die einmal einem Juden ein paar



Fleischmarken zugesteckt hatte, hat er "furchtbar angebrüllt" und ihr erklärt, er würde sie ins KZ stecken, wenn sie nicht ein Kind hätte.

Die Untersuchungshaft, deren Dauer etwas über ein Jahr beträgt, steht nicht außer Verhältnis zu dem zu erwartenden Freiheitsentzug. Die Ermittlungen sind naturgemäss besonders umfangreich. Bei der "Yivo" in New York, den "National Archives" Washington und dem politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn sind inzwischen zahlreiche neue, auch den Beschuldigten betreffende Schriftstücke gefunden worden, deren Auswertung bei der Schwierigkeit der Sache zeitraubend ist. Es liegen demnach wichtige Gründe vor, die ein Urteil noch nicht zulassen und die Fortdauer der Untersuchungshaft rechtfertigen.

Die in den nächsten drei Monaten etwa zu treffenden Haftentscheidungen hat der Senat wiederum dem nach den allgemeinen Vorschriften zuständigen Gericht übertragen.

Um die Möglichkeit auszuräumen, daß der bisherige Inhalt des Haftbefehls aus den erwähnten Gründen Anlaß zu erneuten tatsächlichen oder rechtlichen Erörterungen über die Frage des niedrigen Beweggrundes in der Person des Beschuldigten geben könnte, hat der Senat es für zweckmässig gehalten, den Haftbefehl zur Klarstellung entsprechend zu ergänzen.

Dr. Freund

Jericke

Zelle



Ausgefertigt:

*Schmöle*  
Justizangestellte  
als Urkundsbeamter  
der Geschäftsstelle

schr.



DR. HANS LATERNER  
FRITZ STEINACKER  
RECHTSANWÄLTE UND NOTARE  
am Oberlandesgericht  
DR. RAINER EGGERT  
HORST LOEBE  
RECHTSANWÄLTE  
am Landgericht

Abschrift

6 FRANKFURT/M., den 19. Sept. 1969  
Kleine Wiesenau 1  
Ecke Wiesenau  
Telefon: 725641 u. 725642  
Gerichtskasten 222

III/K8.

Dr. H. Laterner · F. Steinacker · Dr. R. Eggert · H. Loeb · 6 Ffm. 1, Kl. Wiesenau 1

An das  
Amtsgericht Tiergarten

1 B e r l i n 21  
Turmstraße 91

In dem Ermittlungsverfahren  
gegen

Otto H u n s c h e

- 348 Gs 209/67 -

- 348 Gs 297/67 -

legen wir namens unseres Mandanten gegen den  
Beschluß des Amtsgerichts Tiergarten vom 12.9.  
1969, der uns am 17.9.1969 zugegangen ist,

#### B e s c h w e r d e

ein und wiederholen unsere Anträge aus  
dem Schriftsätze vom 10.9.1969.

Zur Begründung nehmen wir zunächst Bezug  
auf unsere Ausführungen in dem eben ge-  
nannten Schriftsatz. Ergänzend ist hierzu  
noch folgendes auszuführen:

#### I.

Die angefochtene Entscheidung bezeichnet



die von der Verteidigung zur Frage der zwan-  
gweisen Überführung des Beschuldigten nach Ber-  
lin nach Injizierung entsprechender Medikamente,  
die eine Einflußnahme auf die Entschlußfähig-  
keit darstellen, als eine "Unterstellung von  
geradezu makabrer Unsachlichkeit".

Das Amtsgericht hat hier übersehen, daß die  
Bedenken der Verteidigung nicht aus der Luft  
gegriffen sind, sondern durchaus einen realen  
Hintergrund haben. Derartige "Überführungen"  
nach Berlin sind in der Vergangenheit vorge-  
kommen. Es ist allgemein bekannt, daß eine  
rechtzeitige Einschaltung des Bundesverfassungs-  
gerichtes dadurch vereitelt wurde, daß der  
Untersuchungsgefangene zunächst im Zwangswege  
nach Hannover überführt wurde, weil von dort  
die kürzeste Luftverbindung nach Berlin besteht,  
und von dort der Transport nach vorheriger  
Behandlung mit Drogen in einer amerikanischen  
Chartermaschine nach Berlin durchgeführt wurde.  
Wir beziehen uns insoweit zum Beweis für die  
Richtigkeit dieses Vortrags auf die Einholung  
einer dienstlichen Auskunft des Herrn General-  
staatsanwalts in Hannover. Desweiteren verweisen  
wir auf die Zwischenbescheide des Bundesver-



fassungsgerichts, AZ: 1 BvR 179/61 und 2 BvR 384/61.

## II.

Die angeordnete zwangsweise Überführung ist in jedem Fall, da sie nur in einem Charterflugzeug auf dem Luftwege durchgeführt werden könnte, auch noch aus einem weiteren Grund unzulässig.

Eine Überführung ist nur durch Überfliegung des Territoriums der sog. DDR möglich. Dadurch tritt eine Gefährdung des Beschuldigten ein, der er nicht ausgesetzt werden darf. Hier ist nicht daran gedacht, daß das Fliegen an sich möglicherweise gefährlich sein könnte; für die Dauer des Überfliegens ist dem Beschuldigten der Schutz, den ihm die Rechtssphäre der Bundesrepublik ansonsten bietet und auf den er einen Anspruch hat, wenn nicht völlig entzogen, so doch erheblich eingeschränkt. Im Falle einer Notlandung in der DDR müßte der Beschuldigte damit rechnen, nicht in die BRD rücküberführt zu werden, sondern in einem mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht zu vereinbarenden Verfahren wegen des die dortige Untersuchung bildenden



Sachverhalts möglicherweise zum Tode verurteilt zu werden.

Eine Notlandung kann auch nicht völlig ausgeschlossen werden, zumal derartige Charterflüge regelmäßig von alten, von den Fluggesellschaften bereits abgestossenen Maschinen ausgeführt werden, so daß ein technisches Versagen im Bereich der realen Möglichkeiten liegt. Darüberhinaus kann auch die Möglichkeit, daß die Maschine zur Landung in der DDR gezwungen werden könnte, nicht völlig von der Hand gewiesen werden. Ein Einschreiten der Alliierten Schutzmächte in einem solchen Falle kann nur als vage Hoffnung betrachtet werden.

Es widerspricht jedoch Gesetz und Recht, einen Bundesbürger gegen seinen Willen einer solchen Situation auszusetzen.

Im übrigen bestehen bei einer derartigen Überführung auch bei möglichen Luftunfällen keine Versicherungsgarantien, auf die jeder Flugpassagier Anspruch hat.

### III.

- 1.) Das Amtsgericht hätte jedoch in jedem Fall zumindest den hilfsweise gestellten Anträgen



zu 3) und 4) stattgeben müssen.

Es besteht keinerlei Veranlassung, die Überführung des Beschuldigten beschleunigt durchzuführen. Herr Hunsche hat bereits mehrfach, zuletzt in dem Schwurgerichtsverfahren gegen ihn wegen der Ereignisse in Ungarn vor dem hiesigen Landgericht erklärt, daß er in dem Verfahren in Berlin nicht bereit ist, irgendwelche Aussagen zu machen. Er lässt diese Erklärung jetzt nochmals durch seine Verteidigung wiederholen. Er wird sich bei Vernehmungen weder zur Sache einlassen noch bei Gegenüberstellungen, auf Vorhalte usw. Angaben machen.

Herr Hunsche hat sich bezüglich des Komplexes, der den Gegenstand des dortigen Verfahrens bildet, in dem in der Tatsacheninstanz abgeschlossenen Frankfurter Schwurgerichtsverfahren ausführlich und abschließend eingelassen. Diese seine Einlassung ist in den Protokollen festgehalten. Das dortige Verfahren könnte daher durch die Beziehung der Verhandlungsprotokolle durch die berliner Ermittlungsbehörden bestens gefördert werden. Eine Anwesenheit des Beschuldigten ist nicht erforderlich.



2.) Der Beschuldigte hat auch ein durchaus beachtliches rechtliches Interesse daran, bis zum rechtskräftigen Abschluß des frankfurter Verfahrens, jedenfalls aber bis zur Fertigstellung der Revisionsbegründungsschrift durch uns, hierzubleiben, da nur auf diese Weise gewährleistet ist, daß die zahlreichen erforderlichen Besprechungen<sup>en</sup> zwischen der Verteidigung und dem Mandanten geführt werden können. Bei einer Verbringung nach Berlin sind diese Möglichkeiten der Erörterung der anstehenden Fragen - von ein bis zwei Reisen der Verteidigung nach Berlin abgesehen - praktisch nicht mehr gegeben. Es hätte daher zumindest den Hilfsanträgen aus den eben genannten Gründen stattgegeben werden müssen.

Bei der gegebenen Sachlage ist es einfach unverständlich, wenn das Amtsgericht auf einer sofortigen Vollziehung der angeordneten Maßnahmen besteht und nicht einmal die Rechtskraft der angefochtenen Entscheidung abwarten will.

gez. Steinecker

Rechtsanwalt



Vfg.

1. Vermerk:

- a) Der Beschuldigte H u n s c h e gehörte in seiner Eigenschaft als Regierungsassessor bzw. als Regierungsrat mit den Dienstgraden eines SS-Obersturmführers bzw. SS-Hauptsturmführers von Ende November 1941 bis zum Zusammenbruch im Mai 1945 - mit Ausnahme der Zeit vom 17. März 1944 bis Ende August 1944 sowie von Ende November 1944 bis Weihnachten 1944, in der er in erster Linie dem Sonderkommando E i c h m a n n in Ungarn angehörte, jedoch, da er mindestens für einen Teil seiner bisherigen Aufgaben keinen Vertreter gestellt bekam, mehrfach für jeweils mehrere Tage nach Berlin oder Prag reiste, um die ihm dort obliegenden Dienstgeschäfte zu erledigen - dem von Eichmann geleiteten Referat IV B 4 = IV A 4 b des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) an, das geschäftsplanmäßig während des gesamten Zeitraumes für "Juden- und Räumungsangelegenheiten" zuständig war.
- b) Innerhalb dieses Referates war der Beschuldigte H u n s c h e in der von dem Regierungsrat und Sturmbannführer S u h r geleiteten Unterabteilung IV B 4 b als dessen Stellvertreter und Sachbearbeiter - wahrscheinlich im Sachgebiet IV B 4 b -1- tätig. Nach dem Ausscheiden Suhrs aus dem Referat IV B 4 im November 1942 wurde der Beschuldigte als Nachfolger Suhrs Leiter der Unterabteilung IV B 4 b und übernahm den größten Teil der bisherigen Aufgabengebiete Suhrs. Als solcher hatte er den Referatsleiter E i c h m a n n zu vertreten, wenn dieser und zugleich sein ständiger Stellvertreter, der SS-Sturmbannführer Rolf G ü n t h e r verhindert waren, die Geschäfte des Referatsleiters wahrzunehmen.

Zu der dem Beschuldigten H u n s c h e unterstehenden Unterabteilung IV B 4 b gehörten mindestens die Sachgebiete IV B 4 b-1, IV B 4 b-2 und IV B 4 b-4. Vom 10. April 1943 an wurde dem Beschuldigten außerdem das Sachgebiet IV B 4 c - unterteilt in



IV B 4 c-1 und IV B 4 c-2 - unterstellt.

Am 1. April 1944 erhielt das von Eichmann geleitete Referat bei gleichbleibender Aufgabenzuweisung die neue Bezeichnung IV A 4 b. Soweit und solange der Beschuldigte in der Zeit vom 17. März 1944 bis Kriegsende wegen seiner Abordnung zum Sonderkommando Eichmann nach Ungarn überhaupt noch im Referat IV B 4 = IV A 4 b eingesetzt war, unterstanden ihm in dieser Zeit mindestens die Sachgebiete IV A 4 b (II)a, IV A 4 b (II) b und IV A 4 b (II)c = (ab Ende Juli 1944) IV A 4 b (11. V.O.).

Die zunächst von S u h r und ab November 1942 von dem Beschuldigten H u n s c h e geleitete Unterabteilung IV B 4 b war unter anderem zuständig für die im Referat anfallenden Rechtsangelegenheiten, für Fragen der Behandlung jüdischen Vermögens im In- und Ausland (insbesondere Einziehung jüdischen Vermögens) sowie für die mit der Behandlung von Juden mit ausländischer Staatsangehörigkeit im deutschen Machtbereich zusammenhängenden Fragen.

Die Zuständigkeit erstreckte sich auf die Behandlung einschlägiger Grundsatzfragen, die Entscheidung von Einzelfällen sowie auf den Entwurf von bzw. die Beteiligung an in jene Sachgebiete fallenden Erlassen.

Zum Sachgebiet der "Behandlung von Juden mit ausländischer Staatsangehörigkeit im deutschen Machtbereich" gehörten unter anderem die Behandlung von Juden mit jeweils ausländischer Staatsangehörigkeit in den besetzten Westgebieten, im damaligen Reichsgebiet, im Generalgouvernement, in den besetzten Ostgebieten sowie in den sonstigen Ländern im deutschen Machtbereich, insbesondere deren Internierung oder Deportation, Fragen der Deportation von Juden mit französischer, belgischer und niederländischer Staatsangehörigkeit aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden, Fragen der Rückführung von Juden mit ausländischer Staatsangehörigkeit in ihre Heimatländer sowie Maßnahmen gegen Juden in Griechenland.



Dieses Sachgebiet bearbeitete der Beschuldigte H u n s c h e unter S u h r zusammen mit diesem und nach dessen Weggang ab November 1942 im wesentlichen allein.

Insbesondere entwarf der Beschuldigte selbst die Erlasse, durch die die Deportation der Juden mit jeweils ausländischer Staatsangehörigkeit aus dem damaligen Reichsgebiet und den Ländern im deutschen Machtbereich sowie die Deportation großer Teile der französischen, belgischen und niederländischen Juden aus diesen Ländern angeordnet wurde und überwachte deren anordnungsgemäße Durchführung.

Im Rahmen des Sachgebietes "Behandlung des jüdischen Vermögens im In- und Ausland" war der Beschuldigte unter S u h r als dessen Stellvertreter und Sachbearbeiter, später als Unterabteilungsleiter für Fragen der Behandlung, insbesondere Einziehung jüdischen Vermögens im damaligen Reichsgebiet und in den Ländern im deutschen Machtbereich zuständig.

In diesem Sachgebiet bearbeitete er einzelne Vorgänge selbst, und zeichnete im übrigen als Vorgesetzter die Entwürfe der ihm unterstellten, in den Sachgebieten IV B 4 b und IV B 4 c tätigen Sachbearbeiter, unter anderen P a c h o w , K u b e , J e s k e , F r a n k e n , B l u m , K o l r e p , P r e u ß , W a s s e n b e r g , M i s c h k e , P f e i f f e r und N i t s c h k e .

Zu dem Sachgebiet "Vermögensangelegenheiten" gehörten oder damit zusammen hingen unter anderem die Behandlung des Vermögens der in das Generalgouvernement (Lublin-Trawniki) abgeschobenen Juden, Vermögensangelegenheiten - sowie sonstige Feststellungen - aufgrund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz (=Sachgebiet IV B 4 b-4 = -ab 1. April 1944: -IV A 4 b (II) c = -ab Ende Juli 1944: -IV A 4 b (11.VO) ); ab 10. April 1943 Entscheidungen auf Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit sowie auf Einziehung jüdischen Vermögens als volks- und staatsfeindlich (Sachgebiete IV B 4 b-c-1 und IV B 4 c-2 = -ab 1. April 1944: -IV A 4 b (II)a und IV A 4 b (II) b), finanzielle Aufsicht über die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland sowie später



(ab Juni 1943) Abwicklung des Vermögens der Reichsvereinigung, Übertragung jüdischen Vermögens im Reichsgebiet auf "Deutschblütige" und ähnliche Aufgaben.

Zu den von der Unterabteilung IV B 4 b zu bearbeitenden "Rechtsangelegenheiten" gehörten u. a. die Mitwirkung an zahlreichen generellen Regelungen (insbesondere an Erlassen betreffend die sogenannte "Endlösung der Judenfrage") sowie die Entscheidung von Rechtsfragen in bestimmten Einzelfällen.

- c) Dem Beschuldigten H u n s c h e waren zugeteilt bis etwa April 1942 die Schreibkraft L u k a s c h (jetzt verheiratete Finnegan) und anschließend bis etwa Oktober oder November 1943 die Schreibkraft R e i c h e r t; danach - und daneben - schrieben für ihn mindestens aushilfsweise die Schreibkräfte P o h l , R a s e n a c k /später verheiratete B r e i t e n - b e r g e r (jetzt verheiratete Westphal), B u r g h a r d t (jetzt verheiratete Rogge), K e i l m , B e c k , M ü l l e r , v o n G o d l e w s k i und G i e r s c h .
- Aus dem Registraturbereich hatten mit ihm M a r t i n , K r a u ß e , H a n k e , R a u s c h m a y e r , M a r k s , H e r i n g und F ä h r m a n n (jetzt verheiratete Knispel) zu tun.

Aus den Bekundungen der vorstehend genannten Personen - soweit diese ermittelt und vernommen worden sind - (blaue Halbhefter), ferner aus den Bekundungen seiner damaligen Kollegen J ä n i s c h , P a c h o w (orange Halbhefter) und K u b e (blauer Halbhefter) sowie aus den Aussagen von Personen, die der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland oder der jüdischen Gemeinde in Berlin angehörten, nämlich F a b i a n , K l e e - m a n n und N e u m a n n (chamois Halbhefter) ist bereits Aufschluß über die Art und Weise sowie über den Umfang der von dem Beschuldigten H u n s c h e geleisteten Tätigkeit zu gewinnen. Vor allem aber folgen Erkenntnisse aus den rekonstruierten Akten des Eichmann-Referates des RSHA, die Unterschriften Hunsches und teilweise Hinweise auf seinen Namen, Beglaubigungsvermerke oder Schreibkraftparaphen seiner vorstehend genannten



Schreibkräfte enthalten. Es handelt sich dabei um die Geheimgänge

2093/42 g (391),  
2427/42 g (1148),  
3349/42 g (1425),  
3433/42 g (1446),  
2314/43 g ( 82),  
3072/43 g ( 213), (sämtlich grüne Halbhefter)

und um die offenen Vorgänge

840/41,  
163/42,  
2586/42,  
2604/42,  
2686/42, (sämtlich grüne Halbhefter)

650/42,  
758/42,  
1180/42,  
2620/42,  
2648/42,  
4151/43,  
4546/43,  
4601/43,  
4459/44,  
4495/44, (sämtlich rote Halbhefter)

und um den nicht nach Aktenzeichen zu erfassenden Sammelvorgang  
" H u n s c h e " (orange Halbhefter).

- d) Aus den in Bezug genommenen Bekundungen von Mitbeschuldigten und Zeugen in Verbindung mit den Urkunden in den aufgeführten Halbheftern ergibt sich, daß der Beschuldigte H u n s c h e an der Ermordung von Juden im Rahmen der sogenannten "Endlösung der Judenfrage" zumindest insoweit beteiligt war, als er eine Reihe von Erlassen entwarf, bearbeitete oder selbst zeichnete,



durch die Juden mit

polnischer,  
luxemburgischer,  
slowakischer,  
kroatischer,  
serbischer,  
rumänischer,  
bulgarischer,  
griechischer,  
niederländischer,  
belgischer,  
französischer,  
estnischer,  
lettischer,  
litauischer  
und norwegischer

Staatsangehörigkeit sowie staatenlose Juden mindestens aus dem damaligen Reichsgebiet, dem Protektorat Böhmen und Mähren, den besetzten Westgebieten (Frankreich, Belgien, Niederlande) sowie aus dem Generalgouvernement und den besetzten Ostgebieten in die laufenden Deportationsmaßnahmen einbezogen wurden.

29. DEZ. 1967. *he 1545*

2. Urschriftlich

mit Band XXXIV der Akten  
sowie 2 Leitzordnern

dem Amtsgericht Tiergarten  
im Hause

*Sofort  
d. bes. Wachtmeisters*

348 GS 297 167

unter Hinweis auf vorstehenden Vermerk in Verbindung mit den darin in Bezug genommenen Fundstellen - die dort teilweise bereits zusammen mit dem Antrag auf Erlass eines Haftbefehls gegen den Beschuldigten W ö h r n vom 13. Dezember 1967 in Band XXXIII d. A. vorgelegt worden



7

sind - mit dem Antrage übersandt, gegen den Beschuldigten

Otto H u n s c h e

H a f t b e f e h l

wie folgt zu erlassen:

"Der Rechtsanwalt - derzeit Versicherungsangestellte -

Otto Heinrich H u n s c h e ,

geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen,

wohnhaft in D a t t e l n /Westfalen, Körtling 14

ist zur Untersuchungshaft zu bringen.

Er wird beschuldigt

in Berlin

in der Zeit von 1942 bis 1945

durch eine selbständige Handlung

den nationalsozialistischen Machthabern Hitler, Göring, Goebbels und Himmler sowie seinen Vorgesetzten im ehemaligen Reichssicherheitshauptamt (RSHA) Dr. Kaltenbrunner, Müller, Eichmann und Rolf Günther

Beihilfe dazu geleistet zu haben,

aus niedrigen Beweggründen eine noch unbestimmte Anzahl von Menschen, zumindest jedoch 50.000 Personen, zu töten.



Der Beschuldigte gehörte dem Judenreferat des RSHA von Ende November 1941 bis zum Zusammenbruch im Mai 1945 - ausgenommen die Zeit von März bis Dezember 1944, in der er wegen seiner Abordnung nach Ungarn nur einen Teil seiner bisherigen Dienstgeschäfte weiterführte - an, war dort in der Unterabteilung IV B 4 b = IV A 4 b (II) zunächst als stellvertretender Leiter und Sachbearbeiter, ab November 1942 als Leiter u. ä. mit der Bearbeitung von Rechtsfragen bei generellen Regelungen und in Einzelfällen, von Angelegenheiten der Behandlung, insbesondere Einziehung jüdischen Vermögens sowie von Fragen betreffend die Behandlung von Juden mit ausländischer Staatsangehörigkeit im deutschen Machtbereich befaßt und entwarf, bearbeitete oder zeichnete insbesondere Runderlasse sowie jeweils eine Vielzahl von Juden betreffende Schreiben.

Im Rahmen dieser ihm geschäftsplanmäßig zugewiesenen Aufgaben wirkte er in Kenntnis des der nationalsozialistischen Weltanschauung innewohnenden und von den nationalsozialistischen Machthabern laufend propagierten Rassenhasses gegen die Juden an der sogenannten "Endlösung der Judenfrage" im Sinne einer physischen Vernichtung aller im deutschen Macht- bzw. Einflußbereich befindlichen Juden dadurch mit, daß er zumindest durch den Entwurf von mehreren generellen, jeweils eine Vielzahl von Juden mit bestimmter ausländischer Staatsangehörigkeit betreffenden Erlassen und Schreiben sowie durch entsprechende Verhandlungen und Rücksprachen mit dem Auswärtigen Amt und dem RSHA untergeordneten Dienststellen der Sicherheitspolizei und des SD Hilfestellung dazu leistete, eine noch nicht näher bekannte Anzahl von Juden mit polnischer luxemburgischer, slowakischer, kroatischer, serbischer, rumänischer, bulgarischer, griechischer, niederländischer, belgischer, französischer, estnischer, lettischer, litauischer und norwegischer Staatsangehörigkeit sowie staaten-



loser Juden, mindestens jedoch 50.000 Personen, aus dem damaligen Reichsgebiet, dem Protektorat Böhmen und Mähren, aus Frankreich, Belgien, den Niederlanden, dem Generalgouvernement und aus den besetzten Ostgebieten (Sowjetunion) zu Deportationstransporten zusammenzustellen und diese zu Deportationszielorten "nach dem Osten" auf den Weg zu bringen, wobei ihm bekannt war, daß den dorthin abgeführten Juden ihrer Rasse wegen der Tod durch systematische Ausrottung oder doch durch die eine Überlebenschance nicht in sich schließenden Verhältnisse an den Deportationszielorten gewiß war.

Verbrechen, strafbar nach den §§ 211, 49 StGB.

Er ist dieser Straftaten dringend verdächtig, und zwar insbesondere aufgrund der aus dem Judenreferat des RSHA, aus untergeordneten Dienststellen der Sicherheitspolizei und des SD und aus dem Auswärtigen Amt stammenden Schriftstücke, die teils seine eigene Unterschrift tragen, auf ihn im Text oder in Randvermerken Bezug nehmen oder von den ihm zugeteilten Schreibkräften erkennbar gefertigt oder beglaubigt sind sowie aufgrund der Bekundungen der Mitbeschuldigten J ä n i s c h und P a c h o w und der Zeugen R e i c h e r t Westphal, Rogge, Müller, von Godlewski, Giersch, Krause, Hanke, Marks, Hering, Knispel, Kube, Fabian, Kleemann und Neumann.

Im Falle seiner Verurteilung hat er mit einer zumindest langjährigen Zuchthausstrafe zu rechnen. Diese Straferwartung begründet die Gefahr, daß er sich dem Strafverfahren durch die Flucht entziehen wird, zumal er im Falle seiner rechtskräftigen Verurteilung auch mit dem endgültigen Verlust seiner Existenz als Rechtsanwalt zu rechnen hat. Da er sein Grund-



stück mit Wohnhaus in Datteln jederzeit veräußern kann, ist er im Besitze der nötigen Geldmittel, um eine Flucht ins Ausland bewerkstelligen und nach vollzogener Flucht sich im Ausland eine neue Existenz aufbauen zu können. Die erhebliche Fluchtgefahr kann nur durch seine Inhaftierung beseitigt werden."

Den Haftbefehl bitte ich mir alsbald nach Erlaß in sechsfacher Ausfertigung durch besonderen Wachtmeister zuzuleiten.

Berlin 21, den 28. Dezember 1967

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

Im Auftrage

*Hölzner*

(Hölzner)

Staatsanwalt

3. Herrn Oberstaatsanwalt Severin  
zur gefl. Kenntnissnahme

*28. 12. 67*

4. Am 10. Januar 1968

Berlin, den 28. Dezember 1967

*Herrn ad. d. g.*

*28. DEZ. 1967*



Amtsgericht Tiergarten  
Geschäftsnummer:  
348 Gs 297/67

11  
1 Berlin 21, den 8. Januar 1968  
Turmstr. 91 - Wilsnacker Str. 3-5,  
Fernruf: 35 01 11

### H a f t b e f e h l

Der Rechtsanwalt - derzeit Versicherungsangestellte -  
Otto Heinrich H u n s c h e ,  
geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen,  
wohnhaft in 4354 Datteln/Westfalen, Körtling 14,

ist zur Untersuchungshaft zu bringen.

Er wird beschuldigt,

in B e r l i n

in der Zeit von 1942 bis 1945

durch eine und dieselbe Handlung

den nationalsozialistischen Machthabern Hitler, Göring, Goebbels  
und Himmler sowie seinen Vorgesetzten im ehemaligen Reichssicher-  
heitshauptamt (RSHA) Dr. Kaltenbrunner, Müller, Eichmann und  
Rolf Günther

durch Rat und Tat wissentlich Hilfe dazu geleistet zu haben,  
aus niedrigen Beweggründen eine noch unbestimmte Anzahl von  
Menschen, mindestens jedpch 50.000 Personen zu töten.

Der Beschuldigte war ab Ende November 1941 bis zum Zusammenbruch  
im Mai 1945 als Regierungsassessor und Regierungsrat mit den  
Dienstgraden eines SS-Obersturmführers bzw. SS-Hauptsturmführers  
zunächst stellvertretender Leiter und Sachbearbeiter, ab November  
1942 Leiter der Unterabteilung IV B 4 b = IV A 4 b (II) des von  
Eichmann geleiteten Judenreferats des RSHA.

In der Zeit von März bis Dezember 1944 war er nach Ungarn abge-  
ordnet und führte nur einen Teil seiner bisherigen Dienstgeschäfte  
weiter.

Im RSHA war der Beschuldigte zuständig für die Bearbeitung der  
im Referat anfallenden Rechtsangelegenheiten, für die mit der  
Behandlung, insbesondere der Einziehung jüdischen Vermögens  
zusammenhängenden Fragen sowie für das Sachgebiet "Behandlung  
von Juden mit ausländischer Staatsangehörigkeit im deutschen  
Machtbereich".



Im Rahmen dieser ihm geschäftsplanmäßig zugewiesenen Aufgaben wirkte er in Kenntnis des der nationalsozialistischen Weltanschauung innewohnenden und von den nationalsozialistischen Machthabern laufend propagierten Rassenhasses gegen die Juden an der sogenannten "Endlösung der Judenfrage" im Sinne einer physischen Vernichtung aller im deutschen Macht- bzw. Einflußbereich befindlichen Juden ~~daneben~~ durch mit, daß er zumindest durch den Entwurf von mehreren generellen, jeweils eine Vielzahl von Juden mit bestimmter ausländischer Staatsangehörigkeit betreffenden Erlassen und Schreiben sowie durch entsprechende Verhandlungen und Rücksprachen mit dem Auswärtigen Amt und dem RSHA untergeordneten Dienststellen der Sicherheitspolizei und des SD Hilfestellung dazu leistete, eine noch nicht näher bekannte Anzahl von Juden mit polnischer, luxemburgischer, slowakischer, kroatischer, serbischer, rumänischer, bulgarischer, griechischer, niederländischer, belgischer, französischer, estnischer, lettischer, litauischer und norwegischer Staatsangehörigkeit sowie staatenlose~~n~~ Juden, mindestens jedoch 50.000 Personen, aus dem damaligen Reichsgebiet, dem Protektorat Böhmen und Mähren, aus Frankreich, Belgien, den Niederlanden, dem Generalgouvernement und aus den besetzten Ostgebieten (Sowjetunion) zu Deportationstransporten zusammenzustellen und diese zu Deportationszielorten "nach dem Osten" auf den Weg zu bringen, wobei ihm bekannt war, daß den dorthin abgeführten Juden ihrer Rasse wegen der Tod durch systematische Ausrottung oder doch durch die eine Überlebenschance nicht in sich schließenden Verhältnisse an den Deportationszielorten gewiß war.

Verbrechen, strafbar nach den §§ 211, 49 StGB, 4 der Verordnung gegen Gewaltverbrecher vom 5.12.1939 (RGBl. I/2378)

Er ist dieser Straftat dringend verdächtig, und zwar insbesondere auf Grund der aus dem Judenreferat des RSHA, aus untergeordneten Dienststellen der Sicherheitspolizei und des SD und aus dem Auswärtigen Amt stammenden Schriftstücke~~n~~, die teils seine eigene Unterschrift tragen, auf ihn im Text oder in Randvermerken Bezug nehmen oder von den ihm zugeteilten Schreibkräften erkennbar gefertigt oder beglaubigt sind sowie auf Grund der Bekundungen der



Mitbeschuldigten

J ä n i s c h   u n d   P a c h o w   u n d   d e r   Z e u g e n   R e i c h e r t ,  
W e s t p h a l ,   R o g g e ,   M ü l l e r ,   v o n   G o d -  
l e w s k i ,   G i e r s c h ,   K r a u ß e ,   H a n k e ,  
M a r k s ,   H e r i n g ,   K n i s p e l ,   K u b e ,  
F a b i a n ,   K l e e m a n n   u n d   N e u m a n n .

Die Untersuchungshaft wird angeordnet, weil bei diesem dem Beschuldigten zur Last gelegten Verbrechen wider das Leben Fluchtgefahr besteht (§ 112 Abs. 2 Ziff. 2, Abs. 4 StPO).

Der Beschuldigte hat im Falle seiner Verurteilung mit einer zumindest langjährigen Zuchthausstrafe zu rechnen. Diese Straferwartung begründet die Gefahr, daß er sich dem Strafverfahren durch die Flucht entziehen wird, zumal er im Falle seiner rechtskräftigen Verurteilung auch mit dem endgültigen Verlust seiner Existenz als Rechtsanwalt zu rechnen hat.

Gegen diesen Haftbefehl ist das Rechtsmittel der Beschwerde zulässig, über die auf Antrag des Beschuldigten oder von Amts wegen nach mündlicher Verhandlung entschieden werden kann (§ 118 Abs. 2 StPO).

Der Beschuldigte kann auch, statt Beschwerde einzulegen, Haftprüfung beantragen, bei der auf seinen Antrag oder nach dem Ermessen des Gerichts nach mündlicher Verhandlung entschieden wird (§§ 117 Abs. 1 und 2, 118 Abs. 1 StPO).

*Meinse*  
Amtsgerichtsrat



348 Gs 297.67

14

Urschriftlich  
mit Band XXXIV der Akten  
sowie 2 Leitzordnern  
dem  
Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
im Hause Wilsnacker Straße  
nach Erledigung zurückgesandt.

Durch bes. Waidmann!

9. JAN. 1968

1 Berlin 21, den 8. Januar 1968  
Amtsgericht Tiergarten, Abt. 348

*Henne*  
Amtsgerichtsrat

Binn. 903-4



Vfg.

1. Zu schreiben (zweifach)

An den  
Polizeipräsidenten in Berlin  
- Abteilung I -  
z.Hd. von Herrn KK P a u l  
- o.V.i.A. -

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige  
des früheren Reichssicherheitshauptamtes (RSHA)  
wegen Mordes;  
hier: Vollstreckung der Haftbefehle gegen die Be-  
schuldigten H u n s c h e und B o s h a m m e r

Bezug: Unser Telefonat vom heutigen Tage

Anlagen: 8 Haftbefehlsausfertigungen

Unter Bezugnahme auf die Besprechung mit Herrn Kriminal-  
kommissar P a u l vom heutigen Tage übersende ich als  
Anlagen je 4 Ausfertigungen der Haftbefehle gegen die Be-  
schuldigten H u n s c h e und B o s h a m m e r mit  
dem Ersuchen um Vollstreckung.

Ich bitte zu veranlassen, daß die Beschuldigten am  
11. oder 12. Januar 1968 etwa gleichzeitig festgenommen  
und möglichst noch am selben Tage auf dem Luftwege nach  
Berlin überführt werden. Sie sind dabei unbedingt getrennt  
zu halten.

Sollten die Beschuldigten nicht spätestens am Tage nach  
ihrer Ergreifung dem hiesigen Ermittlungsrichter (Amts-  
gericht Tiergarten, Abteilung 348) vorgeführt werden können,  
sind sie dem nächsten Amtsrichter am Ergreifungsort vorzu-  
führen (§ 115a Abs. 1 StPO). Die örtliche Kriminalpolizei  
wird gebeten, mir die Festnahme der Beschuldigten unverzüglich  
fernmündlich oder fernschriftlich anzuzeigen.



2. Schreiben zu Ziff. 1 mir zur Unterschrift.
3. Z.d.A.

Berlin, den 9. Januar 1968

Hö

get. 9.1.68 Sch  
zu 1) Schrb. 2x

Vermerk:

Die beiden Schreiben  
zu Ziff. 1, vorkommende  
Vtg. meist Anlagen  
(je 4 Aufzeichnungen  
des HB v. Hunsche  
u. Boyshammer) heute  
um 13<sup>50</sup> Uhr von  
mir Herrn POW Sommer  
von der Abt I der PP  
zu Durchföhrung der  
Vollstreckung persönlich  
übergeben.

a/h. Hö



I - A - KI 3 - 46/68

Berlin- 42

, den 11.1. 1968

Tatort: Amtsgerichtsbezirk Berlin-Tiergarten

Ergreifungsort: „ Berlin-Tiergarten  
Köln/Rh.

Raum für den Indexstempel

## Einlieferungsanzeige

Am 10.1. 1968 gegen 18.50 Uhr wurde im Bereich  
des Polizeireviers Köln-Holweide, Neufelder Str. 21 festgenommen:

Genaue Bezeichnung des Ergreifungsortes

## Besondere Hinweise:

Einzelhaft.

Einzelnen zum Richter führen.

Keinerlei Vergünstigungen.

Selbstmordverdacht.

Sonstige Hinweise:

(z. B. ansteckende Krankheit, Verletzung pp.)

Streng getrennt zu halten von  
Tatgenossen:

Bosshammer

Wöhrn

Vor- und Zuname: Otto Hunsche

Beruf: Rechtsanwalt

Geboren: 15.9.1911 Recklinghausen

am in Gemeinde

Recklinghausen

Kreis

Amtsgericht

Staatsangehörigkeit: Deutsch

Bei Ausländern: Meldung an KDI erstattet: ja — nein

siehe Vfg. v. 15. 1. 54 betr. Polizeiliche Festnahme von Ausländern — Ordner K, Gruppe F

Familienstand:

~~ledig~~

verheiratet mit Hildegard H. geb. Schnippering

Wohnung: Datteln/Westf., Körtingstr. 14  
2. Wohns. Köln-Holweide, Neufelder Str. 21  
Wohnungslos — war nicht instand, eine Wohnung anzugehen  
die gemachte Wohnungsangabe erwies sich bei Nachfrage als unzutreffend

Vor- und Zuname der Eltern:

a) Vater August Hunsche

b) Mutter Marie H. geb. Spöhle

Bei Minderjährigen:

a) Wohnung der Eltern:

b) Name und Wohnung

des Vormundes:

c) Vormundschaftsgericht:

(Nichtzutreffendes streichen)

## Vermerk:

1. Durchsuchung der Person (Körper — Bekleidung) ist erfolgt durch:

2. Anfrage bei der Fahndungskartei ist erfolgt

Notierung besteht — nicht — ~~xu~~

3. Entnahme der Karte ist veranlaßt

*Schultz*

(Schultz)

Name

KOM

Amtsbezeichnung

I - A - KI 3

Dienststelle

K - KD IV (ED)

Fingerabdrücke

r. Zeigefinger-  
Abdruck

genommen

am

Sachbearbeiter

*Schultz* (Schultz) KOM

Unterschrift, Amtsbezeichnung u. Dienststelle

I - A - KI 3



## Verzeichnis der abgenommenen Gegenstände:

**A** Beweisstücke und Ausweispapiere, die der sach-  
bearbeitenden Dienststelle vorzulegen sind:

a) Beweisstücke:

~~xxxxxx~~ ~~xxxxxx~~ ~~xxxxxx~~  
~~xxxxxx~~ ~~125216~~ ~~xxxx~~

b) Ausweispapiere:

PA der BRD Nr. NW VI 125216 c

**B** Gegenstände, mit denen der Festgenommene  
sich oder anderen ein Leid antun kann:

2 Röhrchen mit ca. 30 Dragees  
Digipersantin, 1 Röhrchen mit  
5 Dragees Sedapersantin,  
1 Röhrchen mit ca. 25 Dragees  
"bella"

**C** In Verwahrung genommene, nicht beschlagnahmte Gegenstände:

1 Aktentasche mit schriftl. Unterlagen u. Obst  
2 kleinere Koffer mit Wäsche u. div. Toilettengegenständen

a) Geld: Hartgeld sechs u. 10/100 DM Papiergeld einhundertzwanzig DM  
Ausländische Geldsorten keine mit lederner Geldbörse

b) Wertgegenstände: 1 Armbanduhr Fabrikat "Nigerian" weiß. Metall

Die Richtigkeit des Verzeichnisses erkenne ich an:

*Thieler*

(Thieler) KOM I-A-KI 3

Unterschrift, Amtsbezeichnung und Dienststelle des Beamten,  
der vorstehendes Verzeichnis aufgenommen hat

*Off. Meier*

Unterschrift des Festgenommenen

Die Gegenstände zu A, B, C sind von mir übernommen:

Name	Name	Name
Dienststelle	Dienststelle	Dienststelle

Verbleib der Gegenstände bei Beendigung der polizeilichen Verwahrung:

Quittung des Empfängers:



LANDESKRIMINALAMT

NORDRHEIN-WESTFALEN

- Dezernat 15 -

Az.: Tgb.Nr. 5441 h (16)

17  
4 DÜSSELDORF 1, DEN 11. Jan. 1968

JÜRGENSPLATZ 5-7

POSTFACH 5009

FERNRUF 5.-NR. 8701

BEI DURCHWAHL 870 .....

An den

Polizeipräsidenten in Berlin

- I-A - KI 3 -

z.Hd.v. KK Paul oVia

1 B e r l i n 42  
Tempelhofer Damm 1-7

Betr.: Verfahren gegen B o s s h a m m e r , H u n s c h e u.a.  
wegen Verdachts des Mordes im Rahmen der "Endlösung der  
Judenfrage" - GeStA bei dem Kammergericht Berlin -  
Az.: 1 Js 1/65 (RSHA)

Bezug: Ihr Schreiben vom 9. Jan. 1968 - I A - KI 3 - 46 u. 47/68

Als Anlage übersende ich die bei der Verhaftung  
B o s s h a m m e r u. H u n s c h e entstandenen  
Vorgänge.

Die Verhafteten werden gleichzeitig übergeben.

Im Auftrage:

*muat am*



B e r i c h t

Auf Grund des Haftbefehls des AG Tiergarten - Geschäftsnummer 348 Gs 297/67 - vom 8. Januar 1968 wurde der

Rechtsanwalt Otto H u n s c h e,  
geb. 15.9.1911 in Recklinghausen,  
wohnhaft Datteln/Westf., Körtling 14

am 10.1.1968 festgenommen.

Nachdem Unterzeichnender und KOM W a l t e r zunächst versucht hatte, H u n s c h e in Datteln zu erreichen, dieses aber nicht möglich war, wurde in Datteln festgestellt, daß H u n s c h e einen 2. Wohnsitz in Köln - Hohlweide, Neufelder Str. 21, hat.

Daraufhin wurde um 17,30 Uhr der Kommissar vom Dienst, KHK P e i n e, von Datteln fernmündlich gebeten, festzustellen, ob H u n s c h e in Köln aufhältlich ist und ihn dort festzunehmen. Gegen 18,30 Uhr wurde Unterzeichnender in Datteln verständigt, daß H u n s c h e in Köln festgenommen wurde.

Daraufhin fuhren KOM W a l t e r und Unterzeichnender von Datteln nach Köln, um H u n s c h e von Köln aus dann nach Düsseldorf zu überführen.

Auf der Dienststelle in Köln war inzwischen von H u n s c h e der Rechtsanwalt Z a n d e r verständigt worden, der dann auch auf der Dienststelle anwesend war.

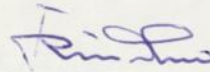
Auf Wunsch von Herrn RA Z a n d e r fuhren KOM W a l t e r und Unterzeichnender dann noch in die Wohnung des RA Z a n d e r, um von dort aus ein Ferngespräch mit der Ehefrau des H u n s c h e zu führen. RA Z a n d e r bat auch um eine Abschrift des Haftbefehls, um diesem dem Rechtsanwalt L a t e r n s e r in Frankfurt übersenden zu können. RA Z a n d e r erhielt eine Abschrift des Haftbefehls. H u n s c h e wurde dann nach Düsseldorf überführt und um 00,15 Uhr in das Polizeigewahrsam eingeliefert.

Am heutigen Tage wird H u n s c h e auf dem Luftwege nach Berlin überführt.

Die Kriminalpolizeidienststellen in Datteln und in



Köln haben von der Festnahme des H u n s c h e Kenntnis.



(Kindler)

KOK



Vernehmung eines <sup>s</sup> Beschuldigten

<sup>Kriminalkommission</sup>  
 \*\*) vorgeführt durch die SK des Landes Nordrhein-Westfalen erscheint  
 der - die\*) Nachgenannte und erklärt:

1. Familienname (auch Beinamen, Künstlername, Spitzname, bei Namensänderung früherer Familienname, bei Frauen auch Geburtsname, ggf. Name des früheren Ehemannes) Vornamen (Rufname ist zu unterstreichen)	H u n s c h e  <u>Otto</u> Heinrich
2. Geboren Datum und Ort Kreis (Verwaltungsbezirk) Land	15.9.11 Recklinghausen Recklinghausen Nordrhein-Westfalen
3. Wohnsitz (Bei Beschuldigten ohne festen Wohnsitz: Letzte Wohnung oder letzter Aufenthaltsort) gegenwärtig z. Z. der Tat Telefon	Datteln/Westf. Körtlingstr. 14 2. Wohns.: Köln-Hohlweide, Neufelder Str. Berlin, Anschrift nicht erreichbar
4. Staatsangehörigkeit (auch evtl. frühere)	deutsch
5. Personalausweis Sonstige Ausweise u. Berechtigungsscheine (z. B. Reisepass, Führerschein, Waffenschein, Wandergewerbeschein u. dgl.) - Art, ausstellende Behörde, Nummer, Ausgabedatum -	PA Nr. NW VI 125216c der Stadt Datteln v. 1.11.52 Führerschein Kl. III v. 26.2.1955 Landkreis Recklinghausen - 626/55
6. Beruf erlernter gegenwärtig ausgeübt z. Z. der Tat ausgeübt Stellung im Beruf gegenwärtig z. Z. der Tat (z. B. Geschäftsinhaber, Gehilfe, selbst. Handwerksmeister, Angestellter usw.) Ferner ist anzugeben: - Bei Beamten und Behördenangestellten: Dienststelle - Bei Studierenden: Hochschule und belegtes Lehrfach - Bei Trägern akademischer Würden (Dr., Dipl.-Ing. usw.): wann u. bei welcher Hochschule der Titel erworben wurde	Volljurist Versicherungsangestellter Volljurist Angestellter Beamter auf Lebenszeit  Regierungsrat im Reichssicherheitshauptamt
7. Einkommensverhältnisse gegenwärtig z. Z. der Tat Bei Erwerbslosigkeit xxxxxx Seit wann?	1700.--DM brutto nicht mehr erreichbar, entsprechend eines Regierungsrates
8. Familienstand (ledig - verheiratet - verwitwet - geschieden - getrennt lebend) Vor- und Familienname des Ehegatten (bei Frauen auch Geburtsname, ggf. Name d. früheren Ehemannes) Wohnung des Ehegatten (bei verschiedener Wohnung) Beruf des Ehegatten	Hildegard H., geb. Schnippering  Datteln/Westf. Körtlingstr. 14 ohne
9. Kinder Anzahl Alter	zwei 26 u. 24 J.

\*) Nichtzutreffendes durchstreichen.

\*\*) Auf Vorladung, aus Untersuchungshaft - aus Strafhaft - als vorläufig Festgenommener vorgeführt, in der Wohnung - an der Arbeitsstelle aufgesucht usw.



<p>10. Vater: Vor- und Zuname } (auch wenn bereits verstorben)          Beruf          Wohnung</p> <p>Mutter: Vor- und Geburtsname } (auch wenn bereits verstorben)          Beruf          Wohnung</p> <p>Vormund *), Pfleger *), Bewährungshelfer: *)          Vor- und Zuname          Wohnung</p> <p>Telefon</p>	<p>August Hunsche          Kaufmann          1963 verstorben</p> <p>Marie H., geb. Spöhle          ohne          1945 verstorben</p> <p>entfällt</p>
<p>11. Ehrenämter          in Staat, Gemeinde oder einer Körperschaft des öffentlichen Rechts          (Schöffe oder Geschworener, Handels-, Arbeits- oder Sozialrichter - Vormundschaften - Pflegschaften - Bewährungshelfer - sonstige Ehrenämter)</p>	<p>keine</p>
<p>12. Bestrafungen (eigene Angaben)          anhängige Strafverfahren - Maßregeln der Sicherung und Besserung - Bewährungsfristen - bedingte Entlassung</p> <p>Ergänzung nach amtlichen Unterlagen</p>	<p>Spruchgerichtsurteil 1947:          2 J. und 3 Monate Gefängnis wegen Zugehörigkeit zur Staatspolizei</p> <p>siehe Bl. d. A.</p>

Mir ist eröffnet worden, welche Tat mir zur Last gelegt wird. Ich bin darauf hingewiesen worden, daß es mir nach dem Gesetz freisteht, mich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen und jederzeit, auch schon vor meiner Vernehmung, einen von mir zu wählenden Verteidiger zu befragen.

Ich möchte mich nicht äußern.

Ich bin die in dem Haftbefehl des AG Bln.-Tiergarten Gesch.-Nr. 348 Gs 297/67 v. 8.1.68 benannte Person. Eine Ausfertigung dieses Haftbefehls ist mir ausgehändigt worden. Von seinem Inhalt habe ich Kenntnis genommen.

Mit der Wahrnehmung meiner Interessen werde ich Herrn RA Dr. LATERNSE, Frankfurt/M. beauftragen.

Ich leide an beginnender Herzmuskelschwäche und Coronardurchblutungsstörungen.

Geschlossen:

vorgelesen, genehmigt, unterschrieben:

*Schultz*  
 (Schultz) KOM

*Arto*

V e r m e r k:

Eintragung in die Haftkladde der KI 3 erfolgte unter Nr. 2/68.

*Schultz*  
 (Schultz) KOM



## Sofort!

1. Die festgenommene Person wird eingeliefert auf Anordnung des

**Amtsgericht Tiergarten**

— wegen **Beihilfe zum Mord (NSG)**

zum Haftbefehl **des AG Tiergarten Gesch.Nr.: 348 Gs 297/67 v. 8.1.68**

2. Die Einlieferung erfolgt zum Kommissar vom Dienst — für die Dienststelle

**zur Untersuchungshaftanstalt Berlin-Moabit**

*Schultz*

(Schultz)

Name

KOM

Amtsbezeichnung

Berlin- , den 19

Dienststelle

1. Der  
Die

wurde gehört;  $\frac{\text{er}}{\text{sie}}$  ist in das Polizeigefängnis einzuliefern.

Annahmestempel des Polizeigefängnisses

Unterschrift des Dienststellenleiters  
bzw. leitenden Beamten des KKvD

1. Als Angehörige wurden benachrichtigt

**Die Ehefrau hat Kenntnis**

~~Angewandte wurden nicht benachrichtigt, weil~~

*Schultz*

(Schultz)

Name

KOM

Amtsbezeichnung



1. Die festgenommene Person ist zu entlassen.
2. Von den in Verwahrung genommenen Gegenständen sind ihr auszuhändigen:

Als Beweismittel bleiben beschlagnahmt:

Entlassen am

19

Uhr

(Siegel)

Unterschrift und Amtsbezeichnung

### Vorführungsverfügung

U. mit Vorgang und Person ~~(XX)~~

dem

Amtsgericht Tiergarten

~~- Bereitschaftsgericht -~~ \*)  
~~- Vernehmungsrichter -~~

Vorführungsbegründung: \*)

— ~~Haft-Unterbringungs-~~ Befehl des AG Tiergarten

Az.: 348 Gs 297/67

— Dringender Tatverdacht zu Beihilfe zum Mord (NSG) §§ 211, 49 StGB

Deliktbezeichnung und Strafvorschrift

und

Haft-Unterbringungs- Grund

- Fluchtgefahr (§ 112 Abs. 2 Ziff. 2, ggf. § 113 Abs. 2 StPO)
- Verdunkelungsgefahr (§ 112 Abs. 2 Ziff. 3 StPO)
- Wiederholungsgefahr (§ 112 Abs. 3 StPO)
- Tötungsdelikt entsprechend § 112 Abs. 4 StPO
- Unterbringungsvoraussetzungen entsprechend § 126 a StPO

(Zutreffendes unterstreichen)

Die Begründung in tatsächlicher Hinsicht ergibt sich aus dem beigefügten Vorführungsbericht.

Der Polizeipräsident in Berlin

Berlin- 42 , den 11.1.1968

I - A - KI 3

Dienststelle

I. A.

*Paul*

(Paul) KK

Unterschrift und Amtsbezeichnung

Aktenkontrolle:

Vorführende Dienststelle: Abgabe an PolGef am , Uhr

Unterschrift

PolGef : Abgabe an VR am , Uhr

Unterschrift

\*) Nichtzutreffendes streichen



# Amtsgericht Tiergarten

Berlin, den 11. Januar 1968

Geschäftsnummer: 351/Gs/(348 Gs 297/67)

348 Gs 12/68

Ermittlungssache

~~/Strafsache~~

Gegenwärtig:

Amtsgerichtsrat Wummel

als Richter,

Justizangestellte Miekley

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

gegen

Rechtsanwalt

Otto Hunsche

wegen

Mordes

U.m.A.

Auf Ladung/Vorgeführt erschien der  
Beschuldigte

Es wurde ihm eröffnet, welche Tat ihm zur Last gelegt wird und welche Strafvorschriften in Betracht kommen.

Er —/Sie— wurde darauf hingewiesen, daß es ihm freistehe, sich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen und jederzeit, auch schon vor seiner —ihrer— Vernehmung, einen von ihm zu wählenden Verteidiger zu befragen.

Die Befragung über die persönlichen Verhältnisse ergab dasselbe wie die persönlichen Angaben Bl. der Akten.

wie aktenkundig

nach Erledigung des  
Ersuchens zurückgesandt.

Berlin 21. den 11.1.1968

Amtsgericht Tiergarten

Abt. 351

*Wummel*  
Amtsgerichtsrat

Der Beschuldigte erklärte zur Sache:

Der Haftbefehl des Amtsgerichts Tiergarten vom 8. Januar 1968 - 348 Gs 297/67 - ist mir verkündet worden.

Ich bin die in dem Haftbefehl benannten Person.

Rechtsmittelbelehrung wurde mir erteilt.

Ich bestreite die mir im Haftbefehl des Amtsgerichts Tiergarten vom 8.1.1968 vorgeworfene Straftat. Dieser ganze Komplex war bereits mit Gegenstand des Verfahrens gegen mich vor dem Schwurgericht Frankfurt/Main. In dem gegen mich ergangenen Urteil ist bereits festgestellt worden, daß ich keine Kenntnis vom Schicksal der Juden hatte. In diesem Verfahren ist festgestellt worden, daß ich eine solche Kenntnis auch in meiner berliner Zeit nicht erworben haben kann.

-2-



Ich bitte um sofortige mündliche Haftprüfung.

Von meiner Inhaftierung soll meine Ehefrau benachrichtigt werden.

s.g.g.u.u.

Offr. Gessert

Ann. Bef. an UHA. Moabit erteilt

Winnand.

1 Nachr. ff+cc

11.1.58

Gieseler

Gieseler



15. JAN 1968

22

Vollzugsanstalt  
UHA Moabit  
Buchnummer  
104/68



Familienname (bei Frauen auch Geburtsname)

H U N S C H E

Vornamen (Rufname unterstreichen)

O t t o H e i n r i c h

Bekenntnis\*)—Staatsangeh.—Fam.—Stand u. Kinderzahl

ev. dt. verh. 2

Wohnung

4354 Datteln/Westf. Körtling 14

Name und Wohnung der nächsten Angehörigen (Eltern, Ehegatten usw.)

Ehefr.: Hildag. H. Adr.w.o.

# Aufnahmemitteilung

AG Tierg. 348 Gs 12/68

Geburtstag—Geburtsort—Kreis

15.9.11 Recklinghausen

Erlerner Beruf—Ausgeübte Tätigkeit

Rechtswalt/Vers.-Angest.

Zuletzt polizeilich gemeldet

W.N.

13. I Sp.9

Letzte Entlassung (Anstalt—Tag—Art und Höhe der Strafe oder Maßnahme)

1965 Frankf. U-Haft

Tatgenossen

1965/67 Wöhrn, Fritz  
Dr. Berndorff

Verteidiger

103/65 Borchmann, Friedr

Zugeführt (Gestellt) am-von

11.1.1968

Festgenommen am

16.10 v. PP

Vorstrafen u. a.: Zuchthaus Gefängnis Einschliefung Strafarrest Haft Jugendstrafe Geldstrafe  
mal: 1

Sicherungsverwahrung Arbeitshaus Unterbringung in Heil- oder Pflegeanstalt Unterbringung in Trinkerheilanstalt oder Entziehungsanstalt Jugendarrest Fürsorgeerziehung  
mal:

## I. Einweisungsbehörde-Art und Tag der Entscheidung-Geschäftsnummer

AG Tierg.

348 Gs 12/68

Tat (Tatverdacht)-Art der Freiheitsentziehung-Strafmaß-Anzurechnende Untersuchungshaft

Mord

U-Haft

Strafzeit: Beginn

Ende

Neues Ende (vgl. Vermerke)

## II. Einweisungsbehörde-Art und Tag der Entscheidung-Geschäftsnummer

Tat (Tatverdacht)-Art der Freiheitsentziehung-Strafmaß-Anzurechnende Untersuchungshaft

Strafzeit: Beginn

Ende

Neues Ende (vgl. Vermerke)

## III. Einweisungsbehörde-Art und Tag der Entscheidung-Geschäftsnummer

Tat (Tatverdacht)-Art der Freiheitsentziehung-Strafmaß-Anzurechnende Untersuchungshaft

Strafzeit: Beginn

Ende

Neues Ende (vgl. Vermerke)

An

Amtsgericht Tiergarten

~~Staatsanwaltschaft~~  
bei dem Landgericht Berlin

~~Der Polizeipräsident~~  
in Berlin Abt. K

~~Soziale Gerichtshilfe~~

in

zu 348 Gs 12/68

12. JAN 1968

(Tag)

Auf Anordnung

Heinrichsen v.  
Unterschrift, Amtsbezeichnung



Gesch.-Nr.: 348 Js 12. 68

Berlin, den 12. JAN. 1968

23

Vfg.

1. Mündliche Verhandlung zur Haftprüfung am 18. 1. 68 14<sup>00</sup>, Saal 2: 154

2. Nachricht an

- a) den Beschuldigte(n) — Angeschuldigte(n) — *Herrn mit Wirt.*  
*Da bei Herrn Rechtsanwalt Galenke nach Ihren Angaben*  
b) ~~Verteidiger~~ *gegenüber der Polizei bisher nach nichts mit Ihrer Vert.*  
*bestanden haben, wird es von dem*  
c) ~~die Staatsanwaltschaft~~ *Haftprüfungsamt nicht unterrichtet.*

3. Vorführungsersuchen an UHA Maastricht

4. Zum Termin.

- 4) U. m. Bd. XXXIV d. A  
verurs 2 Teilarchiven  
dem Justizsaal  
bei dem Kammergericht

Saford durch Ges. Veldhuis.

12. JAN. 1968

HV 1504

Terminanberaumung zur Haftprüfung  
Druck u. Verlag: Willy Kutschbach, Berlin-Britz 1.62 5000

*im Hause*  
*u. d. D. um Vereinbarung von HP Termin*  
*mit um Vereinbarung von HP Termin*

— B.W.)



Die Stellungnahme und die erforderlichen  
Akten bitte ich mir bis spätestens 16. 1. 68  
vorzulegen

Berlin, den 12. JAN. 1968  
Amtsgericht Tiergarten, Abt. 34 P.

Meinre

AGR



17. JAN. 1968

24

Vfg.

1. Urschriftlich

mit Band XXXIV  
sowie 3 Leitzordnern

*sofort durch  
bes. Wachtmister*

dem Amtsgericht Tiergarten  
- Abteilung 348 -

348 GS 12 /68

im Hause

zur Durchführung der mündlichen Haftprüfung betreffend den  
Beschuldigten

Otto Heinrich H u n s c h e

vorgelegt.

Ich beantrage Haftfortdauer aus den Gründen ihrer Anordnung.

Begründung:

Die dem Beschuldigten Hunsche im Haftbefehl vom 8. Januar 1968 zur Last gelegte Tat ist nicht Gegenstand des ebenfalls gegen ihn laufenden Frankfurter Verfahrens - 4 Ks 1/63. Dieses Strafverfahren betrifft ausschließlich die Tätigkeit Hunsches als Angehöriger des sogenannten "Sonderkommandos Eichmann" in Ungarn im Jahre 1944 (vgl. Seite 1-5 der Anklage vom 8. März 1963 - 4/4a Js 586/56/4 Js 1017/59 sowie Seite 176-178 der schriftlichen Gründe des Urteils des Schwurgerichts Frankfurt/Main vom 3. Februar 1965 - 4 Ks 1/63), während das vorliegende Ermittlungsverfahren 1 Js 1/65 (RSA) die Tätigkeit Hunsches als Angehöriger des Judenreferats IV B 4 = IV A 4 b des RSA in Berlin und Prag von 1941 bis 1945 zum Gegenstand hat.

Der Beschuldigte Hunsche hat das bei seiner Vorführung am 11. Januar 1968 auch nicht in Abrede gestellt, sondern nur



vorgetragen, seine Tätigkeit als Angehöriger des Judenreferats des RSHA in Berlin und Prag sei anlässlich des Strafverfahrens vor dem Schwurgericht Frankfurt erörtert worden. So ist auch nur die Formulierung "mit Gegenstand" auf Seite 1 des Vorführungsprotokolls vom 11. Januar 1968 (Bl. 21 Bd. XXXIV) zu verstehen. Strafklageverbrauch ist mithin nicht eingetreten.

Mit seiner Einlassung, die ihm im Haftbefehl vom 8. Januar 1968 vorgeworfene Tat sei bereits im Frankfurter Verfahren erörtert worden, will Hunsche zum Ausdruck bringen, bereits das Schwurgericht Frankfurt habe trotz Erörterung dieser Punkte nicht feststellen können, daß er, Hunsche, am Entwurf der Erlasse vom 5. März 1943 - 2314/43g (82)/2686/42 in Kenntnis des Schicksals der zu deportierenden Juden mit bestimmter ausländischer Staatsangehörigkeit beteiligt gewesen sei. Die Ausführungen des Schwurgerichts Frankfurt hierzu sind auf Seite 218 bis 225, insbesondere 220-225 sowie auf Seite 10-12 der Gründe des Urteils vom 3. Februar 1965 niedergelegt.

Der Beschuldigte will mit dieser Einlassung offenbar vorbringen, wenn schon das Schwurgericht Frankfurt/Main in fast einjähriger Hauptverhandlung nicht habe feststellen können, er sei an den Erlassen vom 5. März 1943 beteiligt gewesen und habe zu dieser Zeit bereits Kenntnis davon gehabt, daß die zu Deportierenden an den Deportationszielorten ermordet werden sollten, dann sei der ihm jetzt in dem Haftbefehl gemachte Vorwurf - er habe die Erlasse in Kenntnis des wirklichen Schicksals der zu Deportierenden entworfen - zweifelhaft und angreifbar.

Diesem Vorbringen des Beschuldigten gegenüber ist jedoch folgendes festzustellen: Die Erkenntnisse, die durch die Ermittlungen im Verfahren 1 Js 1/65 (RSHA) gewonnen worden sind, gehen weit über das hinaus, was das Schwurgericht Frankfurt an Feststellungen seiner Entscheidung zugrunde legen konnte. Im Verlaufe der Ermittlungen sind zu den rekonstruierten RSHA-Vorgängen 2314/43g (82) und 2686/42 zahlreiche neue Dokumente zusammengetragen worden, die dem Schwurgericht Frankfurt bei seiner Entscheidung noch nicht



vorgelegen haben und die - im Zusammenhang gelesen - eindeutig ergeben, daß der Beschuldigte Hunsche nach dem Ausscheiden seines Vorgängers Suhr aus dem Judenreferat im November 1942 der für Fragen der Behandlung der Juden mit ausländischer Staatsangehörigkeit im deutschen Machtbereich zuständige Bearbeiter im Referat war und als solcher die Erlasse entworfen und später herausgegeben hat. Der dem Auswärtigen Amt zur Mitzeichnung zugeleitete Entwurf - 2686/42 - zu den späteren Erlassen vom 5. März 1943 - 2314/43g (82) - datiert vom Januar 1943. Suhr schied jedoch bereits im November 1942 aus dem Referat aus. Es vergingen also noch etwa zwei Monate, ehe die Erlaßentwürfe im Referat vorlagen und dem Auswärtigen Amt sowie anderen Referaten des RSHA zugeleitet wurden. In der Verfügung vom Januar 1943 ist der Beschuldigte als Bearbeiter an zweiter Stelle nach dem Referatsleiter Eichmann genannt. Nach dem im RSHA üblichen Verfügungsaufbau bedeutet das, daß der Beschuldigte Bearbeiter der Verfügung war, während Eichmann an erster Stelle lediglich deshalb erscheint, weil er Referatsleiter war. Als solcher mußte dieser an erster Stelle in derartigen Verfügungen genannt werden.

Im Frankfurter Verfahren hatte der Beschuldigte zwar behauptet, mit der Ausarbeitung der Erlaßentwürfe kaum befaßt gewesen zu sein; die Vorarbeiten seien noch fast vollständig durch Suhr gemacht worden. Er - Hunsche - habe allenfalls vermögensrechtliche Fragen ergänzend eingefügt (vgl. Seite 221 der Urteilsgründe). Diese Einlassung wird jedoch allein schon durch die lange Zeit, die zwischen dem Ausscheiden Suhrs und dem Datum der Verfügung liegt, widerlegt. Es erscheint völlig unglaublich, daß Erlaßentwürfe in einer für das Judenreferat derart dringlichen und wichtigen Frage etwa zwei Monate lang unbearbeitet hätten liegenbleiben können. Im übrigen beweist die Angabe des Namens des Beschuldigten als Sachbearbeiter auf der Verfügung, daß er die Verfügung auch abgefaßt hat. Schließlich war er als der zuständige Bearbeiter auch für die endgültige Fassung der Erlasse vom 5. März 1943 verantwortlich. Denn er hat die Änderungswünsche des Auswärtigen Amtes sowie des Referats II B 4 des RSHA berücksichtigt, dementsprechend



die Erlaßentwürfe umformuliert und die endgültigen Fassungen seinen Vorgesetzten zur Zeichnung zugeleitet.

Daß der Beschuldigte Hunsche spätestens seit 1942 Kenntnis davon hatte, daß die zu deportierenden Juden, also auch die Juden mit ausländischer Staatsangehörigkeit, getötet wurden, ergibt sich nicht nur aus seiner Stellung im Referat und den Angaben Eichmanns in Israel sowie den Aussagen von Wisliceny, sondern vor allem auch aus den Angaben der Zeugen Albrecht, Baesecke, Borchert, Dombrowski, Eggert, Giersch, von Godlewski, Greifendorf, Groth, vom Hoff, Paech, Quandt, Reichert, Riemer, Rogge, Scholz, Topel, Westphal,

- sämtlich Schreibkräfte im Judenreferat -

Hanke, Hering, Knispel, Krauße, Marks, Rauschmayer, Slawik, Ullmann,

- sämtlich Angehörige der Registratur, Wache usw.  
im Judenreferat -

Anders, Brauer, Hartenberger, Mannel, Novak und Stuschka,

- sämtlich nichtbeschuldigte Sachbearbeiter im  
Judenreferat -

sowie der Mitbeschuldigten

J ä n i s c h und P a c h o w .

*und Beschuldigten*

Die vorgenannten Zeugen verlangten während der Zeit ihrer Referatszugehörigkeit teilweise positive Kenntnis vom wirklichen Schicksal der deportierten Juden, teilweise befürchteten sie, die deportierten Juden könnten getötet werden, teilweise erfuhren sie mindestens Tatsachen, die den Schluß auf die Tötung von deportierten Juden nahegelegt hätten.

Im Hinblick auf die erwähnten Zeugenaussagen erscheint es ausgeschlossen, daß der Beschuldigte Hunsche unter Berücksichtigung seiner Stellung im Referat keine Kenntnis vom



wirklichen Schicksal der deportierten Juden erlangt hat.

Berlin 21, den 15. Januar 1968

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

Im Auftrage

*Hölzner*

(Hölzner)  
Staatsanwalt

2. Wv. am 19.1.1968.



**Dietrich Weimann**

Rechtsanwalt

Sprechstunde: 17 bis 18<sup>30</sup> Uhr  
außer Mittwoch und Sonnabend  
Telefongespräche unverbindlich

Bankkonto: Berliner Bank AG., Berlin 19,  
Preußenallee 41, Depka 44 - Kto.-Nr. 61 86

29  
1 Berlin 19 (Charlottenburg), 15. Januar 1968  
Reichsstraße 84 Telefon: 9466 XX 304 66 69



In dem Ermittlungsverfahren  
g e g e n

Otto H u n s c h e

1 Js 1/65 (RSH)

hat mich der Beschuldigte Otto  
Hunsche gebeten, seine Verteidigung  
als Officialverteidiger zu führen.

Ich beantrage daher,

mich dem Beschuldigten als  
Officialverteidiger beizuordnen

und mir eine allgemeine und unbeschränkte  
Sprecherlaubnis zu übersenden.

Ich bin weiter der Auffassung, dass die  
Beiordnung eines Verteidigers bereits im  
jetzigen Stadium des Verfahrens unbe-  
dingt erforderlich ist, da nach Auskunft  
der sachbearbeitenden Staatsanwälte in  
der nächsten Zeit die Vernehmungen be-  
ginnen sollen und bei dem schwierigen Kom-  
plex der Beschuldigte der Beratung durch  
einen Verteidiger bedarf.

*Weimann*  
Weimann

Rechtsanwalt

An den  
Generalstaatsanwalt bei dem  
Landgericht Berlin

1 Berlin 21  
Turmstr. 91

*Vh.*  
*1. Vermerk:*  
*Vh. Bl. 31 d. A.*  
*Bd XXXIV*  
*2. z. d. A.*  
*16/1. 1968*



V.  
—1/ Vermerk:

Da bei der richterlichen Vorführung des  
Beschuldigten Hunsche weder die Protokoll-  
trolle noch die Erteilung von Sprech-  
schein gem. Nr. 3 Abs. 1 u. VollzO  
der StA überlegen wurden, vgl.  
Bst. 21 Bst. XXXIV, habe ich heute  
Herrn AG R Heinte entsprechend  
formmündlich unterrichtet. Herr  
Heinte erklärte, er genehmige  
Protokoll und Sprechscheinerklärung  
durch die StA, falls der Be-  
schuldigte Hunsche anläßlich  
seiner heutigen Vorführung hier  
sein Einverständnis erklärt.

2/ zLA

Mh. 1/6  
1/6



HEINZ ZANDER  
RECHTSANWALT

31  
5 KÖLN, DEN 13.1.1968  
Neußer Platz 12, 1. Etage  
TELEFON 731732

Abs.: Rechtsanwalt Heinz Zander, 5 Köln, Neußer Platz 12

An das  
Amtsgericht Tiergarten


1 Berlin 21  
Turmstrasse 91  
Wilsnackerstr. 3 - 5

Aktenzeichen: 348 Gs 297/67

In der Haftsache

Otto Heinrich H u n s c h e geb. am 15.9. 1911 in Reklings-  
ausen  
z.Zt. in dortiger Untersuchungshaft.

überreiche ich in der Anlage mein Schreiben vom 13.1.68 mit der  
Bitte, dieses Schreiben unverzüglich an Herrn Hunsche weiterzu-  
leiten. Es sind eilige Entscheidungen zivilrechtlicher Art zu  
treffen. Ich wäre daher für eine bevorzugte Erledigung außer-  
ordentlich verbunden.

  
Rechtsanwalt.

1.  
1. Erledigt d. Briefkopf des Anlegers an d. Minister.  
2. f. d. d. Bsp. XXXIV

*An 1. J. 1.65 (RS H.A.)*



Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

Berlin, den 16. Januar 1968

1 Je 1/65 (RSA)

Gegenwärtig: Erster Staatsanwalt KLINGBERG  
Staatsanwalt HÖLZNER  
Justizangestellte Schele

Vorgeführt aus der Untersuchungshaftanstalt Moabit erscheint um  
13.15 Uhr

der Rechtsanwalt  
Otto Heinrich H u n s c h e,  
geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen,  
wohnhaft in Datteln, Körting 14,  
2. Wohnsitz: Köln-Holweide, Neufelder Straße 21,  
z.Zt. aufgrund des Haftbefehls des Amtsgerichts  
Tiergarten vom 8. Januar 1968 - 348 Gs 297/67 -  
in Untersuchungshaft in der Untersuchungshaftanstalt  
Moabit, Berlin 21, Alt-Moabit 12a, zu Gef.B.Nr. 104/68.

und erklärt nach Eröffnung, daß er in dem gegen ihn und andere  
frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes  
(RSA) in Berlin anhängigen Ermittlungsverfahren wegen des Ver-  
dachts der Teilnahme am Mord im Rahmen der "Endlösung der Juden-  
frage" als Beschuldigter vernommen werden solle, und nach Belah-  
rung, daß er als solcher Aussagen nicht zu machen brauche oder,  
falls er aussagebereit sei, jederzeit zuvor einen Verteidiger  
befragen könne, folgendes:

Ich möchte zunächst einmal die mündliche Haftprüfung, die ich im  
Zeitpunkt der Verkündung des Haftbefehls beantragt habe, durch-  
geführt wissen. Ich lege aber Wert darauf, daß ich im Haftprü-  
fungstermin durch Herrn Rechtsanwalt W e i m a n n anwaltlich  
vertreten werde.

Im übrigen bin ich einverstanden, daß die Postkontrolle statt



durch das zuständige Gericht durch die Staatsanwaltschaft  
bei dem Kammergericht durchgeführt wird und daß auch Sprech-  
scheine durch die Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht  
erteilt werden.

Schluß der Vernehmung: 14.25 Uhr.

Laut, in meiner Gegenwart diktiert,  
durchgelesen und als genehmigt unter-  
schrieben:

*Offt. Hünneke*  
.....

Geschlossen:

*Krüger  
Holmer*

*Klein*



1. Vermerk:

Der Beschuldigte Hunsche bittet darauf, daß  
zunächst die Beordnung eines Pflichtverteidigers  
durchgeführt wird, ehe die mündliche Haftprüfung  
stattfindet.

2. U.

mit Band XXXIV

Herrn Vorsitzenden  
des S. Schafkammer

in Hause (über die Geschäftskarte Zi 432 Altbau).

Zur Entscheidung über den Antrag  
gem. § 141 StPO übersandt.

Ich befürworte die Bestellung von Herrn Rechts-  
anwalt Weimann, die im Hinblick auf  
den außerordentlichen Umfang der Sache  
gerechtfertigt erscheint, und zwar bereits im  
derzeitigen Stadium des Verfahrens.

Ich bitte, mir die Akten sofort nach Entscheidung  
durch bes. Wachmeister wieder zuzuleiten (wegen  
Bl. 22 Bd. XXXIV).

Berlin 21, den 16. Jan. 1968  
Der Generalstaatsanwalt bei dem  
Kammergericht

3, Am 17.1.1968

Hölzer, STA

Sofort durch  
bes. Wachmeister

Eingereichen 14.35  
16. JAN. 1968  
G. 5/18  
des Landgerichts Berlin (Moabit)  
Viertel.  
Justizsekretärin



Landgericht

Geschäftsnummer:

108 AR 5. 68

Berlin, den

34

17. 1. 68 (RSHA)

Hapt. für Wachen  
Brück

Öffo Künsche für die in der  
Ankündigungsbearb.

Der Angeklagten — Angeklagten  
aus der Masse 4.

wird der Rechtsanwalt

Diethrich Wolmann

wohnhaft in Berlin

19, Reichsstr. 84

gemäß § 140 Abs.

1. Ziff.

StPO zum Pflichtverteidiger bestellt.

Dem Verteidiger wird Dauersprecherlaubnis erteilt.

2. Erklärung an Verteidiger  
3. Erklärung an Richter

Urschr. mit Akten

an den Herrn Generalstaatsanwalt

in Berlin

not. Künsche

Berlin NW 40, den 16. JAN. 1968  
Landgericht Berlin  
Stralkammer 8  
Der Vorsitzende

HV 1513

Bestellung eines Pflichtverteidigers

STAT

5000 9. 66



Vermuth-

Büro RA Hermann vom HP Termin heute 12<sup>30</sup><sub>h</sub>  
telef. unterrichtet.

7. JAN. 1968

H.

H.



Geseh. v. Vt

Landgericht Berlin

Berlin, den 16. Januar 1968

35

Geschäftsnummer:

508 AR 5/68

1 Js 1/65 (RSHA)

Be-

De m ~~Angeschuldigten~~ — ~~Angeschuldigten~~ ~~xxxxxx~~ Otto Hunsche, z.Zt. in der  
Untersuchungshaftanstalt Moabit

wird der Rechtsanwalt Dietrich Weimann

wohnhaft in Berlin 19, Reichsstr. 84

gemäß § 140 Abs. 1 Ziff. 1 StPO zum Pflichtverteidiger bestellt.

Dem Verteidiger wird Dauersprecherlaubnis erteilt.

Pahl  
Landgerichtsdirektor

HV 1513

Bestellung eines Pflichtverteidigers — Verfügung

STAT

10000 I. 67



Geschäftsnummer:

348 Gs 12.68

Gegenwärtig:

Amtsgerichtsrat Heinze

als Richter

Erster Staatsanwalt Klingberg

Staatsanwalt Hölzner

als Vertreter der Staatsanwaltschaft

Justizangestellte Winkler

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

Rechtsanwalt Weimann

als Verteidiger

Ermittlungssache

~~Strafsache~~

gegen

Otto H u n s c h e

wegen Beihilfe zum Mord

V.

1. U. mit Akten Bd. XXXIVu.  
10 Leitzordnern  
Herrn Generalstaatsanwalt

bei dem ~~Kammergericht~~ Kammergericht  
im Hause Wilsnacker Str.  
~~Herrn Generalstaatsanwalt~~  
~~bei der Amtsgerichts~~

1 Berlin 21

zurückgesandt.

2. Nach

Berlin, den 18. Jan. 1968

Amtsgericht Tiergarten  
Apt. 348

*Heinze*  
Amtsgerichtsrat

Zum Zwecke der Haftprüfung erschien(en) vorgeführt

der/die Beschuldigte(n)

In einer eingehenden Erörterung der Sach- und Rechtslage hatte der Beschuldigte Gelegenheit, seinen beruflichen Werdegang und seine Stellung im RSHA darzulegen. Unter Hinweis auf das Urteil des Frankfurter Schwurgerichts machte der Beschuldigte geltend, daß er von dem Schicksal der Juden keine Kenntnis gehabt habe. Er wies ferner darauf hin, daß eine Fluchtgefahr bei ihm nicht bestehe, da er auch im Frankfurter Verfahren insbesondere nach dessen Aufhebung durch den BGH möglicherweise mit einer längeren Strafe rechnen müsse und trotzdem bisher nicht geflohen sei. Im übrigen sei er durch die Anlegung des Vermögens seiner Ehefrau in dem errichteten Haus finanziell auch gar nicht in der Lage, Deutschland zu verlassen.



St A. b. Ko. 135  
Wilmsdorf  
Hr.



Der Beschuldigte beantragt, den Haftbefehl vom 8. 1. 1968 mangels dringenden Tatverdachts aufzuheben, hilfsweise ihn mit dem weiteren Vollzug der U-Haft zu verschonen.

Der Verteidiger schließt sich diesen Anträgen an.

StA beantragt Haftfortdauer.

Der Beschuldigte hatte Gelegenheit, zu der Begründung der StA zu dem soeben gestellten Antrag erwidern Stellung zu nehmen.

b. u. v.

Die U-Haft dauert fort.

Der Beschuldigte ist der ihm durch den Haftbefehl zur Last gelegten Straftat auch weiterhindringend verdächtig. Für seine Mitwirkung an dem Erlaß vom 5. 3. 1943, durch den die im Haftbefehl aufgeführten jüdischen Bevölkerungsgruppen in die Abschiebungsmaßnahmen einbezogen wurden, sprechen nicht nur die bereits in dem Frankfurter Schwurgerichtsprozeß gewürdigten Indizien, sondern auch zahlreiche andere in Frankfurt bekannte Urkunden, aus denen ersichtlich ist, daß der Beschuldigte echter Nachfolger Sührs geworden ist. Im übrigen ergibt sich aus dem Umfang seiner Tätigkeit im RSHA - wie sich ebenfalls aus den weiteren schon genannten Urkunden folgern läßt - und aus den Bekundungen zahlreicher im Haftbefehl aufgeführter Zeugen, daß der Beschuldigte auch von dem Schicksal der Juden Kenntnis gehabt haben muß.

Auch die Fluchtgefahr ist weiterhin zu bejahen. Der Beschuldigte hat zusätzlich zu der indem Frankfurter Verfahren drohenden Strafe im vorliegenden Verfahren ebenfalls mit einer erheblichen Strafe zu rechnen, die ihm einen erheblichen Anreiz zur Flucht geben kann.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt ist auch die Fluchtgefahr so erheblich, daß der Zweck der U-Haft durch Maßnahmen nach § 116 StPO nicht erreicht werden kann, zumal insbesondere



wegen der nervlichen Verfassung des Beschuldigten eine Kurzschlußhandlung nicht ausgeschlossen werden kann. Im übrigen handelt es sich um die Beschuldigung eines Verbrechens wider das Leben. In einem derartigen Fall sind nach § 112 Abs. 4 StPO an die Fluchtgefahr nicht so strenge Anforderungen zu stellen, wie bei anderen Delikten.

Nachricht von Haftfortdauer an Ehefrau Hildegard Hunsche, <sup>hantw. ab 19.5.68</sup>  
4354 Datteln/Westf., Körtlingstr. 14.

Hunsche

Winkler



Vfg.

1. Vermerk:

Anlässlich seiner mündlichen Haftprüfung vom 18. Jan. 68 erklärte der Beschuldigte **H u n s c h e** u.a., während seiner Tätigkeit bei der Stapoleitstelle Düsseldorf sei die sogen. " Greuelpropaganda " bei ihm durchgelaufen. Auch in den ersten 2 - 3 Monaten seiner Tätigkeit beim Referat IV B 4 des RSHA sei " Greuelpropaganda " bei ihm durchgelaufen. Er habe jedoch nicht an die Wahrheit solcher " Greuelberichte " geglaubt. Das Lager Auschwitz sei ihm bereits aus seiner Düsseldorfer Tätigkeit bekannt. Im " Pester Lloyd " ( phon. ), der einzigen deutschsprachigen Zeitung ( 1944 ) in Budapest, habe er einmal die Dementierung einer " Greuelmeldung " gelesen. Seiner Ehefrau habe er verboten, ausländische Rundfunksender zu hören.

Weiterhin äußerte er, wenn die Subalternen im Judenreferat - im Zusammenhang mit Gerüchten über Judentötungen - etwas kolportiert hätten ( " Dienstmädchengespräche " ), dann hätten sie sich wohl gehütet, das " uns " ( gemeint sind die ranghöheren Referatsangehörigen ) zu erzählen.

Im Zusammenhang mit den harten Maßnahmen, die auf den Konferenzen vom 6.3. und 27.10.1942 gegen jüd. Mischlinge und jüd. Mischehenpartner erörtert wurden, erklärte Hunsche, ihm sei klar gewesen, daß das Schicksal der nach dem Osten abgeschobenen Juden härter als das der in Deutschland verbleibenden Juden ( also insbes. jüd. Mischlinge und jüd. Mischehenpartner ) gewesen sei.

## 2. Z.d.A.

Berlin 21, den 19.1.1968

H<sup>6</sup>



Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

Berlin, den 23. Januar 1968

1 Js 1/65 (RSHA)

Gegenwärtig: Erster Staatsanwalt Klingberg,  
Staatsanwalt Hölzner,  
Justizangestellte Adryan

Vorgeführt aus der Untersuchungshaftanstalt Moabit erscheint  
um 9.30 Uhr der Beschuldigte

O t t o   H u n s c h e

und erklärt im Anschluß an seine Befragung vom 16. Januar 1968  
und nach nochmaliger Vorerörterung:

Ich bin - zum mindest vorerst - nicht bereit, im Ermittlungs-  
verfahren Aussagen zu machen. Das soll heißen, daß ich mich  
weder polizeilich, noch staatsanwaltschaftlich, noch richterlich  
vernehmen lassen möchte.

~~Schluss der Vernehmung 9.45x~~

Ich bin mir auch noch nicht im klaren darüber, ob ich während des  
gesamten Verfahrens, also auch im Laufe einer etwaigen Vorunter-  
suchung oder einer etwaigen Hauptverhandlung, Aussagen machen werde

Schluss der Vernehmung 9.55 Uhr.

Laut in meiner Gegenwart diktiert, durchgelesen und unter-  
schrieben:

..... *Otto Hunsche* .....

Geschlossen:

*Klingberg*  
*Hölzner*  
*Adryan*



Vfg.

41

1. Zu schreiben - jeweils unter Beifügung einer Ablichtung des Haftbefehls gegen Hunsche -

✓ a) An den  
Justizminister  
des Landes Nordrhein-Westfalen

✓ b) An den  
Generalstaatsanwalt bei dem  
Oberlandesgericht Hamm i.W.

4 D ü s s e l d o r f

47 H a m m i.W.

✓ c) An den  
Präsidenten  
der Rechtsanwaltskammer Hamm i.W.

47 H a m m i.W.  
Ostring 6

**Betrifft:** Mitteilung nach Nr. 23 der Anordnung über  
Mitteilungen in Strafsachen;

**hier:** Verhaftung des Rechtsanwaltes

Otto Heinrich H u n s c h e ,  
geb. am 15. September 1911 in Recklinghausen,  
wohnhaft in 4354 Datteln/Westfalen, Körtling 14,  
zur Zeit in Untersuchungshaft in der Unter-  
suchungshaftanstalt Moabit, Berlin 21,  
Alt-Moabit 12a, zu Gef.B.Nr. 104/68

**Anlage:** 1 Ablichtung des Haftbefehls des Amtsgerichts  
Tiergarten vom 8. Januar 1968 - 348 Gs 297/67 -

Anbei überreiche ich gemäß Nr. 23 MiStra eine Ablichtung  
des Haftbefehls des Amtsgerichts Tiergarten vom 8. Januar 1968  
gegen den Rechtsanwalt Otto Heinrich Hunsche aus Datteln.  
Der Beschuldigte Hunsche wurde aufgrund dieses Haftbefehls  
am 10. Januar 1968 in Köln festgenommen und am 11. Januar 1968  
nach Berlin überführt. Er befindet sich seitdem hier in Unter-  
suchungshaft.

Im Auftrage

(Hölzner)  
Staatsanwalt



42

- ✓ 2. Zu schreiben - unter Beifügung von 2 Ablichtungen des Haftbefehls gegen Hunsche -

An den  
Landgerichtspräsidenten  
bei dem Landgericht Bochum

463 B o c h u m

Betrifft: Mitteilung nach Nr. 23 der Anordnung über  
Mitteilungen in Strafsachen;  
hier: Verhaftung des Rechtsanwalts  
Otto Heinrich H u n s c h e ,  
geb. am 15. September 1911 in Recklinghausen,  
wohnhaft in 4354 Datteln/Westfalen, Körting 14,  
zur Zeit in Untersuchungshaft in der Unter-  
suchungshaftanstalt Moabit, Berlin 21,  
Alt-Moabit 12a, Gef.B.Nr. 104/68

Anlagen: 2 Ablichtungen des Haftbefehls des Amtsgerichts  
Tiergarten vom 8. Januar 1968 - 348 Gs 297/67 -

Anbei überreiche ich gemäß Nr. 23 MiStra zwei Ablichtungen  
des Haftbefehls des Amtsgerichts Tiergarten vom 8. Januar 1968  
gegen den Rechtsanwalt Otto Heinrich Hunsche aus Datteln.  
Der Beschuldigte Hunsche wurde aufgrund dieses Haftbefehls  
am 10. Januar 1968 in Köln festgenommen und am 11. Januar 1968  
nach Berlin überführt. Er befindet sich seitdem hier in Unter-  
suchungshaft.

3. Z.d.A.

Berlin, den 19. Januar 1968

*Ho*

gef. 25.1.68 Sch

Zu 1) 3 Schrb.

2) Schrb.

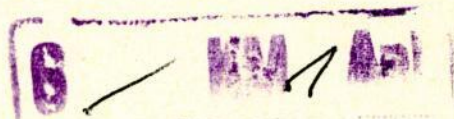
*abt. Bnl.  
25.1.68*

Sch



Landeskriminalamt  
Nordrhein-Westfalen  
- Dezernat 15 -  
Tgb.-Nr.: 5441 h/68

4 Düsseldorf, den 12.2.1968



An den  
Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
1 in Berlin

- 1 Js 1/65 -

Betr.: Auslagererstattung zwischen Justiz und Polizei

Bezug: Gemeinsamer RdErl. des Justizministers NW - 4231-I B.5 - und des  
Innenministers NW - IV D 2. 5018 - vom 7.9.1965

/ Als Anlage übersende ich eine Mitteilung über Kosten, die zur Durchführung  
Ihres Ersuchens vom 9.1.1968 zu Aktenzeichen: 1 Js 1/65 (RSHA)  
hier entstanden sind.

Zur Prüfung der Erstattung der Kosten durch den Verurteilten bitte ich,  
die Kostenmitteilung den Ermittlungsakten beizufügen.

Im Auftrage:

*Muhammad*



LKA- NW

Dez. 15

(Kreispolizeibehörde)

Düsseldorf, den 15.1.68

Generalstaatsanwalt  
 An den Herrn leitenden Oberstaatsanwalt beim  
 bei dem Kammergericht in Berlin  
 Landgericht in

In der Strafsache ehem. Angehörige des RSHA wegen Mordes

dortiges Az.: 1 Js 1/65 ( RSHA )

sind folgende Kosten entstanden.

Gemäß gemeins. RdErl. des Herrn Justizministers NW. - 4231 - I B 5 - u. d. Herrn Innenministers NW. -  
 IV D 2 III - 145/55 vom 1. 4. 1955 - (MBI. NW. 1955 S. 813) bitte ich um weitere Veranlassung.

## Kostenmitteilung Nr.: 15/68

Lfd. Nr.	Tagebuch Nr.	Art der Auslagen	Betrag		Bemerkungen
			DM	ℳ	
1)	5441 h	Dienstreise mit Dienstkraftwagen von Düsseldorf nach Datteln u. Köln für 2 Beamte Gefahrene Kilometer m. Dienstkfz. 300 km	11,70		
			51,-		
2)	5441 h	Dienstreise von zwei Beamten mit Flugzeug nach Berlin Kosten für Festgenommenen (Flugreise nach Berlin)	367,30		
			92,--		
3)	5441 h	Dienstreise mit Dienstkraftwagen von Düsseldorf nach Wuppertal für zwei Beamte. Kosten f. Dienst-Pkw, gefahrene km = 83	14,11		
4.	5441 h	Dienstreise von zwei Beamten mit Flugzeug nach Berlin Kosten für Festgenommenen (Flugreise nach Berlin)	375,-		
			92,--		
		Sa.	1003,11		

Sachlich richtig.

Aufgestellt:

Im Auftrage:

Es wird hiermit bescheinigt, daß in vorstehender  
 Strafsache die festgestellten Kosten tatsächlich  
 entstanden sind.

*Kor*  
 (Name, Dienstgrad)

*M. K.*  
 (Name des V.-Beamten)

Reg.-Sekretär

(Name, Dienstgrad)



**Der Leitende Oberstaatsanwalt  
bei dem Landgericht Düsseldorf**

**Geschäfts-Nr.:** 8 Js 68/68  
Bitte bei allen Schreiben angeben!

45-  
**4 Düsseldorf 1**, den 21.2.1968  
Mühlenstraße 34  
Postfach: 1140  
Fernruf: 1025  
Fernschreib-Nr.: 8587 583

An den  
Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

1 B e r l i n  
Turmstraße 91

Empf.  
23.2.68  
27 BIA + 7 Kmg  
f

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige der Gestapo-  
leitstelle Düsseldorf

wegen Beihilfe zum Mord -

- dortiges Verfahren 1 Js 1/65 (RSA)-

Bezug: Besprechung mit Herrn Staatsanwalt Glingberg.

Anlg.: 27 Bände Akten,  
7 Vernehmungsdurchschriften.

Sehr geehrter Herr Kollege!

In der Anlage übersende ich Ihnen absprachegemäß 27 abgelichtete Gestapoakten, in denen der dort in Haft einsitzende Beschuldigte Hunsche tätig gewesen ist. Die Verfahren richten sich ausschließlich gegen Juden, die in Konzentrationslagern zu Tode gekommen sind.

Ferner füge ich 7 Vernehmungsdurchschriften bei.

In dem obengenannten Verfahren ermittele ich u.a. auch gegen den Beschuldigten Otto Bovensiepen, Mülheim/Ruhr, Langensiepenstr. 11. Nach Mitteilung seiner Ehefrau soll der Beschuldigte in Berlin in Untersuchungshaft einsitzen. Sollte diese Angabe zutreffend sein, wäre ich für die Übersendung einer Abschrift des Haftbefehls dankbar. Mir liegt hier ein Abdruck des dortigen Antrags auf gerichtliche Voruntersuchung vom 24.1.1967 vor, der u.a. auch den Beschuldigten Bovensiepen betrifft. Ist der Beschuldigte im Rahmen dieser Voruntersuchung in Untersuchungshaft genommen worden, oder liegen dort neue Erkenntnisse gegen Bovensiepen vor?

Mit freundlichen Grüßen  
I.A.

(Resenbaum)  
Staatsanwalt



5.

1. Herrn StA Kouril

mit der Bitte um Erledigung bezüglic  
des letzten Briefes des rürkstigen  
Sekrars

2. Am 5.3.68

1/3 h

✓

Herrn  
StA Kneigberg  
nach Erledigung  
zurückgewandt!

5. MRZ. 1968

R



Dr.

Der Untersuchungsrichter IV      Berlin 21, den 27. Febr. 1966  
bei dem Landgericht Berlin

IV VU 2. 67

Voruntersuchungssache

Gegenwärtig:

gegen

Landgerichtsdirektor Klamroth  
als Untersuchungsrichter,

B o v e n s i e p e n u. a.,

Staatsanwalt Kouril  
als Beamter der  
Staatsanwaltschaft,

wegen

Verdachts der Beihilfe  
zum Mord.

Justizangestellte Drews  
als Urkundsbeamter  
der Geschäftsstelle.

Vorgeführt aus der U-Haftan-  
stalt erschien der Zeuge  
H u n s c h e .

Ferner erschien der Verteidiger des  
Angeschuldigten Bovensiepen,  
Rechtsanwalt Meurin.

Der Zeuge wurde mit dem Gegenstand der Untersuchung und  
den Personalien der Angeschuldigten bekanntgemacht.

Er wurde nach §§ 55, 57 StPO belehrt und wie folgt ver-  
nommen:

Zur Person:

Ich heiße Otto H u n s c h e , bin 56 Jahre alt, von  
Beruf Rechtsanwalt, wohnhaft in Datteln/Westf., Kör-  
ting 14,

- mit den Angeschuldigten nicht verwandt und nicht  
verschwägert -.

Zur Sache:

Im Amt Eichmann bin ich von November 1941, tatsächlich bis  
Sommer 1943 und offiziell bis Kriegsschluß gewesen.



Einen persönlichen Kontakt zur Berliner Leitstelle habe ich niemals gehabt. Ich kannte allerdings von meiner Düsseldorf-Zeit her Herrn Dr. V e n t e r . Dr. Venter kam von Düsseldorf als Vertreter nach Berlin. Hier habe ich ihn gelegentlich gesehen. Zu Anfang waren wir noch privat zusammen ausgegangen, später wurden die Begegnungen seltener. Es kann nun sein, daß ich über Dr. Venter auch einmal Herrn B o v e n s i e p e n vorgestellt worden bin. Eine konkrete Erinnerung an ein Beisammensein mit ihm habe ich jedoch nicht. Da B o v e n s i e p e n 1940, als ich schon einmal bei der Berliner Gestapo gewesen bin, noch nicht in Berlin war, kann ich ihn auch daher nicht kennen. Dienstlich habe ich weder mit Dr. Venter noch mit B o v e n s i e p e n zu tun gehabt.

Ich weiß nichts davon, ob bei Eichmann Besprechungen aller Gestapoleiter stattgefunden haben. Man kann natürlich nicht ausschließen, daß man von einer solchen Besprechung nichts bemerkt haben kann. Ich weiß nur, daß Besprechungen der Auslandsreferenten stattgefunden haben, die bei Eichmann versammelt worden sind. Auch weiß ich nichts davon, ob bei Eichmann Besprechungen der Juden-Referenten der einzelnen Gestapoleitstellen stattgefunden haben. Mir ist nur die bereits geschilderte Zusammenkunft der Auslandsreferenten bekanntgeworden. Davon habe ich nur deshalb gehört, weil verschiedene dieser Besprechungsteilnehmer meinen Vorgesetzten, Oberregierungsrat S u h r ,



aufgesucht haben.

Da ich mit den Fragen der Jüden deportationen in Berlin nichts zu tun hatte, habe ich zu dieser Zeit, bis auf eine Ausnahme, die Gegenstand der Besprechungen in meinem jetzigen Verfahren ist, niemals derartige Erlasse zu Gesicht bekommen. Sicher ist jedenfalls, daß solche Schriftstücke, die sich mit der Endlösung der Judenfrage befaßten, als geheime Reichssache deklariert waren. Die Endlösung der Judenfrage war aber damals so zu verstehen, daß geplant war, das Reichsgebiet jüdenfrei zu machen durch Aussiedlung und die rechtlichen Fragen wie Mischehenprobleme und dergleichen gesetzlich zu klären. Diese Dinge befanden sich in Vorbesprechungen. Das Material hierfür war geheime Reichssache. In diese Dokumente hatte ich nicht etwa Einblick, sondern erfuhr davon gesprächsweise von Oberregierungsrat S u h r , der mich sogar einmal zu einer dieser Besprechungen kurz mitgenommen hatte, weil er es für möglich hielt, daß ich als sein Nachfolger einmal damit befaßt werden könnte. Dazu ist es jedoch nicht gekommen; G ü n t h e r zog die Dinge schließlich später an sich.

Aus meiner Düsseldorfer Zeit ist mir ein Erlass in Erinnerung, in dem es sinngemäß hieß, daß die abzutransportierenden Juden in noch nicht völlig eingerichtete Lager kämen und deshalb Bauwerkzeuge, Öfen, Einrichtungsgegenstände und Verpflegung für eine gewisse Zeit mit-zunehmen



hätten. Noch heute glaube ich, daß zu dieser Zeit kein Mensch an eine Vernichtung der Juden gedacht hat. Auf die Idee, es könnte nur eine Tarnung sein, kam kein Mensch, und ich glaube auch heute noch nicht, daß es zu dieser Zeit eine Tarnung war.

Aus der Berliner Zeit weiß ich von solchen Erlassen aber nichts. Wer nicht im Osten gewesen ist und selbst persönliche Eindrücke von dort gewonnen hat, wie zum Beispiel ich selbst, konnte gar nicht <sup>auf</sup> eine andere Idee kommen als die, daß die offiziellen Begründungen richtig waren. Erst durch meinen Verteidiger im Frankfurter Verfahren im Jahre 1960 habe ich authentisch die Wahrheit gehört.

Von der planmäßigen, gezielten Massenvernichtung der Juden, von der ich durch meinen damaligen Verteidiger erstmalig unterrichtet worden bin, habe ich vorher, insbesondere auch während der Kriegszeit, nicht einmal gerüchtweise gehört. Von einzelnen Greuelthaten, die dann als Greuelpropaganda abgetan wurden, kann ich gehört haben. Einzelheiten weiß ich heute nicht mehr. Von solchen "Greuelmärchen" bekam ich bis in das Jahr 1942 hinein gelegentlich dadurch Kenntnis, daß Auslandsmeldungen dieser Art von einer anderen Dienststelle zusammengestellt und in Umlauf gesetzt wurden. Aber auch diese Informationsquellen versiegten eines Tages. Dann gingen diese Meldungen nur noch bis zum Referenten, und Referent war



nicht einmal S u h r .

Ich habe auch mit Dr. V e n t e r nie über das weitere Schicksal der Juden gesprochen, so daß auch auf diesem Wege keine Information möglich war, weder für ihn noch für mich.

Auch Rückkehrer aus den Einsatzgebieten, Urlauber oder dergleichen habe ich nicht gesprochen und daher über das Judenschicksal auf diesem Wege auch nichts erfahren. Der Grund dafür mag gewesen sein, daß ich niemand von den Amtsangehörigen kannte und dort ein recht isoliertes Dasein führte.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben:

Otto Hunsche.

G e s c h l o s s e n :

Klamroth.

Drews.

Für die Richtigkeit der Stenogramm -  
übertragung:

Justizangestellte.



✓ 1. Zu schreiben:

An den  
Landgerichtspräsidenten  
- Verwaltung -

463 B o c h u m

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen den Rechtsanwalt  
Otto H u n s c h e ,  
geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen,  
wohnhaft in Datteln/Westfalen, Am Körtling 14,  
wegen des Verdachts der Teilnahme am Mord im  
Rahmen der "Endlösung der Judenfrage"

In dem vorbezeichneten Ermittlungsverfahren, über dessen  
Gegenstand der Ihnen mit Schreiben vom 19. Januar 1968 in  
Ablichtung übersandte Haftbefehl vom 8. Januar 1968 Auf-  
schluß gibt, benötige ich zur kurzfristigen Einsichtnahme  
die Personalakten des Beschuldigten Hunsche, die ich mir  
möglichst umgehend zuzuleiten bitte.

Falls sich die hier nur kurzfristig benötigten Vorgänge  
bei einer anderen Behörde befinden sollten, wäre ich dank-  
bar, falls Sie mich dies wissen ließen.



✓  
2. Zu schreiben:

An den  
Vorstand  
der Rechtsanwaltskammer Hamm i.W.

47 H a m m i.W.  
Ostring 6

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen den Rechtsanwalt  
O t t o H u n s c h e ,  
geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen,  
wohnhaft in Datteln/Westfalen, Am Körtling 14,  
wegen des Verdachts der Teilnahme am Mord im  
Rahmen der "Endlösung der Judenfrage"

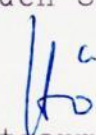
Für das vorbezeichnete Verfahren, dessen Gegenstand sich  
aus der Ihnen mit Schreiben vom 19. Januar 1968 übersandten  
Ablichtung des Haftbefehls vom 8. Januar 1968 ergibt, werden  
zur kurzfristigen Einsichtnahme die den Beschuldigten Hunsche  
betreffenden ehrengerichtlichen Akten, vermutlich mit dem  
Aktenzeichen EV. 515/53, benötigt. Ich wäre Ihnen verbunden,  
wenn Sie mir diese Akten möglichst umgehend übersenden könnten.

Sollten sich die Vorgänge bei einer anderen Behörde befinden,  
wäre ich dankbar, wenn Sie mich dies wissen ließen.

✓  
3. Es sind die Spruchgerichtsakten 3 Sp Ls 90/47 des Spruch-  
gerichts in Recklinghausen betr. Otto Hunsche vom Oberstaats-  
anwalt beim Landgericht in Bielefeld anzufordern.

4. Zu Bd. XXXIV d.A.

Berlin, den 8. März 1968

  
Staatsanwalt  
für Ersten Staatsanwalt Klingberg

gef. 14. 3. 68 Sch

Zu 1) + 2) jew. 1 Schb.

3) 370c

ab 15.3.68



DER VORSTAND  
DER RECHTSANWALTSKAMMER  
FÜR DEN OBERLANDESGERICHTSBEZIRK  
HAMM (WESTF.)

Akt.-Z. PH.....

Herrn Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht Berlin

1 Berlin 21  
Turmstraße 91

59  
47 Hamm (Westf.), den 20. März 1968  
Ostring 6 · Fernsprecher (0 23 81) 2 50 86  
Postscheckkonto Dortmund 582 15  
Postfach 526

Staat:	Rechtsanwaltschaft
b. d. Kammer:	Kammergericht - Berlin
Eing. am 22. MRZ 1968	
mit Anl. ... Bd. Akten	

Betr.: Ermittlungsverfahren ./ den RA. Otto Hunsche  
Bezug: dort. Schreiben vom 8. März 1968

Die Akten EV. 515/53 sind am 27. 5. 1957 dem Herrn Oberlandes-  
gerichtspräsidenten in Hamm übersandt worden.  
Von dort sind sie an den Herrn Oberstaatsanwalt bei dem Landge-  
richt in Frankfurt zur Strafsache gegen RA. Hunsche - 4 Ks 1/62 -  
abgegeben worden.

Im Auftrage:

*Thyssen*  
Dr. Lepsien  
Rechtsanwalt

1 95 1. 65 (RSHA)



# Der Landgerichtspräsident

I H. 203

XXXX10 52

25. März 8  
463 Bochum, den .....196.....  
Viktoriastraße 14 (Husemannplatz)  
Fernruf 609 61 / 69  
Fernschreiber 08 25 737

An den  
Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21  
Turmstr. 91

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen den Rechtsanwalt Otto Hunsche,  
geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen, wohnhaft  
in Datteln/Westfalen, Am Körtling 14, wegen des Verdachts  
der Teilnahme am Mord im Rahmen der "Endlösung der Judenfrage"

Bezug: Ersuchen vom 8. März 1968 - 1 Js 1/65 (RSHA)

Anlg.: 1 Bd. Personalakten RA. Otto Hunsche - I H. 203 -

Wunschgemäß übersende ich in der Anlage die erbetenen Personalakten  
des Beschuldigten Hunsche mit der Bitte um Rückgabe nach Gebrauch.  
Die vollständigen Personalakten werden bei dem Oberlandesgericht  
geführt. Für den Fall, daß diese ebenfalls benötigt werden, bitte  
ich, unmittelbar den Oberlandesgerichtspräsidenten in Hamm anzu-  
schreiben.

M e t z e

Beglaubigt



*Schulten*

(Schulten)

Justizsekretärin



53  
Einschreiben





IV VU 4.67

57  
1 Berlin 21, den 25. März 1968.  
Turmstraße 91

## Strafsache

Gegenwärtig:

Landgerichtsrat Dr. Glöckner  
als Richter,  
Untersuchungs-  
Justizangestellte Wersin  
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

gegen

X W ö h r n und Andere

wegen Mordes.

Es ~~erschien~~ wurde vorgeführt

der nachbenannte — Zeuge e. — ~~Sachverständige~~ —

Der — Zeuge — ~~Sachverständige~~ —  
wurde mit dem Gegenstand der Untersuchung und der  
Person der Beschuldigten bekannt gemacht. Er — ~~XXX~~ —  
wurde zur Wahrheit ermahnt und darauf hingewiesen, daß  
die Aussage zu beeden ist, wenn keine im Gesetz be-  
stimmte oder zugelassene Ausnahme vorliegt. Er — ~~XXX~~ —  
wurde ferner auf die Bedeutung des Eides, die straf-  
rechtlichen Folgen einer unrichtigen oder unvollständigen  
eidlichen und auch uneidlichen Aussage sowie darauf hin-  
gewiesen, daß der Eid sich auch auf die Beantwortung der  
Fragen zur Person und der sonst im § 68 der Strafprozeß-  
ordnung vorgesehenen Umstände beziehe.

Der Erschienene wurde, — ~~XXX~~ —  
~~der Zeugen XXXXXXXXXX in Abwesenheit der später an-~~  
~~zuführenden Zeugen~~ — wie folgt vernommen:

K Zeuge e — ~~Sachverständige~~ — Hunsche.

### Zur Person:

Ich heiße Otto H u n s c h e ,  
bin 56 Jahre alt, Vers. Angest. und  
Rechtsanwalt in Datteln, Körtingl4,  
z.Zt. in Untersuchungshaft i.d.  
Untersuchungshaftanstalt Moabit  
in anderer Sache,  
mit den Angeschuldigten nicht ver-  
wandt und nicht verschwägert.



Zur Sache:

Mir wurden aus Dok.Bd. 8 das Schreiben der Stapoleitstelle Düsseldorf vom 5. 9. 1941, Bl. 109, und das Schreiben vom 13. 11. 1941, Bl. 111 zur Einsichtnahme vorgelegt.

Hierzu erkläre ich zum Schreiben vom 5. 9. 1941:

Eine Anordnung des Inhalts, daß die Richtlinien über Ausgehverbot und Rundfunkempfang für Juden, auch wenn der Jude in der Öffentlichkeit und Hamstereinkäufe von Juden auch für Juden ausländischer Staatsangehörigkeit, die in Deutschland ansässig sind, gelten sollen, konnte die Stapoleitstelle Düsseldorf damals nicht eigenmächtig für ihren Bereich erlassen. Ich bin daher überzeugt davon, ohne mich jedoch auf das Schreiben vom 5. 9. 1941, welches meine Unterschrift in Vertretung des Dienststellenleiters trägt, erinnern zu können, daß das Reichssicherheitshauptamt, wahrscheinlich das Judenreferat, einen generellen Erlaß dieser Art an die Stapoleitstellen gesandt hat mit der Auflage, die Untergebenen, Gendarmerieposten, Landrägte etc. hiervon zu unterrichten. Die Durchführung des Erlasses und die Überwachung lag nicht bei der Stapoleitstelle Düsseldorf, sondern bei den im Verteiler IV benannten Dienststellen.

Genau so verhält es sich mit dem Schreiben vom 13. 11. 1941 betreffend Verhalten Deutschblütiger gegenüber Juden; die in diesem Schreiben enthaltene Anweisung an die untergebenen Dienststellen der Stapoleit Düsseldorf sind nicht unmittelbar von Düsseldorf aus ergangen, sondern auf Weisung des RSHA, ich meine wahrscheinlich vom Judenreferat.



Auch an dieses Schreiben, das ich in Vertretung für den Dienststellenleiter unterschrieben habe, fehlt mir jede konkrete Erinnerung.

Selbst gelesen, genehmigt, unterschrieben:

Otto Himmelsche

A stylized, cursive handwritten signature, possibly reading 'Himmelsche', with a large loop at the end.

Wessin



57

Vfg.

1. Zu schreiben:

An den  
Oberlandesgerichtspräsidenten  
- Verwaltung -

47 H a m m

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen den Rechtsanwalt  
Otto H u n s c h e ,  
geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen,  
wohnhaft in Datteln/Westfalen, Am Körting 14,  
wegen des Verdachts der Teilnahme am Mord im  
Rahmen der "Endlösung der Judenfrage"

Bezug: Ihr Personalvorgang I H 1504

In dem vorbezeichneten Ermittlungsverfahren benötige ich  
zur kurzfristigen Einsichtnahme die Personalakten des Be-  
schuldigten, die ich mir möglichst umgehend zuzuleiten  
bitte.

Falls sich die hier nur kurzfristig benötigten Vorgänge  
bei einer anderen Behörde befinden sollten, wäre ich dank-  
bar, falls Sie mich dies wissen ließen.



58

2. Zu schreiben - unter Beifügung der Personalakten I H 203 -

An den  
Landgerichtspräsidenten  
- Verwaltung -

Personalsache - Einschreiben

463 B o c h u m

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen den Rechtsanwalt  
Otto H u n s c h e ,  
geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen,  
wohnhaft in Datteln/Westfalen, Am Körtling 14,  
wegen des Verdachts der Teilnahme am Mord im  
Rahmen der "Endlösung der Judenfrage"

Bezug: Ihr Schreiben vom 25. März 1968 - I H 203 -

Anlage: 1 Band Personalakten

Die mir mit dem Bezugsschreiben freundlicherweise überlassenen  
Personalakten des Rechtsanwalts Hunsche erhalten Sie nach Ein-  
sichtnahme mit bestem Dank zurück.

3. Zu Bd. XXXIV d.A.

Berlin, den 29. März 1968

*[Handwritten signature]*

Staatsanwalt  
für Ersten Staatsanwalt Klingberg

gef. 1.4.68 Sch  
Zu 1) Schrb.  
2) Schrb.p.Einschrb.

*Zu 1) ab 1.4.68*  
*Zu 2) ab + 13.4.68*  
*4.4.68*

Sch



Der Absender wird gebeten, den umrandeten Teil selbst auszufüllen.

# Einlieferungsschein

Bitte sorgfältig aufbewahren!

Sendungsart und besondere Versendungsform (Abkürzungen s. umseitig)	Ebf.				
	1 Js 1/65 (RSHA)				
Wertangabe oder Betrag	DM (in Ziffern)	Pf	Nach- nahme	DM (in Ziffern)	Pf
Empfänger	Landesgerichts- präsident - Verwaltung -				
Bestimmungsort mit postamtll. Leitangaben	463 Bochum				

Postvermerk

Einlieferungs- Nr.	Gewicht
5-468	eb   g

1003  
Poststempel

1 Berlin 21  
Postanschrift



**Beim Ausfüllen der Spalte „Sendungsart und besondere Versendungsform“ dürfen folgende**  
**Abkürzungen angewandt werden:**

Bf = Brief, E = Einschreiben, eingeschrieben... Eil =  
Eilzustellung, Gspr = Gespräch, PANw = Postanweisung,  
Pkt = Paket, Pn = Päckchen, PProtAuftr = Postprotest-  
auftrag, Tel = Telegramm, Zk = Zahlkarte.

### **Die Post bittet,**

die Schalter möglichst nicht in den Hauptverkehrszeiten,  
sondern während der verkehrsschwächeren Stunden am  
späten Vormittag und frühen Nachmittag aufzusuchen;

auf alle freizumachenden Briefsendungen die Postwert-  
zeichen bereits vor der Einlieferung aufzukleben;

die Einlieferungsscheine vorher selbst auszufüllen; bei  
nachzuweisenden Briefsendungen und bei Paketen, Postan-  
weisungen und Zahlkarten muß Tinte, Kugelschreiber,  
Schreibmaschine oder Druck, bei allen anderen Sendungen  
kann auch Tintenstift benutzt werden;

das Geld abgezählt bereitzuhalten, größere Mengen  
Papiergeld stets vorher zu ordnen und bei gleichzeiti-  
gem Einzahlen von drei und mehr Postanweisungs- und  
Zahlkartenbeträgen sowie bei Bezug von drei und mehr  
Sorten oder Werten von Wertzeichen im Betrag von mehr  
als 5 DM eine aufgerechnete Zusammenstellung der  
Beträge vorzulegen.

### **Die Post empfiehlt,**

bei regelmäßig stirkterer Einlieferung von nachzuweisenden  
Briefsendungen oder Paketsendungen am Selbstbuch-  
verfahren teilzunehmen. Nähere Auskunft erteilt das  
Postamt.

---

**Für Vermerke des Absenders:**



58 ~

V.

7dA

$n/4$  /  $A_0^u$



**Der Leitende Oberstaatsanwalt**  
bei dem Landgericht Bielefeld

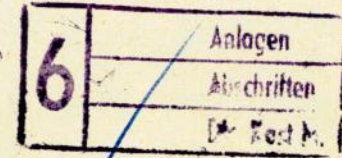
59

**Geschäfts-Nr.:** 3 Sp Ls 90/47  
Bitte bei allen Schreiben angeben!

**48 Bielefeld, 20.3.1968**  
Fernruf: 5491  
Durchwahl: 549...  
Fernschreiber: 0932632

An die  
Staatsanwaltschaft  
bei dem Kammergericht

1000 Berlin 21  
Turmstr. 91



zu 1 Js 1/65 (RSHA)

In der Spruchgerichtssache gegen Otto H u n s c h e wird auf das dortige Schreiben vom 8. 3. 1968 mitgeteilt, daß sich die Spruchgerichtsakte Otto H u n s c h e bei der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht in Frankfurt - 4 Ks 1/63 - befinden.

Nach einer Mitteilung der Staatsanwaltschaft Frankfurt steht demnächst in der Strafsache gegen K r u m e y und andere Hauptverhandlungstermin an.

Im Auftrag  
Ostermann  
Staatsanwalt



Beglaubigt  
*Denich*

(Denich)  
Justizangestellte



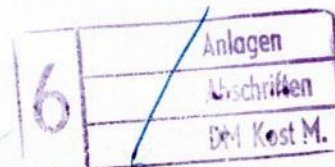
# Der Oberlandesgerichtspräsident

Geschäfts-Nr.: - I H 1504. 62 -  
Bitte bei allen Schreiben angeben!

60  
47 Hamm, den 4. April 1968  
Heßlerstraße 53  
Fernruf: Ortskennzahl 0 23 81  
Durchwahl 272  
Vermittlung 27 21  
Fernschreiber 08 28 870

An den  
Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21  
Turmstr. 91



Betr.: Ermittlungsverfahren gegen den Rechtsanwalt  
Otto H u n s c h e,  
geb. am 15. September 1911 in Recklinghausen, wohnhaft  
in Datteln/Westfalen, Am Körting 14, wegen des Ver-  
dachts der Teilnahme am Mord im Rahmen der "Endlösung  
der Judenfrage".

Bezug: Schreiben vom 29. März 1968 - 1 Js 1/65 (RSA)

Die Personalakten des Rechtsanwalts Hunsche habe ich am 9.4.  
1964 dem Oberstaatsanwalt beim Landgericht Frankfurt/Main zum  
Aktenzeichen 4 Ks 1/62 übersandt.

Im Auftrag  
Gauditz



Beglaubigt  
*Gauditz*  
Justizangestellte



Hunsche, Otto

Berlin, den 2.4.68

6

1. Kamm: Sprechschein  
wird von hier aus  
anbegründet stellt

An das  
Amtsgericht Berlin-Tiergarten (Haftwachen)  
über die  
Staatsanwaltschaft Berlin

2. u.  
dem AG Tiergarten  
- Akt. 348 -

ges. vom 2. Hdt. von Herrn  
Ag R Kittel o. V. i. P.  
im Klausur  
mit 3 um gef.  
Kammlinien  
von Hff. 7. Bestand.

1 Berlin

Betr. 348 Gs. 12/68

3. Am 6.4.68  
Berlin 21. d. 3.4.68  
Der Gerichtsbau  
d. d. Kammergericht  
i. A. f. d. m. d. A.

Hiermit bitte ich höflich, meinen Ehefrau  
Hildegard Hunsche, geb. Schnipperding  
verlängerte Sprecherlaubnis für den 4. und 5. April 1968  
zu erteilen.

Meine Frau beabsichtigt, mich an den beiden vorgenannten  
Tagen in Berlin von ihrem Wohnsitz in Datteln (Westfalen) zu  
besuchen. Es ist dies seit meiner annähernd 3 monatigen Untersuchung-  
haft der erste Besuch. Aus diesem Grunde dürfte meine Bitte wohl nichts  
entgegenstehen, zu mal meine Frau ihren Besuch in absehbarer Zeit  
allein wegen Fehlen der finanziellen Mittel nicht wiederholen können.

Ich darf bitten, die Sprecherlaubnisbescheinigung auf der Geschäftsstelle  
zu hinterlegen, Meine Frau wird sie dort persönlich abholen.

Wird es möglich sein, daß die Sprecherlaubnis an die beiden Tagen jeweils  
auf 1 Stunde ausgedehnt wird? Wir haben so viel Persönliches zu besprechen.

Otto Hunsche



DER OBERSTAATSANWALT  
bei dem Landgericht

Az.: 4 Ks 1/63

6 Frankfurt (Main) 1,  
Gerichtsstraße/Porzellanhofstr.  
Gerichtsgebäude C  
Postfach 2745  
Telefon: 28671

10. 4. 68

62

Einschreiben



An den  
Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

1 Abste

6	Anlagen
	Abschriften
	DM Kost M.

1 B e r l i n 21  
Turmstr. 91

Betrifft: Strafsache gegen Hunsche und Krume  
wegen Mordes . 4 Ks 1/63 .

Bezug: Schreiben vom 5. 4. 68;  
Dortige Vorgänge unter 1 Js 1/65 (RSHA);  
hier: Otto Hunsche

Anlagen: Akten 3 SP Ls 90/47 (Spruchgericht Recklinghausen)

Als Anlagen übersende ich die dort benötigten Akten des  
Spruchgerichts Recklinghausen betreffend Hunsche.

In der hier anhängigen Strafsache 4 Ks 1/63 ist Termin  
zur Hauptverhandlung noch nicht anberaumt.

Der Schwurgerichtsvorsitzende beabsichtigt, ab 28.5.68 zu  
terminieren.



Im Auftrag

*Fluhrer*  
Fluhrer

Gerichtsassessor



DER OBERSTAATSANWALT  
bei dem Landgericht

Az.: 4 Ks 1/63 u. 4 Ks 1/62

6 Frankfurt (Main) 1, 11. 4. 1968  
Gerichtsstraße/Porzellanhofstr.  
Gerichtsgebäude C  
Postfach 2745  
Telefon: 28671

*Einschreiben!*

24. 4. 1968  
4

Herrn

Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

1 Berlin 19

Staatsanwaltschaft b. d. Kammergericht - Berlin	
Eing. am	23. APR. 1968
mit <input checked="" type="checkbox"/> Anl. <input checked="" type="checkbox"/> Blatts. 2 Bd. Akten	

Betr.: Strafsache gegen Krumei und Hunsche  
wegen Mordes - 4 Ks 1/63-

Bezug: Schreiben vom 8. 4. 1968 ;  
dortige Vorgänge unter 1 Js 1/65 (RDHA)

Anlg.: 2 Bände Akten.

Als Anlagen übersende ich die Personalakten betr. Hunsche  
mit der Bitte, sie nach Auswertung umgehend zurückzusenden.  
Das Schwurgericht benötigt sie dringend zur Vorbereitung der  
Hauptverhandlung.

Im Auftrag  
F l u h r e r  
Gerichtsassessor

Beglaubigt



Justizangestellte

V.

1. Vermerk:

Mit dem gerade in Berlin befindlichen Jts. Fluhrer habe ich  
die Frage erörtert, ob die aut. Personalakten Hunsche in F.M.  
noch bis etwa 20.5.68 unterbewahrt sind. Das ist der Fall.

2.) Herrn StA Fölzner nach Rückkehr  
am 13.5.68 unter Hinweis auf den Vermerk zu 1.)  
vorlegen.

24/4/68  
Hagel



W

- 1.) Vermerk: Hr. EstA'in Dr. Hoffmann (Üb) rief an und teilte mit, dass die Staatsanwaltschaft FfM unter Zusicherung der Kostenübernahme - Einkefzug bis Hammover, abdann Sammeltransport nach FfM - geben habe, den Untersuchungsgefängnisses Otto Hünische zur Hauptverhandlung nach FfM zu überführen. Ich habe unser Einverständnis erklärt.
- 2.) Herrn ordt. Bez. nach Rückkehr

3/5/68

Ugel



6. Mai 1968

65

Üb AR 388/68

440

An den  
Polizeipräsidenten in Berlin  
- Überführungsstelle -

Als Anlage übersende ich die Akten Üb AR 388/68 mit der Bitte, den in der Untersuchungshaftanstalt Moabit einsitzenden Otto H u n s c h e , geb. am 15.9.1911, für den Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht Frankfurt, Aktenzeichen 4 Ks 1/63, zum Hauptverhandlungstermin am 28. Mai 1968 auf dem Luftwege nach der Untersuchungshaftanstalt Hannover zu überführen. Von dort aus erfolgt weitere Verschiebung mittels Sammeltransport nach der Untersuchungshaftanstalt Frankfurt/Main, Hammels-gasse. Nach dem Termin ist er wieder nach Berlin zurückzuführen.



Auf das Ersuchen der Staatsanwaltschaft Frankfurt vom  
22. April 1968 weise ich hin.

Im Auftrage

Dr.Hoffmann

Erste Staatsanwältin

An den  
Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

zu: 1 Js 1/65 RSHA

zur gefl. Kenntnisnahme

8. MAI 1968

kmm





Berlin, den 15. Mai 19 68

66

Altzeichen: 1 Js 1/65

Zugangsliste Nr. 104/68

Der Untersuchungshäftling Otto Hunsche

ist heute noch in die UHA Frankfurt/Main  
entlassen/überführt worden.

Haftkosten für die Zeit vom bis  
= Tage à 4,50 DM = DM

Gen.Sta

Anb das Landgericht

x das Amtsgericht

1 Berlin 21

A. A.  
Gabereit  
Justizverwaltungshauptsekretär

Häftlingsentlassungsschein

Arbeitsverwaltung Strafanstalt Tegel in Berlin



Vfg.

1) Zu schreiben - per Einschreiben -

-unter Beifügung von 1 Bd. Akten 3 Sp Ls 90/47  
und 2 Bd. Pers.Akten I.H 1504 -

An den  
Oberstaatsanwalt  
bei dem Landgericht

6 Frankfurt/Main 1  
Gerichtstraße/Porzellanhofstraße  
Gerichtsgebäude C

Betrifft Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere  
Angehörige des ehemaligen Reichssicherheits-  
hauptamtes (RSHA) in Berlin wegen des Verdachtes  
der Teilnahme am Mord im Rahmen der "Endlösung  
der Judenfrage",

hier gegen den früheren SS-Hauptsturmführer  
und Regierungsrat Otto H u n s c h e

Bezug Ihre Schreiben vom 10. und 11. April 1968  
- 4 Ks 1/63 -

Anlagen 1 Band Akten 3 Sp Ls 90/47 des Spruchgerichts  
Recklinghausen,  
2 Bände Personalakten I. H. 1504 des Oberlandes-  
gerichts in Hamm

Die mir mit dem Bezugsschreiben überlassenen Vorgänge  
erhalten Sie nach Auswertung mit bestem Dank zurück.

Für eine Unterrichtung, ob am 28. Mai 1968 mit der Haupt-  
verhandlung begonnen wird und wann voraussichtlich mit dem  
Abschluß der Hauptverhandlung zu rechnen ist, wäre ich  
verbunden.

2) Zu Band XXXIV d.A. nehmen

Berlin 21, den 24. Mai 1968

(Klingberg)  
Erster Staatsanwalt

Schl

gef. 28.5/Schl

zu 1) 1 Schrb. (Einschrb.)  
m. Anl.

*zu 1) ab + 2 Bd. Ak. 1 Bd. Spr. A.  
30.5.68*



am  
(RSHA) 75



1 Js 1/65 (RSHA)

67a

Der Absender wird gebeten, den umrandeten Teil selbst auszufüllen.

# Einlieferungsschein

Bitte sorgfältig aufbewahren!

Sendungsart und besondere Versendungsform (Abkürzungen s. umseitig)	EPkt			
Wertangabe oder Betrag	DM (in Ziffern)	Pf	Nach- nahme	Pf
Empfänger	OSTA b.d.LG 6 Frankfurt/M 1			
Bestimmungsort mit postamtl. Leitangaben	1 Js 1/65 (RSHA)			

Einlieferungs- Nr.	Postvermerk	
	kg	g
Tagesstempel L 1 Berlin 21		

Postannahme

727 022 23 040 2. 67  
DIN A 7, Kl. IV

+ C 62 zu 100  
V 2, Anl. 23



67a

Bf = Brief, E = Einschreiben, eingeschrieben..., Eil =  
Eilzustellung, Gspr = Gespräch, PAnw = Postanweisung,  
Pkt = Paket, Pn = Päckchen, PProtAuftr = Postprotest-  
auftrag, Tel = Telegramm, Zk = Zahlkarte.

**Die Post bittet,**

die Schalter möglichst nicht in den Hauptverkehrszeiten,  
sondern während der verkehrsschwächeren Stunden am  
späten Vormittag und frühen Nachmittag aufzusuchen;

auf alle freizumachenden Briefsendungen die Postwert-  
zeichen bereits vor der Einlieferung aufzukleben;

die Einlieferungsscheine vorher selbst auszufüllen; bei  
nachzuweisenden Briefsendungen und bei Paketen, Postan-  
weisungen und Zahlkarten muß Tinte, Kugelschreiber,  
Schreibmaschine oder Druck, bei allen anderen Sendungen  
kann auch Tintenstift benutzt werden;

das Geld abgezählt bereitzuhalten, größere Mengen  
Papiergeld stets vorher zu ordnen und bei gleichzeit-  
igem Einzahlen von drei und mehr Postanweisungs- und  
Zahlkartenbeträgen sowie bei Bezug von drei und mehr  
Sorten oder Werten von Wertzeichen im Betrag von mehr  
als 5 DM eine aufgerechnete Zusammenstellung der  
Beträge vorzulegen.

**Die Post empfiehlt,**

bei regelmäßig stärkerer Einlieferung von nachzuweisenden  
Briefsendungen oder Paketsendungen am Selbstbuch-  
verfahren teilzunehmen. Nähere Auskunft erteilt das  
Postamt.

**Für Vermerke des Absenders:**

175 1/65 KSTH



Vfg.

26. JUNI 1968 *huc*

1. Urschriftlich mit Bd.XXXIV d.A. sowie mit 3 Leitzordnern

dem Amtsgericht Tiergarten  
- Abteilung 348 -

im Hause

348 GS 117 168

wegen des bevorstehenden Fristablaufes von 6 Monaten gemäß  
§ 122 Abs. 1 StPO vorgelegt.

Ich halte die Fortdauer der gegen den Beschuldigten  
H u n s c h e angeordneten Untersuchungshaft aus den  
Gründen des Haftbefehls vom 8. Januar 1968 (Bl.XXXIV  
11-13 d.A.), meiner Stellungnahme vom 15. Januar 1968  
(Bl.XXXIV 24-28 d.A.) und des Beschlusses vom  
18. Januar 1968 (Bl.XXXIV 37/38 d.A.) für geboten und  
bitte deshalb, die Akten - Bd.XXXIV und 3 Leitzordner -  
durch meine Vermittlung dem Strafsenat des Kammergerichts  
zur Entscheidung vorzulegen, und zwar zusammen mit dem  
dort befindlichen, den Mitbeschuldigten B o ß h a m m e r  
betreffenden Aktenteil, da Bd. 1-13 der zu jenem Verfahren  
mitgesandten Leitzordner mit Mitbeschuldigten- und Zeugen-  
aussagen sich auch auf den Beschuldigten H u n s c h e  
beziehen.

Berlin, den 25. Juni 1968

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

Im Auftrage

*Heinrich*  
Erster Staatsanwalt

2. Am 5. Juli 1968 (genau).



✓

J.T. in 348 Gs 114.68 am 4.7., damit  
beide Rkm gemeinsam der StA zur Weiter-  
leitung an das Kammergericht übermittelt  
werden können.

26. 6. 68 *Spinnel.*



348 Gs 117/68

U.m. A.  
dem Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht  
mit der Bitte um Weiterleitung  
an das Kammergericht gem. § 122 Abs. 1 StPO zurückgesandt.

Die Fortdauer der Untersuchungshaft wird für erforderlich  
gehalten; auch keine Haftverschonung.

Berlin 21, den 4. Juli 1968  
Amtsgericht Tiergarten, Abt. 348

*CH/SA*

AGRat



Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

Gesch.-Nr.: 1 Js 1/65 (RSHA) (94/68)

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Nur in dieser Sache 1 Berlin 21. den 5. Juli 1968  
(betr. RSHA) Anschrift: Turmstr. 91, Zimmer 505

Fernruf: 35 01 11 (933.....)

1 Berlin 19 (Charlottenburg), den

Amtsgerichtsplatz 1

Fernruf 34 03 71 (App.....)

(Im Innenbetrieb: 968)

Sprechstunden: Montags bis freitags von 8.30—13.00 Uhr



Mit Band XXXIV der Akten und  
3 Leitzordnern

Untersuchungshaft!

dem  
Herrn Vorsitzenden  
des Strafsenats des Kammergerichts

gemäß § 122 Abs. 1 StPO vorgelegt.

Der Beschuldigte Otto H u n s c h e ist aufgrund des Haftbefehls des Amtsgerichts Tiergarten vom 8. Januar 1968 - 348 Gs 297/67 - Band XXXIV, Bl. 11-13) am 10. Januar 1968 in Köln festgenommen worden (Band XXXIV, Bl. 17-18) und befindet sich seitdem in Untersuchungshaft, und zwar seit dem 11. Januar 1968 in der Untersuchungshaftanstalt Moabit zu Gef.-B.-Nr. 104/68 (Band XXXIV, Bl. 16, Bl. 19-22), aus der er am 15. Mai 1968 in die Untersuchungshaftanstalt Frankfurt/Main überführt wurde, wo er sich seit seiner dortigen Einlieferung befindet (Band XXXIV, Bl. 64-66).

Das Amtsgericht Tiergarten hält die Fortdauer der Untersuchungshaft für erforderlich (Band XXXIV, Bl. 69).

Auch ich halte die Haftfortdauer für geboten.

Die dem Beschuldigten zur Last gelegte Straftat ergibt sich aus dem Haftbefehl des Amtsgerichts Tiergarten vom 8. Januar 1968 - 348 Gs 297/67 -(a.a.O.).

Der dringende Tatverdacht folgt aus den Ausführungen in dem Vermerk vom 28. Dezember 1967 (Band XXXIV, Bl. 1-6), den Gründen des Haftbefehls des Amtsgerichts Tiergarten vom 8. Januar 1968 - 348 Gs 297/67 (a.a.O.), der Begründung meines Haftfortdauerantrages vom 15. Januar 1968 (Band XXXIV, Bl. 24-28), den Gründen des die Haftfortdauer anordnenden Beschlusses des Amtsgerichts Tiergarten



71

vom 18. Januar 1968 - 348 Gs 12/68 - (Band XXXIV, Bl. 37-38), den beigegeführten Leitzordnern mit Dokumenten und den ebenfalls dort - bei den den Mitbeschuldigten B o ß h a m m e r betreffenden Unterlagen - befindlichen Aussagen der Mitbeschuldigten und Zeugen (Leitzordner Nr. 1-13 der den Mitbeschuldigten Boßhammer betreffenden Unterlagen).

Fluchtgefahr besteht im Hinblick auf die zu erwartende mindestens langjährige Zuchthausstrafe, aus den zutreffenden Gründen des Haftbefehls des Amtsgerichts Tiergarten vom 8. Januar 1968 (Band XXXIV, Bl. 13) und aus den Gründen des die Haftfortdauer anordnenden Beschlusses des Amtsgerichts Tiergarten vom 18. Januar 1968 - 348 Gs 12/68 (Band XXXIV, Bl. 37-38) -. Die bestehende Fluchtgefahr ist so erheblich, daß sie durch Maßnahmen nach § 116 StPO nicht wesentlich gemindert werden kann und eine Haftverschonung nicht in Betracht kommt.

Die Ermittlungen waren wegen des Gegenstandes der vorgeworfenen strafbaren Handlungen, wegen der Vielzahl der Beschuldigten und Zeugen, wegen der lange zurückliegenden Tatzeiten und der langwierigen Sammlung von Dokumenten in zahlreichen Archiven des In- und Auslandes besonders schwierig und zeitraubend, wie allein schon der Umfang der Akten (bisher 49 Bände Sachakten, 152 Personalhefte, 46 Leitzordner mit Vernehmungsniederschriften, 37 Leitzordner mit beglaubigten Ablichtungen von Originalurkunden und 38 Leitzordner mit rekonstruierten Referatsakten) ausweist.

Allein hierauf beruht die Überschreitung der Frist des § 121 Abs.1 StPO.

Die Ermittlungen werden voraussichtlich im November 1968 abgeschlossen sein. Der Antrag auf Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung soll spätestens vor Weihnachten 1968 gestellt werden.

Die Bestellung des Rechtsanwaltes Dietrich W e i m a n n zum Pflichtverteidiger durch das Landgericht Berlin befindet sich

Band XXXIV, Bl. 34-35,

Im Auftrage

  
(Hölzner)

Staatsanwalt



1) 1. Is 1/65 (RSHA 94/68)

zu 1 a) - b) gef. und  
ab am: 10.7.68

Ku

Vfg.

Zentralkanzlei  
10. JULI 1968  
Erl.: 10. IIII 1968

S o f o r t !

1. Schreiben an:

a) den Vorstand der

Untersuchungshaftanstalt ~~Mabit~~ *Frankfurt/M*

~~Berlin 21~~ *Ffm*

~~Alt Mabit 12a~~ *Kammelsasse*

zur Aushändigung an den/die  
Untersuchungsgefangene -n-  
Gefangenenbuch-Nummer:

*Otto Hruschke*  
~~10.7.68~~ ?

b) Rechtsanwalt

*Weimann* (Bl ~~IV~~ d.A.)

Betr.: Strafsache gegen - einrücken aus a) -

9)

Das Amtsgericht Tiergarten/der Untersuchungsrichter  
bei dem/Landgericht Berlin hat dem Senat die Akten  
nach § 122 Abs. 1 StPO zur Entscheidung über die  
Fortdauer der Untersuchungshaft vorgelegt. Sie er-  
halten Gelegenheit, sich hierzu binnen fünf Tagen  
zu äussern.

2. Nach 1 Woche.

13  
12

Berlin 19. den 10. 7. 68.

*Jan 22 IV*  
12/7  
*h*

Vorgelegt wegen Fristablauf  
gem. Verf. vom *10.7.68* Bl.  
Berlin, den 12. Juli 1968



(1) 1 Js 1.65 (RSHA) (94.68)

B e s c h l u ß

In der Strafsache gegen Boßhammer und andere,  
hier nur gegen

den Rechtsanwalt und Versicherungsangestellten  
Otto Heinrich H u n s c h e,  
geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen,  
wohnhaft in Datteln/Westfalen, Körtling 14,  
z.Zt. in der Untersuchungshaftanstalt  
Frankfurt/Main, Hammelgasse,

wegen Mordes

hat der 1. Strafsenat des Kammergerichts in Berlin  
nach Anhörung des Generalstaatsanwalts bei dem Kam-  
mergericht in der Sitzung vom 19. Juli 1968 beschlossen:

1. Die Untersuchungshaft des Beschuldigten  
dauert fort.
2. Bis zum 18. Oktober 1968 wird die Haft-  
prüfung dem nach den allgemeinen Vor-  
schriften zuständigen Gericht übertragen.

G r ü n d e :

Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den Beschuldigten  
wegen Beihilfe zum Mord in einer Vielzahl von Fällen.  
Ihm wird zur Last gelegt, den nationalsozialistischen  
Machthabern Hitler, Göring, Goebbels und Himmler,  
sowie seinen Vorgesetzten im ehemaligen Reichssicher-  
heitshauptamt (RSHA) Heydrich, Dr. Kaltenbrunner,  
Müller, Eichmann und Rolf Günther durch Rat und Tat  
wissentlich Hilfe dazu geleistet zu haben, aus  
niedrigen Beweggründen eine noch unbestimmte Zahl  
von Menschen, mindestens jedoch 50.000 Juden, zu töten.



Das Amtsgericht Tiergarten hält die Aufrechterhaltung der seit dem 10. Januar 1968 bestehenden Untersuchungshaft für erforderlich und hat daher die Akten dem Senat nach § 122 Abs. 1 StPO zur Entscheidung vorgelegt. Die Haftfortdauer war anzuordnen.

1. Der Beschuldigte ist des ihm zur Last gelegten Verbrechens der Beihilfe zum Mord nach §§ 211, 49 StGB, § 4 der Verordnung gegen Gewaltverbrecher vom 5. Dezember 1939 (RGBl I S. 2378) dringend verdächtig. Der Beschuldigte ist, wie er in der Strafsache gegen Bovensiepen erklärt hat, von November 1941 bis zum Zusammenbruch 1945 Angehöriger des RSHA und bis auf Unterbrechungen von März bis August und im November, Dezember 1944 im Referat für Judenangelegenheiten (IV B 4) zunächst als Sachbearbeiter eingesetzt und später als Unterabteilungsleiter unmittelbar dem Referatsleiter Eichmann und dessen Stellvertreter Günther unterstellt gewesen. Aufgabengebiet des Referatsteils, zu dem der Beschuldigte gehörte, war nach den Angaben des Mitbeschuldigten Jänisch und des inzwischen verstorbenen Mitbeschuldigten Pachow allgemein die Bearbeitung der im Zusammenhang mit der Lösung der Judenfrage anfallenden rechtlichen Angelegenheiten, insbesondere auch die Behandlung der Juden mit ausländischer Staatsangehörigkeit im deutschen Macht- und Einflußbereich. Allein schon dieser Aufgabenkreis des Beschuldigten in der Zentrale der Judenverfolgung belegt den dringenden Verdacht, daß er über das Ziel der nationalsozialistischen Machthaber, die Judenfrage durch planmäßige Ausrottung der Juden endgültig zu lösen, unterrichtet gewesen ist und an der Durchführung dieses Vorhabens verantwortlich mitgewirkt hat. Die bisherigen Ermittlungen haben dies in zahlreichen Einzelheiten bestätigt.

So hat z.B. der in der Tschechoslowakei hingerichtete RSHA-Angehörige Wisliceny vor einer Kommission des



Internationalen Militärgerichtshofs am 5. Juni 1946 ausgesagt, daß dem Begriff "Endlösung der Judenfrage" ein Befehl Hitlers zur biologischen Vernichtung der Juden zugrunde lag und daß Eichmann auch den Beschuldigten in diesen der Geheimhaltung unterliegenden Befehl eingeweiht hatte. Tatsachen, die diese Aussage stützen, hat der Mitbeschuldigte Jänisch angeführt. Aus der Bekundung der Zeugin Reichert, die für den Beschuldigten geschrieben hatte, ist ebenfalls zu entnehmen, daß der Beschuldigte über den geheimen Führerbefehl unterrichtet gewesen ist und gewußt hat, welchem Zweck die Deportationen dienten und welches Schicksal die Juden in den Konzentrationslagern in den besetzten Ostgebieten zu erwarten hatten.

Was den objektiven Tatbeitrag des Beschuldigten anlangt, so ergibt sich aus zahlreichen Schriftstücken, insbesondere aus den Vorgängen 2314/43 g (82) und 2686/42 des RSHA, daß der Beschuldigte daran mitgearbeitet hat, staatenlose Juden im deutschen Machtbereich und jüdische Angehörige besetzter oder verbündeter Staaten in die Deportationsmaßnahmen einzubeziehen.

Rechtfertigungs- oder Schuldausschließungsgründe sind nicht ersichtlich. Insbesondere sind bei SS-Offizieren, die in der Zentrale zur Ausrottung der Juden und dort im engsten Führungsstab sachlich daran mitgearbeitet haben, Methoden zur Ausrottung der Juden zu entwickeln und anzuwenden, keine Anhaltspunkte für einen subjektiven oder objektiven Befehlsnotstand vorhanden.

2. Der Beschuldigte muß zum mindesten mit einer mehrjährigen Zuchthausstrafe rechnen. Darüber hinaus ist gegen ihn bei dem Schwurgericht in Frankfurt ein Strafverfahren wegen seiner Tätigkeit als Angehöriger des sogenannten "Sonderkommandos Eichmann" in Ungarn im Jahre 1944 anhängig. Es besteht daher Fluchtgefahr. Selbst die Aufgabe



seiner jetzigen Tätigkeit als Rechtsanwalt und Versicherungsangestellter und eine längere Trennung von seiner Ehefrau würden in keinem Verhältnis zu den Folgen einer Verurteilung wegen Beihilfe zum Mord in der bisher ersichtlichen Vielzahl von Fällen stehen. Der Zweck der Untersuchungshaft kann demgemäß durch weniger einschneidende Maßnahmen nicht erreicht werden, so daß eine Aussetzung des Haftvollzugs nicht in Betracht kommt.

3. Die Untersuchungshaft muß über sechs Monate hinaus aufrechterhalten bleiben. Diese Dauer steht zu dem zu erwartenden Freiheitsentzug nicht außer Verhältnis. Das Verfahren richtet sich gegen fünf Beschuldigte, die im RSHA tätig gewesen sind. Die Ermittlungen sind jedoch nicht nur deshalb und wegen des Ausmaßes des dem Beschuldigten zur Last gelegten Verbrechens umfangreich, sondern wegen der organisatorischen Teilung der Aufgabengebiete im Judenreferat auch außerordentlich schwierig, zumal die Straftaten über zwanzig Jahre zurückliegen. Diese sachlichen Gründe lassen ein Urteil noch nicht zu. Sie rechtfertigen zugleich die Fortdauer der Untersuchungshaft, um die Bestrafung des Beschuldigten wegen der schweren Rechtsbrüche zu sichern.

4. Die in den nächsten drei Monaten etwa zu treffenden Haftentscheidungen hat der Senat nach § 122 Abs. 3 Satz 3 StPO dem nach den allgemeinen Vorschriften zuständigen Gericht übertragen.

Dr. Freund

Selle

Zelle

co



Für die Richtigkeit der Abschrift:

*Korrad*

Justizangestellte  
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle



(i) 1 Hs i/65 (RSW) (94/68)

Auf Ormig gef. 24.7.68 *Land*

5 Beschl.-Ausf.

5 begl. Abschriften

Verfügung

- ✓ 1) 5. Beschlusaussfertigungen nebst 1 begl. Abschrift für Generalstaatsanwalt fertigen.

(Verteiler: Beschuldigten 1  
Verteidiger 1  
GenSta b.d.KG 2  
GenSta b.d.LG 1  
Haftvorgang 1 begl. Abschr.)

- ✓ 2) Ferner sind zu fertigen:

- ✓ a) 1 begl. Abschrift des Beschl. zum hier anzulegenden Retent,  
✓ b) 1 begl. Abschrift des Beschl. zur Samlung im Richterzimmer,  
✓ c) 1 begl. Abschrift des Beschl. zum Umlauf b. d. Richtern der Strafsenate.

- ✓ 3) Urschrift des Beschl. zu den SA Gen. IV.

- ✓ 4) Begl. Abschrift des Beschl. zu den Akten.

- ✓ 5) Frist Bl. ... im Retent notieren. *7-3* *M 10*

- 6) Urschriftlich mit *1* Bd. Akten und *3* *Leitzbinder* Bd. ~~Beilagen~~

an die Staatsanwaltschaft  
bei dem Kammergericht

B e r l i n 19

29. Juli 1968

mit der Bitte um weitere Veranlassung übersandt.

*Land*  
Justizoberinspektor



30. JULI 1968

- ✓
- V.
1. Je eine Kopie der Beschlüsse  
R. XXIV 73-74 R in 2x über-  
reichen:
- ✓ a) dem Geschäftsführer  
- Außenministerium  
für Männer, Frankfurt a.  
Postfach 2367, Jf. B. Nr. 1637 -
- ✓ b) RA Weimann R. XXIV 29.

348 GS 132 168

- 2 m. m. R. XXIV d. A.  
dem hiesigen Gericht  
- Nr. 348 -

mit ggf. Verurteilung von  
R. XXIV 73-74 R insbesondere  
von der Bestimmung auf R.  
73, vorgelegt.

3. Am 1. 8. 1968

Berlin NW 21, den 29. Juli 1968  
Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht Berlin  
I. A.

Klingberg  
(Klingberg)  
Erster Staatsanwalt

gef. 29. 7. 68 Sch  
zu 1) 2 Ausdr. + ab

Antragsteller! Traug.  
R. 348



1 7/1/65 (RSHA)

76

r.

1. Bemerk.

Durch den mündlich erwähnten  
Kernpunkt habe ich erfahren,  
daß die den Beobachtungen  
entsprechende Beob. Maßnahmen  
zur Unterdrückung, die  
der Rille der letzten Folie -  
Länge 328 der Stachau -  
weltweit übertragen hat  
bisher ohne sonstige Vermittlung  
wider der Schwingung  
in Frankfurt/AM drückte -  
funkt worden sind

Da die Vorgänge der Schwin -  
gen, wegen eines dort als  
beleidigend empfundenen Zwi -  
schens abbleibt, die folgenden  
Maßnahmen werden in  
Frankfurt zu lassen (siehe  
mündlich) so daß sie in  
Zukunft, wie in Berlin  
geführt werden, Bedarf es  
weiter besonderer Veran -  
lassung nicht.

Du an den Beobachtungen abrei.



ersten Brief vom 18. Juli 1968  
(siehe Begleitunterschied vom 19.  
Juli 1968), habe ich nicht als  
in Zeileinstimmung mit dem  
empfangen, so daß ich keine  
Verhandlung geführt habe, ihn  
dem Richter für Beantwortung  
vorzulegen.

2. f. Bd. XXXIV d. A. (n. l.)


2576

4 Ks 1163

✓  
U. m. A. (1 Brief an den U.-Gef. Hunsche)  
an den Herrn Generalstaatsanwalt  
b. d. Landgericht  
in Berlin - Moabit



Arbeitsgruppe RSHA - z. Hd. von Herrn ESA Klingberg  
unter Bezugnahme auf die heutige fern mündl.  
Rücksprache mit dem Unterzeichneten.  
(Wiederübernahme von Briefkontrolle, Besuchs erlaubnis  
PP)

Frankfurt/Main, d. 23. 7. 1968  
Schwurgericht I/68 b. d. Landgericht  
Der Vorsitzende  
i. A.   
(A. H. G.)  
AG-Berlin



Hildegard Hümsche

77  
4354 Fatteln, d. 21. 7. 1968  
Kötling 14

Betrifft: 4 Ks 1/63

Landgericht Frankfurt a. M.  
Geschäftsstelle 3  
22. Juli 1968  
St. 1968

Sehr geehrter Herr Landgerichtsdirektor!

Höflichst bitte ich, meinem  
Mann Otto Hümsche, am Montag d. 29. 7.  
und am Dienstag den 30. 7. 1968  
besuchen zu dürfen.

Wenn es Ihnen oder den Beamten  
in Prümmerheim besser am

Donnerstag den 1. 8.

und am Freitag den 2. 8. 1968

auskommt, so wäre es mir auch recht.

Sollte am Freitag oder Samstag Gerichtsöffnung  
sein, bitte ich Sie, mir vielleicht in der Pause  
einen Besuch zu meinem Mann zu gestatten.

Für ich noch darauf hinweisen, daß ich  
die weiße Anzeile habe, zuletzt vor 2 Monaten  
dort war, und deshalb jeweils um  
1 Stunde Sprechstunden täglich bitte.

Für Ihre Bemühungen meinen  
herzlichen Dank.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Hildegard Hümsche.



0,30 DM Briefmarke

V.

Frage 1)

Nach Auftrag für 29. u. 30. 7. 1968  
je 1 Stunde mit dem Hinweis,  
dass am 30. 7. Hauptvernehmung ist.

2) Verzicht von 1) am 4. Haftanstalt  
mit Hinweis, dass am 30. 7. 68 gericht-  
mäßigerweise die Berichtszeit in die  
Hauptvernehmung folgt werden könnte  
(12<sup>00</sup> - 13.30.)

3. J. el. A.

22/7.

Herrmann

E. U. sehr

V.

1) Schr. an Frau Herrmann:

Ich habe Ihr Schreiben zur Kenntnis genommen  
nach Berlin weitergeleitet.

2) U an den

Herrn Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht

Berlin - Moabit

Arbeitsgruppe RSHA zu führen.

von Herrn 1. St. B. Klingberg

unter Byzeichnung auf das von

Herrn Abr. Amthor geführte Ferngespräch

Ffm., 23. 7. 1968

Landgericht - Schwurgericht I/68

Jur. Vors.

Herrmann

Lfd. Nr.

Arbeitsgruppe



23. Juli 1968  
Zur Kzl. am  
Kzl. erh. am: 23. 7. 68  
gef. zu 14.2 am:  
ab mit Zlt 133  
am: 23. 7. 68

0,30 DM Briefmarken  
erhalten u. verbucht

25. JULI 1968  
Be.



1. 7. 1/65 (25.4)Eile sehr

✓ Je einem Spectralstein für den 1. und  
 2. August 1968 (jeweils eine Stunde)  
 aus dem Bildergartenturm, 4352 Datteln,  
 im Körtel, 14. bel. den M. Körtel  
 Otto Körtel, 8. Jg. B. d. 1637 in der  
 M. Körtel, 14. bel. den M. Körtel, 14. bel.  
 mit Fußes:

Wegen der Festlegung der Betriebsstunden  
 am 2. August 1968 wollen Sie viel  
 bitte mit dem Herrn Vorpenden der  
 Schwingerstr. I/68 in Frankfurt/M.  
 in Verbindung setzen.

L. 7. B. xxxv d. S. (n. l.)

zu 1/ab 2. Speich. 2. per Luftpost-Altkon  
 + Kurat

26.7.68 L



Hildegard Hunsche

79  
4354 Datteln/Weotf., den 30.7.68  
Im Körtling 14



6	2	Anlagen
	/	Abschriften
		DM Kost M.

1 Briefmarke 2,30 DM  
Keritz

An den  
Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

930 DM Briefmarken  
erhalten u. verbucht am 30.7.68  
Be

1 Berlin 21

Turmstraße 91

Gesch.-Nr.: 1 Js 1/65 (RSHA)

Betrifft: Sprecherlaubnis für meinen Mann Otto Hunsche  
am 1. und 2.8.1968

In obiger Angelegenheit teile ich Ihnen mit, daß ich die mir gewährten Sprechtermine nicht wahrnehmen kann. Ich leide noch an den Folgen einer grippalen Infektion und bin nicht reisefähig. Die mir übersandten Sprechscheine sende ich Ihnen in der Anlage zurück.

Ich beabsichtige jedoch, den Besuch zu meinem Mann in Frankfurt in 14 Tagen nachzuholen. Ich bitte Sie daher höflichst, mir Sprecherlaubnis für den 15. und 16.8.1968 zu erteilen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir wegen der langen Anreise 60 Minuten Sprechzeit jeweils gewähren würden. Für Ihre Bemühungen danke ich Ihnen im voraus.

Hochachtungsvoll

Hildegard Hunsche



- ✓ 15.
1. Herrn Geschäftsbereichsleiter  
nach mündlichem Aushand
  2. Prot. zur Unterschrift mit u. E.

31/7

zu 1) Sprecherausbildung  
für den 15. u. 16. 8.  
erteilt.

1. 8. P<sub>1</sub>



Geschäftsnummer: 1 Js 1/65 (RSA)

79 8

# Sprechzettel

(als Ausweis mitzubringen)

~~Herr~~ - Frau - ~~Frl.~~ Hildegard Hunsche, Datteln, Am Körtling 14,  
erhält hiermit die Erlaubnis, den Untersuchungshäftling

Otto Hunsche,  
(2. August 1968)

Gef.-Buch Nr. 1637 Preungesheim,

wochentags/— im Beisein eines Beamten — zu sprechen.

60 Minuten Sprechzeit werden genehmigt.

Auf die auf der Rückseite abgedruckten Bestimmungen wird hingewiesen.

Berlin, den 26. Juli 19 68

Der Generalstaatsanwalt

bei dem ~~Landgericht~~

I. A.

Kammergericht



Erster Staatsanwalt

KG

— Tg — 76 Sprechzettel

STAT

6000 3. 67



1. Sprechzeiten für Untersuchungshäftlinge finden nur wochentags statt (Montag bis Freitag von 10 bis 13 Uhr und Sonnabend von 10 bis 12 Uhr).
2. Auf Verlangen müssen die Besucher dem Beamten der Untersuchungshaftanstalt einen Ausweis (möglichst mit Lichtbild) vorlegen.
3. Die Sprechdauer beträgt in der Regel 15 Minuten.
4. Zu den Sprechstunden dürfen Kinder im Alter von 4 bis 16 Jahren nicht mitgebracht werden.
5. Das Einbringen von Lebens- und Genußmitteln, Bedarfsartikeln, Zeitungen, Büchern und Blumen ist nicht gestattet.
6. Abgabe und Umtausch von Wäsche, Kleidungsstücken usw. ist nur mit besonderer Genehmigung des Richters zulässig.
7. Das Mitbringen von Tieren ist verboten.
8. Jeder Mißbrauch des Besuchs hat den sofortigen Abbruch der Unterredung zur Folge.

Darüber hinaus setzen sich Besucher, die mit Häftlingen unbefugt in Verkehr treten, oder sich mit ihnen durch Worte, Zeichen oder auf andere Weise zu verständigen versuchen, nach § 1 der Polizeiverordnung über das Verbot des Verkehrs mit Gefangenen, vom 20. 2. 1941 — RGBl. I S. 104 — der Bestrafung mit Geldstrafe bis zu 150,— DM aus; im Unvermögensfalle tritt an deren Stelle Haft bis zu 14 Tagen.



Geschäftsnummer: 1 Js 1/65 (RSA)

*Ma*

# Sprechzettel

(als Ausweis mitzubringen)

~~Herr~~ - Frau - ~~Frl.~~ Hildegard Hunsche, Datteln, Am Körtling 14,  
erhält hiermit die Erlaubnis, den Untersuchungshäftling

Otto H u n s c h e , Gef.-Buch Nr. 1637 Preungesheim,  
(1. August 1968)  
wochentags / im Beisein eines Beamten — zu sprechen.

60 Minuten Sprechzeit werden genehmigt.

Auf die auf der Rückseite abgedruckten Bestimmungen wird hingewiesen.

Berlin, den 26. Juli 19 68

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem ~~Landgericht~~

I. A.

Kammergericht



*[Handwritten signature]*  
Erster Staatsanwalt



1. Sprechzeiten für Untersuchungshäftlinge finden nur wochentags statt (Montag bis Freitag von 10 bis 13 Uhr und Sonnabend von 10 bis 12 Uhr).
2. Auf Verlangen müssen die Besucher dem Beamten der Untersuchungshaftanstalt einen Ausweis (möglichst mit Lichtbild) vorlegen.
3. Die Sprechdauer beträgt in der Regel 15 Minuten.
4. Zu den Sprechstunden dürfen Kinder im Alter von 4 bis 16 Jahren nicht mitgebracht werden.
5. Das Einbringen von Lebens- und Genußmitteln, Bedarfsartikeln, Zeitungen, Büchern und Blumen ist nicht gestattet.
6. Abgabe und Umtausch von Wäsche, Kleidungsstücken usw. ist nur mit besonderer Genehmigung des Richters zulässig.
7. Das Mitbringen von Tieren ist verboten.
8. Jeder Mißbrauch des Besuchs hat den sofortigen Abbruch der Unterredung zur Folge.

Darüber hinaus setzen sich Besucher, die mit Häftlingen unbefugt in Verkehr treten, oder sich mit ihnen durch Worte, Zeichen oder auf andere Weise zu verständigen versuchen, nach § 1 der Polizeiverordnung über das Verbot des Verkehrs mit Gefangenen vom 20. 2. 1941 — RGBl. I S. 104 — der Bestrafung mit Geldstrafe bis zu 150,— DM aus; im Unvermögensfalle tritt an deren Stelle Haft bis zu 14 Tagen.



Hildegard Künsche.

4354 Fätheln, 20.8.1968

Körsling 14

89

1 Js 1/65 (RSHA)



Leider konnte ich mich am 15. u. 16. Aug.  
keinen Gedanken von der Prozessermittlung machen,  
weil sich mein Gesundheitszustand noch nicht  
gebessert hat.

Vorerst muß ich von einem weiteren Auftrag  
absehen.

Ich bedauere sehr, Ihnen die Mühe gemacht  
zu haben und bitte um Entschuldigung.

Kochschützingsvoll

Hildegard Künsche.

Anlage:

2 Sprechzettel zurück



Geschäftsnummer: 1 Js 1/65 (RSHA)



# Sprechzettel

(als Ausweis mitzubringen)

~~xxx~~ - Frau - ~~xx~~ Hildegard Hunsche, Datteln/Westf., Am Körtling 14

erhalt hiermit die Erlaubnis, den Untersuchungshäftling

Otto H u n s c h e , Gef.-Buch Nr. 1637 Preungesheim,  
16. August 1968  
wochentags/— im Beisein eines Beamten — zu sprechen.

60 Minuten Sprechzeit werden genehmigt.

Auf die auf der Rückseite abgedruckten Bestimmungen wird hingewiesen.

Berlin, den 1. August 1968

**Der Generalstaatsanwalt**

**bei dem Landgericht** Kammergericht



I. A.

*[Handwritten signature]*  
Erster Staatsanwalt

KG

— Tg — 76 Sprechzettel

StAT

6000 3. 67



1. Sprechzeiten für Untersuchungshäftlinge finden nur wochentags statt (Montag bis Freitag von 10 bis 13 Uhr und Sonnabend von 10 bis 12 Uhr).
2. Auf Verlangen müssen die Besucher dem Beamten der Untersuchungshaftanstalt einen Ausweis (möglichst mit Lichtbild) vorlegen.
3. Die Sprechdauer beträgt in der Regel 15 Minuten.
4. Zu den Sprechstunden dürfen Kinder im Alter von 4 bis 16 Jahren nicht mitgebracht werden.
5. Das Einbringen von Lebens- und Genußmitteln, Bedarfsartikeln, Zeitungen, Büchern und Blumen ist nicht gestattet.
6. Abgabe und Umtausch von Wäsche, Kleidungsstücken usw. ist nur mit besonderer Genehmigung des Richters zulässig.
7. Das Mitbringen von Tieren ist verboten.
8. Jeder Mißbrauch des Besuchs hat den sofortigen Abbruch der Unterredung zur Folge.

Darüber hinaus setzen sich Besucher, die mit Häftlingen unbefugt in Verkehr treten, oder sich mit ihnen durch Worte, Zeichen oder auf andere Weise zu verständigen versuchen, nach § 1 der Polizeiverordnung über das Verbot des Verkehrs mit Gefangenen vom 20. 2. 1941 — RGBl. I S. 104 — der Bestrafung mit Geldstrafe bis zu 150,— DM aus; im Unvermögensfalle tritt an deren Stelle Haft bis zu 14 Tagen.



Geschäftsnummer: 1 Js 1/65 (RSA)



# Sprechzettel

(als Ausweis mitzubringen)

~~xxxx~~ - Frau ~~xx~~ Hildegard Hunsche, Datteln/Westf., Am Körtling 14

erhalt hiermit die Erlaubnis, den Untersuchungshäftling

Otto Hunsche  
15. August 1968

Gef.-Buch Nr. 1637 Preungesheim

wochentags/— im Beisein eines Beamten — zu sprechen.

60 Minuten Sprechzeit werden genehmigt.

Auf die auf der Rückseite abgedruckten Bestimmungen wird hingewiesen.

Berlin, den 1. August 19 68

**Der Generalstaatsanwalt**

**bei dem Landgericht**

Kammergericht

I. A.



*[Handwritten signature]*  
Erster Staatsanwalt

KG

— Tg — 76 Sprechzettel

SIAT

6000 3. 67



1. Sprechzeiten für Untersuchungshäftlinge finden nur wochentags statt (Montag bis Freitag von 10 bis 13 Uhr und Sonnabend von 10 bis 12 Uhr).
2. Auf Verlangen müssen die Besucher dem Beamten der Untersuchungshaftanstalt einen Ausweis (möglichst mit Lichtbild) vorlegen.
3. Die Sprechdauer beträgt in der Regel 15 Minuten.
4. Zu den Sprechstunden dürfen Kinder im Alter von 4 bis 16 Jahren nicht mitgebracht werden.
5. Das Einbringen von Lebens- und Genußmitteln, Bedarfsartikeln, Zeitungen, Büchern und Blumen ist nicht gestattet.
6. Abgabe und Umtausch von Wäsche, Kleidungsstücken usw. ist nur mit besonderer Genehmigung des Richters zulässig.
7. Das Mitbringen von Tieren ist verboten.
8. Jeder Mißbrauch des Besuchs hat den sofortigen Abbruch der Unterredung zur Folge.

Darüber hinaus setzen sich Besucher, die mit Häftlingen unbefugt in Verkehr treten, oder sich mit ihnen durch Worte, Zeichen oder auf andere Weise zu verständigen versuchen, nach § 1 der Polizeiverordnung über das Verbot des Verkehrs mit Gefangenen vom 20. 2. 1941 — RGBl. I S. 104 — der Bestrafung mit Geldstrafe bis zu 150,— DM aus; im Unvermögensfalle tritt an deren Stelle Haft bis zu 14 Tagen.



2. 245  
81

Fermündlich Nachricht vom Eingang

am: 1 9. AUG. 1968 um 15<sup>00</sup> Uhr  
Ma.



mff  
181796 krimg d  
412996 justl d

348 GS 145 16 8

nr 4893 1908 1440 =

herrn untersuchungsrichter b amtsgericht tiergarten abteilung 348  
berlin-tiergarten =

betr: strafverfahren gegen krumei und hunsche wegen mordes

der angeklagte hunsche, gegen den hier zur zeit die hauptverhandlung  
vor dem schwurgericht stattfindet, soll auf anordnung des gerichts  
in die medizinische klinik 2 zur untersuchung durch prof dr martin  
ueberfuehrt werden. um anordnung der verdeckten fesselung wird  
gebeten.

weiterhin bitte ich um uebertragung der weiteren entscheidung i s  
von ph 126 stpo auf den ermittelungsrichter in frankfurtmain und  
um fs-antwort =

der oberstaatsanwalt b lg frankfurtmain - 4 ks 1/63 -  
ia dr schoneit, staatsanwalt +

412996 justl d  
181796 krimg d

*Kennschke ist am 15.5.68 in die  
Untersuchungshaftanstalt Frankfurt a.M.  
überführt worden. Er sitzt dort für  
das obige Abfängerzeichen. 1 Ts 1/65 (RSHA.)  
dennach nicht mehr zuständig?*

1 9. AUG. 1968

*ml*



348 Gp 145/68

145 1/65 (RSHA)

Nag.

82

1) Vorb.: Herr Erst St.anwalt Klingberg hat an  
den Antrag auf Übertragung (§ 126 Abs 1) an das AG  
Ber. angeschlossen [145 1/65 (RSHA)].

2) Übertragung an die Generalstaatsanwaltschaft:

An den

Oberstaatsanwalt

bei dem Landgericht Frankfurt am Main

zu 4 Ks 1/63

Betr.: Strafverfahren gegen Bremer und  
Hänsche wegen Mordes

Es wird ~~angeordnet~~, dass bei der ~~Überführung~~  
verdeckte Ermittlung bei der Überführung  
des Angekl. Beschuldigten Hänsche in die  
schwedische Klinik 2 für Untersuchung  
durch Prof. Dr. Marten angeordnet.

Die weiteren <sup>H</sup>Entscheidungen ~~Entscheidungen~~ <sup>H</sup>Gaßentdeckungen  
in der Sache StA Berlin 145 1/65 (RSHA)  
werden gemäß § 126 Abs 1 dem Landgericht Frank-  
furt am Main übertragen.

Berlin, den 19. Aug 1968  
Angeh. d. T. 348

N. K.  
Angeh. d. T.

3) M. mit Vorzug  
dem Gen. St. A. v. d. L. § 126  
zu 145 1/65 (RSHA)

17. 1. 1968  
145 1/65, d. 348  
Angeh. d. T.



83

19. AUG. 1968

Befördert am: ~~20. AUG. 1968~~ um 16<sup>21</sup> Uhr

12 Zeiteinheiten à 0,10 DM = 1,20 DM Kosten

Einschreibestelle

Kriminalgericht, den 20. AUG. 1968 / Bg.

tom m m mom m

⊕

412996 justi d

181796 krimg d

+ kriminalgericht berlin fs 264 1908 1621=

an den oberstaatsanwalt b d lg frankfurt am main  
zu 4 ks 1/63

----- betr.: strafverfahren gegen k r um r e y und h u n s c h e  
----- wegen mordes

es wird verdeckte fesselung bei der ueberfuehrung des beschul-  
digten hunsche in die medizinische klinik 2 zur untersuchung  
durch prof. dr. martin angeordnet.

die weiteren haftentscheidungen in der sache sta berlin  
- 1 js 1/65 (rsha) - wegen gemaess paragr. 126 stpo dem amts-  
gericht frankfurt am main uebertragen.

amtsgericht tiergarten - 348 qs 145/68 -  
kittel, amtsgerichtsrat+

⊕

412996 justi d

181796 krimg d



Vfg.

1. Urschriftlich

E i l t   s e h r   !

mit Band XXXIV

dem Amtsgericht Tiergarten  
- Abteilung 348 -

21. AUG. 1968

*Mu*

im H a u s e

zu 348 Gs 145/68 übersandt.

348 GS

147/68

Es wird beantragt,

den Beschluß vom 19. August 1968 (Bl. XXXIV/82 d. A.)  
insoweit aufzuheben, als darin angeordnet worden ist,  
daß die weiteren Haftentscheidungen in der Sache  
1 Js 1/65 (RSHA) gemäß § 126 StPO dem Amtsgericht  
Frankfurt/Main übertragen werden.

Die diesbezügliche Fassung des Beschlusses muß auf einem Mißverständnis  
beruhen. Zwar ist seitens der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht  
in Frankfurt/Main eine entsprechende Maßnahme fernschriftlich ange-  
regt worden. Ich habe mich dieser Anregung jedoch in der verallgemei-  
nerten Fassung nicht angeschlossen, sondern bei der fernmündlichen  
Unterredung mit dem zuständigen Haftrichter, Herrn Amtsgerichtsrat  
Kittel, meinen nach § 126 Absatz I, Satz 3 StPO erforderlichen Antrag  
dahin einschränkend formuliert, daß die Übertragung von Entscheidungen  
auf das Amtsgericht Frankfurt/Main nur insoweit erfolgen solle, als  
es sich dabei um Fragen der Briefkontrolle und der Erteilung von  
Sprechscheinen für den Beschuldigten H u n s c h e handelt.

Angesichts dessen bitte ich nach der eingangs beantragten Aufhebung  
des zweiten Teiles des dortigen Beschlusses vom 19. August 1968 nun-  
mehr Beschluß dahingehend zu fassen,




daß die Briefkontrolle und die Erteilung von Sprechscheinen bezüglich des Beschuldigten H u n s c h e , der z. Zt. in der Untersuchungshaftanstalt Frankfurt/Main zu Gefangenen-Buch-Nr. 1637 einsitzt, dem Amtsgericht Frankfurt/Main übertragen wird.

Um umgehende Erledigung im Sinne der vorstehenden Anträge wird gebeten.

Berlin 21, den 21. August 1968

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

Im Auftrage

  
(Klingberg)

Erster Staatsanwalt

2. Wv. 23. 8. 1968



1) Befehl

In der Sprache der Daphnamm...  
hier: gegen die ~~frühere~~ Adhäsion des Hainischen  
 an Recklinghausen

gegen Befehl zum Mord

wird die <sup>verfügte</sup> ~~Befehl~~ vom 19. 8. 1968 betr. Über-  
 tragung der weiteren Maßnahmen auf das  
 Amtsgericht Frankfurt am Main (§ 126 Abs. 1  
 Satz 3 SPP) aufgehoben, weil die Staatsanwaltschaft  
 klargestellt hat, daß sie <sup>beschreiben mündlichen Auftrags</sup> lediglich eine Übertragung  
 des Briefphonats und der Entscheidungen über  
 Sprechelaute <sup>erstreckt</sup> beantragt hat und der entgegenstehende  
 Befehl auf einem Missverständnis beruht.

Folglich wird der Auftrag auf Übertragung  
 des gegenständlichen insoweit, § 14, zurück-  
 gewiesen, weil eine Beschränkung der Über-  
 tragung auf Maßnahmen nach § 119 Abs. 6  
 SPP nicht zulässig ist. Nicht beschwerende  
 (opfernde) Anordnungen werden wieder  
 der Staatsanwaltschaft überlassen; der hierigen  
 Staatsanwaltschaft wird anheim gegeben, sie im  
 Wege der Aufschleppung der Staatsanwaltschaft in  
 Frankfurt am Main zu übertragen.



Urschr. m. Akten n. d. 4 Aufg. v. m. R. d. L.  
Herr Gewer - Staatsanwalt  
b.d. - Landgericht - Anwaltschaft. Kattgen 42  
**Berlin**

zurückgehen m. 1. B. um M. B. Lg. der  
Richtl. an StA + AG Ffm.

Der fernschriftl. Abzug Nr. 81 d. S. war  
bedeutend und hatte offenkundig den Sinn,  
sämmtliche Anordnungen aus Art. 9 II des Ag. für  
zu übertragen, ohne aber diese an der nötigen  
Entscheidungen (z. B. Gefährdung etc.) beizu-  
nehmen, was in der Tat für die Entscheidung  
wegen der D. nicht maßgebend war, da die Entscheidung,  
ob keine der nicht bedauernden Anordnungen.  
Es regte an, die divergierenden Interessen beider  
Staatsanwaltschaften aufeinander abzustimmen. Eine  
Möglichkeit der Durchf. in Belg. + Ver. ist wohl  
nicht nötig, da die ~~Mitgl.~~<sup>Ag.</sup>-R. 2783 d. St.  
noch nicht mitgeteilt worden war.

Berlin, den 22. AUG. 1968  
Amtsgericht Tiergarten, Abt. 348

Miss  
Agnes

175000



B e s c h l u ß

In der Strafsache gegen B o ß h a m m e r u.a.  
hier : gegen den Rechtsanwalt Otto H u n s c h e aus Reckling-  
hausen  
wegen Beihilfe zum Mord

wird die Verfügung vom 19.8. 1968 betr. Übertragung der weiteren  
Haftentscheidungen auf das Amtsgerichts Frankfurt am Main  
( § 126 S Abs. 1 Satz 3 StPO) aufgehoben, weil die Staatsanwalt-  
schaft klargestellt hat, daß sie bei ihrem mündlichen Antrag  
lediglich eine Übertragung der Briefkontrolle und der  
Entscheidungen über Sprecherlaubnis erstrebt hat und der  
weitergehende Beschluß auf ein <sup>er</sup> Mißverständnis beruht.

Zugleich wird der Antrag auf Übertragung der Haftentscheidungen  
insoweit, als es sich dabei um Fragen der Briefkontrolle und der  
Erteilung von Sprechscheinen für den Beschuldigten Hunsche  
handelt, zurückgewiesen, weil eine Beschränkung der Übertragung  
auf Maßnahmen nach § 119 Abs. 6 StPO nicht zulässig ist.  
Nicht beschwerende (gewährende ) Anordnungen werden wieder  
der Staatsanwaltschaft überlassen ; der hiesigen Staatsanwalt-  
schaft wird anheimgegeben, sie im Wege der Amtshilfe der  
Staatsanwaltschaft in Frankfurt am Main zu übertragen.

Berlin 21, den 22. August 1968  
Amtsgericht Tiergarten, Abt. 348

K i t t e l  
Amtsgerichtsrat

Ausgefertigt:

Justizangestellte

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle





1 Js 1/65 (RSA)

Vfg.

1. V e r m e r k :

Ich verständigte sofort fernmündlich Herrn StA Dr. Schoreit von der StA Frankfurt/M. vom Eingang des Beschlusses (Bl. 86 Bd. XXXIV) des AG Tiergartens vom 22. 8. 1968 betreffend Aufhebung des Beschlusses vom 19. 8. 1968 (Bl. 82 Bd. XXXIV) und verlas ihm dessen Inhalt. Herr Dr. Schoreit sagte zu, das Amtsgericht Frankfurt/M. umgehend fernmündlich von der Aufhebung des Beschlusses Bl. 82 Bd. XXXIV zu verständigen, um eventuelle Haftentscheidungen durch das AG Frankfurt/M. zu vermeiden.

2. Weitere Vfg. besonders

3. z.d.A. Bd. XXXIV

Berlin 21, den 23. August 1968

U  
to

Ad.



Sofort!

89

Vfg.

- ✓ 1. Zu schreiben - unter Beifügung von 2 Ausfertigungen d. Beschl. d. Amtsgerichts Tiergarten vom 22. August 1968 - :

An den

Oberstaatsanwalt

bei dem Landgericht Frankfurt/Main

- z. Hd. von Herrn Staatsanwalt Dr. Schoreit

o. V. i. A. -

6 Frankfurt/Main

Postfach 2745

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Friedrich B o s s h a m m e r u.a.  
wegen Beihilfe zum Mord;  
hier nur gegen Otto H u n s c h e

Bezug: Fernmündliche Unterredung mit dem Unterzeichneten vom heutigen Tage

Anlagen: 2 Beschlusaufsertigungen

Sehr geehrter Herr Dr. Schoreit!

Anbei übersende ich Ihnen - wie bereits fernmündlich angekündigt - zwei Ausfertigungen des Beschlusses des Amtsgerichts Tiergarten vom 22. August 1968 - 348 Gs 145/68 - (die Ausfertigungen enthalten im Aktenzeichen einen Schreibfehler. Statt 352 muß es richtig heißen: 348.)

(Wegen der Eilbedürftigkeit sehe ich davon ab, einwandfrei geschriebene Ausfertigungen anzufordern). Ich darf bitten, eine der beiden Ausfertigungen der zuständigen Abteilung des Amtsgerichts Frankfurt/Main zu übermitteln.

Entsprechend der Anregung des Amtsgerichts Tiergarten im Beschluß vom 22. August 1968 übertrage ich, wie bereits fernmündlich abgesprochen, die Briefkontrolle und die Entscheidungen über die Erteilung von Sprecherlaubnissen, soweit mir diese Rechte übertragen worden sind, also wenn es sich um nicht beschwerende (gewährende) Anordnungen handelt, im Wege der Amtshilfe dem Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht Frankfurt/Main für die Dauer des Vollzuges der Untersuchungshaft des Beschuldigten H u n s c h e in der Untersuchungshaftanstalt Frankfurt/M.

Wegen der Zeugin Hedwig W e y m a n n folgt gesondertes Schreiben.

Mit den besten Grüßen  
und vorzüglicher Hochachtung

2. Weitere Vfg. -Vermerk- besonders

3. zu Bd. XXXIV

26.8.68 Ad  
2. 1) Sek. ab an

Berlin 21, den 23. August 1968

26 AUG 1968 R

Ad.



**Dietrich Weimann**

Rechtsanwalt

Sprechstunde: 17 bis 18<sup>30</sup> Uhr  
außer Mittwoch und Sonnabend  
Telefongespräche unverbindlich

Postscheckkonto: Berlin West 205713  
Bankkonto: Berliner Bank AG, Berlin 19,  
Preußenallee 41, Depka 44, Kto.-Nr. 6186

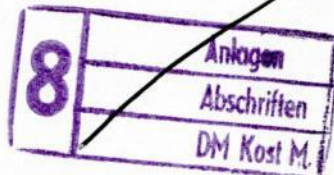
1 Berlin 19 (Charlottenburg), 22. August 1968

Reichsstraße 84, Telefon: 3 04 66 69

W/Ws



27. AUG 1968  
28. AUG 1968



In dem Ermittlungsverfahren  
gegen

Otto H u n s c h e

~~348 Gs 297/67~~  
~~12/68~~

beantrage ich

- 1). gem. § 126 Abs. 1 StPO  
die Zuständigkeit für die  
weiteren Entscheidungen im  
Vorfahren dem Amtsgericht  
Frankfurt/M zu übertragen,
- 2). den Beschuldigten darauf  
untersuchen zu lassen, ob  
er z. Zt. überhaupt noch  
haftfähig ist.

Vermerk:  
Hins eingegangen  
am 30.8.1968  
mit Hg  
30/8. 1968

Zur Begründung trage ich folgendes  
vor:

Aufgrund des Haftbefehles des Amts-  
gerichtes Tiergarten vom 8. Januar  
1968 befindet sich mein Mandant seit  
dem 10. Januar 1968 in Untersuchungs-  
haft. Dem amtierenden Richter dürfte  
bekannt sein, dass mein Mandant be-  
reits in früheren Verfahren, die in  
Westdeutschland geschwebt haben bzw.  
dort noch schweben, sich insgesamt  
sieben Jahre in Haft befunden hat.  
Seit Ende Mai 1968 läuft vor dem  
Schwurgericht Frankfurt/M der Pro-  
zeß gegen Krumey und Hunsche. Zur  
Durchführung dieses Prozesses ist mein  
Mandant in das Frankfurter Unter-  
suchungsgefängnis verlegt worden.

~~Amtsgericht Tiergarten~~

~~1 Berlin 21  
Turmstr. 91~~

An  
Gen. StA. beim VG  
17/65 (RS HA)  
AKap 17/65



Nach Mitteilung der Frankfurter Verteidiger meines Mandanten wird der dortige Prozeß mindestens bis Ende dieses Jahres dauern, wenn nicht sogar darüber hinaus. Während der ersten Prozeßtage in dem Frankfurter Prozeß, d.h. in der Zeit zwischen Anfang bis Ende Juni 1968, hat sich herausgestellt, dass der Gesundheitszustand meines Mandanten ausserordentlich labil ist. Er kann dem dortigen Verfahren nur mit Mühe folgen. Dies hat dazu geführt, dass während der Verhandlungen ständig wegen des angegriffenen Gesundheitszustandes meines Mandanten Pausen eingelegt werden mussten, und zwar alle 30 bis ca 45 Minuten. Der Vorsitzende des Frankfurter Schwurgerichtes hat daraufhin bei den dortigen Verteidigern angeregt, mit mir Kontakt aufzunehmen und diese Frage aufzuwerfen. Dabei hat er seine Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht, dass bei einem weiteren Abbau des Gesundheitszustandes meines Mandanten die Fortführung des Frankfurter Verfahrens unmöglich werden würde.

Aufgrund dieser Situation bestehen erhebliche Bedenken, ob der Beschuldigte überhaupt noch als haftfähig i. Si. des Gesetzes anzusprechen ist. Da diese Fragen nur an Ort und Stelle geklärt werden können, zweckmässigerweise durch eine Untersuchung bei der Frankfurter Universitätsklinik, und auch der persönliche Eindruck für den amtierenden Richter entscheidend ist, rechtfertigt sich damit auch der zu 1) gestellte Antrag, da nach Vorliegen des ärztlichen Gutachtens eine Haftprüfung durchgeführt werden soll. Im Rahmen dieser Haftprüfung ist es entscheidend, dass der amtierende Richter sich einen persönlichen Eindruck von dem Zustand meines Mandanten verschafft. Dies ist z. Zt. für den Berliner Richter nicht möglich.

Ich bitte daher, den oben gestellten Anträgen stattzugeben.

Weimann  
Rechtsanwalt

vertreten durch:

  
Rechtsanwältin



Vfg.1. V e r m e r k :

Wegen des Schreibens vom 22. August 1968 (Bl.90-91, Bd.XXXIV d.A.) rief ich soeben Herrn Staatsanwalt Dr. S c h o r e i t von der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main an. Dieser erklärte mir, nachdem ich ihm den wesentlichen Inhalt des Schreibens verlesen hatte, es sei bis heute noch keine einzige Verhandlungspause eingelegt worden, weil Rücksicht auf den angegriffenen Gesundheitszustand des Angeklagten H u n s c h e hätte genommen werden müssen.

Die Darlegungen in dem Schreiben vom 22. August 1968, es würden während der Sitzungen ständig alle 30 bis ca. 45 Minuten Pausen eingelegt, seien völlig unzutreffend.

Die Untersuchung Hunsches durch Prof. Dr. M a r t i n sei bis jetzt noch nicht durchgeführt worden. Soweit ihm, Dr. Schoreit, bekannt, habe der Vorsitzende des Schwurgerichts im Hinblick auf die Ereignisse im Verfahren gegen B e c k e r l e und von H a h n - B e c k e r l e wurde kurz vor Beendigung der monatelangen Hauptverhandlung plötzlich verhandlungsunfähig - lediglich vorsorglich Hunsches Untersuchung angeordnet, um nicht später in dieser Richtung überrascht zu werden. Ein konkreter Anlaß für die Anordnung der Untersuchung, etwa ersichtlich schlechtes gesundheitliches Befinden Hunsches, habe nicht vorgelegen. Hunsche sei im Untersuchungsgefängnis Frankfurt/Main auch nicht etwa in der Krankenabteilung untergebracht, weil für eine Unterbringung im Haftkrankenhaus bisher keinerlei Anlaß bestand.

Herr StA Dr. Schoreit sagte zu, eine Ablichtung des Gutachtens von Herrn Prof. Dr. Martin hierher zu übersenden, sobald ein solches dort vorliegt.



2. Zu schreiben:

An den

Oberstaatsanwalt

bei dem Landgericht Frankfurt/Main

-z. Hd. von Herrn Staatsanwalt Dr. Schoreit  
o.V.i.A. -

6 Frankfurt/Main

Postfach 2745

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Friedrich B o s s h a m m e r u.a.  
wegen Beihilfe zum Mord;  
hier nur gegen Otto H u n s c h e.  
Dortiges Strafverfahren gegen K r u m e y und H u n s c h e  
- 4 Ks 1/63 -

Bezug: Fernmündliche Unterredung mit dem Unterzeichneten vom  
heutigen Tage.

Sehr geehrter Herr Dr. Schoreit!

Wie ich Ihnen bereits fernmündlich mitgeteilt habe, hat der Verteidiger  
des Beschuldigten H u n s c h e in dem hier anhängigen Ermittlungs-  
verfahren 1 Js 1/65 (RSHA) u. a. beantragt, Hunsche darauf untersuchen  
zu lassen, ob er noch haftfähig sei.

Ich bitte deshalb, mir baldmöglichst eine Ablichtung oder Durchschrift  
des Gutachtens von Prof. Dr. M a r t i n zu übersenden, sobald dieses  
dort vorliegt. Für den Fall, daß das Gutachten lediglich mündlich er-  
stattet werden sollte, bitte ich um Mitteilung des wesentlichen Inhalts.

Mit freundlichen Grüßen und vorzüglicher Hochachtung

*nr 2) 1. Schr. ab*

2. SEP. 1968

*P.*



Sofort  
d. bes. Wachtm.

94

3. Urschriftlich

mit Band XXXIV der Akten

dem Amtsgericht Tiergarten  
- Abteilung 348 -

im H a u s e

2. SEP 1968

350 GS 2229 108

348 GS 149 108

übersandt.

Ich sehe auch unter Berücksichtigung des Schreibens des Verteidigers des Beschuldigten H u n s c h e vom 22. August 1968 (Bl. 90-91, Bd. XXXIV d. A.), dessen Ziffer 1, ich als Anregung auslege, daß die Verteidigung insoweit nicht antragsberechtigt ist, keinen Anlaß, entgegen meiner bisherigen Stellungnahme (Bl. 84-85, Bd. XXXIV d. A.) einen Antrag nach § 126 Abs. 1 Satz 3 StPO zu stellen.

Einen Grund, die Untersuchung des Beschuldigten Hunsche auf seine Haftfähigkeit anzuordnen, vermag ich nicht zu erkennen.

Nach fernmündlicher Auskunft des Sitzungsvertreters der StA Frankfurt/Main, Staatsanwalt Dr. S c h o r e i t , wurde in der Frankfurter Hauptverhandlung bisher nicht eine einzige Pause wegen angegriffener Gesundheit Hunsches eingelegt. Die Untersuchung durch Prof. Dr. Martin wurde nur vorsorglich angeordnet. Hunsche befindet sich nicht einmal in der Krankenabteilung des Untersuchungsgefängnisses Frankfurt/Main (vgl. den Vermerk zu Ziff. 1) dieser Verfügung). Sollte die Untersuchung Hunsches durch Prof. Dr. Martin, die noch aussteht (vgl. Ziff. 1 und 2) dieser Verfügung), Anhaltspunkte dafür ergeben, daß bei Hunsche Haftunfähigkeit vorliegen könnte, werde ich von mir aus die Sachlage erneut prüfen.

Da derartige Anhaltspunkte zur Zeit nicht vorliegen, bitte ich, den Antrag zu Ziff. 2 aus dem Schreiben vom 22. August 1968 abzulehnen.

Berlin 21, den 2. September 1968

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

Im Auftrage

Hölzner

(Hölzner)

Staatsanwalt

4. Wv. am 5. 9. 1968



1) Beschluss

In der Strafsache gegen Bophammer i. a.,

hier: gegen den Rechtsanwalt Otto Hinzbe  
aus Recklinghausen

werden die Anhänge der Verteidigung vom 22. 8. 1968  
abgelehnt, die Zuständigkeit für die weiteren Hoff-  
entscheidungen dem Amtsgericht in Frankfurt am Main  
zu übertragen und die örtliche Prüfung der Hofffähig-  
keit anzuordnen.

Gründe:

Mag § 126 Abs. 1 Satz 3 SphG kann, wenn d. Unter-  
suchungsort an einem anderen Ort vollzogen wird,  
die Zuständigkeit für die weiteren Hoffentscheidungen  
dem Amtsrichte dieses Ortes <sup>mit</sup> übertragen werden, ~~festzu-~~  
~~setzen~~ ~~lassen~~, sofern die Staatsanwaltschaft es beantragt.

Der Generalstaatsanwalt bei dem Kammergericht  
hat von einem derartigen Antrag jedoch ausdrücklich  
Abstand genommen, so daß diese gesetzliche Voraussetzung  
für eine Übertragung nicht gegeben ist. - Anhaltspunkte  
dafür, daß es Veranlassung für eine besondere rechtliche  
Anordnung der Prüfung der Hofffähigkeit bestünde, sind  
nicht ersichtl. Eine Begründung ist überhaupt ~~unter~~ ~~den~~  
seiten des Landgerichts Frankfurt am Main ~~wegesehen~~;  
es ist davon auszugehen, daß ~~dem~~ ~~Gericht~~ ~~am~~ die  
Frage der Hofffähigkeit angeschnitten wird, wobei z. B.  
insoweit Bedenken als Zweifel für den nachprüfenden  
Gesicht zu geben.



2) Urschr. m. Akten und 3 Abs. der ms. Zsh.  
Herr General - Staatsanwalt  
b.d. - Landgericht - Anwaltschaft - Hammergerdt

früher

Berlin, den - 3. SEP. 1968  
Amtsgericht Dargatz, Abt. 348

M. K. H.  
Appl.

*Sofort  
durch les. Madefm.*

Verm.

Hier eingegangen

am 15. SEP. 1968

Protz, JS'in

*durch besondert  
Stf. p. K. G.  
Wachstume  
s. d. s.*



348 Gs 149/68

B e s c h l u s s

In der Strafsache gegen B o ß h a m m e r u.a.

h i e r : gegen den Rechtsanwalt Otto H u n s c h e  
aus Recklinghausen

werden die Anträge der Verteidigung vom 22. 8. 1968  
a b g e l e h n t ,

die Zuständigkeit für die weiteren Haftentscheidungen  
dem Amtsgericht in Frankfurt am Main zu übertragen und die  
ärztliche Prüfung der Haftfähigkeit anzuordnen.

G r ü n d e :

Nach § 126 Abs.1 Satz 3 StPO kann, wenn die Untersuchungs-  
haft an einem anderen Ort vollzogen wird, die Zuständigkeit  
für die weiteren Haftentscheidungen dem Amtsrichter dieses  
Ortes nur übertragen werden, sofern die Staatsanwaltschaft  
es beantragt.

Der Generalstaatsanwalt bei dem Kammergericht hat von einem  
derartigen Antrag jedoch ausdrücklich Abstand genommen,  
so dass diese gesetzliche Voraussetzung für eine Übertragung  
nicht gegeben ist.

Anhaltspunkte dafür, dass Veranlassung für eine besondere  
richterliche Anordnung der Prüfung der Haftfähigkeit bestün-  
de, sind nicht ersichtlich. Eine Begutachtung ist ohnehin  
seitens des Landgerichts Frankfurt am Main vorgesehen, es  
ist davon auszugehen, dass die Frage der Haftfähigkeit  
angeschnitten wird, sollten sich insoweit Bedenken und  
Zweifel für den medizinischen Gutachter ergeben.

Berlin, den 3. September 1968  
Amtsgericht Tiergarten, Abteilung 348

K i t t e l  
Amtsgerichtsrat

A u s g e f e r t i g t :

(Schürhoff) Justizangestellte

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle





1 7 1 / 65 (RSHA)

97

V.

1/ Eine Aufarbeitung des Beschlusses  
Bl. 95 Bd XXXIV formlos - mit  
einfachem Brief - an Rechtsanwalt  
Weimann, Bl. 90 Bd XXXIV überenden

2/ Wv nach Gl. zu Ziff. 1,

5/9 H<sub>0</sub>

anwort  
5.9.68  
P



98

Fernmündlich Nachricht vom Eingang  
am: 30. SEP. 1968 um 15<sup>35</sup> Uhr 149

o#  
181796 krimg d  
412996 justi d

nr 5725 3009 1535 =



herrn generalstaatsanwalt b kammergericht - arbeitsgruppe rsha -  
berlin =

eilt sehr, haftsache

betr: strafverfahren gegen krumei und hunsche wegen mordes

4 ks 1/63

der angeklagte hunsche, gegen den hier zur zeit die hauptverhandlung vor dem schwurgericht stattfindet, soll wegen seines schlechten gesundheitzzustandes auf anordnung des gerichtes zur untersuchung und --stationaeren behandlung-- auf 10 tage (voraussichtlich vom 16.10. bis 24.10.1968) durch prof dr martin in die medizinische klinik roem2 in frankfurtmain ueberfuehrt werden. um genehmigung der stationaeren behandlung fuer die beabsichtigte zeitdauer wird gebeten. verdeckte fesselung bei der ueberfuehrung ist bereits angeordnet (348 gs 145/68).

ich bitte um kenntnisnahme und weiterleitung dieses schreibens an das amtsgericht berlin-tiergarten oder sonst. zustaeendige gericht =

der oberstaatsanwalt b lg frankfurtmain - 4 ks 2/63 - ?  
ia fluehrer, staatsanwalt +

412996 justi d#  
181796 krimg d

203



1. OKT 1968 *hm*

348 GS 173 168

Sofort

V.

1. u. m. Bd. XXXIV d. A.

dem Amtsgericht Tübingen

- Abt. 348 -

mit Begründung auf mündige  
FS vorgelegt.

Es bestehen demnach keine Bedenken.  
Gegen eine Überführung der  
Beschuldigten wurde in die  
Medizinische Klinik u. in Tfm.  
von Joesche d. vom Schwur-  
gericht Tfm. in dem dortigen Be-  
fahren für erforderlich gehaltenen  
deliktischen Behandlung.

Von dem aus ist von einer  
Ankündigung auf Antragsstellung  
der Beschuldigten wurde ab, aber  
in vorliegenden Ermittlungs-  
verfahren werden der Beschuldigten An-  
rede oder keine Verteidiger nicht  
vorgesehen worden ist, was für  
eine Ankündigung Veranlassung  
geben könnte. Auf den Beschuldigten  
vom 3.9. 1968 (Bt. XXXIV d. A.)  
daß es notwendig aufmerksamen machen.

2. Am 4. 10. 68

Berlin NW 21, den 30. Sept. 1968  
Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht Berlin  
I. A.

*Ampten*

775 (ASHA)



348 Gp 173/68

Vf.  
H.

Sofort

99

1) Schr. an den Oberstaatsanwalt bei den Landger. d. Frankfurt am Main zu ~~4 Ks 1/63~~ 4 Ks 1/63:  
Unter Bezugnahme auf das dortige Fernschreiben vom 30. 9. 1968 wird die stationäre Behandlung des Besch. d. j. H. für die beabsichtigte Zeitdauer genehmigt.

2) Urschr. m. Akten  
Herr Genest - Staatsanwalt  
b.d. - Landgericht - Anwaltschaft Kantengr. d.  
(Berlin)  
für d. j. m.

4. 10/68  
7

Berlin, den - 1. OKT. 1968  
Amtsgericht Tiergarten, Abt. 348

Müller  
Angeh. d. H. d.

348/ab  
2/10/68  
Kantengr.



V.

9. OKT 1968 *lu*

1. Urschriftlich

mit Bd. XXXIV d.A. sowie 1 Leitzordner

dem Amtsgericht Tiergarten

- Abt. 348 -

im Hause

348 GS 179 168

wegen des bevorstehenden Fristablaufes von 3 Monaten  
am 18. Oktober 1968 ( Bl. 73 Bd. XXXIV ) gem. § 122  
StPO vorgelegt. Ich halte die Fortdauer der gegen  
den Beschuldigten H u n s c h e angeordneten Untersuchungs-  
haft aus den bisherigen Gründen für geboten und beantra-  
ge deshalb, die Akten - Bd. XXXIV und 1 Leitzordner -  
durch meine Vermittlung dem Strafsenat des Kammerge-  
richts zur Entscheidung vorzulegen. Wegen des bevorste-  
henden Fristablaufes bitte ich um Rückgabe durch beson-  
deren Wachtmeister.

Berlin 21, den 9. Okt. 1968

Der Generalstaatsanwalt

bei dem Kammergericht

i.A.

*Hölzner*  
( Hölzner )

Staatsanwalt

2. Am 10.10.68 - spätestens



V.

1) Haftprotokoll erforderlich

2) Urschr. m. Akten + Leitwsknw *U. B. Wm.*  
Herr de Jure - Staatsanwalt  
b.d. - Landgericht - Anwaltschaft, Kammergericht  
Berlin

zu übersenden. M. C. was Vorlage an  
mit n. d. erforderlich, Schwarz Kleinkarte 252- (22.11.1968)

Berlin, den 9. OKT. 1968  
Amtsgericht Tiergarten, Abt. 348

M. Hel  
H. K. R.

Can  
Aufgezeichnet  
H. K. R.  
SHA. KG.  
348  
1. J. 5. 1968  
CRS/KR



**Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht**

Gesch.-Nr.: (1) 1 Js 1/65 (RSHA)

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Nur in dieser Sache 1 Berlin 21. den 10. Oktober 1968  
(betr. RSHA) Anschrift: Turmstr. 91. 1309

1 Berlin 19 (Charlottenburg), den

Amtsgerichtsplatz 1

Fernruf 34 03 71 (App.)

(Im Innenbetrieb: 968)

Sprechstunden: Montags bis freitags von 8.30 - 13.00 Uhr

Mit Band XXXIV der Akten und  
3 Leitzordnern

dem

Herrn Vorsitzenden  
des 1. Strafsenats des Kammergerichts

Untersuchungshaft!

1. Bd. Akten  
3. Leitzordner



unter Bezugnahme auf den Beschluß des Senats vom 19. Juli 1968  
(Bd. XXXIV, Bl. 73 - 74R) gemäß § 122 Abs. 4 StPO erneut vorgelegt.

Das Amtsgericht Tiergarten hält die Fortdauer der Untersuchungshaft  
für erforderlich (Band XXXIV Bl. 100R). Auch ich halte Haftfortdauer  
für geboten.

Die weiteren Ermittlungen haben keine Umstände ergeben, die den drin-  
genden Verdacht der Beihilfe zum Mord gegen den Beschuldigten  
H u n s c h e entkräften könnten. Die erneute Vernehmung des Zeugen  
R a d e m a c h e r vom 30. September bis 1. Oktober 1968 (Leitzordner  
"Hunsche III" - grüner Halbhefter) hat vielmehr ergeben, daß die  
Verfügung des RSHA vom Januar 1943 - IV B 4 b - 2686/42 (Leitzordner  
"Hunsche II" - grüner Halbhefter) von dem Beschuldigten Hunsche und  
nicht von dessen bereits spätestens am 15. November 1942 aus dem  
Eichmann-Referat ausgeschiedenen Vorgänger S u h r verfaßt oder  
mitverfaßt wurde. Denn Eichmann erklärte dem Zeugen Rademacher etwa  
14 Tage vor Weihnachten 1942, er werde in der Folgezeit einen Erlaß  
betreffend die generelle Regelung der Frage der Behandlung von Juden  
mit ausländischer Staatsangehörigkeit im deutschen Macht- und Ein-  
flußbereich in seinem Referat ausarbeiten lassen (Seite 2 - 3, 7 der  
Vernehmung Rademachers a.a.O.) Da auch die inzwischen - vom 3. bis  
4. Oktober 1968 - vernommene Zeugin S l o t t k e (Leitzordner  
"Hunsche III" - hellblauer Halbhefter) den Beschuldigten Hunsche  
als den im Eichmann-Referat zuständigen Sachbearbeiter für Fragen  
der Behandlung von Juden mit ausländischer Staatsangehörigkeit  
schlechthin bezeichnet hat (Seite 4 - 6 der Vernehmung Slottkke a.a.O.)  
wird der dringende Verdacht weiter gefestigt,



daß der Beschuldigte Hunsche als der für das Sachgebiet der Behandlung von Juden mit ausländischer Staatsangehörigkeit im deutschen Macht- und Einflußbereich im Judenreferat des RSHA seit spätestens dem 16. November 1942 zuständige Sachbearbeiter die Verfügung vom Januar 1943 - IV B 4 b - 2686/42 und die Erlasse des Chefs der Sipo und des SD vom 5. März 1943 - IV B 4 b - 2314/43g (82) - (Leitzordner "Hunsche I" - grüner Halbhefter) - verfaßt oder mindestens mitverfaßt hat. Die Aussagen des Zeugen Rademacher (a.a.O. Seite 8 - 9) und des inzwischen - am 12. September 1968 - ebenfalls erneut vernommenen Zeugen Dr. K n o c h e n (Leitzordner "Hunsche III" - hellblauer Halbhefter, Seite 1 - 4 der Vernehmung vom 12. September 1968) bestätigen den dringenden Verdacht, daß außer Juden mit jeweils bestimmter ausländischer Staatsangehörigkeit, Juden mit französischer Staatsangehörigkeit aus Frankreich und Juden mit belgischer Staatsangehörigkeit aus Belgien, abgesehen von wenigen Ausnahmen, erst nach dem 5. März 1943 aufgrund des von dem Beschuldigten Hunsche verfaßten oder mitverfaßten Erlasses von diesem Tage - IV B 4 b - 2314/43g (82) - deportiert wurden.

Es besteht weiterhin so erhebliche Fluchtgefahr, daß Maßnahmen nach § 116 StPO, die die Erwartung hinreichend begründen, der Zweck der Untersuchungshaft könne auch durch sie erreicht werden, nicht ersichtlich sind.

Die Ermittlungen sind wegen des Gegenstandes der vorgeworfenen strafbaren Handlung besonders schwierig und zeitraubend; dies rechtfertigt auch weiterhin die Überschreitung der Frist des § 121 Abs. 1 StPO.

Die Ermittlungen werden voraussichtlich im November 1968 soweit abgeschlossen sein, daß - nach Abfassung des Abschlußvermerkes (dessen Fertigstellung sich wegen des außerordentlichen Umfangs bis Anfang 1969 hinziehen kann) - der Antrag auf Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung gestellt werden kann.

Im Hinblick darauf, daß die Haftprüfungen gemäß §§ 121, 122 StPO bei den Beschuldigten H u n s c h e und B o ß h a m m e r einerseits



und dem Beschuldigten H a r t m a n n andererseits zu verschiedenen Zeiten anstehen, bitte ich, für alle drei Beschuldigten bei der nächsten Haftprüfung durch den Senat eine einheitliche Frist zu bestimmen (§ 122 Abs. 6 StPO).

Im Auftrage

  
(Hölzner)

Staatsanwalt



(1) 173 1/65 (RSHA) (17. 68)

S o f o r t !

Vfg.

Zentralkanzlei  
Empf. 14 OKT. 1968  
Erl.: 14 Okt. 1968

1. Schreiben an:

a) den Vorstand der  
Untersuchungshaftanstalt ~~Moabit~~ Frankfurt / Main  
~~Berlin 21~~ Frankfurt / Main, Hammelgasse  
~~Alt Moabit 12 a~~  
zur Aushändigung an den/die  
Untersuchungsgefangene(n) Otto Hünische  
Gefangenenbuch-Nummer: 1637

b) Rechtsanwalt Weimann (Bl. 90 d.A.) Bd. xxxiv

Betr.: Strafsache gegen - einrücken aus a) -

c)

Das Amtsgericht Tiergarten / ~~Der Untersuchungsrichter~~  
~~bei dem Landgericht Berlin~~ hat dem Senat die Akten  
nach § 122 Abs. 4 StPO zur Entscheidung über die  
Fortdauer der Untersuchungshaft vorgelegt. Sie er-  
halten Gelegenheit, sich hierzu binnen fünf Tagen  
zu äußern.

2. Nach 1 Woche.

21  
10

Berlin 19, den 14. Oktober 1968

J. V.

*[Signature]* KGR

Gef + ab zu  
1 a + b  
14. 10. 1968  
*Schr.*



# Dietrich Weimann

Rechtsanwalt

Sprechstunde: 17 bis 18<sup>30</sup> Uhr  
außer Mittwoch und Sonnabend  
Telefongespräche unverbindlich  
Postscheckkonto: Berlin West 205713  
Bankkonto: Berliner Bank AG, Berlin 19,  
Preußenallee 41, Depka 44, Kto.-Nr. 6186

104  
1 Berlin 19 (Charlottenburg), 17. Oktbr. 1968  
Reichsstraße 84 Telefon: 3 04 66 69



In der Strafsache  
g e g e n

Otto Hunsche

(1) 1 Js 1/65 (RSA) (157.68)

Beantrage ich hiermit als Verteidiger  
des Beschuldigten Hunsche, meinen  
Mandanten vom Vollzuge der weiteren+  
Untersuchungshaft, ggf. unter Auflagen,  
zu verschonen.

Zur Begründung dieses Antrages trage  
ich folgendes vor:

Die Frage, ob gegen den Beschuldigten  
ein dringender Tatverdacht gegeben ist,  
soll unerörtert bleiben. Nach Auf-  
fassung der Verteidigung bedarf es je-  
doch einer eingehenden Prüfung, ob  
der Beschuldigte z. Zt. noch als flucht-  
verdächtig anzusehen ist. Tatsache ist,  
dass der Beschuldigte sich nach dem  
Kriege während folgender Zeiten in  
Internierungs- bzw. Untersuchungshaft  
befunden hat:

- 1). v. 17.5.1946 - 17.8.1948  
in Internierungshaft
- 2). v. 23.5.1957 bis 18.6.1957  
in Untersuchungshaft für das  
Frankfurter Verfahren,

Kammergericht Berlin

1 Berlin 19  
Witzlebenstr. 4/5

h  
22 IV  
Jann  
18/10  
h



105

- 3). v. 18.11.1960 bis 8.2.1963  
In Untersuchungshaft für das  
Frankfurter Verfahren,
- 4). v. 25.4.1963 bis 3.2.1965  
in Untersuchungshaft für das  
Frankfurter Verfahren
- 5). seit dem 10. Januar 1968  
in Untersuchungshaft für das  
Berliner Verfahren.

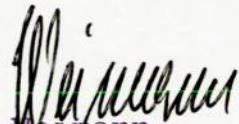
Insgesamt hat der Beschuldigte sieben Jahre und ca zwei Monate in Untersuchungs- bzw. Internierungshaft zugebracht. Im Falle seiner Verurteilung in dem Frankfurter- und auch in dem Berliner Verfahren müsste eine Gesamtstrafe gebildet werden, auf welche die vorgenannte Haftzeit anzurechnen wäre. Dies bedeutet, dass der Beschuldigte bereits den grössten Teil einer zu erkennenden Gesamtstrafe durch die Anrechnung der vorstehend geschilderten Haftzeiten verbüßt hätte. Aus diesem Grunde scheidet deshalb bereits ein hochgradiger Fluchtverdacht aus.

Hinzu kommt, dass- wie die bereits früher eingeleiteten Verfahren der Frankfurter Staatsanwaltschaft ergeben - dem Beschuldigten durchaus bekannt gewesen ist, dass seine Tätigkeit im "Dritten Reich" einer staatsanwaltschaftlichen Überprüfung unterzogen wird. Insbesondere hat die Presse seit dem Jahre 1964 laufend darüber berichtet, dass in Berlin die Tätigkeit sämtlicher ehemaliger Angehöriger des Reichssicherheitshauptamtes im Hinblick auf das Vorliegen strafbarer Handlungen untersucht wird. Diese Presseberichte sind dem Beschuldigten selbstverständlich nicht unbekannt geblieben, so dass er sich mühelos überlegen konnte, dass ein weiteres Verfahren, nämlich das jetzt eingeleitete Berliner Verfahren, auf ihn zukommt. Trotzdem hat der Beschuldigte keinerlei Versuche unternommen, sich dem eingeleiteten Verfahren durch die Flucht zu entziehen. Hierzu bestand auch gar keine Möglichkeit, da die wirtschaftlichen Verhältnisse eine Flucht ins Ausland gar nicht zugelassen hätten. Wie aktenkundig ist, befand sich der Beschuldigte mit Unterbrechungen praktisch bis Anfang 1965 laufend in Untersuchungshaft.



Danach hat er eine Anwaltspraxis eröffnet, die keinen genügenden Gewinn abwarf, und ist bis zu seiner Verhaftung am 10.1.1968 bei einer Versicherungs-Gesellschaft als Rechtsreferent tätig gewesen. Ersparnisse und Vermögen sind nicht vorhanden, so dass teilweise die Familie sogar im Laufe der letzten Jahre von Sozialunterstützung gelebt hat. Auch dies zeigt, dass eine Flucht von der wirtschaftlichen Seite her überhaupt nicht möglich gewesen ist.

Nach Auffassung der Verteidigung besteht deshalb bei dem Beschuldigten überhaupt kein Fluchtverdacht. Selbst wenn aber der jetzt mit der Entscheidung betraute Senat zu der Auffassung gelangen sollte, dass noch ein geringer Fluchtverdacht gegeben sein sollte, kann dieser durch die entsprechenden Auflagen beseitigt werden. Die Auflagen im einzelnen werden in das Ermessen des Gerichtes gestellt.

  
Weimann  
Rechtsanwalt



(1) 1 Js 1.65 (RGHA) (157.68)

B e s c h l u ß

In der Strafsache gegen Boßhammer und andere,  
hier nur gegen

den Rechtsanwalt und Versicherungsangestellten  
Otto Heinrich H u n s c h e,  
geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen,  
wohnhaft in Datteln/Westfalen, Körtling 14,  
z.Zt. in der Untersuchungshaftanstalt  
Frankfurt/Main, Hammelgasse, Gef.B.Nr. 1637,

wegen Mordes

hat der 1. Strafsenat des Kammergerichts in Berlin  
nach Anhörung des Generalstaatsanwalts bei dem Kam-  
mergericht in der Sitzung vom 23. Oktober 1968 be-  
schlossen:

1. Die Untersuchungshaft des Beschuldigten  
dauert fort.
2. Bis zum 6. Januar 1969 wird die Haft-  
prüfung dem nach den allgemeinen Vor-  
schriften zuständigen Gericht übertragen.

G r ü n d e :

Nach § 122 Abs.4 Satz 2 StPO hatte der Senat erneut  
zu prüfen, ob die Untersuchungshaft des Beschuldigten  
aufrechtzuerhalten ist. Die Haftfortdauer war anzu-  
ordnen.

Der dringende Tatverdacht ist aus den weiterhin zu-  
treffenden Gründen des Senatsbeschlusses vom 19. Juli  
1968 gegeben. Die inzwischen durchgeführten Ermittlungen  
haben, wie insbesondere die Aussagen der Zeugen Rademacher



und Dr. Knochen aufzeigen, den dringenden Tatverdacht verstärkt. Vor allem ergeben sie, daß der Beschuldigte den Erlaß des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 5. März 1943 - IV B 4 b - 2314/43 g (82) - , der die Einbeziehung ausländischer und staatenloser Juden in die Deportationsmaßnahmen betraf, zum mindestens mitverfaßt hat.

Aus den im Senatsbeschluß vom 9. Juli 1968 dargelegten Gründen besteht auch die Fluchtgefahr fort. Ob die Internierungshaft des Beschuldigten von rund zwei Jahren und drei Monaten im Zusammenhang mit den Taten steht, die dem Beschuldigten im vorliegenden Verfahren und in dem beim Schwurgericht in Frankfurt anhängigen Strafverfahren vorgeworfen werden, und ob diese Haft daher auf die zu erwartenden Strafen angerechnet werden kann, ist zweifelhaft. Bei Internierungshaft, die wegen der Zugehörigkeit des Betroffenen zu einer für verboten erklärten Organisation automatisch verhängt worden ist, kann eine solche enge Beziehung zu den Taten, die hier in Rede stehen, nicht ohne weiteres angenommen werden.

Auch die Tatsache, daß sich der Beschuldigte in dem Frankfurter Strafverfahren rund vier Jahre und drei Wochen sowie im vorliegenden Verfahren rund neun Monate und zwei Wochen in Untersuchungshaft befunden hat, vermindert die Fluchtgefahr nicht so weit, daß der Zweck der Untersuchungshaft durch die hier in Betracht kommenden weniger einschneidenden Maßnahmen erreicht werden könnte.

Sollte der Beschuldigte in beiden Verfahren zu zeitlichen Freiheitsstrafen verurteilt werden, würde zwar aus beiden Strafen eine Gesamtstrafe gebildet



werden müssen und damit auch eine Anrechnung der gesamten Untersuchungshaft auf die Gesamtstrafe in Betracht kommen. Unter dem Gesichtspunkt des Sühnezwecks der Strafe ist jedoch bei dem Ausmaß der dem Beschuldigten zur Last gelegten Verbrechen nicht zu erwarten, daß eine Gesamtstrafe gebildet wird, die sich der gesetzlich bestimmten unteren Grenze nähert. Es ist vielmehr damit zu rechnen, daß trotz Anrechnung der gesamten Untersuchungshaft ein Strafrest zu verbüßen bleibt, dessen Höhe allein weiterhin die Fluchtgefahr begründet.

Die Untersuchungshaft muß, da ihre Dauer zu dem zu erwartenden Freiheitsentzug nicht außer Verhältnis steht, weiter aufrechterhalten bleiben. Wie bereits im Senatsbeschluß vom 19. Juli 1968 dargetan, liegen wegen des außerordentlichen Umfangs und der ungewöhnlichen Schwierigkeiten der Ermittlungen wichtige Gründe vor, die die Haftfortdauer rechtfertigen.

Die in der Zeit bis zum 6. Januar 1969 etwa zu treffenden Haftentscheidungen hat der Senat wiederum dem nach den allgemeinen Vorschriften zuständigen Gericht übertragen. Hierbei ist für die nächste Haftprüfung ein Zeitpunkt gewählt worden, der vor Ablauf der nach § 122 Abs. 2 Satz 2 StPO zulässigen Dreimonatsfrist liegt, um über die Fortdauer der Haft des Beschuldigten gleichzeitig mit der Haftprüfung für zwei andere Beschuldigte desselben Ermittlungsverfahrens entscheiden zu können und dadurch zur Verfahrensbeschleunigung beizutragen.

Dr. Freund

Poelchau, AGRat Zelle



Für die Richtigkeit der Abschrift:  
*Korrad*  
Justizangestellte  
als Urkundsbeamtler der Geschäftsstelle



(i) i Hps i / 65 (Rsm) 157/68 )

Auf Ormig gef. 25.10.68 *bewand*  
5 Beschl.-Ausf.  
5 Beschl.Abschr. (bgl.)Verfügung

- ✓ 1) 5 Beschlüssaufertigungen nebst 1 begl. Abschrift für Generalstaatsanwalt fertigen.  
(Verteiler: Beschuldigten 1  
Verteidiger 1  
GenSta b.d.KG 2  
GenSta b.d.LG 1  
Haftvorgang 1 begl.Abschr.)
- ✓ 2) Ferner sind zu fertigen:  
✓ a) 1 begl. Abschrift des Beschl. zum ~~hier anzulegenden~~ Retent.  
✓ b) 1 begl. Abschrift des Beschl. zur Sammlung im Richterzimmer.  
✓ c) 1 begl. Abschrift des Beschl. zum Umlauf b.d. Richtern der Strafsenate.
- ✓ 3) Urschrift des Beschl. zu den SA Gen. IV.
- ✓ 4) Begl. Abschrift des Beschl. zu den Akten.
- ✓ 5) Frist Bl. <sup>107</sup>... im Retent notieren. <sup>30</sup>/<sub>12.68</sub>
- 6) Urschriftlich mit 1 Bd. Akten und 3 Bd. Beiakten *Litzordern*

an die Staatsanwaltschaft  
bei dem Kammergericht1 Berlin 19

mit der Bitte um weitere Veranlassung übersandt.

*Miland*

Justizoberinspektor

30. OKT. 1968



Vf.

1.) Je 1 Ausfertigung des Beschlusses Bd. XXXIV 107/108  
ist zu übersenden an:

- a) dem Persönlichen Otto Feincke  
- Untersuchungsgefängnis für Männer,  
Frankfurt/Main, Postfach 2367, fef. P. Nr. 1637/68
- b) RA Dietrich Weinmann Pl. 104 XXXIV

2.) U. m. Bd. XXXIV d. A.  
dem Amtsgericht Taiparten  
- Abt. 348 -

7. NOV 1968  
ph

zu pfl. Kenntnisnahme von Pl. 107/108 dieses  
Bandes - insbesondere von der Fristbestimmung -  
übersandt.

3.) 5. 11. 68

Berlin, den 30. Oktober 1968

i. A.  
Uepel

gef. 3. 1. 10. 68 fca  
zu 1) 2 Anschr. + ab



Y  
Urschr. m. Akten

Herrn Gewe Anwalt

b.d. - Landgericht - Amtsverwaltung -

**Berlin**

n. M. F. m. d. Gewe

- 1. NOV. 1968

Berlin, den

Amtsgericht Tiergarten, Abt. 348

M. Del  
Apur

im das vgl. 18  
Abt. 348



13. DEZ. 1968

MA

**Dietrich Weimann**

Rechtsanwalt

1 Berlin 19 (Charlottenburg), 13. Dezbr. 1968

Reichsstraße 84 Telefon: 3 04 66 69

Sprechstunde: 17 bis 18<sup>30</sup> Uhr

außer Mittwoch und Sonnabend

Telefongespräche unverbindlich

Postscheckkonto: Berlin West 205713

Bankkonto: Berliner Bank AG, Berlin 19,

Preußenallee 41, Depka 44, Kto.-Nr. 6186

348 GS 221/68

Vermutlich  
hier eingegangen  
am 16.12.68  
1800 h -  
15/12/68

In dem Ermittlungsverfahren

gegen

Otto Hunsche

348 Gs 297/67

beantrage ich hiermit

im Wege der Haftprüfung den  
Haftbefehl vom 8.1.1968 aufzu-  
heben.

Vf. Ellrich

Zur Begründung trage ich folgendes  
vor:

Urschr. m. Akten

Herr General - Staatsanwalt

b.d. Landgericht-Anwaltschaft

Platzspindel Berlin

m. d. B. zur Stellungnahme  
u. zur Besetzung der Sache

Berlin, den 13. DEZ. 1968

Amtsgericht Tiergarten, Abt. 348

M. K. Hel  
A. K. Hel

Amtsgericht Tiergarten

1 Berlin 21  
Turmstr. 91

Ausweislich der eingehenden Begründung  
des oben bezeichneten Haftbefehls  
wird dem Beschuldigten Beihilfe zum  
Mord in mindestens 50 000 Fällen zur  
Last gelegt. Die rechtliche Kon-  
striktion dieses Vorwurfes ergibt  
sich aus § 50 Abs. 2 alter Fassung  
des StGB in Verbindung mit der Recht-  
sprechung des Bundesgerichtshofes  
(vgl. Bd. 1 S. 368 BGH i. Strafsachen),  
wonach es nicht erforderlich ist, dass  
der Gehilfe bei einer Mordtat selbst  
aus niedrigen Beweggründen handeln  
musste, sondern es genügte, wenn er  
diese strafbegründenden subjektiven  
Unrechtsmerkmale des Haupttäters er-  
kannte. Dies hatte zur Folge, dass  
gem. § 50 Abs. 2 des StGB bisher  
lediglich die strafscharfenden  
oder strafmildernden Umstände dem  
Gehilfen zugerechnet wurden, jedoch



112

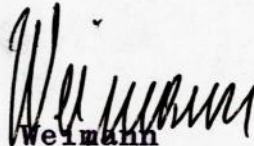
nicht die strafbegründenden Eigenschaften und Verhältnisse des Haupttäters. Seit dem 1. Oktober 1968 liegt eine Neufassung des § 50 des StGB vor, wonach insbesondere bei der neu in das Gesetz aufgenommenen Vorschrift des § 50 Abs. 2 StGB nunmehr die Strafe des Gehilfen nach den Vorschriften über die Bestrafung des Versuches zu mildern ist, wenn strafbegründende Eigenschaften oder Umstände des Haupttäters beim Teilnehmer fehlen. Die Tötung eines Menschen aus rassistischen Gesichtspunkten stellt für den Haupttäter einen solchen strafbegründenden Umstand nach der bisherigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes dar, da bei der Klassifizierung der §§ 211 u. 212 StGB es sich um selbständige Delikte handelt und <sup>die</sup> Subsumierung des Sachverhaltes allein von der persönlichen subjektiven Einstellung des Täters abhängt. Geht man hiervon aus, so ist die Strafe des Gehilfen, d.h. hier des von mir vertretenen Beschuldigten, nach den Vorschriften über die Bestrafung des Versuches zu mildern, wenn+ bei ihm diese strafbegründenden Umstände fehlen. Das gesamte Ermittlungsergebnis hat bisher keinerlei Anhaltspunkte dafür erbracht, dass der Beschuldigte selbst aus niedrigen Beweggründen gehandelt hat. Infolgedessen ist § 50 Abs. 2 StGB in der neuen Fassung anzuwenden. Daraus folgt, dass eine Milderung der im Gesetz vorgesehenen lebenslangen Zuchthausstrafe zwingend vorgeschrieben ist. Gem. § 14 Abs. 2 StGB wäre infolgedessen lediglich die Verhängung einer Zuchthausstrafe zwischen einem und fünfzehn Jahren möglich. Dies bedeutet aber auch, dass gem. § 67 des StGB die Verjährung eines solchen Deliktes nach 15 Jahren eintritt. Selbst wenn man die Verlängerung der Verjährung für verfassungsmässig ansieht, bedeutet dies, dass im vorliegenden Falle die Verfolgungsverjährung am 31. Dezember 1964 eingetreten ist. Die ersten richterlichen Handlungen, die auf Verfolgung des von mir vertretenen Beschuldigtenabzielen, liegen im Februar, März und April 1965, d.h. sie waren nicht geeignet, die Verjährung zu unterbrechen. Infolgedessen ist die dem Beschuldigten vorgeworfene Tat nunmehr verjährt, so dass eine weitere Verfolgung nicht möglich ist - gem. § 2 StGB ist das mildeste Gesetz, d.h.



M3

die Neufassung des § 50 Abs. 2 StGB anzuwenden - und der Haftbefehl mangels mangels hinreichenden Tatverdachtes nunmehr aufzuheben.

Weitere Ausführungen behalte ich mir vor.

  
Weimann  
Rechtsanwalt



Vfg.

Wachten.

16. DEZ. 1968 M4

1. U.

mit Band XXXIV d. A.  
sowie 1 Leitzordner

dem Amtsgericht Tiergarten  
- Abt. 348 -  
i m H a u s e

348 GS 221 /68

übersandt.

Ich beantrage,

- a) den Antrag des Verteidigers des Beschuldigten  
H u n s c h e vom 13. Dezember 1968 (Bl. 111 ff. Bd. XXXIV)  
auf Aufhebung des Haftbefehls des Amtsgerichts Tiergarten  
vom 8. Januar 1968 (Bl. 11 ff. Bd. XXXIV) abzulehnen,
- b) den Haftbefehl - vorsorglich - dahingehend zu ergänzen,  
daß der Beschuldigte H u n s c h e dringend verdächtig  
ist, aus niedrigen Beweggründen Beihilfe zum Mord aus  
niedrigen Beweggründen geleistet zu haben.

Begründung

Es kann im Falle des Beschuldigten H u n s c h e dahinge-  
stellt werden, inwieweit die Neufassung des § 50 Abs. 2 StGB  
Auswirkungen auf die Verjährung der Tat dessen hat, der Bei-  
hilfe zum Mord aus niedrigen Beweggründen geleistet, jedoch  
dabei nicht selbst aus niedrigen Beweggründen gehandelt hat.  
Denn der Beschuldigte Hunsche ist dringend verdächtig, aus  
in seiner eigenen Person liegenden niedrigen Beweggründen  
Beihilfe zum Mord aus niedrigen Beweggründen geleistet zu haben.



Niedrige Beweggründe i. S. von § 211 Abs. 2 StGB sind gegeben, wenn der Beschuldigte aus Rassenhaß auf die Juden handelt, aber auch bereits dann, wenn er von dem Gedanken zur Tat bestimmt wird, daß es sich bei seinen Opfern "nur" um Juden handelt, daß also das bloße Dasein der Opfer, nämlich ihre Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der Juden den Grund dafür bildet, sie umzubringen. (OGH, Strafsenat, Urteil vom 3. Oktober 1949 - StS 180/49, BGH - Urteil vom 13. November 1958 - 4 StR 214/58).

Daß der Beschuldigte H u n s c h e dringend verdächtig ist, aus niedrigen Beweggründen gehandelt zu haben, ergibt sich aus seinem Werdegang, aus der Art und Dauer seiner Tätigkeit im Judenreferat des RSHA sowie aus seinem Verhalten während des Krieges.

Hunsche trat am 1. Mai 1937 der NSDAP und am 15. Mai 1940 der SA bei. Am 15. Januar 1940 trat er in den Dienst der Geheimen Staatspolizei, war bis zum 30. September 1940 bei der Stapoleitstelle Berlin und anschließend - als Leiter der Abt. II (Exekutive) und zeitweiliger Vertreter des Behördenleiters - bei der Stapoleitstelle Düsseldorf. Vom 28. November 1941 bis Kriegsende gehörte er dem Judenreferat des RSHA an. Zu Art und Dauer seiner dortigen Tätigkeit nehme ich auf Bl. 1 bis 6 sowie Bl. 24 - 28 Bd. XXXIV Bezug. Durch seinen Eintritt in die NSDAP und die SA wies sich der Beschuldigte als aktiver und überzeugter Anhänger einer Partei aus, die den Haß gegen das Judentum und seine rücksichtslose Bekämpfung von Anfang an und für jeden ersichtlich zum Kern ihres politischen und weltanschaulichen Programmes gemacht hatte. An dem Kampf gegen die Juden bis hin zu deren massenweisen Ausrottung beteiligte er sich aktiv und an besonders verantwortlicher Stelle nach seinem Eintritt in die Dienste der Gestapo, insbesondere durch seine Tätigkeit im Judenreferat des RSHA. Trotz der Erkenntnis, daß die nationalsozialistischen Machthaber und seine Vorgesetzten im RSHA die Ausrottung der Juden beschlossen hatten und rücksichtslos durchführten, und daß seine eigene Tätigkeit für die Durchführung der Ausrottungsmaßnahmen von mitentscheidender Bedeutung war, versah er jahrelang bis zum 8. Mai 1945 nach besten Kräften weiterhin seinen Dienst und unternahm nicht einmal den Versuch, sich dieser Tätigkeit - durch Versetzung oder notfalls Ausscheiden aus dem Staatsdienst - zu entziehen. Bereits diese allgemeinen Erwägungen begründen den dringenden Verdacht, daß der Beschuldigte Hunsche aus niedrigen Beweggründen gehandelt hat.



M6

Er hat jedoch darüber hinaus auch durch sein Verhalten während des Krieges eindeutig zu erkennen gegeben, daß ihn Rassenhaß und Verachtung gegenüber den Juden erfüllten.

Die Zeugin M a r k s hat in ihrer Vernehmung vom 8. September 1966 auf Seite 3 und 4 bekundet, Hunsche habe sich den im Dienstgebäude Kurfürstenstraße zur Arbeit eingesetzten Juden gegenüber sehr unfair und äußerst rabiat benommen und Wert darauf gelegt, von diesen Juden besonders ehrfürchtig begrüßt zu werden. Habe ihm etwas mißfallen, dann habe er den in Betracht kommenden Juden noch schwerere und härtere Arbeit zugewiesen. Wie sie selbst gesehen habe, habe er an die Juden auch Ohrfeigen ausgeteilt. Aufgrund des Gesamtverhaltens Hunsches habe sie den Eindruck gehabt, daß er in Judenfragen nicht reiner Mitläufer gewesen sei, sondern Juden im Sinne der nationalsozialistischen Terminologie als Untermenschen und Unwert angesehen habe und von der Richtigkeit seiner Verhaltensweise überzeugt gewesen sei.

Der Zeuge A n d e r s hat am 15. Juni 1967 auf Blatt 14 seines Vernehmungsprotokolles folgendes bekundet:

"Irgendwelche Gespräche über die "Endlösung der Judenfrage" und das Schicksal der deportierten Juden habe ich mit Herrn Hunsche nicht geführt. Das schien mir völlig ausgeschlossen zu sein, und zwar deshalb, weil ich den Eindruck hatte, daß Herr Hunsche ein unbedingter Verfechter der Judenmaßnahmen war und Eichmann und Günther ausgesprochen hörig war. Ich habe das auch dadurch bemerkt, daß Herr Hunsche mir einmal ernsthaft verwiesen hat, mich mit Juden zu unterhalten oder sie auch nur anzusprechen, als ich einem in der Prager Dienststelle tätigen jüdischen Hausarbeiter (es kann auch ein Mischling gewesen sein) einmal ein freundliches Wort gesagt hatte. Hunsche verbat sich dies und erklärte, daß man das nicht tue."

Die Zeugin G r o t h hat in ihren Vernehmungen vom 7. Juli 1966 und 25. Oktober 1967 angegeben, sie habe in Prag einmal einem Juden, der im Dienstgebäude des Referates als Hausarbeiter tätig gewesen sei, ein paar Fleischmarken zugesteckt. Dies sei Hunsche zugetragen worden, der sie zur Rede gestellt, sie furchtbar angebrüllt und ihr erklärt habe, wenn sie nicht ihr Kind hätte, würde er sie ins KZ stecken.



M7

Der Zeuge K r a u ß e hat am 24. Juli 1967 (Bl. 8) bekundet, er möchte Hunsche als "aktiv" bezeichnen. Dieser habe zugesehen, daß er seine Arbeit möglichst im Sinne der von oben gewünschten politischen Linie erledigte.

Die Zeugin G r e i f e n d o r f (Bl. 4 des Vernehmungsprotokolles vom 7. Juni 1967) schließlich hatte den Eindruck, daß Hunsche alles mitmachte, um voranzukommen.

Die Bekundungen der Zeugen M a r k s , A n d e r s , G r o t h , K r a u ß e und G r e i f e n d o r f beweisen, daß Hunsches Verhalten gegenüber Juden von Rassenhaß und Verachtung getragen war und daß er in der Judenfrage ein überzeugter und eifriger Anhänger der nationalsozialistischen Weltanschauung war.

Da der Haftbefehl vom 8. Januar 1968 nicht zum Ausdruck bringt, daß der Beschuldigte Hunsche dringend verdächtig ist, aus niedrigen Beweggründen gehandelt zu haben, erscheint es im Hinblick auf die Neufassung des § 50 Abs. 2 StGB angebracht, vorsorglich den Haftbefehl entsprechend zu ergänzen, wobei jedoch die Frage, ob und welche Auswirkungen die Neufassung hat, wenn in der Person des Gehilfen keine niedrigen Beweggründe vorliegen, dahingestellt bleiben kann. Denn im Falle Hunsches besteht auch insoweit dringender Tatverdacht.

Ich schlage deshalb vor, den Haftbefehl wie folgt zu ergänzen:

Auf Bl. 11 Bd. XXXIV (Seite 1 des Haftbefehls) ist im dritten Absatz von unten zwischen "durch Rat und Tat" und "wissentlich Hilfe geleistet zu haben" der Halbsatz "aus niedrigen Beweggründen" einzufügen.

Auf Bl. 12 (Seite 2 des Haftbefehls) ist im ersten Absatz hinter "laufend propagierten Rassenhasses gegen die Juden" - in Kommata - der Satz "den er selbst hegte und der sein Verhalten gegenüber Juden bestimmte" einzufügen. Unter die angeführten Strafbestimmungen ist auch § 50 Abs. 2 StGB aufzunehmen. Zusätzlich zu den auf Blatt 13 (Seite 3 des Haftbefehls) erwähnten Zeugen sind die Zeugen A n d e r s , G r e i f e n d o r f und G r o t h zu nennen.



Auf den bevorstehenden Ablauf der Dreimonatsfrist nach §§ 121, 122 StPO am 6. Januar 1969 weise ich hin (Bl. 107 ff. Bd. XXXIV).

Berlin 21, den 16. Dezember 1968

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

Im Auftrage



(Hölzner)

Staatsanwalt

2. Am 19. Dezember 1968 spätestens.



348 Gs 221/68

B e s c h l u s s  
-----

In der Strafsache gegen Boßhammer und andere,  
h i e r nur gegen

Rechtsanwalt und Versicherungsangestellten  
Otto Heinrich H u n s c h e ,  
-----

geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen,  
wohnhaft in Datteln/Westfalen, Körting 14,  
z. Zt. in der Untersuchungshaftanstalt  
Frankfurt/Main, Hammelgasse, Gef. B. Nr. 1637,  
wegen Mordes

dauert die Untersuchungshaft des Beschuldigten  
fort.

Der Antrag der Staatsanwaltschaft auf Ergänzung des  
Haftbefehls wird z u r ü c k g e w i e s e n .

G r ü n d e :  
-----

Der Verteidiger hat die Haftprüfung im Hinblick  
auf die Einführung eines weiteren Absatzes in dem  
§ 50 StGB durch das Einführungsgesetz zum Ordnungs-  
widrigkeitengesetz beantragt. Er folgert aus dem  
neuen § 50 Abs. 2 StGB, dass die dem Beschuldigten  
zur Last gelegte Handlung - Beihilfe zum Mord -  
nur noch mit einer zeitigen Zuchthausstrafe bedroht  
und ihre Strafverfolgung daher nach § 67 StGB  
verjährt sei. Dafür, dass auch bei dem Beschuldigten



die strafbegründenden Merkmale des § 211 StGB vorlägen, biete das bisherige Ermittlungsergebnis keine Anhaltspunkte.

Demgegenüber meint die Staatsanwaltschaft, die gesetzliche Neuregelung käme dem Beschuldigten nicht zugute, weil auch dieser aus niedrigen Beweggründen im Sinne des § 211 StGB gehandelt habe. Die Verjährungsfrage <sup>in der Frage des § 50 Abs. 2 StGB</sup> könne deshalb dahingestellt bleiben. Es erscheine lediglich angezeigt, den Inhalt des Haftbefehls zu ergänzen.

Die neue Rechtslage macht es im Haftprüfungsverfahren nicht erforderlich, das bisherige Ermittlungsergebnis neu zu würdigen. Nach § 112 Absatz 4 StPO kommt es zunächst nicht entscheidend darauf an, ob der Beschuldigte der vorsätzlichen Tötung aus niedrigen Beweggründen ( § 211 StGB ) dringend verdächtig ist oder der vorsätzlichen Tötung, ohne Mörder zu sein ( § 212 StGB ). Dasselbe gilt für die Frage, ob Mord oder Mordversuch vorliegt und demzufolge nach der Ergänzung des § 50 StGB auch für die Frage, ob die persönlichen Merkmale des Mordes auch bei dem Teilnehmer vorliegen oder nicht. In allen Fällen darf die Untersuchungshaft auch dann angeordnet werden, wenn ein Haftgrund nach Absatz 2 und 3 des § 212 StGB nicht besteht. Käme es auf die persönlichen Merkmale entscheidend an, hätte



der Beschuldigte beim Inkrafttreten des Einführungsgesetzes zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten hierzu besonders gehört werden müssen. Auch das Kammergericht hat dies aber bei seiner Entscheidung vom 23. Oktober 1968 zu Recht nicht für erforderlich gehalten.

Die Strafverfolgung einer unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft begangenen Beihilfe zum Mord ( §§ 211, 49 StGB ) ist auch dann noch nicht nach § 67 StGB verjährt, wenn bei dem Gehilfen nicht die persönlichen Merkmale des Mörders vorliegen. Entgegen der Meinung des Bundesgerichtshofes verbreitete sich im Schrifttum die Auffassung, dass auch vorübergehende Gesinnungen, Absichten und Motive zu den persönlichen Eigenschaften und Verhältnissen im Hinblick auf die konkrete Handlung zu rechnen seien (Schwarz-Dreher Anm.3 zu § 50 StGB). Bei der Beteiligung an einem Mord gelangte man daher über § 50 Abs.2 StGB a.F. ( § 50 Abs.3 StGB n.F. ) zu der Schlussfolgerung, Beihilfe sei lediglich nach § 212 StGB zu bestrafen, wenn die im § 211 StGB aufgeführten Motive nur beim Täter vorliegen (Schönke-Schröder, RdNr.15 zu § 50 StGB).

Der Gesetzgeber hat sich nun dahin entschieden, dass er einerseits die persönlichen (täterbezogenen) Umstände in die Lockerung der Akzessorietät einbezogen hat (vergl. <sup>amtl.</sup> Begr. in Bundesratsdrucksache 450/66, Seite 61), andererseits aber auch die Teilnahme unter die Strafdrohung des § 211 StGB fallen lässt, jedoch die Milderung nach § 44 Abs.2 StGB zwingend vorschreibt.



Die Fragestellung, welche Verjährungsfrist nunmehr für die Teilnahmehandlung gilt - ob <sup>die</sup> für die mit lebenslangem Zuchthaus bedrohten Verbrechen oder <sup>die</sup> für die im Höchstbetrage mit einer Freiheitsstrafe von einer längeren als zehnjährigen Dauer bedrohten Verbrechen - ist vergleichbar mit der schon bisher bestehenden Frage, wann bei der Teilnahme die Verjährungsfrist zu laufen beginnt, ob nämlich die Vollendung der Haupttat oder die Beendigung der Teilnahmetätigkeit massgeblich sein soll.

N a c h d e m G r u n d s a t z d e r  
A k z e s s o r i e t ä t r i c h t e t  
s i c h d i e V e r j ä h r u n g s f r i s t  
n a c h d e r S t r a f d r o h u n g  
f ü r d i e H a u p t t a t ( S c h ö n k e - S c h r ö d e r  
RdNr.8 zu § 67 StGB).

Dem steht nicht entgegen, dass die neue, weitere Lockerung ( Limitation ) der Teilnahmeakzessorietät in § 50 Abs.2 StGB eine Strafbemessungsregel (Schwarz-Dreher Anm.4 zu § 50 StGB) für den nicht qualifizierten Teilnehmer gebracht hat. Bezöge man in diese Lockerung im Hinblick auf den Strafraumen sogar die Verjährungsfrist ein, höbe man den Grundsatz der Akzessorietät praktisch auf. Eine derartige Absicht des Gesetzgebers ist aber nicht erkennbar ; vielmehr ergibt sich gerade daraus, dass der Gesetzgeber



den Teilnehmer am Mord in jedem Falle nicht nach § 212 StGB, sondern- wenn auch u.U. gemäss § 44 Abs.2 StGB - nach § 211 StGB bestraft wissen will, dass er im übrigen den Grundsatz der Akzessorietät unangetastet lassen wollte.

Es wäre ungerecht, die Verjährung der Teilnahme früher eintreten zu lassen als die Verjährung der Haupttat. Solange die Verfolgung der Haupttat kriminalpolitisch notwendig und auch gerecht erscheint (vergl. Schönke-Schröder, RdNr.3 zu § 67 StGB), muss dies auch für die Teilnahme gelten, ohne dass es für die Strafverfolgung als solche darauf ankommen kann, ob die persönlichen Merkmale auch beim Teilnehmer vorliegen oder nicht.

Hiernach ist also die Verfolgung der Handlungen, deren der Beschuldigte dringend verdächtig ist, noch nicht verjährt.

Haftverschonung kommt schon im Hinblick auf die Zahl der Opfer nicht in Betracht, so dass es hier auch unter diesem Gesichtspunkt keiner Erörterung der Beweggründe des Beschuldigten bedarf. Auch im übrigen hat sich an der vom Kammergericht am 23. Oktober 1968 festgestellten Sachlage nichts geändert ; die Untersuchungshaft ist nach wie vor erforderlich.

Der Antrag der Staatsanwaltschaft war zurück-



zuweisen, weil die Ergänzung des Inhalts eines Haftbefehls im Gesetz nicht vorgesehen ist. Auch die Aufhebung des Haftbefehls unter gleichzeitigem Erlass eines neuen Haftbefehls ist - entgegen darüber herausgehenden, anderen Orts vertretenen Rechtsauffassungen - nur gerechtfertigt, wenn der im Haftbefehl angenommene Haftgrund weggefallen und an seine Stelle ein neuer Haftgrund getreten ist. Dann nämlich entspricht die Änderung dem Gebot der Gewährung rechtlichen Gehörs.

Die in den Erläuterungsbüchern zur Strafprozessordnung geltend gemachte bessere Klarheit und Übersichtlichkeit tritt durch eine solche Verfahrensweise, entgegen der dort vertretenen Meinung, nach den Erfahrungen der amtsgerichtlichen Praxis nicht ein ; derartige Änderungen können vielmehr gelegentlich zu Fehlern bei der späteren Sachbearbeitung führen, so durch den häufigen Wechsel der Geschäftsnummern u. Daten zu Irrtümern in der Verwaltung der Haftanstalt.

1 Berlin 21, den 17. Dezember 1968

Amtsgericht Tiergarten,  
Abteilung 348

*Kittel*

( K i t t e l )  
- Amtsgerichtsrat



- 7 -

18. DEZ. 1968

R

Vfg.

U.m. 4 Ausfertigungen des Beschlusses,  
Band XXXIV d.A. und 1 Leitzordner

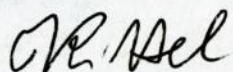
dem Generalstaatsanwalt bei dem Kammergericht  
Im H a u s e

-----

mit der Bitte zurückgesandt, die Akten dem  
Kammergericht zeitig vor dem 6. Januar 1969  
zuzuleiten.

Berlin 21, den 17. Dezember 1968

Amtsgericht Tiergarten, Abteilung 348



(Kittel)

Amtsgerichtsrat



17.1.65 (RSHA)

126

Sofort

V.

✓

17.1. Ausfertigung des Beschlusses

Bd. XXXIV Bl. Nr. 11 ist - formlos -

zu übersenden an:

a) dem Beschuldigten Otto Hunsche

- Untersuchungshaftanstalt für Männer

Frankfurt / Main, Postfach 2367, Gef. B. Nr. 1637/68  
Hammelgasse

b) Rf. Dietrich Weimann Bl. 104 XXXIV

2, wu zu Na u. b) ab

19. DEZ. 1968 R

19/12 H<sub>4</sub>



**Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht**

(1) —  
Gesch.-Nr.: 1 Js 1/65 (RSA) (4/69)

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Nur in dieser Sache 1 Berlin 21, den 27. Dezember 1968  
(beirr. RSA) Anschrift: Turmstr. 91, Zimmer  
Fernruf: 35 01 11 (933.....)

**1 Berlin 19 (Charlottenburg), den**

Amtsgerichtsplatz 1

Fernruf 34 03 21 (App.....)

(Im Anhangsteil: 868)

Sprechstunden: Montags bis freitags von 8.30 — 13.00 Uhr

Briefannahme

-3.1.69.12-16

BERLIN

Untersuchungshaft!

Mit Band XXXIV der Akten und  
einem Leitzordner

dem  
Herrn Vorsitzenden  
des 1. Strafsenats des Kammergerichts

unter Bezugnahme auf den Beschluß des Senats vom 23. Oktober 1968  
(Bd. XXXIV Bl. 107-108) gemäß § 122 Abs. 4 StPO erneut vorgelegt.

Das Amtsgericht Tiergarten hat durch Beschluß vom 17. Dezember 1968  
- 348 Gs 221/68 - (Bd. XXXIV Bl. 119-124) die Fortdauer der Unter-  
suchungshaft angeordnet. Auch ich halte Haftfortdauer für geboten,  
beantrage jedoch im Hinblick auf die seit dem 1. Oktober 1968  
geltende Neufassung des § 50 Abs. 2 StGB, den Haftbefehl des Amts-  
gerichts Tiergarten vom 8. Januar 1968 (Bd. XXXIV Bl. 11-13) vor-  
sorglich dahingehend zu ergänzen, daß der Beschuldigte  
Otto H u n s c h e dringend verdächtig ist, aus niedrigen Beweg-  
gründen Beihilfe zum Mord geleistet zu haben. Das Amtsgericht  
Tiergarten hat meinen diesbezüglichen Antrag vom 16. Dezember 1968  
(Bd. XXXIV Bl. 114-118) durch den Beschluß vom 17. Dezember 1968  
(a.a.O.) mit unzutreffender Begründung abgelehnt. Denn ein Haft-  
befehl ist jederzeit zu ergänzen oder neuzufassen, wenn sein bis-  
heriger tatsächlicher oder rechtlicher Inhalt sich als unrichtig  
oder lückenhaft erweist.

Daß der Beschuldigte Hunsche dringend verdächtig ist, aus niedrigen  
Beweggründen Beihilfe geleistet zu haben, ergibt sich aus der Be-  
gründung meines Antrages vom 16. Dezember 1968 (Bd. XXXIV  
Bl. 114-118), auf die ich Bezug nehme.

Da der dringende Verdacht des Vorliegens niedriger Beweggründe  
in der Person Hunsches gegeben ist, kann dahingestellt werden,  
ob und inwieweit die Neufassung des § 50 Abs. 2 StGB Auswirkungen  
auf die Verjährung der Tat dessen hat, der Beihilfe zum Mord aus  
niedrigen Beweggründen geleistet, dabei jedoch nicht selbst aus



niedrigen Beweggründen gehandelt hat. Aus dem gleichen Grunde kann auch dahinstehen, ob die vom Amtsgericht Tiergarten für seine Auffassung gegebene Begründung, die Neufassung des § 50 Abs. 2 StGB habe keine Auswirkungen auf die Verjährung, und die von ihm angeführten Zitate zutreffen. Lediglich vorsorglich weise ich zu der durch die Neufassung des § 50 Abs. 2 StGB aufgeworfene Problematik auf meine dem Senat bereits vorliegende Stellungnahme vom 19. Dezember 1968 in der Voruntersuchungssache gegen B o v e n s i e p e n u.a. - 1 Js 9/65 (Stapoleit.Bln.) - hin.

Die weiteren Ermittlungen haben im übrigen keine Umstände ergeben, die den dringenden Verdacht der Beihilfe zum Mord gegen den Beschuldigten Hunsche entkräften könnten. Die Vernehmung des Zeugen Dr. F a b i a n vom 28. Oktober 1968 (chamois Halbhefter in beigelegtem Leitzordner) hat den dringenden Verdacht vielmehr weiter gefestigt.

Es besteht weiterhin so erhebliche Fluchtgefahr, daß Maßnahmen nach § 116 StPO, die die Erwartung hinreichend begründen, der Zweck der Untersuchungshaft könne auch durch sie erreicht werden, nicht ersichtlich sind.

Die Ermittlungen sind wegen des Gegenstandes der vorgeworfenen strafbaren Handlung besonders schwierig und zeitraubend; dies rechtfertigt auch weiterhin die Überschreitung der Frist des § 121 Abs. 1 StPO. Der in meinem Schreiben vom 10. Oktober 1968 dem Senat genannte voraussichtliche Termin für den Abschluß der Ermittlungen - November 1968 - (Bd. XXXIV Bl. 102) konnte nicht eingehalten werden, weil bei der "Yivo" in New York, den "National Archives" in Washington und dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn zahlreiche neue, unter anderem den Beschuldigten H u n s c h e belastende Dokumente aufgefunden werden konnten. Das neue Beweismaterial zwingt zu zeitraubenden Auswertungsarbeiten sowie zu weiteren Ermittlungshandlungen, deren Dauer sich gegenwärtig kaum sicher beurteilen läßt; jedenfalls können die Ermittlungen keinesfalls vor dem Frühjahr 1969 abgeschlossen werden.

Im Auftrage  
*Holzner*  
(Hölnzer)  
Staatsanwalt



(1) 1 <sup>Js</sup> 1 65(RSMA) (8/69)

Zentralkanzlei  
6. JAN 1969  
Erl. 6. Jan. 1969

S o f o r t !

Vfg.

1. Schreiben an:

✓ a) den Vorstand der  
Untersuchungshaftanstalt ~~Moabit~~ *Frankfurt/Ki*  
*Frankfurt/Ki, Hammelgasse*  
Berlin 21  
Alt Moabit 12a

zur Aushändigung an den/die  
Untersuchungsgefangene -n- *Olto Hunsche*  
Gefangenenbuch-Nummer: *1637*

✓ b) Rechtsanwalt *Wiemann* (Bl. 90 <sup>xxxiv</sup> ~~4. A.~~)

Betr.: Strafsache gegen - einrücken aus a) -

c)

Das Amtsgericht Tiergarten/~~Der Untersuchungsrichter~~  
~~bei dem /Landgericht Berlin~~ hat dem Senat die Akten  
nach § 122 Abs. 4 StPO zur Entscheidung über die  
Fortdauer der Untersuchungshaft vorgelegt. Sie er-  
halten Gelegenheit, sich hierzu binnen <sup>*zehn*</sup> ~~sechs~~ Tagen  
zu äussern.

2. Nach <sup>*Fazur*</sup> ~~10~~ ~~Lehre~~.

Berlin 19, den 6. 1. 69.

*Sof+abzu 1a+6*  
*6.1.69*

*Schr.v.*

Vorgelegt wegen Fristablauf  
em. Verf. vom 6. 1. Bl. *129*  
Berlin, den 16. 1. 69 *Krae*



(1) 1 Js 1.65 (RSHA) (4.69)

B e s c h l u ß

In der Strafsache gegen Boßhammer und andere,  
hier nur gegen

den Rechtsanwalt und Versicherungsangestellten  
Otto Heinrich H u n s c h e,  
geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen,  
wohnhaft in Datteln/Westfalen, Körting 14,  
z.Zt. in der Untersuchungshaftanstalt  
Frankfurt/Main, Hammelgasse, Gef.B.Nr. 1637,

wegen Mordes

hat der 1. Strafsenat des Kammergerichts in Berlin  
nach Anhörung des Generalstaatsanwalts bei dem  
Kammergericht in der Sitzung vom 20. Januar 1969  
beschlossen:

1. Die Untersuchungshaft des Beschuldigten  
dauert fort.
2. Bis zum 19. April 1969 wird die Haft-  
prüfung dem nach den allgemeinen Vor-  
schriften zuständigen Gericht übertragen.
3. Der Haftbefehl des Amtsgerichts Tiergarten  
vom 8. Januar 1968 - 348 Gs 297.67 -  
wird dahin ergänzt, daß der Beschuldigte  
aus niedrigen Beweggründen, insbesondere  
aus Rassenhaß, die Beihilfe zum Mord ge-  
leistet hat.

G r ü n d e :

Aufgrund der nach § 122 Abs. 4 Satz 2 StPO erneut vorge-



nommenen Haftprüfung war die Fortdauer der Untersuchungshaft anzuordnen.

Der dringende Tatverdacht der Beihilfe zum Mord und die Fluchtgefahr sind aus den unverändert zutreffenden Gründen der Senatsbeschlüsse vom 19. Juli und 23. Oktober 1968 weiterhin gegeben. Die in den früheren Beschlüssen näher dargelegten Voraussetzungen der Untersuchungshaft werden auch von der derzeitigen Auseinandersetzung über die Auslegung des § 50 Abs. 2 StGB n.F. nicht berührt. Der Beschuldigte ist nämlich dringend verdächtig, auch selbst aus niedrigen Beweggründen, und zwar aus Rassenhaß, gehandelt zu haben.

Hierfür spricht bereits die Tatsache, daß er nach seiner Tätigkeit bei der Stapoleitstelle Berlin und als zeitweiliger Vertreter des Behördenleiters bei der Stapoleitstelle Düsseldorf vom 28. November 1941 an bis zum Kriegsende dem Judenreferat des Reichssicherheitshauptamtes zunächst als Sachbearbeiter und später als Unterabteilungsleiter angehört hat und während dieser Zeit Beamter auf Lebenszeit geworden, zum Regierungsrat ernannt und zum SS-Obersturm- sowie SS-Hauptsturmführer befördert worden ist.

Darüber hinaus hat die Zeugin Marks in ihrer Vernehmung vom 8. Dezember 1966 (S. 7) bekundet, daß der Beschuldigte sich den im Dienstgebäude zur Arbeit eingesetzten Juden gegenüber sehr unfair und äußerst rabiat benommen und auch Ohrfeigen ausgeteilt hat. Der Beschuldigte hat ferner dem Zeugen Anders (Vernehmung des Zeugen vom 15. Juni 1967, S. 40), als dieser einem jüdischen Hausarbeiter einmal ein freundliches Wort gesagt hatte, ernsthaft verwiesen, sich mit Juden zu unterhalten oder sie auch nur anzusprechen, da man dies nicht tue. Die Zeugin Grothe (Vernehmung vom 7. Juli 1966 und 25. Oktober 1967), die einmal einem Juden ein paar



Fleischmarken zugesteckt hatte, hat er "furchtbar angebrüllt" und ihr erklärt, er würde sie ins KZ stecken, wenn sie nicht ein Kind hätte.

Die Untersuchungshaft, deren Dauer etwas über ein Jahr beträgt, steht nicht außer Verhältnis zu dem zu erwartenden Freiheitsentzug. Die Ermittlungen sind naturgemäss besonders umfangreich. Bei der "Yivo" in New York, den "National Archives" Washington und dem politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn sind inzwischen zahlreiche neue, auch den Beschuldigten betreffende Schriftstücke gefunden worden, deren Auswertung bei der Schwierigkeit der Sache zeitraubend ist. Es liegen demnach wichtige Gründe vor, die ein Urteil noch nicht zulassen und die Fortdauer der Untersuchungshaft rechtfertigen.

Die in den nächsten drei Monaten etwa zu treffenden Haftentscheidungen hat der Senat wiederum dem nach den allgemeinen Vorschriften zuständigen Gericht übertragen.

Um die Möglichkeit auszuräumen, daß der bisherige Inhalt des Haftbefehls aus den erwähnten Gründen Anlaß zu erneuten tatsächlichen oder rechtlichen Erörterungen über die Frage des niedrigen Beweggrundes in der Person des Beschuldigten geben könnte, hat der Senat es für zweckmässig gehalten, den Haftbefehl zur Klarstellung entsprechend zu ergänzen.

Dr. Freund

Jericke

Zelle



Für die Richtigkeit der Abschrift:

*Schwede*  
Justizangestellte

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

schr.



Geschäftsstelle des Kammergerichts

Berlin 19, den 21. JAN. 1969....

(1) i Hts i / 65 (RS/H) 4/69

Zentralkanzlei  
22. JAN. 1969  
Erl 23 Jan. 1969

Verfügung

- ✓ 1) 5 Beschlüssausfertigungen nebst 1 begl. Abschrift für Generalstaatsanwalt fertigen.

(Verteiler: Beschuldigten 1  
Verteidiger 1  
GenStA b.d.KG 2  
GenStA b.d.LG 1  
Haftvorgang 1 begl. Abschr.)

- ✓ 2) Ferner sind zu fertigen:

- ✓ a) 1 begl. Abschrift des Beschl. zum ~~hier anzulegenden~~ Retent,  
✓ b) 1 begl. Abschrift des Beschl. zur Sammlung im Richterzimmer,  
✓ c) 1 begl. Abschrift des Beschl. zum Umlauf b.d. Richtern der Strafsenate.

- 3) Urschrift des Beschl. zu den SA Gen. IV.

- ✓ 4) Begl. Abschrift des Beschl. zu den Akten.

- 5) Frist Bl. <sup>130</sup>..... im Retent notieren.

- 6) Urschriftlich mit 1... Bd. Akten und 1 <sup>Ordner</sup> Bd. Beiakten

an die Staatsanwaltschaft  
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21. Turmot. 91

mit der Bitte um weitere Veranlassung übersandt.

Staatsanwaltschaft  
b. d. Kammergericht - Berlin  
Eing. am 24. JAN. 1969  
1 Leitzordner Di  
mit 6 Anl. Blatts. Bd/Akten

27. Jan. 1969

Emp. 27.1.69  
1 Bd. + 1 Ordner

  
Justizoberinspektor

Auf Ormig  
Gef. 23.1.69 Schur.  
5 Ausfert.  
5 begl. Abschr.  
1 einf. Abschr.





Fermündlich Nachricht vom Eingang

am: 7. JAN. 1969 um 15<sup>05</sup> Uhr

Pw

⊕  
181796 krimg d  
412996 just1 d

sss nr 97 0701 1500 =

348 GS 6 /69

herrn untersuchungsrichter b amtsgericht tiergarten abteilung 348  
berlin-tiergarten =

betr: schwurgerichtssache gegen krumej und hunsche wegen mordes  
hier: otto hunsche

in ob sache verhandelt das schwurgericht in frankfurtmain am  
10.1.1969 im gebaeude des lg hannover, schwurgerichtssaal,  
zimmer 127. der schwurgerichtsvorsitzende hat zu diesem zwecke  
die ueberfuehrung des angeklagten hunsche mittels einzeltransportes  
nach hannover angeordnet. um genehmigung dieser massnahme wird  
gebeten =

der oberstaatsanwalt b lg frankfurtmain - 4 ks 1/63 -  
gez fluhner, staatsanwalt +

412996 just1 d⊕  
181796 krimg d



(1) Funkspring

An den

Oberstaatsanwalt be. dem Landgericht Frankfurt/Main  
V-4KS 1/63In der Sprache gegen Otto Hünrich wegen Mordes  
werden die überführten Hünrich nach Harmonie  
und seine Rückführung genehmigt.

2)

Vors. d. Staatsanw.  
gen. d. Staatsanw.  
b.d. Landgericht Frankfurt/Main  
Berlin

8.1.69

Z. d. SA. 105 1/65 (RSHA)

Berlin, den 8. JAN 1969  
Amtsgericht Tiergarten, Abt. 348M. H. H.  
A. G. H.(Zu 1) gef. Pr.  
8.1.69am 1. 1. 65 (RSHA.)  
Wilmanns Str.



135

befördert am: 8. JAN. 1969 um 10<sup>10</sup> Uhr  
8 Zeitschriften DM = 0,80 DM Kosten

Fernschreibstelle

Kriminalgericht, den 8. JAN. 1969

Pr.

t

⊕

412996 justl d

181796 krimg d

--sss--

+ kriminalgericht berlin fs 9 0801 1010=

an den oberstaatsanwalt bei dem lg frankfurt/m.

zu: 4 ks 1/63

in der strafsache gegen otto h u n s c h e wegen mordes  
werden die ueberfuehrung hunsches nach hannover und seine  
rueckfuehrung genehmigt.

amtsgericht tiergarten,abt. 348

- 348 gs. 6/69 -

kittel, amtsgerichtsrat +

⊕ 181796 krimg d

412996 justl d

181796 krimg d



↓

✓ 1, Ze 1 Ausfertigung des Beschlusses

Bd XXXIV Bl. 130-131

formlos übersenden an

a, den Beschuldigten Otto Hensch  
-Untersuchungshaftanstalt für Männer  
Frankfurt / Main, Hammelgasse,  
Postfach 2367, f.f. B. Nr. 1637/68

b, RA Dietrich Weimann

Bd XXXIV Bl. 111

28. JAN. 1969 *hc*

✓ 2, Unschlüssig  
mit Bd XXXIV d. A.

Sofort d. An.  
Wachmeister

dem Amtsgericht Tübingen

- Akt. 348 -

348 GS 22 169

im Heute

mdB um ggf. Kenntniserhebung von  
Bd XXXIV Bl. 130-131 (and Fristbestimmung)  
und als baldige Rückgabe überreicht

Berlin 21, den 28. 1. 1969  
Der Generalstaatsanwalt bei  
dem Kammergericht

3, Am 30. 1. 1969

gef. 28. I. 69 tel  
2-2-2) ab Ad.

Holzner, RA



✓

AT

Urschr. m. Akten

Nam Genert - Staatsanwalt

b.d. - Landgericht - Anwaltschaft

**Berlin**

20.1.69

Stammungs der

n. H. für den

29. JAN. 1969

Berlin, den

Amtsgericht Tiergarten, Abl. 348

M/Hel

Apud

StA. b. K. G.  
Wilhelm  
St.



**Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht**

Gesch.-Nr. (1) 1 Js 1/65 (RSHA) (58/69)

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Nur in dieser Sache 1 Berlin 21, den 11. April 1969  
(betr. RSHA) Anschrift: Turmstr. 91, 1309  
Fernruf: 35 01 11 (933)

**1 Berlin 19 (Charlottenburg), den**

Amtsgerichtsplatz 1

Fernruf 34 03 71 (App. ....)

(Im Innenbetrieb: 968)

Sprechstunden: Montags bis freitags von 8.30 — 13.00 Uhr

137

Mit Band XXXIV der Akten

dem

Herrn Vorsitzenden  
des 1. Strafsenats des Kammergerichts



Untersuchungshaft!

unter Bezugnahme auf den Beschluß des Senats vom 20. Januar 1969  
(Bl. 130 - 131 Bd. XXXIV) gemäß § 122 Abs. 4 StPO erneut vorgelegt.

Ich halte die Fortdauer der Untersuchungshaft für erforderlich.  
Dafür, daß der Beschuldigte H u n s c h e der Beihilfe zum Mord  
dringend verdächtig ist und daß weiterhin erhebliche Fluchtgefahr  
besteht, die Maßnahmen nach § 116 StPO nicht zuläßt, nehme ich auf  
die unverändert zutreffenden Gründe der Senatsbeschlüsse vom  
19. Juli 1968 (Bl. 73 f Bd. XXXIV), 23. Oktober 1968 (Bl. 107 f  
Bd. XXXIV) und 20. Januar 1969 (Bl. 130 f Bd. XXXIV) sowie auf  
meine Stellungnahmen vom 5. Juli 1968 (Bl. 70 f Bd. XXXIV), 10. Ok-  
tober 1968 (Bl. 101 ff Bd. XXXIV) und 27. Dezember 1968 (Bl. 127 f  
Bd. XXXIV) Bezug. Die bei der "Yivo" in New York, den "National  
Archives" in Washington und dem politischen Archiv des Auswärtigen  
Amtes neu aufgefundenen Dokumente haben den dringenden Tatverdacht  
gegen den Beschuldigten Hunsche in objektiver und subjektiver Hin-  
sicht weiter verstärkt.

Die Ermittlungen, die hinsichtlich wesentlicher Komplexe nunmehr  
nahezu abgeschlossen sind, sind wegen des Gegenstandes der vorge-  
worfenen strafbaren Handlung besonders schwierig und zeitraubend;  
dies rechtfertigt auch weiterhin die Überschreitung der Frist des  
§ 121 Abs. 1 StPO. Gegenwärtig wird der umfangreiche abschließende  
Vermerk über das bisherige Ermittlungsergebnis erstellt, mit dessen  
Fertigstellung etwa Ende Mai, Anfang Juni 1969 zu rechnen ist. Zu  
diesem Zeitpunkt soll der Antrag auf Eröffnung der gerichtlichen Vor-  
untersuchung gestellt werden.

Im Auftrage

*Hölzner*  
(Hölzner)

Staatsanwalt



138

(1) ~~7A~~ 1.65 (EUSA) 58.69

Gef.u.ab:16.4.69 *bonzeil*  
je 1 Schrb. zu 1a) und 1b).

S o f o r t !

Vfg.



✓ 1. Schreiben an:

✓ a) den Vorstand der

Untersuchungshaftanstalt ~~Moabit~~

~~1-Berlin-21~~

Alt-Moabit 12 a

zur Aushändigung an den/die

Untersuchungsgefangene(n)

Gefangenenbuch-Nummer:

*Frankfurt 2/16  
Frankfurt / Ms. Hammelsasse*

*Otto Hunsche  
1637*

✓ b) Rechtsanwalt

*Weinmann*

(Bl. <sup>xxxiv</sup> 90 d.A.)

Betr.: Strafsache gegen - einrücken aus a) -

c)

Das Amtsgericht Tiergarten / ~~Der Untersuchungsrichter~~  
~~bei dem Landgericht Berlin~~ hat dem Senat die Akten  
nach § 122 Abs. 4 StPO zur Entscheidung über die  
Fortdauer der Untersuchungshaft vorgelegt. Sie er-  
halten Gelegenheit, sich hierzu binnen fünf Tagen  
zu äußern.

2. Nach 1 Woche.

23  
A

Berlin 19, den 16. 4. 69.

Vorgelegt wegen Fristablauf

gem. Verf. vom 16. 4. 69

Berlin, den 23. Apr. 1969

*von 22 IV  
nach Rückkehr mit dem Bericht*

237



(1) 1 Js 1.65 (RSHA) (58.69)

B e s c h l u ß

In der Strafsache gegen B o ß h a m m e r und andere,  
hier nur gegen

den Rechtsanwalt und Versicherungsangestellten  
Otto Heinrich H u n s c h e,  
geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen,  
zur Zeit in der Untersuchungshaftanstalt  
Frankfurt/Main, Hammelgasse, Gef.B.Nr. 1637,

wegen Mordes

hat der 1. Strafsenat des Kammergerichts in Berlin  
nach Anhörung des Generalstaatsanwalts bei dem  
Kammergericht in der Sitzung vom 30. April 1969  
beschlossen:

1. Die Untersuchungshaft des Beschuldigten  
dauert fort; der dringende Tatverdacht  
und die Fluchtgefahr sind aus den unver-  
ändert zutreffenden Gründen des Senats-  
beschlusses vom 20. Januar 1969 weiter-  
hin gegeben; der besondere Umfang und die  
außergewöhnliche Schwierigkeit der Er-  
mittlungen lassen ein Urteil noch nicht zu  
und rechtfertigen die Aufrechterhaltung der  
Untersuchungshaft, deren Dauer in den Grenzen  
der Verhältnismäßigkeit bleibt.
2. Bis zum 29. Juli 1969 wird die Haftprüfung  
dem nach den allgemeinen Vorschriften zu-  
ständigen Gericht übertragen.

Dr. Freund

Jericke

Zelle



Für die Richtigkeit der Abschrift:

*Corrad*

Justizangestellte  
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle



140

2. MAI 1969

Geschäftsstelle des Kammergerichts

Berlin 19, den .....

(1) i.H.v. 1/65 (RS 17) (58/69)

Auf Ormig gef. 5.5.69 *bwad*  
5 Beschl.-Ausf.  
6 begl. Abschr.

Zentralkanzlei  
Empf. - 5. MAI 1969  
Erl. 6. Mai 1969

Verfügung

- ✓ 1) 5 Beschlusaussfertigungen nebst 1 begl. Abschrift für Generalstaatsanwalt fertigen.  
(Verteiler: Beschuldigten 1  
Verteidiger 1  
GenStA b.d.KG 2  
GenStA b.d.LG 1  
Haftvorgang 1 begl. Abschr.)
- ✓ 2) Ferner sind zu fertigen:
  - ✓ a) 1 begl. Abschrift des Beschl. zum ~~hier anzulegenden~~ Retent,
  - ✓ b) 1 begl. Abschrift des Beschl. zur Sammlung im Richterzimmer,
  - ✓ c) 1 begl. Abschrift des Beschl. zum Umlauf b.d. Richtern der Strafsenate.
- ✓ 3) Urschrift des Beschl. zu den SA Gen. IV.
- ✓ 4) Begl. Abschrift des Beschl. zu den Akten.
- ✓ 5) Frist Bl. *139* ..... im Retent notieren. *227*
- 6) Urschriftlich mit *1* Bd. Akten ~~und ... Bd. Beiakten~~  
an die Staatsanwaltschaft  
bei dem Kammergericht  
1 Berlin 19

*1. Bd. 8569*

mit der Bitte um weitere Veranlassung übersandt.

8. Mai 1969

*Li land*  
Justizoberinspektor

*[Signature]*



**Ehrengerichtshof für Rechtsanwälte  
des Landes Nordrhein-Westfalen**

- 1. Senat -

141  
47 Hamm (Westf.), den 25.4.1969

Heßlerstraße 53  
Fernruf 272 393  
und 27 21  
Fernschreiber 08 28 870

1 Zu 5/69

Es wird gebeten, bei allen Eingaben die vorstehende  
Geschäftsnummer anzugeben.

Herrn  
Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
1 Berlin



FV 69

Betr.: Zulassungssache des Rechtsanwalts Otto Hunsche aus Datteln

Es wird um Übersendung der Akten 1 Js 1/65 (RSA) gebeten.  
Rechtsanwalt Hunsche hat hier Antrag auf gerichtliche Entscheidung  
gegen die Rücknahme seiner Zulassung zur Rechtsanwaltschaft ge-  
stellt. Zur Entscheidung über diesen Antrag werden die dortigen  
Akten benötigt.

Es wird daher um Übersendung für einige Wochen gebeten.

Dr. Heusch  
Rechtsanwalt



Beglaubigt

*Spring*  
Justizobersekretär



Justizbehörden  
in  
Hamm (Westf.)



Herrn

West

Generalstaatsanwalt

bei dem Kammergericht Berlin

*Lohn*

*Obstaatsanwalt*

*Pogel*

Falls Empfänger verzogen, bitte nicht nachsenden!  
Mit neuer Anschrift zurück.

Oberlandesgericht Hamm  
47 Hamm



1 Berlin



143

✓ 1. Zu schreiben:

An den

Ehrengerichtshof für Rechtsanwälte  
des Landes Nordrhein-Westfalen

- 1. Senat -

- zu Händen von Herrn Rechtsanwalt  
Dr. H e u s c h o.H.V.i.A. -

47 H a m m /Westf.  
Heßlerstraße 53

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Friedrich Boßhammer und andere  
ehemalige Angehörige des früheren Reichssicherheitshaupt-  
amtes (RSHA) in Berlin wegen des Verdachtes der Teilnahme  
am Mord im Rahmen der sogenannten "Endlösung der Judenfrage"  
hier nur gegen den Rechtsanwalt Otto H u n s c h e aus  
Datteln

Bezug: Ihr Schreiben vom 25. April 1969 - 1 Zu 5/69 -

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!

Die Akten des Ermittlungsverfahrens 1 Js 1/65 (RSHA), die gegenwärtig  
66 Bände und 84 Leitzordner sowie weitere Beistücke umfassen, können  
nicht übersandt werden, weil sie von mir laufend benötigt werden und  
eine Übersendung im übrigen auch wegen des außerordentlichen Umfanges  
aus technischen Gründen untunlich wäre. Ich rege deshalb an, die Akten  
im hiesigen Dienstgebäude einzusehen. Gegenwärtig erstelle ich einen  
umfassenden Abschlußvermerk über das bisherige Ermittlungsergebnis.  
Vielleicht wäre es zweckmäßig, mit der Akteneinsicht zu warten, bis  
der Abschlußvermerk - frühestens in etwa ein bis zwei Monaten -  
vorliegt. Denn dieser Vermerk enthält die eingehende Darstellung der  
Beteiligung Hunsches an der "Endlösung".

Hochachtungsvoll

2. Z. d. A. Bd. XXXIV.

gef. 9.5.69 fd.  
2- 1/526. ab 9.5.69

Berlin 21, den 7. Mai 1969

Staatsanwalt



17p 1/65 (RS 477)

Haft! 144

V.  
—

J

1/ 7 1 Ausfertigung des Beschlusses

Bst. 139 Bd XXXIV

formlos übersenden an

1 a, den Beschl. Otto Henschel  
Bst. 139

1 b, RA Dr. h. c. h. Weimann

Bst. 139 Bd XXXIV

9. MAI 1969 für

2/ U.  
mit Bd XXXIV d. F.

dem AG Tiergarten

— Akt. 348 —

348 GS 107 169

im Haus

und B. um ggf. (Annahme von Bst. 139 XXXIV  
Canc. der Fristbestimmung) u. als beidg.  
Rückgabe.

Berlin 21, den 8.5.1969  
Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
i. F.

Hölsner, StA

3/ Am 14.5.69

84.9.5. 6950  
zu 1) 2. Instanz. fol-



Ein  
13.5.69

R

43.

Urschr. m. Akten  
Herr Gensel - Staatsanwalt  
b.d. - Landgericht - Anwaltschaft -  
Berlin

Kg

m. H. für d. g. m. d. L.

Berlin, den 10. MAI 1969  
Amtsgericht Tiergarten, Abt. 348

M. M. d.  
Appl.

SA. #6 (RSHA)  
Hilfsarbeiter  
St.



**Ehrengerichtshof für Rechtsanwälte  
des Landes Nordrhein-Westfalen**

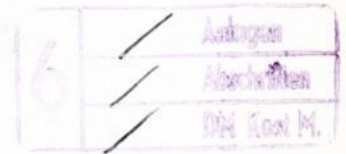
-Der Vorsitzende-

144 a  
47 Hamm (Westf.), den 28. Mai 1969

Heßlerstraße 53  
Fernruf 272 393  
und 2721  
Fernschreiber 0828870

1 Zu 5/69

Es wird gebeten, bei allen Eingaben die vorstehende  
Geschäftsnummer anzugeben.



Herrn

Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21

Turmstr. 91

Betrifft: Zulassungsverfahren des Rechtsanwalts Otto Hunsche

Bezug: Ihr Schreiben vom 7. Mai 1969 - 1 Js 1/65 (RSA) -

Dort. Ermittlungsverfahren gegen Friedrich Boßhammer u.A.

In obigem Ermittlungsverfahren ergibt sich aus dem dortigen Schreiben vom 7.5.1969, daß mit Eingang der Akten einstweilen nicht zu rechnen ist. Es dürfte aber für das hier laufende Verfahren genügen, eine Abschrift des Abschlußvermerkes über das bisherige Ermittlungsergebnis zu erhalten, um deren Zusendung gebeten wird.

Hochachtungsvoll

  
Rechtsanwalt



Ehrengerichtshof für Rechtsanwälte  
des Landes Nordrhein-Westfalen

-Der Vorsitzende-

1 Zu 5/69

Es wird gebeten, bei allen Eingaben die vorstehende  
Geschäftsnummer anzugeben.

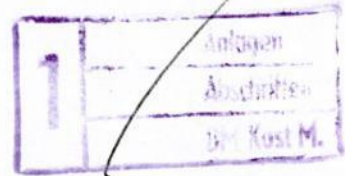
Herrn

Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21  
Turmstr. 91

1440  
47 Hamm (Westf.), den 28. Mai 1969

Heßlerstraße 53  
Fernruf 272 393  
und 27 21  
Fernschreiber 08 28 670



Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Boßhammer u.A.  
hier: gegen Rechtsanwalt Hunsche

Ihr Zeichen: 1 Js 1/65 (RSAH)

In obigem Ermittlungsverfahren ergibt sich aus dem dortigen Schreiben vom 7.5.1969, daß mit Eingang der Akten einstweilen nicht zu rechnen ist. Es dürfte aber für das hier laufende Verfahren genügen, eine Abschrift des Abschlußvermerkes über das bisherige Ermittlungsergebnis zu erhalten, um deren Zusendung gebeten wird.

Hochachtungsvoll

Dr. Heusch

Rechtsanwalt



Beglaubigt

*Opfening*  
Justizhauptsekretär



DER OBERSTAATSAKWALT  
bei dem Landgericht

Az: - 4 Ks 1/63 -

145  
6 Frankfurt (Main) 1, den 20. Juni 1969  
Gerichtsstraße/Porzellanhofstraße  
Gerichtsgebäude C  
Postfach  
Telefon: 28671  
178

- mit Eilboten -

An den

Herrn Generalstaatsanwalt

bei dem Kammergericht

- z.Hd. Herren EStA Klingberg oder StA Hölzner-

1 B e r l i n 21  
Turmstraße 91

Betrifft: Strafsache gegen KrumeY und Hunsche  
wegen Mordes - 4 Ks 1/63 - ;  
dortige Vorgänge unter 1 Js 1/65 (RSHA).

Anlagen: Gutachtliche Äußerung vom 19.6.1969 (5 Blatt).

Sehr geehrte Herren!

Als Anlage übersende ich die gutachtliche Äußerung des  
Anstaltsarztes Dr. Rossow über den Gesundheitszustand  
des Angeklagten Hunsche, die mir heute zugeleitet worden  
ist.

Ich bitte, den ärztlichen Bericht an den zuständigen  
Hafttrichter weiterzuleiten und bei diesem eine schnelle  
Entscheidung herbeizuführen.

Es bedarf keiner Erwähnung, daß in dem seit nunmehr  
dreizehn Monaten laufenden Schwurgerichtsverfahren,  
mit dessen Abschluß binnen Kürze zu rechnen ist, der  
<sup>Vernehmungs</sup>  
~~Haftfähigkeit~~ des Angeklagten Hunsche besondere Be-  
deutung zukommt.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Im Auftrage :

*Fluhrer*  
( Fluhrer )  
Staatsanwalt



24. JUNI 1969

J. Ber. Wm.

Eilk

348 GS 144 169

Sofort vorlegen

v.

1. H. m. Bg. XXXX d. A.

dem Amtsgericht Trögarten  
- Str. 328 -

in Frankfurt

nieder Bestimmung auf die  
beigelegte Stellungnahme der  
Instanz der am 19. Juni 1969  
vom 19. Juni 1969 rüber.

Die Stellungnahme, die oben nicht  
im Widerspruch zu einer früheren  
Regulierung der Bundesbank  
durch Dr. Martin vom 30. Oktober  
1968 (S. 3), ist Nr. 5.4  
Geldes zu erklären, den Befehl  
gegen den Bundesbankpräsidenten  
aus der Haftentlassung aus der Haft  
entlassen nicht gescheit, einmal der  
Haftart nicht entspricht, dass der  
Befehl der Bundesbank im Namen der  
Bundesbank Hauptverwaltung durch  
einen und Niederbankentwertung  
nicht normalisiert worden konnte (S. 4)  
Es scheint somit, dass die Befehle nicht  
in der Haft, als vielmehr in der  
Hauptverwaltung begeben liegen.

Um jedoch die Frage der weiteren  
Teilnahme zu klären, bitte ich  
 Herrn Dr. Springer - persönlich - mit der  
Regulierung der Bundesbank, die wegen  
der Laufzeit vorliegen, in Hauptverwaltung  
erfolgen könnte, zu beauftragen, von dem  
Ergebnis eine Bestätigung zu geben, die  
neither Stellungnahme abhängt. Die  
Bestätigung, in deren Durchführung der  
Befehl liegt, wird als Nationalbank  
Bestätigung mit der Niederbankentwertung  
Hauptverwaltung

2. Am 26.6.69

(S. 3. XXXX GS) unterzeichnet oder doch in dem  
Verfahren der H. Haftentlassung für Geld  
nicht mehr notwendig die hohe Preis der  
Befehl, wenn es die Befehle für die  
Erklärung der Befehle ist.

Am 24. Juni 1969  
Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Amtsgericht Berlin

Mitteilung 2024



146  
19.6.69

An  
den Herrn Vorsitzenden  
des Schwurgerichtes

F r a n k f u r t

Betr.: Strafsache gegen Krumei und Hunsche  
Hier: Untersuchung des Herrn Otto-Heinrich Hunsche  
Aktz.: 4 Ks 1/63  
Ihre Verfügung vom 11.6.69

Gemäß Verfügung des Herrn Vorsitzenden des Schwurgerichtes soll ein Gutachten über die Haft- und Verhandlungsfähigkeit des Herrn Hunsche abgegeben werden, insbesondere aber zu der Frage der Verhandlungsfähigkeit hinsichtlich der schon langen Dauer des Prozesses Stellung genommen werden.

Mein Gutachten stützt sich auf eine Exploration des Herrn Hunsche am 17.6.69 im Kleinen Haus von etwa zwei Stunden Dauer, auf das Ergebnis eines erneut angefertigten EKG und auf die Einsichtnahme in das Gutachten von Herrn Prof. Martin vom 30.10.68

Anlaß dieser Verfügung ist die Tatsache, daß Herr Hunsche in den letzten Monaten während und außerhalb der Verhandlungen mehrfach einen Kreislaufkollaps erlitt, der stets die Verhandlung unterbrach und ein ärztliches Eingreifen notwendig machte.

Herr Hunsche ist mir vom früheren Prozeß her, genauer gesagt aus den Jahren 1961 - 1965 mit Unterbrechungen bekannt.

Bei der Exploration am 17.6.69 wurde Herr Hunsche bei relativ gutem gesundheitlichem Befinden



angetroffen. Es wäre eigentlich der erste Tag seit seiner Inhaftierung im Januar 68, an dem er sich frei von Beschwerden fühlt. Die Schwächeanfälle könne er sich kaum erklären, meint aber, daß sie durch die nervliche Beanspruchung in diesem Prozeß bedingt sind. Sein Gesundheitszustand sei schlecht, der Kopf sei benommen, er habe fast dauernd Kopfschmerzen. Es bestünde eine Konzentrationsschwäche, ein Buch könne er gar nicht lesen, da er nach einer halben Stunde das Gelesene wieder vergessen habe. In dem Prozeß, der ihn sehr strapaziere, müsse er sich sehr anstrengen, um der Verhandlung folgen zu können. Dieses Unvermögen, sich zu konzentrieren, kenne er von draußen nicht. Schließlich habe er bei einer Firma als Prozeßsachbearbeiter gearbeitet, eine Tätigkeit, die viel Aktenstudium erfordert hätte. Er sei deshalb auch immer früh ins Bett gegangen. Hier in der Zelle jedoch würde er an den prozeßfreien Tagen schon tagsüber viel schlafen, jedoch nicht durchgehend, er würde, ebenso wie in der Nacht, oft aufwachen und dann wieder schlecht einschlafen. Bei diesen Gelegenheiten müsse er nachts viel weinen, auch gelegentlich tagsüber, was ihm dann Erleichterung bringe. An jenen Tagen, an denen ein Kreislaufkollaps auftrete, merke er das schon vorher, er fühle sich dann während des Anfalls besonders schlapp und matt, es träten Schwindelgefühle, Kribbeln in den Füßen und Fingern, verbunden mit einem Kältegefühl, auf. Dabei könne er sehr schlecht sehen, weder in die Nähe noch in die Ferne, sodaß es ihm eine Wohltat sei, die Augen schließen zu können. Die Knie würden ihm weich, sodaß er sich hinlegen müsse.

An anfallsfreien Tagen würde ihm das Herz zu schaffen machen, entweder schüge es zu schnell oder beim Auftreten von Extrasystolen zu langsam, nämlich dann, wenn ein Pulsschlag ausfiele. An einem der letzten Tage hätte er das eine Minute lang beob-

achtet. Draußen in Freiheit wäre das auch einmal vorgekommen, als er vor dem Waschtisch stand, diese Pulsanomalie beobachtete und nach einiger Zeit



sich im Bett liegend vorfand. Er müsse ohnmächtig geworden sein. Natürlich habe er draußen auch in ärztlicher Behandlung gestanden, doch sei es mit seinen Beschwerden auch nicht im geringsten so schlimm gewesen wie jetzt.

Schließlich, so meint Herr Hunsche, sei es ja auch nicht zu verwundern, wenn es ihm schlecht ginge: Er würde doch sehr die nervliche Beanspruchung des Prozesses, der jetzt schon über ein Jahr läuft, merken. Außerdem hätte er ja bereits sieben Jahre und neun Monate Gesamthaft hinter sich (Internierungs- Untersuchungs- und Strafhaft). Nicht nur der Prozeß belastete ihn sondern auch die Tatsache, daß in Berlin ein neues Verfahren lief. In der Berliner Sache hätte man ihn ohne Grund verhaftet. Seine Frau käme so recht und schlecht durch.

Das am 12.6.69 angefertigte EKG zeigt einen Linkstyp mit regelmäßigem Sinusrhythmus und Extrasystolen, geringen rechtsventrikulären Erregungsausbreitungsstörungen, erheblichen Erregungsrückbildungsstörungen über beiden Ventrikeln, die links ausgeprägter als rechts sind. Im Vergleich zum EKG vom 30.5.68 jedoch keine wesentliche Änderung.

Herr Professor Martin kommt in seinem Gutachten vom 30.10.68 zu dem Ergebnis, daß Herr Hunsche an einer Neigung zu zu schnellem Pulsschlag einer Minderung der körperlichen Leistungsfähigkeit, einer Neigung zu verschiedenartig im Reizleitungssystem des Herzens ausgelösten Extraschlägen nach Belastung leidet. Die andern aufgestellten Befunde sind von untergeordneter Bedeutung. Herr Prof. Martin ist der Meinung, daß die oben genannten Diagnosen die physische Belastbarkeit nicht erheblich beeinträchtigen. Von der psychischen Belastbarkeit ist nicht die Rede, ebenfalls mißt Herr Prof. Martin der

Neigung zu einem etwas niedrigen Blutdruck keinen Krankheitswert zu. Eine psychiatrische Beurteilung wird von Herrn Prof. Martin nicht für notwendig erachtet.



### B e u r t e i l u n g :

Meines Erachtens hat sich der gesundheitliche Zustand des Herrn Hunsche verschlechtert, sodaß sich die Belastungen durch die Haft und den Prozeß in physischer wie psychischer Hinsicht erheblich mehr bemerkbar machen, als es noch im Oktober 1968 der Fall war. Dafür sprechen einmal das in letzter Zeit öfters zu beobachtende Versagen des Kreislaufes und zum andern die Zunahme der reaktiven Depressionen (nächtliches Weinen, manchmal auch tagsüber). Jedesmal, wenn ich zu einem Kreislaufkollaps gerufen wurde, fand sich ein systolisch bis auf 100 mm/Hg abgesunkener Blutdruck. Durch Verabfolgung entsprechender Medikamente und Einlegen einer Pause während der Verhandlung konnte zwar bisher stets in kürzerer oder längerer Zeit der Blutdruck und damit das Befinden normalisiert werden, doch sprechen die Symptome für eine herabgesetzte Belastbarkeit. Herr Prof. Martin schreibt in seinem Gutachten, das das Auftreten polytoper Extrasystolen nicht normal ist und auf eine Herzkranzgefäßverkalkung hindeuten kann. Meiner Meinung nach ist dies der Fall; letztlich kann man einen Herzmuskelschaden nicht unbedingt ausschließen, die Extrasystolen sprechen eigentlich dafür. Die beobachteten Krankheitszeichen deuten mit ihren typischen Erscheinungen meines Erachtens eindeutig auf einen Kreislaufkollaps hin: Schwindelgefühle, Schläppheit und Kribbeln in den Füßen und Fingern, verbunden mit einem Kältegefühl und Sehstörungen sowie der beobachtete niedrige Blutdruck.

Mangelnde Konzentrationsfähigkeit, Müdigkeit, Merkfähigkeitsstörungen und Schlafstörungen mögen auf den ersten Blick für das Bestehen einer Cerebralsklerose grade im Hinblick auf die m.E. vorhandene Coronarsklerose sprechen, Doch muß man in Verbindung mit dem Stress, ausgelöst durch die lange Prozeßdauer und die frühere zwar in Abständen aber immerhin doch ver-

büßte Haft von über sieben Jahren daran denken, daß diese Erscheinungen durch Emotionen ausgelöst sind



Deshalb sollte das ganze Krankheitsbild auch mehr von psychiatrischer Seite gesehen werden. Emotionale Dauerspannungen in Konfliktsituationen müssen hier unbedingt berücksichtigt werden, deren Intensität oder ständiges Vorhandensein durchaus zu organischen Schäden führen können. Mit anderen Worten: Emotionale Faktoren sind an der Entstehung vielfältiger Syndrome, wie jeder Gefängnisarzt weiß, beteiligt, so z.B. neben vielen anderen im Bereich der Her- Kreislaufkrankheiten, wie hier die Neigung zur Hypotonie. Das wiederholte Auftreten eines Kreislaufversagens führt zu einer Minderdurchblutung und damit zur Schädigung von Herz und Gehirn. Es ist natürlich schwer, in jenen Fällen, in denen man auf emotionale Einflüsse stößt, ihre Rolle im Krankheitsgeschehen genau abzugrenzen. Im vorliegenden Falle dürfte es möglich sein. Es besteht m.E. bei Herrn Hunsche eine Prädisposition zu neurovegetativen Manifestationen von Gefühlserlebnissen. Das Auftreten der Extrasystolen spricht dafür, daß bereits ein organischer Herzschaden vorliegt. Es liegt ein Konfliktsituation<sup>ox</sup>, die bei Herrn Hunsche von Anspannung, affektiver Labilität, Reizbarkeit und Verstimmungen über Konzentrationsstörungen, Leistungsunfähigkeit, Arbeitshemmung bis hin zur Reaktiven Depression reicht, Erscheinungen, die nicht einfach übersehen und abgetan werden dürfen.

Die Hauptbelastungen sind zweifellos die Haft und der Prozeß. Natürlich ist es schwer, die Intensität der beiden Belastungen gegeneinander abzuwägen.

Ich halte jedoch die Aufhebung der Haft für dringend notwendig, um ~~eine~~ <sup>damit</sup> eine der Belastungen auszuschalten und ~~zum ändern~~ die Verhandlungsfähigkeit bis zum Schluß des Prozesses zu erhalten.

Der Anstaltsarzt

Hedwig Höttner





BEHÖRDEN  
URT AM MAIN



150a

- mit Eilboten -

An den

Herrn Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

-z.Hd.Herren EStA Klingberg oder  
StA Hölzner

1 B e r l i n 21  
Turmstraße 91

**Staatsanwaltschaft  
bei dem Landgericht  
6 Frankfurt am Main**



- 4 Ks 1/63 -



24-5



1969



348 Gs 144/69

B e s c h l u ß

In der Strafsache gegen Boßhammer u.a.,  
hier nur gegen  
Rechtsanwalt und Versicherungsangestellten  
Otto Heinrich H u n s c h e,  
geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen,  
z.Zt. in der U-Haftanstalt Frankfurt/Main, Hammelgasse,  
Gef.B.Nr. 1637,

wegen Mordes

wird auf Antrag des Generalstaatsanwaltes bei dem Landgericht  
Berlin vom 24. Juni 1969

Herr Obermedizinalrat Spengler  
beim Landesinstitut für gerichtliche  
und soziale Medizin,  
1 B e r l i n 21,  
Invalidenstrasse 52,

mit der Begutachtung des Beschuldigten gemäß der Verfügung  
des Generalstaatsanwaltes bei dem Landgericht Berlin (Bl. 145 d.A.)  
beauftragt.

Der Gutachter wird angewiesen, den Inhaftierten in der  
Strafanstalt in Frankfurt/Main zu untersuchen.

Berlin 21, den 25. Juni 1969

Turmstrasse 91

Amtsgericht Tiergarten, Abt. 351

*Wummel*  
(Wummel)

Amtsgerichtsrat



**HAFT!**

Sofort! Durch besonderen Wachtmeister!

U.m.A.

dem Landesinstitut für gerichtliche  
und soziale Medizin

Berlin 21

Invalidenstrasse 52

Landesinstitut für gerichtliche  
und soziale Medizin Berlin

Eing. 2 6. JUNI 1969

464/69

zur weiteren Veranlassung übersandt.

Berlin 21, den 25. Juni 1969

Amtsgericht Tiergarten, Abt. 351

*Wummel*

(Wummel)

Amtsgerichtsrat



Vfg.

1. V e r m e r k :

Durch fernmündliche Anfrage beim Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin wurde festgestellt, daß sich Herr Dr. Spengler bis Mitte Juli 1969 in Urlaub befindet. Ich habe deshalb veranlaßt, daß die ihm zum Zwecke der Untersuchung des Beschuldigten Otto H u n s c h e zur Frage der Haftfähigkeit übersandten Vorgänge sofort an das Amtsgericht Tiergarten - Abt. 348 - zurückgesandt werden.

Wegen der länger währenden Abwesenheit Dr. Spenglers und der daraus resultierenden Unmöglichkeit, die Begutachtung des Beschuldigten Hunsche durch ihn vornehmen zu lassen, erscheint es angebracht, damit nunmehr den Direktor der Medizinischen Klinik II in Frankfurt/M., Professor Dr. M a r t i n , der den Beschuldigten Hunsche im Rahmen des beim Schwurgericht Frankfurt/M. anhängigen Strafverfahrens im Oktober 1968 bereits einmal beobachtet und begutachtet hat, zu beauftragen.

2. Urschriftlich

30. JUNI 1969 *hm*

dem

Amtsgericht Tiergarten  
- Abt. 348 -

Durch besonderen Wachtmeister  
sofort vorlegen.

348 GS 149 / 169

im Hause

unter Bezugnahme auf den Vermerk zu Ziff. 1) dieser Vfg. vorgelegt. Ich bitte, unter Aufhebung des Beschlusses, durch den Dr. Spengler mit der Begutachtung des Beschuldigten Hunsche beauftragt wurde, nunmehr einen dahingehenden Beschluß zu erlassen, daß mit der Begutachtung der Direktor der Medizinischen Klinik II in Frankfurt, Professor Dr. Martin, beauftragt wird, und daß der Beschuldigte Hunsche - unter Aufrechterhaltung der Untersuchungshaft - zur Vorbereitung des Gutachtens vorübergehend in der Medizinischen Klinik II in Frankfurt/M. untergebracht wird.



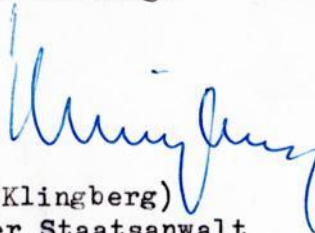
Den Aktenband, den ich vom Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin zurückgefordert habe, und der unmittelbar dort eingehen wird, bitte ich nicht mit nach Frankfurt/M. zu übersenden, sondern lediglich daraus das an mich gerichtete Anschreiben der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Frankfurt/M. und den jenem Schreiben beigelegt gewesenen Bericht des Anstaltsarztes der Untersuchungshaftanstalt Frankfurt/M. Die Restakten bitte ich unmittelbar an mich zuzusenden.

3. 14. 7. 1969 genau.

Berlin 21, den 30. Juni 1969

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

Im Auftrage



(Klingberg)  
Erster Staatsanwalt

V.  
Wv, sobald die Rm vom Landes-  
institut zurück ist - spätestens 1 Woche

30. 6. 69  
L.



**Landesinstitut  
für gerichtliche und soziale Medizin  
Berlin**

464/69/Bü -

GeschZ.: .....

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
Abteilung 351

---

Betr.: Strafsache gegen Boßhammer u.a.;  
hier: Otto Heinrich H u n s c h e  
Az.: 348/ Gs 155/69

Anliegend werden Akten in der vorgenannten Strafsache zurückge-  
sandt. Auf die telefonische Rücksprache vom 27.d.M. wird hingewiesen.

Im Auftrage

*Möhlmann*  
(Möhlmann)

1. JULI 1969  
1 BERLIN 21, den 30. Juni 1969  
Invalidenstraße 52 (am Lehrter Bhf.)  
Fernruf: 35 01 41, App. 293  
Innerbetrieblich: (988)



V.

## 1. Beschluß

In pp. (hier nur gegen Hunsche)

wird der Beschluß des AG Tiergarten vom 25.6.69 aufgehoben.

## 2. Beschluß

In pp. (wie 1.)

wird auf Antrag des Generalstaatsanwalts bei dem Landgericht Berlin vom 30. Juni 1969

der (Direktor der Medizinischen Klinik II  
in Frankfurt, Prof. Dr. Martin |

mit der Begutachtung des Beschuldigten gemäß der Verfügung des Generalstaatsanwalts bei dem Landgericht Berlin vom 24.6.69 beauftragt.

Es wird angeordnet daß der Beschuldigte - unter Aufrechterhaltung der Untersuchungshaft - zur Vorbereitung des Gutachtens vorübergehend in der Medizinischen Klinik II in Frankfurt/m. untergebracht wird.

## ✓ 3. Beschlußausfertigungen

## ✓ 4. Beschlußausfertigg. zu 2. an &lt;s.o.&gt;

## ✓ 5. Bl. 145 - 150 gegen Fehlblatt entheften und zu 4. beifügen

## 6. UmA

der Sta zurückgesandt.

Berlin, den 2. 7. 69

Amtsgericht Tiergarten, Aht. 251 348

Wimmel  
(Wimmel AGR)Zi 3) Besch. Zi 1) + 2) gef.  
Zi 4) ab im. Unt. Zi 5)

3. JULI 1969 Berg



173

173 1/65  
Wilmer  
etc.



Amtsgericht Tiergarten

1 Berlin 21, den 2. Juli 1969  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11 - App. 310

Geschäftsnummer:

- 348 Gs 149.69 -

B e s c h l u s s

In dem Ermittlungsverfahren gegen Boßhammer u.a.,

hier nur gegen den  
Rechtsanwalt und Versicherungsangestellten  
Otto Heinrich H u n s c h e ,  
geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen,  
z.Zt. in der U-Haftanstalt Frankfurt/Main, Hammel-  
gasse, Gef.B.Nr. 1637,

wegen Mordes

wird der Beschluss des Amtsgerichts Tiergarten  
vom 25. Juni 1969 aufgehoben.

W u m m e l  
Amtsgerichtsrat

Ausgefertigt:

*Berg* (Berg)

Justizangestellte als  
Urkundsbeamter  
der Geschäftsstelle





Amtsgericht Tiergarten

1 Berlin 21, den 2. Juli 1969  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11 - App. 310

Geschäftsnummer:

- 348 Gs 149/69 -

B e s c h l u s s

In dem Ermittlungsverfahren gegen Boßhammer u.a.,

hier nur gegen den  
Rechtsanwalt und Versicherungsangestellten  
Otto Heinrich H u n s c h e ,  
geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen,  
z.Zt. in der U-Haftanstalt Frankfurt/Main, Hammel-  
gasse, Gef.B.Nr. 1637,

wegen Mordes

wird auf Antrag des Generalstaatsanwalts bei dem Land-  
gericht Berlin vom 30. Juni 1969

der Direktor der Medizinischen Klinik II  
in Frankfurt, Prof. Dr. M a r t i n

mit der Begutachtung des Beschuldigten gemäss der Ver-  
fügung des Generalstaatsanwalts bei dem Landgericht Berlin  
vom 24.6.1969 beauftragt.

Es wird angeordnet, dass der Beschuldigte - unter Auf-  
rechterhaltung der Untersuchungshaft - zur Vorbereitung  
des Gutachtens vorübergehend in der Medizinischen Klinik II  
in Frankfurt/Main untergebracht wird.

W u m m e l  
Amtsgerichtsrat

Ausgefertigt:

Berg (Berg)

Justizangestellte als  
Urundsbeamter  
der Geschäftsstelle





1 Berlin 21, den 2. Juli 1969  
Tumstadt 91  
Termin: 25.01.11 - App. 310

Antersicht Tiergarten

Geschäftsnummer:  
- 348 02 149/69 -

B e s c h l u s s

In dem Ermittlungsverfahren gegen Bohmann u.a.,

hier nur gegen den  
Rechtsanwalt und Versicherungsagenten  
Otto Heinrich Hennache,  
geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen,  
z.Zt. in der U-Haftanstalt Frankfurt/Main, Hammel-  
Gasse, Gef. A.Nr. 1637,

wegen Mordes

wird auf Antrag des Generalstaatsanwalts bei dem Land-  
gericht Berlin vom 30. Juni 1969

der Direktor der Medizinischen Klinik II  
in Frankfurt, Prof. Dr. M a r t i n

mit der Begründung des Beschuldigten gemäss der Ver-  
fügung des Generalstaatsanwalts bei dem Landgericht Berlin  
vom 24.6.1969 beauftragt.  
Es wird angeordnet, dass der Beschuldigte - unter Auf-  
rechterhaltung der Untersuchungshaft - zur Vorbereitung  
des Gutachtens vorübergehend in der Medizinischen Klinik II  
in Frankfurt/Main untergebracht wird.

W u m m e l  
Amtsgericht

Angeteilt:  
(Berg)

Justizsekretär als  
Urkundsbearer  
der Geschäftsstelle



StA. KG.  
775  
Wilmes-  
str.



Vfg.

✓ 1. Je 1 Ausfertigung des Beschlusses vom 2. 7. 1969 (Bd. XXXIV, 157)  
formlos an

a) den Beschuldigten Otto H u n s c h e (Bl. XXXIV, 139)

b) Rechtsanwalt Dietrich W e i m a n n (Bl. XXXIV, 111)

übersenden.



✓ 2. Zu schreiben

159

An den

Oberstaatsanwalt  
bei dem Landgericht Frankfurt/M.

- z. Hd. von Herrn Staatsanwalt Dr. Schoreit  
o. V. i. A. -

6 Frankfurt /Main  
Postfach 2745

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen den Beschuldigten Otto H u n s c h e  
wegen des Verdachts der Teilnahme am Mord im Rahmen der  
"Endlösung der Judenfrage"

Bezug: Ihr Vorgang 4 Ks 1/63

Sehr geehrter Herr Dr. Schoreit!

Das Amtsgericht Tiergarten - Abt. 348 - hat auf meinen Antrag und  
Beschuß vom 2. 7. 1969 den Direktor der Medizinischen Klinik II in  
Frankfurt/M., Professor Dr. M a r t i n , mit der Begutachtung des  
Beschuldigten H u n s c h e auf seine Haftfähigkeit beauftragt und  
angeordnet, daß dieser - unter Aufrechterhaltung der Untersuchungs-  
haft - zur Vorbereitung des Gutachtens vorübergehend in der Medizi-  
nischen Klinik II in Frankfurt/M. untergebracht wird.

Ich wäre Ihnen verbunden, wenn Sie sich mit Herrn Professor Dr. Martin,  
dem eine Ausfertigung des Beschlusses bereits am 3. 7. 1969 übersandt  
worden ist, wegen der Verlegung des Beschuldigten Hunsche in Verbindung  
setzen und seine Überführung in die Medizinische Klinik II in Frankfurt/M.  
sowie - zu gegebener Zeit - seine Rückführung in die dortige Unter-  
suchungshaftanstalt veranlassen würden.

Mit den besten Grüßen

3. Zu Bd. XXXIV d. A.

gef. 7. VII. 69 Ad.  
2- 1) Beschl. übersandt  
2) S. 26. (2x)

Berlin 21, den 7. Juli 1969

Erster Staatsanwalt

Ad.



160

**Der Generalstaatsanwalt  
 bei dem Kammergericht**

Gesch.-Nr.: (1) 1 Js 1/65 (RSHA)

Bitte bei allen Schreiben angeben!

(105/69)

Mit Band XXXIV d.A.

dem  
 Herrn Vorsitzenden  
 des 1. Strafsenats des Kammergerichts



Untersuchungshaft

unter Bezugnahme auf den Beschluß des Senats vom 30. April 1969  
 (Bl. XXXIV 139) gemäß § 122 Abs. 4 StPO erneut vorgelegt.

Ich halte die Fortdauer der Untersuchungshaft für erforder-  
 lich.

Dafür, daß der Beschuldigte H u n s c h e der Beihilfe zum  
 Mord dringend verdächtig ist und daß weiterhin erhebliche  
 Fluchtgefahr besteht, die Maßnahmen nach § 116 StPO nicht zu-  
 läßt, nehme ich auf die unverändert zutreffenden Senatsbe-  
 schlüsse vom 19. Juli 1968 (Bl. XXXIV 73 f.), 23. Oktober 1968  
 (Bl. XXXIV 107 f.), vom 20. Januar 1969 (Bl. XXXIV 130 f.) und  
 vom 30. April 1969 (Bl. XXXIV 139) sowie auf meine den Be-  
 schlüssen voraufgegangenen Stellungnahmen vom 5. Juli 1968,  
 10. Oktober 1968, 27. Dezember 1968 und 11. April 1969  
 (Bl. XXXIV 70 f., 101 ff., 127 f. und 137) Bezug.

Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, auch durch Auswer-  
 tung der seinerzeit in den USA aufgefundenen Dokumente, sind  
 nunmehr im wesentlichen abgeschlossen; ein etwa 1000-seitiger  
 "Vermerk über das Ergebnis der staatsanwaltschaftlichen Ermitt-  
 lungen", in dem die im Ermittlungsverfahren gewonnenen Erkennt-  
 nisse zusammengefaßt worden sind, ist inzwischen fertiggestellt  
 und befindet sich derzeit in der kanzleimäßigen Vervielfälti-  
 gung. Daher wird, sobald die Vorgänge nach Durchführung der  
 Haftprüfung durch den Strafsenat wieder vorliegen, gegen den  
 Beschuldigten Hunsche Antrag auf Eröffnung und Führung der  
 gerichtlichen Voruntersuchung gestellt werden.

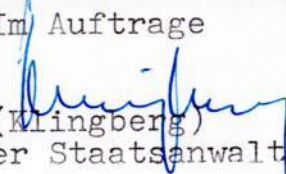


161

Das Ergebnis der durch Beschluß des Amtsgerichts Tiergarten vom 2. Juli 1969 - 348 Gs 149/69 - (Bl. XXXIV 157) angeordneten Untersuchung des Beschuldigten Hunsche auf seine Haftfähigkeit, die ich aufgrund eines mir durch die Staatsanwaltschaft in Frankfurt/Main zugeleiteten Berichtes des Anstaltsarztes der Untersuchungshaftanstalt in Frankfurt/Main beantragt habe, liegt mir noch nicht vor. Eine fernmündliche Rückfrage bei dem mit der Begutachtung beauftragten Professor Dr. Martin in Frankfurt/Main hat ergeben, daß mit der Beobachtung des Beschuldigten Hunsche, die die Grundlage für die Begutachtung bilden soll, bisher noch nicht begonnen worden ist.

Anlaß für meinen Antrag war die schriftliche, dem Gutachtenauftrag beigefügte Meinungsäußerung des Frankfurter Anstaltsarztes (Bl. XXXIV 155 in Verbindung mit Fehlblatt 145 - 150), das im Interesse der Verhandlungsfähigkeit des Beschuldigten Hunsche im Frankfurter Parallelverfahren, in dem die Hauptverhandlung dem Vernehmen nach kurz vor dem Abschluß steht, eine Doppelbelastung (Haft und Verhandlung) vermieden werden sollte.

Sobald mir das Gutachten vorliegt, werde ich es den Akten nachreichen.

Im Auftrage  
  
(Klingberg)  
Erster Staatsanwalt



17 1/65 (RSKA C 105/69)  
(1) 17 ( )

Gef.u.ab: 25.7.69 *benwed*  
je 1 Schrb. zu 1a) u. 1b).

S o f o r t !

Zentralkanzlei  
25. JULI 1969  
Erl:

Vfg.

✓ 1.

Schreiben an:

a) den Vorstand der  
Untersuchungshaftanstalt ~~Moabit~~

*Frankfurt/Main*

1 ~~Berlin 21~~  
~~Alt-Moabit 12 a~~

*Hammelfarne*

*Otto Krimm*

zur Aushändigung an den/die  
Untersuchungsgefangene (n)  
Gefangenenbuch-Nummer:

*1687*

✓ b)

Rechtsanwalt *Hilke Krimm*

(El. 34 d.A.)

Betr.: Strafsache gegen - einrücken aus a) -

c)

Das Amtsgericht Tiergarten / ~~Der Untersuchungsrichter~~  
~~bei dem Landgericht Berlin~~ hat dem Senat die Akten nach  
§ 122 Abs. 4 StPO zur Entscheidung über die Fortdauer  
der Untersuchungshaft vorgelegt. Sie erhalten Gelegen-  
heit, sich hierzu binnen fünf Tagen zu äußern.

2. Nach 1 Woche.

*1/8*

Berlin 19, den

*25. Juli 1969*

Vorgelegt wegen Fristablauf  
gem. Ver. vom *25.7.69*  
Berlin, den 1. Aug. 1969

*v. Juch*  
*KJR*

*Summe 22*  
*1/8*



163

DR. HANS LATERNSE  
FRITZ STEINACKER  
RECHTSANWÄLTE UND NOTARE  
am Oberlandesgericht  
DR. RAINER EGGERT  
HORST LOEBE  
RECHTSANWÄLTE  
am Landgericht

6 FRANKFURT/M., den 4. Aug. 1969  
Kleine Wiesenau 1  
Ecke Wiesenau  
Telefon: 725641 u. 725642  
Gerichtskasten 222  
II/See.

Dr. H. Laternser · F. Steinacker · Dr. R. Eggert · H. Loeb · 6 Ffm. 1, Kl. Wiesenau 1

An das  
Kammergericht  
- 1. Strafsenat -

1 Berlin 19



In der Strafsache  
gegen  
Otto H u n s c h e  
- (1) 1 Js 1.65 (RSHA) (105.69) -

überreichen wir beigelegt Strafprozeßvollmacht  
des Beschuldigten und zeigen an, daß wir diesen  
im Haftprüfungsverfahren neben Herrn Kollegen  
Weimann vertreten.

Wir beantragen,

den Haftbefehl aufzuheben.

B e g r ü n d u n g :

I.

Über die Frage des Tatverdachts ist im Augen-  
blick nicht zu streiten. Das bisherige Ergeb-  
nis der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht  
in Frankfurt am Main spricht allerdings dafür,  
daß unser Mandant dem Ausgang des in Berlin an-  
hängigen Verfahrens gelassen entgegensehen kann.

Herrn BE

Akten liegen vor seit dem 4. Aug. 1969



- 2 -

II.

Der eingangs gestellte Antrag rechtfertigt sich aus folgenden Gründen:

- a) Der Beschuldigte hat gegenüber dem Schwurgericht Frankfurt förmlich erklärt, daß er nicht freiwillig nach Berlin zurückkehren werde. Diese Erklärung wiederholen wir hiermit namens unseres Mandanten gegenüber den Strafverfolgungsbehörden in Berlin.
- b) Der Beschuldigte kann zur Rückkehr nicht gezwungen werden. Das Bundesverfassungsgericht und die Vertreter der alliierten Mächte haben wiederholt betont, daß in Verfahren der hier vorliegenden Art keine Erstreckung der Jurisdiktionsgewalt des Bundesverfassungsgerichts auf Westberlin in Betracht komme. Der Beschuldigte ist Bürger der Bundesrepublik. Seine zwangsweise Überführung nach Berlin würde ihn eines wesentlichen Teils seiner im Grundgesetz verbrieften Rechte berauben. Sie ist daher unzulässig.
- c) Unzulässig ist aber auch der weitere Vollzug des Haftbefehls. Da der Beschuldigte nicht nach Berlin zurückkehren wird, kann dort keine Hauptverhandlung gegen ihn durchgeführt werden. Der Zweck des Haftbefehls läßt sich also nicht mehr erreichen, so daß der eingangs gestellte Antrag



- 3 -

begründet ist.



Rechtsanwalt



Soweit Zustellungen statt an den Bevollmächtigten auch an die Partei unmittelbar zulässig sind (z. B. § 16 FGG, § 8 VwZG), bitte ich diese nur an meinen Bevollmächtigten zu bewirken.

gegen

wegen

Erfüllungsort für alle Ansprüche aus dem der Vollmacht zugrunde liegenden Rechtsverhältnis ist der Ort der Kanzlei des Bevollmächtigten.

....., den 14.6.19.....

(Unterschrift)



**Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht**

Gesch.-Nr.: 1 Js 1/65 (RSHA)

Bitte bei allen Schreiben angeben!



18. August 1969  
Nur in dieser Sache 1 Berlin 21. den...  
(beir. RSHA) Anschrift: Turmstr. 91.  
Fernruf: 35 01 11 (931.309)

Berlin 19 (Charlottenburg), den...

Amtsgerichtsplatz 1

Fernruf 306 00 11 (App. ....)

(Im Innenbetrieb: 968)

Sprechstunden: Montags bis freitags von 8.30 - 13.00 Uhr

Dem

Herrn Vorsitzenden des 1. Strafsenats  
des Kammergerichts

Untersuchungshaft!

mit 2 Anlagen (16 Seiten)

im Nachgang zu dem mit Schreiben vom 22. Juli 1969 bereits vorgelegten  
Band XXXIV d. A. übersandt.

Da der von Prof. Dr. Martin ausweislich seines Gutachtens vom  
11. August 1969 erhobene klinische Befund die Haft- und Ver-  
nehmungsfähigkeit des Beschuldigten H u n s c h e nicht be-  
einträchtigt, sehe ich keinen Anlaß, meinen Antrag vom 22. Juli 1969  
auf Haftfortdauer abzuändern.

Wegen des im Gutachten enthaltenen Vorschlages, daß von psychiatrischer  
Seite zur Frage der weiteren Haftfähigkeit Stellung genommen werden  
müsse, werde ich beim Amtsgericht Tiergarten beantragen, den Beschul-  
digten Hunsche auch noch psychiatrisch begutachten zu lassen.

Im Auftrage

(Klingberg)

Erster Staatsanwalt

*Jan 22/8*

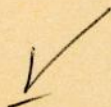
*Anten liegen Herrn BE in der  
Graf 19/8*

*1 - 105/69*



348 gr 140/60

168



Urech. m. ~~Aktion~~ f. ~~Adk~~  
Item Gene . Stadtmw  
b.d. - Landgericht - Anwaltschaft \* 8

unzef

15. AUG. 1969

Berlin, den 348  
Amtsgericht Tiergarten, Abt. 348

*W. H. H.*  
*W. H. H.*

an 1 J. 1.65 (RSHA)  
Wilmersdorfer Str.



Prof. Dr. med. H. Martin  
Abteilungsleiter im

Zentrum der Inneren Medizin  
der Johann Wolfgang Goethe-Universität  
6 Frankfurt am Main 70  
Ludwig-Rehn-Str. 14

169



Frankfurt/Main, den 11.8.69

Durchschrift:

Dem Landgericht,  
Schwurgericht  
Az.: 4 Ks 1/63  
6000 Frankfurt a.M. 1  
Gerichtsstraße 2  
zur Kenntnisnahme

5	4	Anlagen
	1	Abschriften
	/	Dm Kost M.

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
1 B e r l i n 21  
Turmstr. 91  
Geschäftsnummer 348 Gs 149/69

348 GS 149 169  
348 - 245

Betr.: Herrn Rechtsanwalt Otto H u n s c h e, geb. 15.9.11  
Bezug: Ihr Schreiben vom 2.7.69

In Erledigung Ihres Schreibens erstatten wir Ihnen nachfolgendes  
ausführliches, wissenschaftlich begründetes

G u t a c h t e n

über Herrn Otto Heinrich Hunsche, geb. am 15.9.11, z.Zt. Haft-  
anstalt Kleines Haus in Frankfurt/M.-Preungesheim.  
Das Gutachten stützt sich auf eine ambulante Untersuchung des  
Herrn H. am 28.7.69 sowie auf das Vorgutachten vom 30.10.68,  
das ebenfalls hier erstellt wurde.

I. Aktenauszug:

Unter dem 19.6.69 wurde vom Anstaltsarzt der Frankfurter Haft-  
anstalt ein Gutachten über den Gesundheitszustand von Herrn H.  
erstellt, aus dem zu entnehmen ist, daß eine Aufhebung der Haft  
zur Aufrechterhaltung der Verhandlungsfähigkeit für dringend  
notwendig gehalten wird. Es wurde betont, daß sich der Gesund-  
heitszustand des Herrn H. gegenüber Oktober 68 (Zeitpunkt der  
Begutachtung in unserer Klinik) erheblich verschlechtert habe.  
Es sei wiederholt zu einem Versagen des Kreislaufs und zum  
anderen zu einer Zunahme reaktiver Depressionen (nächtliches  
Weinen, manchmal auch tagsüber) gekommen. Bei Kreislaufkollaps-  
zuständen seien jeweils systolische Drucke von nur 100 mmHg  
gemessen worden. Durch Einlegen von Pausen während der Verhand-



lung und durch Verabfolgung entsprechender Medikamente sei es jeweils gelungen, nach kürzerer oder längerer Zeit den Blutdruck und damit das Befinden zu normalisieren. Vom Anstaltsarzt wird ferner betont, daß das ganze Krankheitsbild auch von psychiatrischer Seite gesehen werden müsse, da die lange Prozeßdauer und die bislang verbüßte Haft von sieben Jahren diese Erscheinungen mitverursacht haben können. Es läge bei Herrn H. eine Konfliktsituation vor, die von einer Anspannung affektiver Labilität, Reizbarkeit und Verstimmungen über Konzentrationsstörungen, Leistungsunfähigkeit, Arbeitshemmung bis hin zu reaktiven Depressionen reiche. Die Hauptbelastung wird zweifellos in der Haft und im Prozeß gesehen, wobei es jedoch schwierig sei, die Intensität der beiden Belastungen gegeneinander abzuwägen.

Vergl. S. 4 und 5 des Gutachtens von Herrn Dr. Rossow.

Unter dem 20.6.69 wurde dem Oberstaatsanwalt beim Kammergericht in Berlin vom Staatsanwalt des Landgerichts Frankfurt/M. mitgeteilt, daß eine schnelle Entscheidung über die Haftfähigkeit des Herrn H. auf Grund des vorliegenden Gutachtens herbeigeführt werden müsse. Die Staatsanwaltschaft beim Kammergericht Berlin kam jedoch zu der Auffassung, daß zwischen dem Gutachten der hiesigen Klinik und dem Gutachten des Anstaltsarztes eine Diskrepanz bestünde, sodaß eine Entscheidung über die Haftfähigkeit oder -unfähigkeit nicht ohne eine weitere Begutachtung getroffen werden könne. Die Staatsanwaltschaft stützt sich insbesondere auf die Angabe des Anstaltsarztes, der das Befinden des Herrn H. im Rahmen der Hauptverhandlungen durch Pauseneinlegung und Medikamentenverabfolgung jeweils normalisieren konnte, wonach Haftunfähigkeit wohl nicht gegeben sei. (Vergl. Brief vom 20.6.69 an den Generalstaatsanwalt beim Kammergericht Berlin).

In einem Beschluß vom 2.7.69 des Amtsgerichtes Berlin-Tiergarten wurde angeordnet, daß eine weitere Begutachtung des Herrn H. unter Aufrechterhaltung der Untersuchungshaft im Zentrum für Innere Medizin (Haus V) (frühere II. Medizinische Klinik) Frankfurt/M. vorgenommen werden soll. (Vergl. Beschluß v.2.7.69 des Amtsgerichtes Tiergarten, Berlin.)



II. Vorgeschichte nach Angabe des Untersuchten:

Bezüglich der Familien- und eigenen Vorgeschichte wird auf das Vorgutachten unserer Klinik vom 30.10.68 verwiesen.

Herr H. gab an, von Oktober 1968 bis jetzt gehäuft Schwächeanfälle gehabt zu haben. Es seien auch regelrechte Kreislaufkollapse aufgetreten, ohne daß es jedoch zu einem Bewußtseinsverlust gekommen wäre. Der Anstaltsarzt habe ihm wiederholt "Effortil" intramuskulär spritzen müssen. Die Verhandlungen habe man dann jeweils für eine Stunde unterbrechen müssen. Seit Mai 1969 hätten sich die Schwächezustände sehr oft eingestellt. Es sei seit dieser Zeit etwa 20-30 Mal zu einem Kreislaufkollaps gekommen. Auch in der Haftanstalt seien solche Zustände aufgetreten, sodaß die Prozeßbelastung allein nicht dafür verantwortlich zu machen wäre. Beim Auskehren der Zelle (eine Arbeit, die er normalerweise nicht für belastend halte) käme es zu einem Herzjagen mit einem Pulsfrequenzanstieg auf 150 Schläge/min. Wenn es zu Schwächeanfällen komme, könne er seinen Puls nicht mehr tasten, und er verspüre einen unregelmäßigen Herzschlag.

Er sei jetzt ständig abgeschlagen und matt, obwohl er relativ viel schlafe. Er wache nachts auf mit schweren Depressionen und Weinkrämpfen. Wenn er keinen religiösen Halt hätte, hätte er sicher schon Selbstmord begangen. Drei Verhandlungen pro Woche strengten ihn sehr stark an. Zwei Verhandlungen pro Woche könne er gerade noch durchstehen.

Angaben auf Befragen:

Appetit und Durst seien normal. Das Gewicht sei konstant geblieben. Stuhlgang und Wasserlassen seien ohne Beschwerden.

Er habe Durchschlafstörungen. Er rauche ca. 6-8 Zigaretten täglich. An Medikamenten nehme er Isoptin-Dragees. Bei Schwächeanfällen bekäme er Effortil gespritzt. Er glaube aber, daß die Spritzen seiner Gesundheit schaden, da er sich hinterher stark "aufgeputscht" fühle. Bei Schwächeanfällen käme es auch zu Kopfschmerzen und Sehstörungen.



Befund:

57-jähriger Mann (Größe 176 cm, Gewicht 78,6 kg (Oktober 1968 79,6 kg) ) in ausreichendem Ernährungszustand. Er macht jedoch einen vorgealterten Eindruck. Die Haut und sichtbare Schleimhäute sind ausreichend durchblutet. Keine Gelbverfärbung der Bindehäute, keine Wasseransammlung im Unterhautzellgewebe der Beine. Die Lippen sind etwas bläulich verfärbt.

Kopf: Der Kopf ist zwar frei beweglich, es werden jedoch endgradig Schmerzen angegeben. Außerdem ist ein Reiben und Knacken in der Halswirbelsäule wahrnehmbar.

Das Schädeldach ist frei von Klopff- oder Druckschmerz. Die Nervenaustrittspunkte ebenso.

Die Augen sind frei beweglich. Das linke Auge ist erblindet.

Die Pupillenreaktion ist rechts positiv, links konsensuell positiv. Nase und Ohren sind unauffällig.

Mundhöhle: Die Zunge ist feucht, etwas weißl. belegt. Das Gebiß ist durch Ober- und Unterkieferprothese saniert.

Die Tonsillen sind nicht vergrößert und nicht gerötet.

Hals: Eine Halsvenenstauung oder eine Schilddrüsenvergrößerung sind nicht feststellbar.

Brustkorb: In der oberen Brustkorbpartie (ebenso wie im Bereich des Gesichts) erkennt man zahlreiche erweiterte Hautgefäße (Teleangiektasien). Es sind jedoch keine typischen "Spider-naevi". Der Brustkorb ist symmetrisch gebaut und seitengleich beatmet. Die Lungengrenzen stehen in Höhe des Dornfortsatzes des 11. Brustwirbels. Die Atemverschieblichkeit beträgt zwei Querfingerbreiten. Die Atmung und der Atemstoß sind noch normal. Der Klopfeschall ist hypersonor, über dem linken Lungenunterfeld sind feinblasige Rasselgeräusche zu hören.

Herz: Die Herzgrenzen sind - soweit dies bei der Lungenüberblähung beurteilbar - nicht krankhaft verändert. Die Herzaktion ist nicht ganz regelmäßig d.h. es sind gelegentlich Extrasystolen feststellbar. Die Frequenz liegt (ohne Extrasystolen) bei 84



Schlägen/min. Die Herztöne sind relativ leise. Geräusche sind nicht zu hören. Der Blutdruck beträgt 115/70 mmHg an beiden Armen.

Leib: Die Bauchdecken sind weich und gut eindrückbar. Leber und milz sind nicht tastbar vergrößert. Nierenlager und Harnleiterverlauf sind frei von Druckschmerz. In der linken Leistengegend findet sich eine reizlose Leistenbruchoperationsnarbe. Ein Leistenbruch liegt nicht vor, wenn auch die Bruchpforte etwas weit erscheint. Das Genitale bietet keine Besonderheiten mit Ausnahme einer geringen Nebenhodenatrophie links.

Untersuchung des Enddarmes: Die Vorsteherdrüse läßt sich mit dem Finger gut umgreifen. Sie ist nicht vergrößert. Ein Tumor ist nicht zu tasten. Am äußeren Afterring ist bei drei Uhr (in Steinschnittlage) ein kleiner Venenknoten (Hämorrhoidalknoten) erkennbar.

Wirbelsäule und Gliedmaßen: Die Wirbelsäule ist frei beweglich. Ein Klopff-Druck oder Stauchungsschmerz ist nicht auslösbar. An beiden Unterschenkeln finden sich Krampfadern. Die Pulse der Bein-, hinteren Schienbein- und Fußrückenschlagader sind seitengleich gut tastbar. Halswirbelsäule s.u. Kopf.

Zentralnervensystem: Motorik und Gang sind unauffällig. Die Arm- und Beinreflexe lassen sich seitengleich auslösen, sie sind sehr lebhaft. Krankhafte Reflexe der Babinskigruppe fehlen. Es besteht ein verstärktes Hautnachschrumpfen und eine verstärkte Schweißneigung. Die Nase, Finger und Füße fühlen sich kalt an.

Psyche: Gegenüber der Untersuchung im Oktober 1968 ist jetzt eine auffallende Verschlechterung feststellbar. Die depressive Stimmungslage kommt wesentlich stärker zum Ausdruck. Herr H. weint sofort, wenn man auf den Prozeß und die Haft zu sprechen kommt. Er äußert starke Angstgefühle, die sich bei den Schwäche-



anfällen noch verstärken würden, sodaß er glaube, bald sterben zu müssen, wenn sich die Schwächeanfälle nicht besserten. Ein begleitender Polizist gab an, daß Herr H. oft in der Zelle säße und überhaupt nicht mehr ansprechbar sei. Er würde auf Anrufe reagieren, aber er sei nicht in der Lage eine Antwort zu geben. Der Polizist glaubte, daß Herr H. in diesen Situationen überhaupt nichts hören und erfassen könne. Er sei dann wie abwesend.

Laboratoriumsbefunde:

Blutkörperchensenkungsgeschwindigkeit: 7/20 mm n. Westergren.

Blutbild: Hämoglobin: 15,6 g/100 ml, Rote Blutkörperchen: 4,4 Mill./cmm. Weiße Blutzellen: 4.400/cmm, davon 4% Stabkernige, 65% Segmentkernige, 23% Lymphozyten, 5% Monozyten, 2% Eosinophile und 1% Basophile.

Harnstatus: Eiweiß negativ. Zucker negativ. Bilirubin negativ. Urobilinogen normal -/+. Im Schleudersatz des Harn ganz vereinzelte rote Blutkörperchen.

Serumuntersuchungen:

Bilirubin 0,52 mg/100 ml

Probe mit Lugol'scher Lösung negativ

Ges. Eiweiß: 6,0 g/100 ml

Serumpapierelektrophorese: Albumin: 59,1,  $\alpha$ 1-Globulin: 5,7  $\alpha$ 2-Globulin: 9,8,  $\beta$ -Globulin: 10,8,  $\gamma$ -Globulin: 14,6 Rel.%

Enzymaktivitäten: der GOT (Glutaminoxalat-Transaminase): 16,1 IE

GPT ( " pyruvat " ): 12,9

der alkalischen Phosphatase: 28,4 I.E. mU/ml

Kreatinin: 0,167 mmol/l

Harnstoff: 6,20 mmol/l

Elektrokardiographische Untersuchung: Elektrokardiogramm mit den Extremitätenableitungen I, II, III, den Goldbergabl. aV1, -aVR, aVF sowie den Wilsonableitungen V1-V6:

Linkstyp mit Tendenz zur Überdrehung, Sinusrhythmus-Frequenz 93/min, PQ-Dauer 0,18 sec, P-Dauer 0,10 sec, QRS-Dauer 0,08 sec in den Extremitäten und 0,08 in den Brustwandableitungen. RS-Übergang zwischen V1 und V2 T-Wellen-Abflachung in Ableitung V3-V6.



Deutung: Leichte Sinustachycardie, Linkstyp mit Tendenz zur Überdrehung, uncharakteristische Störung des Erregungsrückgangs. Gegenüber dem Elektrokardiogramm vom 18.10.68 keine nennenswerte Befundänderung.

Arbeitsversuch an der Kletterstufe mit einer Leistung von 7 mkp/sec/1.73 qm entsprechend 110 Watt am Fahrradergometer:  
Der Frequenzanstieg und -rückgang sind normal. Die Belastung mußte jedoch während der 6. Minute abgebrochen werden, da Herr H. über Schwindelgefühl klagte.  
Im Elektrokardiogramm nach Belastung finden sich vereinzelte ventrikuläre und auch supraventrikuläre Extrasystolen. Eine Myokardischämie ist nicht nachweisbar.

Deutung: Gemessen am Frequenzverhalten noch normale körperliche Leistungsfähigkeit. Keine Myokardischämie nach Belastung. Polytope Extrasystolen nach Belastung. Gegenüber der Voruntersuchung vom 18.10.68 keine nennenswerte Befundänderung. Die Zahl der Extrasystolen ist jetzt nach der Belastung eher etwas weniger.

Schellong'scher Stehversuch:

RR im Liegen	110/95	Frequenz	95/min
Stehen 1'	105/95	Frequenz	84/min
2'	105/95		84
3'	105/95		84
4'	115/110		96
5'	105/95		96
6'	105/95		96
7'	110/100		96
Liegen	120/80		84
nach 1'	120/85		84

Röntgenuntersuchung des Brustkorbs und der Halswirbelsäule:  
siehe beiliegenden röntgenfachärztl. Befundbericht.



### III. Beurteilung:

Nach den hier durchgeführten Untersuchungen leidet Herr H. an einer Neigung zu einem schnellen Pulsschlag mit Neigung zu verschiedenartig im Reizleitungssystem des Herzens ausgelösten Extraschlägen (polytope Extrasystolen) nach Belastung, an einem leichten Blutunterdruck (Hypotonie) mit abnormer Kreislaufregulation im Stehen, an altersbedingten Abnutzungserscheinungen an der Halswirbelsäule mit Einengung der Nervenaustrittslöcher und Verschmälerung der Zwischenwirbelscheiben, an einer altersbedingten Lungenüberblähung sowie röntgenologisch nachgewiesenen geringen Residuen früher durchgemachter Rippen- und Lungenfellentzündungen.

Die über dem linken Lungenunterfeld nachgewiesenen Rasselgeräusche können in Verbindung mit den polytopen Extrasystolen und der Hypotonie für eine beginnende Herzmuskelschwäche sprechen, außerdem besteht z.Zt. eine erhebliche vegetative Dystonie.

Diese Befunde beeinträchtigen jedoch nach unserer Meinung keine Haft- und Vernehmungsfähigkeit. Eine Behandlung mit Digitalisglykosiden und Kreislaufmitteln (z.B. Doca-Durabolin) bei gleichzeitiger Verabfolgung von Sympathicolytica (z.B. Isoptin 3x2 Dragees tgl.) könnte die Situation stabilisieren. Insgesamt ist von internistischer Seite keine wesentliche Verschlechterung des Gesundheitszustandes gegenüber Oktober 1968 eingetreten. Wir sind jedoch beeindruckt von der Persönlichkeitsveränderung. Herr H. weinte ständig und schien logischen Gedankengängen nicht recht folgen zu können. Die Stimmungslage erschien ausgesprochen depressiv.

Gegenüber Oktober 1968 war somit eine deutliche Verschlechterung der psychischen Verfassung eingetreten, die u.E. psychiatrischen Untersuchung veranlassen sollte. Dies umsomehr, als man - vergl. das Gutachten des Anstaltsarztes - bei einem systolischen Blutdruck von 100 mmHg eigentlich nicht von einem "Kreislaufkollaps" sprechen kann und die Annahme nahe liegt, daß es sich um psychische Versagenszustände handelt.

Von psychiatrischer Seite müßte dann auch zur Frage der weiteren Haftfähigkeit Stellung genommen werden.

Einverstanden aufgrund  
eigener Untersuchung  
und Urteilsbildung

Prof. Dr. H. Martin  
Abteilungsleiter im ZIM

Im Entwurf  
unterschrieben  
gezeichnet:

Dr. H.J. Becker  
Assistent der Klinik



L. Rehnstraße 14 - Telefon 06 11 / 61 00 11

772

14.8.69.

The class

Thatsjerold T. Yarnston.

Berlin

Bets. fersch. N<sup>e</sup> 348/ 95/  
149/ 09

Die Liquidation an obliegend  
Sache folgt noch.  
Die 2. Zwangsversteigerung haben



Wie dem Handelsgesicht ist  
Fremdwort 1/11 zugeordnet.

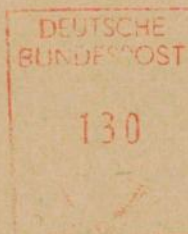
Sollten Sie 3 Exemplare  
benötigen, bitte ich, die  
2. Zehnderschen // dort  
anzufordern.

Kur.



*Einschreiben*  
**Einschreiben**

UNIVERSITÄTSKLINIKEN  
FRANKFURT A. M.



1.30



An das  
Amtsgericht Tiergarten

1 Berlin-21  
Turmstr. 91

**Zentrum der Inneren Medizin  
der Johann Wolfgang Goethe-Universität  
6 Frankfurt am Main 70  
Ludwig-Rehn-Str. 14**

177a



(1) 1 Js 1.65 (RSHA) (105.69)

B e s c h l u ß

In der Strafsache gegen B o ß h a m m e r und andere,  
hier nur gegen

den Rechtsanwalt und Versicherungsangestellten  
Otto Heinrich H u n s c h e,  
geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen,  
z.Zt. in der Untersuchungsanstalt Frankfurt/M.,  
Hammelgasse, Gef.B.Nr. 1637/

wegen Mordes

hat der 1. Strafsenat des Kammergerichts in Berlin  
nach Anhörung des Generalstaatsanwalts bei dem Kam-  
mergericht in der Sitzung vom 25. August 1969 be-  
schlossen:

1. Die Untersuchungshaft des Beschuldigten  
dauert fort.
2. Bis zum 24. November 1969 wird die Haft-  
prüfung dem nach den allgemeinen Vorschriften  
zuständigen Gericht übertragen.

G r ü n d e :

Auf Grund der nach § 122 Abs. 4 Satz 2 StPO erneut  
vorgenommenen Haftprüfung war die Fortdauer der Unter-  
suchungshaft des Beschuldigten anzuordnen, da aus den  
bisherigen Gründen der dringende Tatverdacht und die  
Fluchtgefahr weiterhin gegeben sind und auch keine Aus-  
setzung des Haftvollzugs in Betracht kommt.



Auf die in dem Schriftsatz der Verteidigung vom 4. August 1969 vorgebrachten Rechtsansichten braucht nicht eingegangen zu werden, da sie ohnehin nicht geeignet sind, die Notwendigkeit zu beseitigen, die strafgerichtliche Verfolgung des Beschuldigten durch den Vollzug der Untersuchungshaft sicherzustellen. Selbst dann, wenn der Durchführung einer Hauptverhandlung gegen den Beschuldigten in Berlin Hindernisse entgegenstehen sollten, bestehen nach dem Prozessrecht verschiedene Möglichkeiten, das Verfahren gegen den Beschuldigten weiterzuführen. So kann beispielsweise die Hauptverhandlung gegen den Beschuldigten auch außerhalb Berlins geführt werden oder die Untersuchung und Entscheidung auf ein anderes deutsches Gericht übertragen werden.

Der Umfang und die Schwierigkeit der Ermittlungen, die inzwischen soweit gediehen sind, daß in Kürze der Antrag auf Voruntersuchung gestellt werden wird, lassen ein Urteil auch jetzt noch nicht zu und rechtfertigen die Fortdauer der Untersuchungshaft, die zu dem zu erwartenden Freiheitsentzug nicht außer Verhältnis steht.

Nach § 122 Abs. 3 Satz 3 StPO hat der Senat für die nächsten drei Monate erneut die Haftprüfung dem nach den allgemeinen Vorschriften zuständigen Gericht übertragen.

Dr. Freund

Jericke

Zelle

CO



Für die Richtigkeit der Abschrift:

*Schöde*

als Urkundsbefähigte der Geschäftsstelle



DR. HANS LATERNSEER  
FRITZ STEINACKER  
RECHTSANWÄLTE UND NOTARE  
am Oberlandesgericht  
DR. RAINER EGGERT  
HORST LOEBE  
RECHTSANWÄLTE  
am Landgericht

179  
24. August 1969  
6 FRANKFURT/M., den  
Kleine Wiesenau 1  
Ecke Wiesenau  
Telefon: 725641 u. 725642  
Gerichtskasten 222

II/Kö.

Dr. H. Laternser · F. Steinacker · Dr. R. Eggert · H. Loebbe · 6 Ffm. 1, Kl. Wiesenau 1

An das  
Kammergericht  
1. Strafsenat

1 B e r l i n 19



In der Strafsache  
gegen  
Otto H u n s c h e  
- (1) 1 Js 1.65 (RSA) (105.69) -

gestatten wir uns die Anfrage, wann mit einer  
Entscheidung über unseren Antrag vom 4.8.  
1969 gerechnet werden kann.

Das Verfahren vor dem Schwurgericht Frankfurt  
am Main neigt sich seinem Ende zu. Die Klärung  
der von uns angeschnittenen Frage ist daher  
eilbedürftig.

V  
nem DF, IV  
Fe 1/9  
JdA.  
Fe 2/9.

Rechtsanwalt



180

26. AUG. 1969

Geschäftsstelle des Kammergerichts

Berlin 19, den .....

(1) 1 Hjs 1/65 (RSHA) 105/69

Auf Ormig gef. 27.8.69 *Schröder*  
5 Beschl.-Ausf.  
5 begl. Abschr.

Zentralkanzlei  
27. AUG 1969  
Erl. Sep. 1969

Verfügung

- ✓ 1) 5 Beschlusaufertigungen nebst 1 begl. Abschrift für Generalstaatsanwalt fertigen.  
(Verteiler: Beschuldigten 1  
Verteidiger 1  
GenStA b.d.KG 2  
GenStA b.d.LG 1  
Haftvorgang 1 begl. Abschr.)
- ✓ 2) Ferner sind zu fertigen:
  - ✓ a) 1 begl. Abschrift des Beschl. zum ~~kier anzulegenden~~ Retent.
  - ✓ b) 1 begl. Abschrift des Beschl. zur Sammlung im Richterzimmer,
  - ✓ c) 1 begl. Abschrift des Beschl. zum Umlauf b.d. Richtern der Strafsenate.
- ✓ 3) Urschrift des Beschl. zu den SA Gen. IV
- ✓ 4) Begl. Abschrift des Beschl. zu den Akten.
- 5) Frist Bl. 178..... im Retent notieren.
- 6) Urschriftlich mit 1. Bd. Akten und 1. Bd. Beiakten

Staatsanwaltschaft  
b. d. Kammergericht - Berlin  
Eing. am - 3. SEP. 1969  
*Fürläufer Di*  
mit 6 Anl. / Blatts. / Bd. Akten

an die Staatsanwaltschaft  
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21 Wilsnacker Str. 6

mit der Bitte um weitere Veranlassung übersandt

JUSTIZBEHÖRDEN  
-3.-969 \* 14-17  
4.  
BERLIN-MOABIT

*W. Land*  
Justizoberinspektor



189  
28.7.1969

An das  
Amtsgericht Tiergarten

B e r l i n 21  
Turmstr. 91

Betr.: H u n s c h e , Otto-Heinrich, 15.9.11

Aktenzeichen: 348 G s 149/69

Im Rahmen der ambulanten Begutachtung des Obengenannten  
im Zentrum der Inneren Medizin der Johann-Wolfgang-  
Goethe-Universität, Frankfurt/Main, wurde nachstehende

R ö n t g e n b e f u n d e

erhoben. Die Untersuchungen fanden am 28.7.1969 statt.

Thorax-Durchleuchtung und Aufnahmen:

Beide Zwerchfelle vorn costal adhaerent, sonst gute  
Zwerchfellbeweglichkeit. Die Zwerchfelle stehen etwas  
tief. Seitliche und dorsale Sinus frei. Pleurakuppenschwie-  
lenbildungen beiderseits. Leichte Asymmetrie des knöcher-  
nen Thorax. Hilus- und Lungenzeichnung regelrecht. Pleuro-  
mediastinale Ausziehungen am linken Herzrand. Herzsilhouet-  
te ohne Besonderheiten. Gestreckte, vermehrt schattendich-  
te Aorta. Retrocardial- und Retrosternalraum frei von  
krankhaften Schatten. Geringe Spondylose der BWS.

Röntgenologische Stellungnahme:

Geringgradiges Lungenemphysem. Pleurakuppenschwielen-  
bildungen und Zwerchfelladhäsionen beiderseits. Kein  
Anhalt für frische spezifische Lungenveränderungen. Pleuro-  
mediastinale Ausziehungen am linken Herzrand. Sklerose  
der Aorta.



HWS in 4 Ebenen:

Die Zwischenwirbälräume zwischen C5 - C7 sind verschmälert. Grund- und Deckplatten wellig begrenzt. Spondylotische Spornbildungen an den vorderen und dorsalen Kanten der letztgenannten Wirbelkörper. Die Foramina sind in Höhe dieser Wirbelkörper auch deutlich eingengt.

Röntgenologische Stellungnahme:

Osteochondrose und Spondylose der HWS, vor allem vom C5 - C7 mit Einengung der Foramina und Verschmälerung der Zwischenwirbelscheiben.

*A. Gebauer*

(Professor Dr.med.A.Gebauer)



Professor Dr. med.  
ALFRED GEBAUER

Leiter der Röntgenabteilung  
der medizinischen Universitätskliniken  
Frankfurt a. M.-Sachsenhausen  
Ludwig-Rehn-Straße 14

6 Frankfurt a. M., den 29.7.1969  
Telefon 610011  
50 60

183

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
Gesch.Zimmer

1 Berlin 21  
Turmstr. 91

Betr.: Hunsche, Otto-Heinrich, 15.9.11  
Az.: 348 Gs 149/69

Für ärztliche Bemühungen bei der/den Röntgenuntersuchung(en)  
vom 28.7.69 bis \_\_\_\_\_

erlaube ich mir

DM 47,50

zuzüglich Schreibgebühren  
zu liquidieren.

Thorax	Pos. 957b,c	DM 27,50
HWS	" 936c	" 20,--

Schreibgebühren für 2 Seiten á DM 1,25  
= DM 2,50 zu überweisen an Frl. G. Leibe,  
Ffm. - Poko: 256382

I. A.

Zahlungen erbeten in bar oder auf  
Postscheckkonto: Frankfurt am Main Nr. 17 20 23  
Bankkonto: Frankfurter Sparkasse von 1822 Girokonto-Nr. 50-330 272  
Zahlungsort und Gerichtsstand: Frankfurt/Main



4750 M. 250  
1. DM angewiesen.

2. Kassenanweisung zur Kasse - nach Vollzug - ab

Berlin 21, den 21. Aug. 1969

Amtsgericht Tiergarten

- Berechnungsstelle für Zeugen-  
u. Sachverst. Entschädigungen -

Aisermann  
Justiz-~~ober~~-Inspektor zA



348 Gp 149/69

V

182

1) Vorb.: Die Klassenanweisung kann ich erst nach Prüfung des  
die STA erklären, da mir die Vorgang nicht bekannt ist  
nur nach Schrift v. Herrn Ersten Staatsanwalt abgefragt  
nach dessen Erinnerung Prof. Dr. Mark beauftragt worden  
war. Daher zunächst

2) <sup>4.8.69</sup> Urschr. m. Akten Vorg. (ang. mit Liquidation + Zuschuss)  
Herr Gewinn - Staatsanwalt  
b.d. - Landgericht Amtsverwaltung Kg  
Berlin

Vorgeht nach Begutachtung auf die Hochrechnung mit Herrn  
Erstem Staatsanwalt abgefragt m. d. B. in Stellungnahme

Berlin, den 1. AUG. 1969  
Amtsgericht Tiergarten, Abl. 348

An i. J. 1.65 STAKG.  
Widerstands

OK Mel  
A/Rat



1. 1/8 1/65 (RSTRA)

18. AUG. 1969

V.

348 GS 149 / 69

1. H. m. Kurlgen  
dem Ankerpater Institut, Abt. 348,  
zu Erlösung der Liquidation vom 29. Juli  
1969 (47,50 + 2,50 M / zurückgewand.  
Nach Mitteilung bitte ich um ~~Übernahme~~ Rückgabe  
des Vorgangs.

2. Am 25. 8. 69

Bonn, den 15. Aug. 1969  
Sehr geehrte Herr Dr. Kurlgen.

i. A.  
Kurlgen

Lign. bitte unterschreiben  
19. AUG. 1969 Mitter



Vfg.1. V e r m e r k :

Nach fernmündlicher Auskunft von Herrn Staatsanwalt S c h i l l i n g wird die Rücküberführung H u n s c h e s nach Berlin, die erst nach Urteilsverkündung im Frankfurter Verfahren (mit der Ende dieser Woche zu rechnen ist) eingeleitet werden kann, mehrere Wochen in Anspruch nehmen, da aufgrund des zu erwartenden Widerstandes Hunsches gegen seine Rücküberführung eine Chartermaschine in Anspruch genommen werden muß. Das psychiatrische Gutachten muß deshalb in Frankfurt erstellt werden. Herr Staatsanwalt Dr. S c h o r e i t von der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main (Sitzungsvertreter im dortigen Hunsche/Krumey-Verfahren) teilte auf entsprechende Anfrage fernmündlich mit, nach seiner Auffassung sollte mit der Erstattung des psychiatrischen Gutachtens am besten der

Chef der Universitätsnervenklinik  
Frankfurt/Main

beauftragt werden (Gutachtenanforderung zu richten einfach "an den Chef der . . ."). Eine andere Möglichkeit, die er in zweiter Linie empfehle, sei die Beauftragung von Dr. R e d h a r t beim Institut für gerichtliche und soziale Medizin an der Universität Frankfurt/Main.

25. AUG. 1969 *ku*2. Urschriftlich

durch besonderen Wachtmeister  
sofort vorlegen!

mit einer Durchschrift des Gutachtens  
vom 11. August 1969

dem

Amtsgericht Tiergarten  
- Abt. 348 -

348 GS 195 169

i m H a u s e

unter Bezugnahme auf den Vermerk zu Ziff. 1 dieser Verfügung vorgelegt.

Entsprechend dem Vorschlag des Gutachtens Prof. Dr. Martin (Bl. 8 des beigegeführten Gutachtens) beantrage ich, zusätzlich ein psychiatrisches Gutachten über die Haft- und Vernehmungsfähigkeit des Beschuldigten H u n s c h e einzuholen. Mit der Erstattung des Gutachtens bitte ich den Chef der Universitätsnervenklinik Frankfurt/Main zu beauftragen,



der, soweit notwendig, für seine Begutachtung die bisher angefallenen Untersuchungsergebnisse von Prof. Dr. Martin und vom Anstaltsarzt der Frankfurter Haftanstalt beiziehen soll. Die Durchschrift des Gutachtens vom 11. 8. 1969 bitte ich nicht mit nach Frankfurt/Main zu übersenden, sondern mir wieder zuzuleiten.

3. Am 29. August 1969

Berlin 21, den 25. August 1969

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

Im Auftrage



(Hölzner)

Staatsanwalt



1) Beschreibung

In der Sprache gegen Bophamme i. a. J. <sup>19</sup>69  
 Otto Heinrich Hünche, geb. am 15. 9. 1911 in Reddinghausen,  
 mehr ldp in Potteln (Westfalen), Kürthling 14,  
 2. Wohnz: Hünch-Gohlwende, Neufelder St. 21,  
 v. H. ~~Gohlwende~~ Unter-Engelshausen Frankfurt am Main  
 Gammelgasse  
 wegen Mordes

weder die Einholung einer <sup>schriftlichen</sup> psychiatrischen  
 Gutachten und bezug die Untersuchung  
 der Beschuldigten Otto Hünche zum Zweck der  
 Prüfung <sup>seiner</sup> ~~der~~ Geschäftsfähigkeit angeordnet. Unter-  
 suchung und Begutachtung sind erforderlich, weil  
 die Geschäftsfähigkeit der Beschuldigten in Frage steht  
~~und das Gutachten von Prof. Dr. Martin in seinem~~

Gutachten vom 17. 8. 1969 zwar nicht zur Feststellung  
 ob keine Bedenken gegen die Geschäftsfähigkeit von  
 internistischer Seite erhoben, jedoch <sup>eine</sup> ~~die~~ psychiatrische  
 Untersuchung des Beschuldigten für angezeigt erachtet  
 hat.

zum Sachverständigen wird Dr. Rothardt  
 beim Institut für gerichtliche und soziale  
 Medizin an der Universität Frankfurt/Main  
 bestellt.

2) Herrn  
 Dr. Rothardt







Amtsgericht Tiergarten

1 Berlin 21, den 25. August 1969

Turmstraße 91

Fernruf: 35 01 11 - App. 310

Geschäftsnummer:

- 348 Gs 195/69 -

B e s c h l u s s

In der Strafsache gegen Bosshammer u.a.,

hier nur gegen

Otto Heinrich H u n s c h e ,

geboren am 15.9.1911 in Recklinghausen,

wohnhaft in Datteln (Westfalen),

2. Wohnsitz: Köln-Hohlweise, Neufelder Str. 21,

z.Zt. Untersuchungshaftanstalt Frankfurt/Main,  
Hammelgasse,

wegen Mordes

werden die Einholung eines schriftlichen psychiatrischen Gutachtens und hierzu die Untersuchung des Beschuldigten Otto H u n s c h e zum Zwecke der Prüfung seiner Haftfähigkeit angeordnet. Untersuchung und Begutachtung sind erforderlich, weil die Haftfähigkeit des Beschuldigten in Frage steht und Prof. Dr. Martin in seinem Gutachten vom 11.8.1969 zwar keine Bedenken gegen die Haftfähigkeit von internistischer Seite erhoben, jedoch eine psychiatrische Untersuchung des Beschuldigten für angezeigt erachtet hat.

Zum Sachverständigen wird Dr. R e d h a r t beim Institut für gerichtliche und soziale Medizin an der Universität Frankfurt/Main bestellt.

K i t t e l

Amtsgerichtsrat

Ausgefertigt:

*Berg* (Berg)

Justizangestellte als  
Urkundsbeamter  
der Geschäftsstelle





Staatsanwaltschaft  
b. d. Kammergericht - Berlin

Eing. am - 3. SEP. 1969

Di

An den

mit 2 Anl. / Blatts. / Bd. Akten

Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

1884

Mit den Akten 1 Js 1. 65 (RSH 47)  
nach gesandt.



DR. HANS LATERNSEK  
FRITZ STEINACKER  
RECHTSANWÄLTE UND NOTARE  
am Oberlandesgericht  
DR. RAINER EGGERT  
HORST LOEBE  
RECHTSANWÄLTE  
am Landgericht

1. Sept. 1969  
6 FRANKFURT/M., den  
Kleino Wiesenau 1  
Ecke Wiesenau  
Telefon: 725641 u. 725642  
Gerichtskasten 222  
II/Kö.

Dr. H. Laternser · F. Steinacker · Dr. R. Eggert · H. Loebc · 6 Ffm. I, Kl. Wiesenau I

An das

Kammergericht  
1. Strafsenat

1 B e r l i n 19



In der Strafsache  
gegen

Otto H u n s c h e

- (1) 1 Js 1.65 (RSHA) (105.69) -

machen wir aktenkundig, daß das Schwurgericht  
Frankfurt am Main im Termin vom 29.8.1969  
den von der Staatsanwaltschaft beantragten  
Erlaß eines Haftbefehls abgelehnt hat.

Im übrigen gab der Vorsitzende bei der münd-  
lichen Urteilsbegründung zu erkennen, daß  
dem Angeklagten jedenfalls für die Zeit seiner  
Tätigkeit in Berlin eine Kenntnis von den  
Massenvernichtungen durch Gas nicht nachzu-  
weisen ist. Wir stellen anheim, hierzu  
eine dienstliche Äußerung des Landgerichts-  
direktors Hummerich, Frankfurt am Main, ein-  
zuholen. Unabhängig von den in unserer Ein-  
gabe vom 4.8.1969 erwähnten Gesichtspunkten

- 2 -

3.1.1  
Le 2/9.69

Alten liegen Kern BE IV vor  
Grae 2/9



- 2 -

wird nunmehr die Frage zu prüfen sein, ob überhaupt noch ein dringender Tatverdacht im Sinne des Haftbefehls gegeben ist.

Weiterhin machen wir aktenkundig, daß wir mit Schriftsatz vom 30.8.1969 Verfassungsbeschwerde mit folgenden Anträgen erhoben haben:

- 1.) festzustellen, daß die Gewährung von Rechtshilfe für den weiteren Vollzug des durch das Amtsgericht Berlin Tiergarten (Aktenz. 348 Gs 297/67) am 8.1.1968 verkündeten Haftbefehls unzulässig ist.
- 2.) festzustellen, daß die beabsichtigte Zwangsüberstellung des Beschwerdeführers aus der Bundesrepublik nach Berlin - insbesondere in einem erzwungenen Lufttransport - grundgesetzwidrig ist.
- 3.) wegen der besonderen Eilbedürftigkeit im Wege der einstweiligen Anordnung zu beschließen, daß die zwangsweise Überstellung des Beschwerdeführers aus dem Gebiet der Bundesrepublik nach Berlin bis zur Entscheidung über die Verfassungsbeschwerde zu unterbleiben hat.



Rechtsanwalt



1 J 5 1/65 (RSHA)

191

V

- ✓ 1. Je eine Kopie der Zeichnungen  
Bf. XXXIV 178 d. A. formlos  
überreichend aus
- ✓ a) Rk Steinach und Dr. Eggert  
(Dr. Laterns nicht auführen)  
Bf. XXXIV 166,
- ✓ b) Rk Hermann Bf. XXXIV 29
- ✓ c) Bf. Otto Lütke Bf. XXXIV 178

2. H. M. Bf. XXXIV d. A

dem Amtsgericht Tübingen  
- Abt. 348 -

im Laufe

348 GS 205/69

10. SEP. 1969  
W.

zu off. Kommunikation von  
dem Bericht des 1. Stabschef des  
Kammergerichts vom 25. April  
1969 (Bf. XXXIV 178/178 d. A.)  
- auch von der Mitbestimmung -  
und mit der Bitte um alibetische  
Rückgabe übersandt.

3. Am 8. 9. 1969

gef. 5. 9. 69 SCS  
zu 1) 3 Ausdr.  
+ ab-

Berlin 21, den 4. Sept. 1969  
Dr. Gumbel b. d. Ubr  
i. A. Lütke



Vf.

Urschr. m. Akten

Herrn Gewer - Staatsanwalt

b.d. - Landgericht - Anwaltschaft -

Berlin

Kf

n. n.

gemäß

Berlin, den - 8. SEP. 1969

Amtsgericht Tiergarten, Abt. 34x

M. H. H.

M. H. H.

46

JA.

348



**Geschäftsstelle des  
Amtsgerichts Tiergarten**

Geschäftsnummer:

348/5 205.68

1 Berlin 21, den  
Turmstraße 91 – Wilsnacker Straße 3-5  
Fernruf: 35 01 11  
innerbetrieblich: (933) | App.

9. SEP. 1969

192

Amtsgericht Tiergarten, 1 Berlin 21, Turmstraße 91

An

Kammergericht

Die mit Schreiben vom ..... 196.....

— ..... — hierher übersandten Akten

1 B 1.65 (RSHA)

werden zurückgesandt.

AA,

Wien

Justizassistentin E.A.



Vfg.

193

1. Urschriftlich mit Band XXXIV der Akten

dem  
Amtsgericht Tiergarten  
- Abteilung 348 -

12. SEP. 1969  
Wi

im Hause

348 GS 209/69

unter Bezugnahme auf Bl. XXXIV, 65/65R, 66, 163-165, 189/190  
mit dem Antrage übersandt,

anzuordnen, daß

- a) der Untersuchungshäftling Otto H u n s c h e  
aus der Untersuchungshaftanstalt Frankfurt/Main  
auf dem Luftwege in die Untersuchungshaftanstalt  
Moabit rückzuüberführen ist,
- b) seine Rücküberstellung aus Frankfurt/Main nach  
Berlin gegebenenfalls auch gegen seinen Willen  
und unter Anwendung von die Rücküberführung er-  
möglichenden Zwangsmaßnahmen einschließlich seiner  
Fesselung erfolgen darf.

Eine entsprechende richterliche Anordnung ist erforderlich, da der Beschuldigte Hunsche durch Rechtsanwalt Dr. Eggert hat vortragen lassen, daß er freiwillig nach Berlin nicht zurückkehren werde (Bl. XXXIV, 164 d.A.). Der Hinweis auf eine beim Bundesverfassungsgericht erhobene Verfassungsbeschwerde gegen seine Rücküberstellung nach Berlin (Bl. XXXIV, 190 d.A.) steht der Durchführung einer solchen Maßnahme nicht entgegen, da der Einlegung einer Verfassungsbeschwerde keine aufschiebende Wirkung zukommt. Gründe sonstiger Art, die ein Verbleiben Hunsches in Frankfurt/Main rechtfertigen könnten oder dieses nahe legen würden, sind nicht gegeben. Die Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht in Frankfurt/Main, um derentwillen Hunsche seinerzeit dorthin überführt wurde, ist abgeschlossen, und die Frist zur Revisionseinlegung ist inzwischen verstrichen. Auch für eine etwaige Beeinträchtigung der Flugfähigkeit Hunsches



liegen keinerlei Anhaltspunkte vor (vgl. Bl. XXXIV, 169-176 d.A.).

Berlin 21, den 11. September 1969

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

Im Auftrage

  
(Klingberg)  
Erster Staatsanwalt

2. Am 15.9.1969.



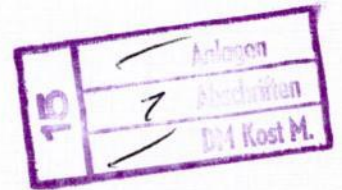
195

DR. HANS LATERNER  
FRITZ STEINACKER  
RECHTSANWÄLTE UND NOTARE  
am Oberlandesgericht  
DR. RAINER EGGERT  
HORST LOEBE  
RECHTSANWÄLTE  
am Landgericht

6 FRANKFURT/M., den 10. Sept. 1969  
Kleine Wiesenau 1  
Ecke Wiesenau  
Telefon: 725641 u. 725642  
Gerichtskasten 222  
I/Wi.

Dr. H. Latenser · F. Steinacker · Dr. R. Eggert · H. Loeb · 6 Ffm. 1, Kl. Wiesenau 1

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
  
1 Berlin 21  
Turmstrasse 91



In dem Ermittlungsverfahren  
gegen  
Otto H u n s c h e

~~- 348 Gs 297/67 -~~  
348 Gs 297/69

beantrage ich:

- 1) den Haftbefehl des Amtsgerichts Berlin-Tiergarten vom 8. Januar 1968 (A.Z. 348 Gs 297/67) aufzuheben,
- 2) das Verfahren und damit die weitere Untersuchung und Entscheidung auf ein Frankfurter Gericht zu übertragen,
- 3) h i l f s w e i s e, den Beschuldigten hier in Frankfurt am Main zu belassen, bis die Revision gegen das Urteil des Schwurgerichts Frankfurt am Main vom 29. August 1969 begründet ist,
- 4) bis zur rechtskräftigen Entscheidung über die gestellten Anträge davon Abstand zu nehmen, den Beschuldigten nach Berlin zurück zu überstellen.

B e g r ü n d u n g:

Der Beschuldigte wurde im Januar 1968 aufgrund des eingangs genannten Haftbefehls in der Bundesrepublik verhaftet und nach Berlin überstellt. Das dortige Ermittlungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Wegen eines vor dem Schwurgericht in Frankfurt am Main anhängigen Verfahrens (A.Z. 4 Ks 1/63) wurde der Beschuldigte



wieder in die Bundesrepublik verbracht. Die Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht Frankfurt am Main fand in der Zeit vom 11. Juni 1968 bis zum 29. August 1969 statt. Das Schwurgericht erkannte auf eine Freiheitsstrafe, lehnte jedoch den von der Staatsanwaltschaft beantragten Erlass eines Haftbefehls ab. Das Urteil ist nicht rechtskräftig. Gegen dieses Urteil ist von der Verteidigung Revision eingelegt worden. Die schriftlichen Urteilsgründe liegen noch nicht vor. Die Revisionsbegründung kann deshalb auch noch nicht erfolgen.

Der Beschuldigte hat gegenüber dem Schwurgericht Frankfurt am Main förmlich erklärt - das ist vom Gericht zu Protokoll genommen worden -, dass er nicht freiwillig nach Berlin zurückkehren werde. Auch nach Beendigung des Schwurgerichtsverfahrens hat der Beschuldigte uns gegenüber diese Erklärung wiederholt. Der Beschuldigte lehnt es ab, sich den Berliner Strafverfolgungsbehörden in Berlin zur Verfügung zu stellen.

Aufgrund dieses Verhaltens des Beschuldigten habe ich unter dem 4. August 1969 beim Kammergericht den Antrag gestellt, den Haftbefehl aufzuheben. Inzwischen hat das Kammergericht durch Beschluss vom 25. August 1969 - zugestellt am 9. September 1969 - den Antrag zurückgewiesen und die Fortdauer der Untersuchungshaft angeordnet. Das Kammergericht hat weiterhin dem nach den allgemeinen Vorschriften zuständigen Gericht die weitere Haftprüfung übertragen.

In den Gründen des Beschlusses hat das Kammergericht u.a. folgendes ausgeführt:

" Selbst dann, wenn der Durchführung einer Hauptverhandlung gegen den Beschuldigten in Berlin Hindernisse entgegenstehen sollten, bestehen nach dem Prozeßrecht verschiedene



Möglichkeiten, das Verfahren gegen den Beschuldigten weiterzuführen. So kann beispielsweise die Hauptverhandlung gegen den Beschuldigten auch ausserhalb Berlins geführt werden oder die Untersuchung und Entscheidung auf ein anderes deutsches Gericht übertragen werden."

Namens des Beschuldigten habe ich ausserdem beim Bundesverfassungsgericht Verfassungsbeschwerde erhoben und einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gestellt. Der Antrag auf einstweilige Anordnung geht dahin, dass die zwangsweise Überstellung des Beschuldigten aus dem Gebiet der Bundesrepublik nach Berlin bis zur Entscheidung über die Verfassungsbeschwerde zu unterbleiben hat. Über die Verfassungsbeschwerde ist noch nicht entschieden. In einer Verfügung des Vorsitzenden des Ersten Strafsenats ist darauf hingewiesen worden, dass Bedenken gegen die Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde bestehen, weil der Rechtsweg noch nicht erschöpft sei. Dieser Hinweis ist dadurch überholt, dass das Kammergericht inzwischen die Haftfortdauer durch den oben erwähnten Beschluss angeordnet hat.

Der Beschuldigte kann gegen seinen Willen nicht zu einer Rückkehr nach Berlin gezwungen werden. Das Bundesverfassungsgericht und die Vertreter der alliierten Mächte haben häufig genug betont, dass in Haftsachen der vorliegenden Art eine Erstreckung der Jurisdiktionsgewalt des Bundesverfassungsgericht auf West-Berlin nicht in Betracht komme. Der Beschuldigte ist Bürger der Bundesrepublik. Seine zwangsweise Überführung nach Berlin würde ihn eines wesentlichen Teils seiner im Grundgesetz verbrieften Recht berauben. Es ist gerichtsbekannt, dass ausländische Fluggesellschaften, die Berlin anfliegen dürfen, es ablehnen, Personen gegen ihren Willen zu befördern. Es sind zwar gleichwohl Zwangs-



transporte von der Bundesrepublik nach Westberlin erfolgt, ohne dass das Bundesverfassungsgericht noch eingreifen konnte. Es bestehen nämlich andere Luftüberführungsmöglichkeiten, deren zwangsweise Durchführung Art. 1 GG widersprechen würden. Auch das Gesetz über innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen vom 2. Mai 1953 würde eine derartige Zwangsüberführung nicht rechtfertigen, zumal es, selbst bei Unterstellung der Anwendbarkeit, Zwangstransporte im Luftwege wegen Verstosses gegen Art. 1 GG verbieten würde.

Die Überführung kann auch nicht dadurch erzwungen werden, dass der Beschuldigte etwa durch entsprechende Drogen oder Spritzen in einen willenlosen Zustand versetzt werden würde. Auch dies wäre eine Verletzung der dem Beschuldigten zustehenden Grundrechte.

Da gegen den Willen des Beschuldigten eine Rückkehr nach Berlin ausgeschlossen ist, kann eine Hauptverhandlung in Berlin nicht durchgeführt werden. Einer solchen Hauptverhandlung steht das hier geschilderte Hindernis entgegen. Aus diesem Grund muss das Verfahren entsprechend dem unter Ziff. 2) gestellten Antrag an ein anderes deutsches Gericht übertragen werden. Der Haftbefehl selbst muss aufgehoben werden, weil der weitere Vollzug aufgrund dieses Hindernisses nicht gerechtfertigt ist. Eine ganz andere Frage ist, ob nach der erfolgten Abgabe des dortigen Verfahrens ein Gericht in der Bundesrepublik einen neuen Haftbefehl erlassen und in Vollzug setzen würde. Die Abgabe nach Frankfurt/Main ist zweckmässig. Der Beschuldigte hat zwar seinen Wohnsitz in Datteln. Im Bereich der Frankfurter Justizbehörden läuft gegen den Beschuldigten aber schon seit 1957 das Verfahren, in dem jetzt - in der dritten Tatsacheninstanz, nach Aufhebung der früheren Urteile durch den BGH - das Urteil vom 29. August 1969 ergangen ist. Da gegen dieses Urteil Revision eingelegt worden ist und der Beschuldigte für die Revisionsrechtfertigung



hier benötigt wird, bestehen auch aus diesem Grund keine Bedenken, das Verfahren nach hier abzugeben.

Bis zur Rechtskraft der aufgrund dieser gestellten Anträge ergehenden Entscheidung wird darum gebeten, eine Rückverlegung nach Berlin einstweilen nicht vorzunehmen.



Rechtsanwalt



# Amtsgericht Tiergarten

Geschäftsnummer:

1 Berlin 21, den  
Turmstraße 91 — Wilsnacker Straße 3-5  
Fernruf 35 01 11 App.

Bitte bei allen Schreiben angeben!

## Beschluß

In der Strafsache gegen

wegen

wird das Verfahren gemäß § 153 Abs. III StPO mit Zustimmung des Generalstaatsanwalts beim Landgericht Berlin — Oberstaatsanwalts bei der Amtsanwaltschaft Berlin — nach Anhörung des — der — Angeschuldigten — Angeklagten — eingestellt, weil dessen — deren — Schuld gering ist und kein öffentliches Interesse an der Verfolgung besteht.

Die Kosten des Verfahrens fallen der Kasse des Landes Berlin zur Last.

Ausgefertigt

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

HV 1026

Einstellung gemäß § 153 III StPO — Ausfertigung

4 67 20000 Mö

*Am das Kammergericht  
den 13.1.66  
durch das  
Kammergericht*



200  
205  
348 GS 169

205

Vermehr!

Die Karte ist im Jahr 1969  
9.9.1969 im Kammergericht  
12. SEP. 1969

W!

12. SEP. 1969

Urschr. m. Akten  
Herr Genrat  
b.d. Landgericht - Amtsverwaltung -  
Kf  
Eingang - 1. Okt. 1969  
1. Okt. 1969

n. i. B. - in Stellungnahme (Korrigiert)  
12. SEP. 1969  
Berlin, den

Amtsgericht Tiergarten, Abt. 348  
Müller  
Appl.



**Geschäftsstelle des  
Amtsgerichts Tiergarten**

Geschäftsnummer:

348 Js 209.69

1 Berlin 21, den  
Turmstraße 91 – Wilsnacker Straße 3-5  
Fernruf: 35 01 11 | App.  
innerbetrieblich: (933)

12. SEP. 1969

207

Amtsgericht Tiergarten, 1 Berlin 21, Turmstraße 91

An

12. SEP. 1969  
R

Hammingerstr.

Zu 1 Js 1.65 (RSHA)

durch besonderen  
Wahrmuster

Die mit Schreiben vom ..... 196.....

— ..... — hierher übersandten Akten

348 Js 209.69

werden zurückgesandt.



Vfg.

1. Urschriftlich

Durch besonderen Wachtmeister!

mit Band XXXIV d. A.

dem

Amtsgericht Tiergarten  
- Abt. 348 -

i m H a u s e

12. SEP. 1969  
Wi

mit nachfolgender Stellungnahme zu den Anträgen des Beschuldigten  
H u n s c h e vom 10. September 1969 (Bl. XXXIV, 195-199 d.A.)  
zurückgesandt.

- a) Den Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls vom 8. Januar 1968  
bitte ich als unbegründet zurückzuweisen und aus den Gründen  
des kammergerichtlichen Beschlusses vom 25. August 1969  
(Bl. XXXIV, 178-178 R d. A.) gleichzeitig die Fortdauer der  
Untersuchungshaft zu beschließen.

Die Weigerung des Beschuldigten, sich freiwillig nach Berlin  
einfliegen zu lassen, stellt - wie das Kammergericht bereits  
eindeutig klargestellt hat - kein Hindernis dar, dem Verfahren  
weder schlechthin noch durch ein Berliner Gericht Fortgang  
zu geben.

- b) Eine Zuständigkeit des Amtsgerichts Tiergarten, das Verfahren  
auf ein Frankfurter Gericht zu übertragen, ist nicht gegeben.  
Der Antrag in der gestellten Form ist daher als unzulässig  
zurückzuweisen.

Im übrigen kommt Frankfurt/Main als Gerichtsstand nicht in  
Betracht, da es weder Tatort noch Wohnsitz oder Ergreifungs-  
ort ist. Für einen etwaigen Gerichtsstand nach § 13 StPO  
fehlt es gleichfalls an jeglicher Voraussetzung, da das  
Frankfurter Schwurgerichtsverfahren in der Tatsacheninstanz  
abgeschlossen ist, während in dem vorliegenden Berliner  
Verfahren noch nicht einmal die Voruntersuchung geführt worden  
ist.



46 794  
-348-



- c) Ein Anlaß, den Beschuldigten aus Gründen der Zweckmäßigkeit vorläufig in Frankfurt/Main zu belassen, ist nicht gegeben. Für die Rechtfertigung der von ihm eingelegten Revision wird er mit Sicherheit nicht laufend benötigt; sollten Einzelfragen mit ihm zu erörtern sein, könnte das ohne weiteres auch in Berlin geschehen. Anderenfalls würde eine nicht absehbare Verzögerung in seiner Rückführung hierher eintreten, die auch die Durchführung der bevorstehenden Voruntersuchung beeinträchtigen würde.
- d) Der Beschuldigte darf auch gegen seinen Willen auf dem Luftwege nach Berlin zurücktransportiert werden. Zwangsmaßnahmen innerhalb der Untersuchungshaft sind legitim (§ 119 Abs. 5 Ziff. 1 StPO) und dürfen auch im Rahmen der Überführung von einer Anstalt in eine andere angewendet werden; eine rechtliche Sonderstellung Berlins ist insoweit nicht gegeben.

Die Besonderheiten, die sich aus der Notwendigkeit von Lufttransporten ergeben, sind nur tatsächlicher Art und stellen - anders als die Verteidigung Hunsche's es meint - kein staatsrechtliches Problem dar. Dementsprechend wiederhole ich auch in diesem Zusammenhang meinen Antrag vom 11. 9. 1969 (Bl. XXXIV, 193/194 d.A.), dem ich möglichst umgehend - in einem besonderen Beschluß - zu entsprechen bitte.

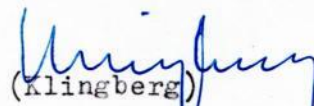
Für einen Aufschub der insoweit beantragten richterlichen Anordnung besteht kein irgendwie gearteter Anlaß.

2. Am 19. 9. 1969

Berlin 21, den 12. September 1969

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

Im Auftrage

  
(Klingberg)

Erster Staatsanwalt











205  
eröffnet worden. Das Angekl. im Garten nicht kann  
lediglich von Fall zu Fall mit <sup>einzelnen</sup> Einzelhandlungen  
befehl werden, welche in seinem Bezirk vorzunehmen  
sind (§ 162 Abs. 1 SPO), und es trifft -  
von Fall zu Fall - die dem Richter vorbehaltenen  
Gefahrenbeschreibungen. Die neuen richterlichen Entschei-  
dungen sind Maßnahmen, welche ~~zu~~ auf die  
Untersuchung bezogen auf die Anordnung des  
Gefahrenbezuges beziehen, können dem Antrage in  
Frankfurt nur übertragen werden, sofern die  
Staatsanwaltschaft es beantragt (§ 126 Abs. 1  
Satz 3 SPO ~~unter Vorbehalt~~; vgl. die Beschlüsse  
in diese Sache vom 19. 8. 1968 - 348 Js 145/68  
und vom 22. 8. 1968 - 348 Js 145/68 -).  
Die Staatsanwaltschaft hat jedoch gerade diesen Antrag  
nicht gestellt; sie beabsichtigt die Rückführung  
des Beschuldigten nach Berlin - Moorbitz. Von einer  
welchen Übertragung bleibt im übrigen der Haft-  
befehl unberührt; ~~mit dem Antrage~~ falls sie  
einen Antrag der Staatsanwaltschaft gemäß zu  
beschließen wäre. Die Anwesenheit der Verteidigung,  
es wäre dann der bisherige Haftbefehl aufzuheben  
und <sup>allenfalls</sup> von Angekl. Frankfurt ~~an~~ ein neuer Haft-  
befehl zu erlassen, entsprach schon vor der Neufassung  
des einschlägigen Bestimmungen des das Prozessver-  
änderungsgesetz nicht der Rechtslage, wenn es demnach  
auf höchst so praktiziert würde, was aber schon  
sinnlos der Bundesgerichtshof als unrichtig  
bezeichnet hat.

(note the) Dr



Mit der Frage, wo die Hauptverhandlung durchgeführt werden kann, steht die Frage des Bestandes des Haftbefehls in keinem Zusammenhang.

F Die Forderung <sup>anzunehmen</sup> ~~anzunehmen~~ ist, weil in Hinblick auf die Abhängigkeit der Beschuldigten die Gefahr besteht, dass es Widerstand leistet. Darüber hinaus ist die Gefahr begründet, die Selbstbeschädigung begründet, denn der Beschuldigte ~~bezieht~~ <sup>bezieht</sup> unter der Forderung gegen ihn erhobener Beschuldigungen in der letzten Konsequenz eine das ~~illustre~~ <sup>verständliche</sup> Maß übersteigende verzweifelte und störmische Forderung. Eine andere, weniger einschneidende Maßnahme reicht nicht aus, um diesen Gefahren zu begegnen (§ 119 Abs. 5 Nr. 1 und Nr. 3 StPO).

27 Ursohr. m. Akten  
Herr Genzel - Staatsanwalt  
b.d. - Landgericht - Anwaltschaft  
Berlin

zurückgeschickt

aus  
7.5. SEP. 1969

PK

Berlin, den 12. SEP. 1969  
Amtsgericht Tiergarten, Abt. 348

M. Mel  
W. Meyer



348 Gs 209/69

B e s c h l u ß

In der Ermittlungssache gegen

Otto Heinrich H u n s c h e ,  
geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen,  
wohnhaft in Dattel (Westfalen), Körtling 14,  
2. Wohnsitz: Köln-Hohlweide, Neufelder Str. 21,  
z. Zt. Untersuchungshaftanstalt Frankfurt am Main, Hammel-  
gasse,

wegen Mordes

wird angeordnet, daß

- a) der Beschuldigte aus der Untersuchungshaftanstalt Frankfurt/Main auf dem Luftwege in die Untersuchungshaftanstalt Moabit rückzuüberführen ist,
- b) seine Rücküberstellung aus Frankfurt/Main nach Berlin gegebenenfalls auch gegen seinen Willen und unter Anwendung von die Rücküberführung ermöglichenden Zwangsmaßnahmen einschließlich seiner Fesselung erfolgen darf.

Zugleich werden die Anträge der Verteidigung vom 10. 9. 1969 zurückgewiesen,

- 1) den Haftbefehl des Amtsgerichts Berlin-Tiergarten vom 8. 1. 68 (A.Z. 348 Gs 297/67) aufzuheben,
- 2) das Verfahren und damit die weitere Untersuchung und Entscheidung auf ein Frankfurter Gericht zu übertragen,
- 3) hilfsweise, den Beschuldigten hier in Frankfurt am Main zu belassen, bis die Revision gegen das Urteil des Schwurgerichts Frankfurt am Main vom 29. 8. 1969 begründet ist,
- 4) bis zur rechtskräftigen Entscheidung über die gestellten Anträge davon Abstand zu nehmen, den Beschuldigten nach Berlin zurück zu überstellen.



G r ü n d e

Der Beschuldigte hat angekündigt, sich nicht freiwillig auf dem Luftwege nach Berlin zurückverschieben zu lassen, und für ihn sind die in der <sup>Beschluß</sup> ~~Ankündigung~~formel angeführten Anträge zu 3) und 4) gestellt worden. Seine Rückführung nach Berlin ist aber erforderlich, damit dem Verfahren ohne die Verzögerungen, welche sich aus einer Untersuchungshaft außerhalb Berlins ergeben können, Fortgang gegeben werden kann. Der von ihm eingelegten Verfassungsbeschwerde kommt keine aufschiebende Wirkung zu. Gesundheitliche Gründe stehen dem Lufttransport, soweit ersichtlich, nicht entgegen. Durch die Verfassung gewährleisteten Grundrechte des Beschuldigten werden nicht dadurch beeinträchtigt, daß der Beschuldigte statt in der Frankfurter Hammelgasse wieder in der Untersuchungshaftanstalt Moabit verwahrt werden soll. Inwiefern die erzwungene Benutzung eines in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts überall gebräuchlichen Transportmittels geeignet sein soll, die menschliche Würde des Beschuldigten anzutasten (Art. 1 GG), ist schlechthin unverständlich. Die Unterstellung, die Strafvollzugsorgane erwägen, den Beschuldigten etwa mit entsprechenden Drogen oder Spritzen zwecks Durchführung des Transports in einen willenlosen Zustand zu versetzen, ist - vor dem Hintergrund der Geschehnisse betrachtet, welche den Gegenstand der Untersuchung bilden - von geradezu makabrer Unsachlichkeit.. Überhaupt finden irgendwelche Bedenken gegen die Überführung von Untersuchungsgefangenen auf dem Luftwege von oder nach Berlin in keiner Rechtsnorm eine Stütze. Die Fesselung war anzuordnen, weil im Hinblick auf die Ankündigung des Beschuldigten die Gefahr besteht, daß er Widerstand leistet. Darüber hinaus ist aber auch die Gefahr der Selbstbeschädigung begründet, denn der Beschuldigte bezieht unter der Last der gegen ihn erhobenen Beschuldigung in den letzten Monaten eine das verständliche Maß übersteigende verzweifelte und störrische Haltung. Eine andere, weniger einschneidende Maßnahme reicht nicht aus, um diesen Gefahren zu begegnen (§ 119 Abs. 5 Nr. 1 und Nr. 3 StGB).

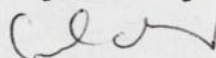


Das Verfahren und damit die weitere Untersuchung können auch nicht auf ein Frankfurter Gericht übertragen werden, weil weder bei Amtsgericht Tiergarten noch bei einem anderen Berliner Gericht ein Untersuchungsverfahren anhängig ist. Die Ermittlungen werden von der Staatsanwaltschaft geführt; eine gerichtliche Untersuchung ist bisher nicht eröffnet worden. Das Amtsgericht Tiergarten kann lediglich von Fall zu Fall mit einzelnen Untersuchungshandlungen befaßt werden, welche in seinem Bezirke vorzunehmen sind (§ 162 Abs. 1 StPO), und es trifft-von Fall zu Fall - die dem Richter vorbehaltenen Haftentscheidungen. Die weiteren richterlichen Entscheidungen und Maßnahmen, welche sich auf die Untersuchungshaft oder auf die Aussetzung des Haftvollzuges beziehen, können dem Amtsrichter in Frankfurt übertragen werden, sofern die Staatsanwaltschaft es beantragt (§ 126 Abs. 1 Satz 3 StPO); vergl. die Beschlüsse in dieser Sache vom 19. 8. 1968 und vom 22. 8. 1968 - 348 Gs 145/68). Die Staatsanwaltschaft hat jedoch gerade diesen Antrag nicht gestellt; sie beabsichtigt die Rückführung des Beschuldigten nach Berlin-Moabit. Von einer solchen Übertragung bliebe im übrigen der Haftbefehl unberührt, falls sie ~~in~~ einem Antrag der Staatsanwaltschaft gemäß zu beschließen wäre. Die Auffassung der Verteidigung, es wäre dann der hiesige Haftbefehl aufzuheben und allenfalls vom Amtsgericht Frankfurt ein neuer Haftbefehl zu erlassen, entsprach schon vor der Neufassung der einschlägigen Bestimmungen das das Strafprozeßänderungsgesetz nicht der Rechtslage, wenn es danach auch häufig so praktiziert wurde, was aber schon seinerzeit der Bundesgerichtshof als unrichtig bezeichnet hat. Mit der Frage, wo die Hauptverhandlung durchgeführt werden kann, steht die Frage des Bestandes des Haftbefehls in keinem Zusammenhang..

Berlin 21, den 12. September 1969  
Turmstr. 91  
Amtsgericht Tiergarten, Abt. 348

K i t t e l  
Amtsgerichtsrat

Ausgefertigt



(Gerhardt) Justizangestellte als  
Urkundsbeamter der Geschäftsstelle





Vfg.

- ✓ 1. Je 1 Ausfertigung des Beschlusses des AG Tiergarten vom 12. 9. 1969 (Blatt XXXIV, 206 - 208 d. A.) formlos übersenden
- ✓ a) dem Beschuldigten Otto H u n s c h e  
(Bl. XXXIV, 178 d. A.)
- ✓ b) Rechtsanwälte Dr. S t e i n a c k e r und Dr. E g g e r t  
(Bl. XXXIV, 195 d. A.).
- ✓ 2. Zu schreiben (unter Beifüg. 1 Ausfertigung des zu Ziff. 1 aufgeführten Beschlusses):

An den

**Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht**

i m H a u s e

Betrifft: Untersuchungshäftling Otto H u n s c h e ,  
geboren 15. 9. 1911 in Recklinghausen,  
z. Zt. in der Untersuchungshaftanstalt Frankfurt/Main,  
Hammelgasse, zu Gef. B. Nr. 1637

Bezug: Dortiger Vorgang Üb AR 388/68

Anlage: 1 Beschlußausfertigung

Ich bitte, den Untersuchungshäftling Otto H u n s c h e baldmöglichst auf dem Luftwege nach Berlin zurücküberstellen und der Untersuchungshaftanstalt Moabit zuführen zu lassen. Auf den beiliegenden Beschluß des Amtsgerichts Tiergarten vom 12. September 1969 - 348 Gs 209/69 - darf ich aufmerksam machen.

Sollte mit Rücksicht auf die Weigerung Hunsche's, sich freiwillig nach Berlin überführen zu lassen, ein Lufttransport mit einer Linienmaschine nicht in Betracht kommen, bitte ich um seine Überstellung im Charter-Einzeltransport. Auf das in diesem Zusammenhang mit Herrn Staatsanwalt S c h i l l i n g vor kurzem geführte Telefonat nehme ich Bezug.

3. Zu Bd. XXXIV.

Berlin 21, den 15. September 1969

gef. 16.9.69 Ad.  
zu 1) 2 Kop. übersandt (a+b)  
" 2) 5 Lb. + 1 Kop. ab

16. SEP. 1969

Erster Staatsanwalt



DR. HANS LATERNER  
FRITZ STEINACKER  
RECHTSANWÄLTE UND NOTARE  
am Oberlandesgericht  
DR. RAINER EGGERT  
HORST LOEBE  
RECHTSANWÄLTE  
am Landgericht



6 FRANKFURT/M., den 19. Sept. 1969  
Kleine Wiesenau 1  
Ecke Wiesenau  
Telefon: 725641 u. 725642  
Gerichtskasten 222

III/Kö.

Dr. H. Laterner · F. Steinacker · Dr. R. Eggert · H. Loeb · 6 Ffm. 1, Kl. Wiesenau 1

An das  
Amtsgericht Tiergarten

1 Berlin 21  
Turmstraße 91

7	✓	Anlagen
	2	Abschriften
	✓	DM Kost M.

In dem Ermittlungsverfahren  
gegen

Otto H u n s c h e  
- 348 Gs 209/69 -  
- 348 Gs 297/67 -

eing  
25. SEP. 1969  
6961-175-42

V  
Herrn HH Hölzer

25. SEP. 1969

zu 17s 1.65 (RSHA)

1) Meine Abhilfe

2) Unrech. m. Akten  
Herrn Gew... - Staatsanwalt  
b.d. - Landgericht - Anwaltschaft -  
Berlin

Kammergericht  
m. d. B. im Verh.  
bezüg. an das  
Berliner Landgericht

Berlin, den 22. SEP. 1969  
Amtsgericht Tiergarten, Abt. 348

M. Hölzer  
H. Hölzer

### B e s c h w e r d e

ein und wiederholen unsere Anträge aus  
dem Schriftsätze vom 10.9.1969.

Zur Begründung nehmen wir zunächst Bezug  
auf unsere Ausführungen in dem eben ge-  
nannten Schriftsatz. Ergänzend ist hierzu  
noch folgendes auszuführen:

I.

348 GS 209 169

Die angefochtene Entscheidung bezeichnet



- 2 -

die von der Verteidigung zur Frage der zwangsweisen Überführung des Beschuldigten nach Berlin nach Injizierung entsprechender Medikamente, die eine Einflußnahme auf die Entschlußfähigkeit darstellen, als eine "Unterstellung von geradezu makabrer Unsachlichkeit".

Das Amtsgericht hat hier übersehen, daß die Bedenken der Verteidigung nicht aus der Luft gegriffen sind, sondern durchaus einen realen Hintergrund haben. Derartige "Überführungen" nach Berlin sind in der Vergangenheit vorgekommen. Es ist allgemein bekannt, daß eine rechtzeitige Einschaltung des Bundesverfassungsgerichtes dadurch vereitelt wurde, daß der Untersuchungsgefangene zunächst im Zwangswege nach Hannover überführt wurde, weil von dort die kürzeste Luftverbindung nach Berlin besteht, und von dort der Transport nach vorheriger Behandlung mit Drogen in einer amerikanischen Chartermaschine nach Berlin durchgeführt wurde. Wir beziehen uns insoweit zum Beweis für die Richtigkeit dieses Vortrags auf die Einholung einer dienstlichen Auskunft des Herrn Generalstaatsanwalts in Hannover. Desweiteren verweisen wir auf die Zwischenbescheide des Bundesver-

- 3 -



- 3 -

fassungsgerichts, AZ: 1 BvR 179/61 und 2 BvR 384/61.

## II.

Die angeordnete zwangsweise Überführung ist in jedem Fall, da sie nur in einem Charterflugzeug auf dem Luftwege durchgeführt werden könnte, auch noch aus einem weiteren Grund unzulässig.

Eine Überführung ist nur durch Überfliegung des Territoriums der sog. DDR möglich. Dadurch tritt eine Gefährdung des Beschuldigten ein, der er nicht ausgesetzt werden darf. Hier ist nicht daran gedacht, daß das Fliegen an sich möglicherweise gefährlich sein könnte; für die Dauer des Überfliegens ist dem Beschuldigten der Schutz, den ihm die Rechtssphäre der Bundesrepublik ansonsten bietet und auf den er einen Anspruch hat, wenn nicht völlig entzogen, so doch erheblich eingeschränkt. Im Falle einer Notlandung in der DDR müßte der Beschuldigte damit rechnen, nicht in die BRD rücküberführt zu werden, sondern in einem mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht zu vereinbarenden Verfahren wegen des die dortige Untersuchung bildenden

- 4 -



- 4 -

Sachverhalts möglicherweise zum Tode verurteilt zu werden.

Eine Notlandung kann auch nicht völlig ausgeschlossen werden, zumal derartige Charterflüge regelmäßig von alten, von den Fluggesellschaften bereits abgestossenen Maschinen ausgeführt werden, so daß ein technisches Versagen im Bereich der realen Möglichkeiten liegt. Darüberhinaus kann auch die Möglichkeit, daß die Maschine zur Landung in der DDR gezwungen werden könnte, nicht völlig von der Hand gewiesen werden. Ein Einschreiten der Alliierten Schutzkräfte in einem solchen Falle kann nur als vage Hoffnung betrachtet werden.

Es widerspricht jedoch Gesetz und Recht, einen Bundesbürger gegen seinen Willen einer solchen Situation auszusetzen.

Im übrigen bestehen bei einer derartigen Überführung auch bei möglichen Luftunfällen keine Versicherungsgarantien, auf die jeder Flugpassagier Anspruch hat.

### III.

- 1.) Das Amtsgericht hätte jedoch in jedem Fall zumindest den hilfsweise gestellten Anträgen



- 5 -

zu 3) und 4) stattgeben müssen.

Es besteht keinerlei Veranlassung, die Überführung des Beschuldigten beschleunigt durchzuführen. Herr Hunsche hat bereits mehrfach, zuletzt in dem Schwurgerichtsverfahren gegen ihn wegen der Ereignisse in Ungarn vor dem hiesigen Landgericht erklärt, daß er in dem Verfahren in Berlin nicht bereit ist, irgendwelche Aussagen zu machen. Er lässt diese Erklärung jetzt nochmals durch seine Verteidigung wiederholen. Er wird sich bei Vernehmungen weder zur Sache einlassen noch bei Gegenüberstellungen, auf Vorhalte usw. Angaben machen.


Herr Hunsche hat sich bezüglich des Komplexes, der den Gegenstand des dortigen Verfahrens bildet, in dem in der Tatsacheninstanz abgeschlossenen Frankfurter Schwurgerichtsverfahren ausführlich und abschließend eingelassen. Diese seine Einlassung ist in den Protokollen festgehalten. Das dortige Verfahren könnte daher durch die Beziehung der Verhandlungsprotokolle durch die berliner Ermittlungsbehörden bestens gefördert werden. Eine Anwesenheit des Beschuldigten ist nicht erforderlich.

- 6 -



- 2.) Der Beschuldigte hat auch ein durchaus beachtliches rechtliches Interesse daran, bis zum rechtskräftigen Abschluß des frankfurter Verfahrens, jedenfalls aber bis zur Fertigstellung der Revisionsbegründungsschrift durch uns, hierzubleiben, da nur auf diese Weise gewährleistet ist, daß die zahlreichen erforderlichen Besprechungen<sup>en</sup> zwischen der Verteidigung und dem Mandanten geführt werden können. Bei einer Verbringung nach Berlin sind diese Möglichkeiten der Erörterung der anstehenden Fragen - von ein bis zwei Reisen der Verteidigung nach Berlin abgesehen - praktisch nicht mehr gegeben. Es hätte daher zumindest den Hilfsanträgen aus den eben genannten Gründen stattgegeben werden müssen.

Bei der gegebenen Sachlage ist es einfach unverständlich, wenn das Amtsgericht auf einer sofortigen Vollziehung der angeordneten Maßnahmen besteht und nicht einmal die Rechtskraft der angefochtenen Entscheidung abwarten will.

  
Rechtsanwalt



Vermerk:

Kurz vor Dienstschluß rief gestern Herr Schorreit von der Staatsanwaltschaft Frankfurt/M. an und teilte mit, daß gegen Hunsche trotz der verhängten 12 Jahre Zuchthaus in Frankfurt kein Haftbefehl erlassen worden sei. Gegen diese Entscheidung habe die Staatsanwaltschaft Beschwerde eingelegt. Über diese werde die zuständige Strafkammer Anfang nächste Woche entscheiden. Es bestehe Aussicht, daß die Strafkammer der Beschwerde abhelfen und nunmehr Haftbefehl erlassen werde. Von der Entscheidung werde er uns unverzüglich fernmündlich unterrichten.

Berlin, den 25. September 1969



DR. HANS LATERNER  
FRITZ STEINACKER  
RECHTSANWÄLTE UND NOTARE  
am Oberlandesgericht  
DR. RAINER EGGERT  
HORST LOEBE  
RECHTSANWÄLTE  
am Landgericht

6 FRANKFURT/M., den 22. Sept. 1969  
Kleine Wiesenau 1  
Ecke Wiesenau  
Telefon: 725641 u. 725642  
Gerichtskasten 222

I/Kö.

217

Dr. H. Laterner · F. Steinacker · Dr. R. Eggert · H. Loeb · 6 Ffm. 1, Kl. Wiesenau 1

An das  
Amtsgericht Tiergarten

1 Berlin 21  
Turmstraße 91



4	✓	Anlagen
	✓	Abschriften
	✓	Del. Kost M.

348 GS 209 16 9

In dem Ermittlungsverfahren  
gegen  
Otto H u n s c h e

- 348 Gs 209/69 -  
- 348 Gs 297/67 -

Vermerk:

Die Akte befindet  
sich bei der STA  
24. SEP. 1969 Wi.

zu 17. 1. 65 (RSHA)  
durch Hs. Wachtm.

trage ich in Ergänzung meiner Beschwerde  
vom 19.9.1969 noch folgendes vor:

Das Amtsgericht hat bei seiner Entscheidung  
übersehen, daß auch die politische Situation  
in Berlin eine völlig andere ist, als in  
der Bundesrepublik Deutschland. Die sog. DDR  
macht geltend, Berlin liege auf dem Boden  
ihres Territoriums; sie wird in ihrer Auf-  
fassung von der Sowjetunion unterstützt.  
Wenn es aus politischen Gründen zu Zwangs-  
maßnahmen gegen den westlichen Teil Berlins  
durch die DDR-Behörden mit Unterstützung der  
Sowjetunion kommen sollte, dann hat der  
Beschuldigte Hunsche auch aus diesen Gründen  
keine Möglichkeit, in die BRDD zurückzukehren.

Urschr. m. Akten  
Herr General - Staatsanwalt  
b.d. - Landgericht - Amtsgerichtschaft -  
Berlin

Berlin, den 27. SEP. 1969  
Amtsgericht Tiergarten, Abt. 348

u.  
dem Herrn Vorsitzenden  
des 8. Strafhamms  
im Hause  
zu dem dort befindlichen  
Akten 1 p 1/65 (RSHA)  
H. Hunsche nachgezogen.  
Berlin d. 1. d. 29.9.69  
Des Generalstaatsanw.  
b. d. KG  
i. A. Holmes, STA



218

- 2 -

Er muß damit rechnen, daß alle diejenigen  
Maßnahmen gegen ihn durchgeführt werden, die  
in Ziffer II meiner Beschwerde vom 19.9.  
1969 angeführt worden sind.



Rechtsanwalt



DR. HANS LATERNER  
FRITZ STEINACKER  
RECHTSANWÄLTE UND NOTARE  
am Oberlandesgericht  
DR. RAINER EGGERT  
HORST LOEBE  
RECHTSANWÄLTE  
am Landgericht

5	Klagen
	Abschriften
	DM. Kost. M.

6 FRANKFURT/M., den  
Kleine Wiesenau 1  
Ecke Wiesenau  
Telefon: 725641 u. 725642  
Gerichtskasten 222

22. Sept. 1969

I/Kö.

*Mig*

Dr. H. Laterner · F. Steinacker · Dr. R. Eggert · H. Loeb · 6 Ffm. 1, Kl. Wiesenau 1

An den  
Generalstaatsanwalt



209 169

1 Berlin

Vermerk:  
Die Akte befindet  
sich bei d. STA

24. SEP. 1969 W;

In dem Ermittlungsverfahren  
gegen

Otto H u n s c h e

- 348 Gs 209/69 -
- 348 Gs 297/67 -

mache ich hiermit aktenkundig, daß Herr Hunsche  
seine Auffassung - nicht freiwillig nach Ber-  
lin zurückzukehren - bis zur rechtskräftigen  
Entscheidung aufgrund der von mir gestellten  
Anträge vom 10. und 19.9.1969 aufrechterhält.

*[Handwritten signature]*  
Rechtsanwalt



Vfg.

220

1. Urschriftlich

Durch besonderen Wachtmeister!

mit Band XXXIV d. A.

dem

25.9. Pa

Herrn Vorsitzenden  
der 8. Strafkammer des Landgerichts Berlin

i m   H a u s e

zur Entscheidung über die Beschwerde der Rechtsanwälte

Dr. S t e i n a c k e r und Dr. E g g e r t vom 19. September 1969  
(Bl. 210 ff Bd. XXXIV) gegen den Beschluß des Amtsgerichts Tiergarten  
vom 12. September 1969 (Bl. 206 ff Bd. XXXIV) vorgelegt.

Das Amtsgericht Tiergarten hat der Beschwerde nicht abgeholfen  
(Bl. 210 Bd. XXXIV).

Ich beantrage,

die Beschwerde aus den zutreffenden Gründen  
des angefochtenen Beschlusses zurückzuweisen.

Im übrigen nehme ich auf lit. c) und d) meiner Stellungnahme vom  
12. September 1969 (Bl. 203 Bd. XXXIV) Bezug.

Berlin 21, den 25. September 1969

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

Im Auftrage

  
(Hölzner)

Staatsanwalt

2. Am 6. 10. 1969.



508 Qs 64/69

221  
30.9.69  
508

B e s c h l u ß

PAWLK J95

In der Strafsache

g e g e n Bosshammer u. a., hier nur

g e g e n den Rechtsanwalt und Versicherungsangestellten  
Otto Heinrich H u n s c h e,  
geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen,  
zur Zeit in der Untersuchungshaftanstalt  
Frankfurt/Main, Hammelgasse, zu Gef.-B.-Nr. 1637,

w e g e n Mordes

wird die Beschwerde des Beschuldigten gegen den Beschluß  
des Amtsgerichts Tiergarten in Berlin vom 12. September 1969  
aus den zutreffenden Gründen der angefochtenen Entscheidung,  
die durch das Beschwerdevorbringen nicht entkräftet werden  
und denen das Beschwerdegericht nichts hinzuzufügen hat,  
auf Kosten des Beschuldigten (§ 473 StPO) verworfen.

Berlin 21, den 30. September 1969  
Landgericht, 8. Strafkammer

Pahl

Endel

Walter



Beglaubigt:

*Wersin*  
(Wersin)

Justizangestellte  
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle  
des Landgerichts Berlin.



Ac 7 J5  
Sta K6  
Wilma  
44



2. Okt. 1969

22

Geschäftsstelle  
des Landgerichts Berlin

Berlin, den 1. 10. 69

Geschäftsnummer: 508 Qs / 68

Zu 2., 3. gef.:  
4 Beschl.-Ausf.,  
1 begl. Abschr.,  
1 Leseabschr.,

Wsw. 2./10! 1969

Vfg.

+ Brechtlin

- 1.) Urschrift des Beschlusses zu den Sammelakten nehmen.
- ✓ 2.) Beglaubigte Abschrift zu diesen Akten fertigen mit Eingangsvermerk.
- ✓ 3.) .. 4. Beschlussausfertigung .. herstellen.
- 4.) Urschriftlich mit .. 1 Bd. Akten und .. Bd. Beiakten und .. 4. Beschlussausfertigung .. dem Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht Berlin im Hause zurückgesandt.

Kern H. Hölmer  
3. 10. 1969

3. 10. 69

209

Justiz-oberinspektor



dem Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht Berlin  
und der Staatsanwaltschaft...

im Falle  
zurückgezogen.

Justiz- oder Inspektor

75 (RSHA)

37  
2/10.



17p 1/65 (RSHF) Haft

223

↓

1/ 1 Aufzeichnung des Beschl.  
des LG Berlin vom 30.9.69  
Bl. 221 Bd XXXIV

formlos übersenden an:

a, Besch. Otto Henschel  
(Bl. 221 XXXIV)

b, RA's Dr. Steinacker u.  
Dr. Eggert

(Bl. 219 Bd XXXIV)

2/ Wiedrücklich

Sof. d. bes.  
Wachtm.

mit Band XXXIV d.A.

sowie Rechnung mit Durchschrift v. 24. 9. 69  
dem AG Tiergarten

Hbt. 348

348 GS 226 169

rüdel  
3.10.69

im Hause

mit der Bitte um pfl. Kenntnisnahme wegen des  
LG-Beschlusses Bl. 221 sowie zur weiteren gfl.  
Voranlassung wegen der Rechnung der Frankfurter  
Universität v. 24. 9. 69 übersandt.

Berlin 21 den 3. 10. 69  
Der Generalstaatsanwalt d. d. KG  
i.D. Stölmer

3/ am 9. 10. 69



zur 1) am Best. ab  
7. OKT 1969

1) Liquidation v. 24. 9. 69 an Berechnungsstelle

2) Urschr. m. Akten  
Herrn General - Staatsanwalt  
b.d. - Landgericht - Anwaltschaft  
(Berlin)

Kf

zurückgemacht

Berlin, den 6. OKT. 1969  
Amtsgericht Tiergarten, Akz. 348

Krödel  
Apur

Am des 46 Tg  
Akz. 348



**Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht**

Gesch.-Nr. Üb AR 738/69

Bitte bei allen Schreiben angeben!

An den  
Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

zu 1 Js 1/65 (RSHA)

Anliegende Ablichtung des Schreibens der Untersuchungshaftanstalt Frankfurt (Main) vom 24. September 1969 übersende ich zur gefl. Kenntnisnahme. Ich habe noch keinen Auftrag zur Beschaffung einer Chartermaschine erteilt. Abgesehen davon, daß ohnehin erst die Beschwerdeentscheidung abgewartet werden muß, könnte der Fall eintreten, daß Hunsche sich schließlich freiwillig

**1 Berlin 21, den** 26. Sept. 1969

Turmstraße 91

Fernruf: 35 01 11, App. ....

(Im Innenbetrieb: 933)

Sprechstunden: Montags bis freitags von 8.30-13.00 Uhr

*Herrn H. H. Hölme*

*7. 10. 69*





überführen läßt, wodurch hohe Kosten erspart werden.

Ich bitte um Mitteilung zu gegebener Zeit von der Beschwerde-  
entscheidung.

Im Auftrage  
Schilling  
Staatsanwalt

Beglaubigt



Justizangestellte



DER DIREKTOR  
DER UNTERSUCHUNGSANSTALT  
FÜR MÄNNER FRANKFURT (MAIN)

Abtlg. II GBNr.: 127/69

Geschäfts-Nr.

(Bei allen Antwortschreiben bitte angeben)

Abschriften

Di. Kost M.

Herrn  
Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht

1 B e r l i n 21  
Turmstraße 91

zu Az.: Üb AR 738/69

6000 Frankfurt (M) 1, 24.9.1969  
Hammelsgasse 6-10  
Sammelruf: (0611) 28671

Durchwahl: (0611) 2867  
Postfach 2367

25-9.69 \* -3-10

BERLIN-MOABIT

Betr.: H u n s c h e, Otto Heinrich geb. 15.9.1911  
hier: Rückführung nach Berlin  
Bezug: Schreiben v. 17.9.1969 - Üb AR 738/69

Auf Befragen, ob Hunsche nunmehr bereit sei freiwillig nach Berlin auf Transport zu gehen, erklärt dieser, daß er sich weigere, bis über die Beschwerde v. 19.9.1969 entschieden sei. Eine solche Beschwerde sei von seinem RA Steinacker in Berlin zu Az: AG-Tiergarten -348 Gs 209/67-  
-348 Gs 297/67- eingelegt worden.

Erst wenn über diese Beschwerde entschieden sei, könne er sich weiter dazu äußern.  
Hunsche wurde Gelegenheit gegeben sich mit seinem RA. Steinacker über diese Angelegenheit zu beraten.

Ich bitte um nähere Weisung wie weiterhin verfahren werden soll.

IA.:

Regierungsinspektor z.A.







# Rechnung

Kenn-Nr.

R III- 298 \*

Bei Zahlungen bitte Namen  
und Kenn-Nr. angeben

Haus V

Betr.: (Name des Patienten) (Vorname) (Geburtsdag)

(Wohnung)

Die Arzthonorare wird durch  
Ambul. Gutachten v. Dr. Becker

Sachkosten

(Aktenzeichen, D.-Bericht)

Tag der Be- handlung	Anzahl	Bezeichnung der Leistungen	Neben- kosten- Tarif- Ziffer	Einzelbetrag		Gesamtbetrag	
				DM	Pf	DM	Pf
28.7.69	2	Röntgenaufnahme	991			22.-	
	4	(DRG-NT) vom 1. 7. 1965	996			10.-	
	1	BSG ✓	26			2.-	
	1	HERZ. V. SCHNELL.	90			7.-	
	1	Durchleuchtung v. BREI. HARNSED.	190			2.20	
	1	Kontrastmittel GALLE	799			7.90	
	1	Strahlenbehandlung BLUTST.	815			10.-	
	1	ELGOL	834			3.20	
	1	Elektrophorese u. Ges. Eiweiß	877			7.40	
	1	HARNST.	835			7.50	
	1	EKG. II Med.	103			8.75	
						88.95	



1. 88,95 DM angewiesen.

2. Kassenanweisung zur Kasse - nach Vollzug: ~~ab~~ *perreut*

Berlin 21, den 10. Okt. 1969

Amtsgericht Tiergarten

- Berechnungsstelle für Zeugen-  
u. Sachverst. Entschädigungen -

*Heide*  
Justiz-ober-inspektor

Zahlbar innerhalb 14 Tagen nach Eingang der Rechnung.  
Zahlungen können geleistet werden:

- a) montags bis freitags von 7.30 - 16 Uhr an die Zweigstelle der Universitätskasse in den Universitätskliniken,
- b) durch Überweisung an die Universitätskasse, Postscheckkonto 760 Frankfurt am Main, zu Gunsten der Universitätskliniken Frankfurt am Main.

Die Gebühren werden bei nicht rechtzeitiger Zahlung nach Mahnung nach § 15 des Hessischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes vom 4. Juli 1966 beigetrieben.

Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Frankfurt am Main.



227

DR. HANS LATERNSEER  
FRITZ STEINACKER  
RECHTSANWÄLTE UND NOTARE  
am Oberlandesgericht  
DR. RAINER EGGERT  
HORST LOEBE  
RECHTSANWÄLTE  
am Landgericht

6 FRANKFURT/M., den 7. Okt. 1969  
Kleine Wiesenau 1  
Ecke Wiesenau  
Telefon: 725641 u. 725642  
Gerichtskasten 222  
II/See.

Dr. H. Latenser · F. Steinacker · Dr. R. Eggert · H. Loeb · 6 Ffm. 1, Kl. Wiesenau 1

An das  
Landgericht  
- 8. Strafkammer -

1 Berlin 21



In der Strafsache  
gegen  
Bosshammer u.A.  
hier: Otto Hunsche  
- 508 Qs 64/69 -

10.10.69  
508  
Paulsch WS

legen wir gegen den Beschluß vom 30.9.69

weitere B e s c h w e r d e

ein.

1/ Bescheid:

Es geht nicht der  
weiteren Beschwerde  
nicht abgelehnt.

Wichtig, den  
Landgericht, 8. Strafkammer

Rechtsanwalt

Zur Begründung beziehen wir uns auf den In-  
halt unserer Schriftsätze vom 10., 19. und  
22.9.69.

Urschr. mit Akten  
an den Herrn Generalstaatsanwalt  
beim Landgericht Berlin

Herrn SA Hölzner  
in Namen

Postscheckkonto: Frankfurt (Main) Nr. 51161 · Bankkonto: Dresdner Bank Wiesbaden Nr. 242081

10. OKT. 1969  
Berlin 21, den  
Tarnstraße 91  
Landgericht Berlin  
Strafkammer 8  
Der Vorsitzende



228

STAATSANWALTSCHAFT  
bei dem Landgericht

Az.: 4 Js 1338/62

6 Frankfurt(Main) 1, den 7. 10. 1969  
Gerichtsstraße/Porzellanhofstraße  
Gerichtsgebäude C  
Postfach 5052  
Telefon 28671

An  
die Geschäftsstelle  
des <sup>Herrn</sup> Generalstaatsanwalts  
bei dem Kammergericht  
Berlin

zu: 1 Js 1/65 (RSA)

Es wird um Rücksendung unserer dort befindlichen Akten  
4 Js 1338/62 ./.. Hunsche gebeten.



Anlagen  
Abschriften  
DM Kost M.

V.  
Zu 1/ ab + 11. 11. 71, Vorsch. BA wird hier  
14. 10. 69 nicht mehr benötigt  
BA 4 Js 1338/62 Hf. 17. Lorenzen u. zurück senden  
3) Zd A Bd XXXIV (vor dessen Hf.) 14/10 H<sup>u</sup>

Auf Anordnung  
Justizangestellte



14. Oktober 1969

Nur in dieser Sache 1 Berlin 21, den  
(betr. RSHA) Anschrift: Turmstr. 91, Zimmer  
Fernruf: 35 01 11 (933...)

**Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht**

Gesch.-Nr.: 1 Js 1/65 (RSHA)

Bitte bei allen Schreiben angeben!

**1 Berlin 19 (Charlottenburg), den**

Amtsgerichtsplatz 1

Fernruf 306 00 11 (App.....)

(Im Innenbetrieb: 968)

Sprechstunden: Montags bis freitags von 8.30 - 13.00 Uhr

229

13. Okt. 1969



Mit Band XXXIV der Akten

dem  
Herrn Vorsitzenden  
des 1. Strafsenats des Kammergerichts

zur Entscheidung über die weitere Beschwerde des Beschuldigten  
H u n s c h e vom 7. Oktober 1969 (Bl. 227) gegen den Beschluß  
des Landgerichts Berlin vom 30. September 1969 (Bl. 221), durch  
den die Beschwerde des Beschuldigten vom 19./22. September 1969  
(Bl. 210-215, 217-219) gegen den Beschluß des Amtsgerichts  
Tiergarten vom 12. September 1969 (Bl. 206-208) verworfen wor-  
den ist, vorgelegt. Die Vollmacht des Verteidigers befindetet  
sich auf Blatt 166 d.A.

Ich beantrage,

die weitere Beschwerde als unzulässig zu  
verwerfen.

Begründung:

Bei der Überführung des Beschuldigten aus der Untersuchungs-  
haftanstalt Frankfurt am Main in das hiesige Untersuchungs-  
gefängnis - der Beschuldigte war für die Hauptverhandlung vor  
dem Schwurgericht Frankfurt am Main dorthin überstellt worden  
(Bl. 64-66) - handelt es sich um eine Entscheidung nach  
§ 119 StPO. Da diese weder die Aufrechterhaltung des Haftbe-  
fehls noch die Aussetzung des Vollzuges zum Gegenstand hat,  
ist die weitere Beschwerde gegen den Beschluß des Landgerichts  
vom 30. September 1969 gemäß § 310 Abs. 2 StPO unzulässig  
(KMR, 6. Aufl. 1966, § 119 Anm. 6 c; Schwarz-Kleinknecht,  
27. Aufl. 1967, § 310 Anm. 2, § 119 Anm. 9).

17.10.69

Im Auftrage

Hölzner

(Hölzner)

Staatsanwalt

17.10.69

Sch



1 Js 1.65 (RSHA) - 1 Ws 311.69

508 Qs 64.69

B e s c h l u ß

In der Strafsache gegen Boßhammer und andere,  
hier nur gegen

den Rechtsanwalt und Versicherungsangestellten  
Otto Heinrich H u n s c h e,  
geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen,  
z.Zt. in der Untersuchungshaftanstalt Frankfurt/Main,  
Hammelgasse, Gef.B.Nr. 1637,

wegen Mordes

hat der 1. Strafsenat des Kammergerichts in Berlin  
nach Anhörung des Generalstaatsanwalts bei dem Kammer-  
gericht in der Sitzung vom 20. Oktober 1969 beschlossen:

Die weitere Beschwerde des Beschuldigten  
gegen den Beschluß des Landgerichts Berlin  
vom 30. September 1969 wird auf seine Kosten  
verworfen.

G r ü n d e :

Soweit der Beschuldigte mit seiner weiteren Beschwerde  
die Aufhebung des vom Amtsgericht Tiergarten am 8. Januar  
1968 erlassenen Haftbefehls erstrebt, ist sein Rechts-  
mittel aus den unverändert zutreffenden Gründen des Senats-  
beschlusses vom 25. August 1969 unbegründet. Durch diesen  
Beschluß hatte der Senat die Fortdauer der Untersuchungs-  
haft angeordnet. Demgegenüber sind neue Tatsachen, die die  
gesetzlichen Voraussetzungen für den Erlaß des Haftbefehls  
und dessen Vollzug ausräumen könnten, weder vorgetragen  
noch ersichtlich.



Im übrigen ist die weitere Beschwerde nach § 310 Abs. 2 StPO unzulässig, weil sie sich gegen gerichtliche Maßnahmen nach § 119 StPO über die Gestaltung des Haftvollzugs, nicht aber gegen Entscheidungen über die Anordnung oder Aufrechterhaltung der Haft richtet.

Die weitere Beschwerde war daher mit der Kostenfolge aus § 473 Abs. 1 StPO zu verwerfen.

Dr. Freund

Selle

Zelle



Für die Richtigkeit der Abschrift:

*benrad*

Zustanzungsstelle  
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

o/cc



1 Ws 311/69

Berlin - Charlottenburg, den 21. OKT. 1969

231

Auf Ormig

gef. am: 22.10.69 *konstall*  
zu 1. 4 Beschl.-Ausf.  
1 begl.)  
zu 2. 2 einf.) Abschr.

selbst gelesen

Zentralkanzlei  
22. OKT. 1969  
Erl. 24. OKT. 1969

## Verfügung

- ✓ 1. 4 Beschlüßausfertigungen für Generalstaatsanwalt fertigen.
- ✓ 2. Ferner sind zu fertigen:
  - ✓ a) 1 beglaubigte Abschrift zu den Akten
  - ✓ b) 2 Abschriften für die Sammlung
- ✓ 3. Urschrift des Beschlusses zu den Sammel-Akten nehmen.
4. Urschriftlich mit *1* Bd. Akten ~~und~~ ~~Bd. Beiakten~~  
an  
die Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht  
Berlin - Charlottenburg, *21. Okt. 91*  
mit der Bitte um weitere Veranlassung übersandt.

*1 Abschrift für  
und die  
22.10.1969  
91*

*28.10.69*

*Hand*  
Justizoberinspektor



17. 1/65 (RSHA)

232

Vfz.

17. 1/65 1 Ausfertigung des Beschl. des KG <sup>XXXXIV</sup> Bl. 230

v. 20. 10. 69 formlos übersenden

a, dem Besch. Otto Hunsche  
Bl. 230, ~~XXXXIV~~ d. A.

b, den Rechtsanwälten Dr. Steinacker  
und Dr. Eggert  
Bl. ~~XXXXIV~~, 227 d. A.

2, Wv

gef. 28. X. 69 Ad.  
Zu 1) je 1 Beschl. Auf.

ab 28/10. 69

28/10. H<sup>u</sup>



ALXXX Bd.